



BILDUNGSINTERNATIONALE
EUROPAEISCHE REGION



Europäische Region der Bildungsinternationale - EGBW

Tätigkeitsbericht

2010-2012



ETUCE
CSEE
EUROPÄISCHES GEWERKSCHAFTSKOMITEE FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT



*EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz*



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik



Europäische Region der
Bildungsinternationale - EGBW
Tätigkeitsbericht
2010-2012

Nur der englische Text ist verbindlich.



*EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz*



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

*Vollständige oder teilweise Vervielfältigung dieser Veröffentlichung ist ohne Zustimmung gestattet.
Allerdings muss auf den EGBW verwiesen und Kopien an dessen Sekretariat EGBW geschickt werden.*

Veröffentlicht durch das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, Brüssel
2012



Inhalt

Vorwort	9
Einführung	11
1. Bildungspolitik	12
1.1 Allgemeine Bildung und Qualität im Bildungswesen und der EU 2020-Prozess	12
<i>Leitinitiative 'Neue Kompetenzen für Neue Beschäftigungen'</i>	12
<i>Leitinitiative 'Jugend in Bewegung'</i>	12
<i>Bildung für nachhaltige Entwicklung</i>	13
<i>Sprachen für den Beruf und Sprachkenntnisse</i>	13
<i>Arbeitsgruppen mit offener Koordinierungsmethode (OKM)</i>	14
<i>Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für „Heranbildung unternehmerischer Kompetenz“</i>	14
<i>Qualitätssicherung</i>	15
<i>Indikatoren/Benchmarks</i>	16
<i>Ostdimension: Drittländer in der EU-Bildungspolitik</i>	17
1.2 Frühkindliche Bildung	18
1.3 Vorzeitiger Schulabbruch	19
1.4 Berufsbildung	20
<i>Qualitätssicherung in der Berufsbildung</i>	22
1.5 Leitung schulischer Einrichtungen	23
1.6 Hochschulbildung und Forschung	24
<i>Der Bologna-Prozess</i>	24
<i>Europäische Hochschulpolitik</i>	26
<i>EU-Forschungspolitik</i>	28
1.7 Lebenslanges Lernen	29
<i>Programm 'Lebenslanges Lernen' und Vorschlag 'Erasmus für alle'</i>	29
<i>Empfehlung zur Förderung und Validierung von nicht formalem und informellem Lernen</i>	30
<i>Erwachsenenbildung</i>	31
<i>Europäischer Referenzrahmen, Schlüsselkompetenzen</i>	32
<i>Transregionale Kooperation bei lebenslangem Lernen zwischen Bildungsvertretern</i>	34
1.8 Neue Technologien und Fernkurse	34
<i>Digitale Agenda für Europa</i>	34
<i>Lehrergewerkschaften für die Verhinderung von vorzeitigem Schulabbruch durch die Nutzung von IKT im Bildungswesen</i>	35
<i>Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode „IKT und Bildung“</i>	36
2. Lehrerinnenausbildung, Qualifikationen und Mobilität	36
<i>Berufliche Weiterbildung von Lehrkräften</i>	38
<i>Revision der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen</i>	38
3. Arbeitsbedingungen, Sozialer Schutz, Gesundheit und Sicherheit von Lehrerinnen	41
<i>Gewalt am Arbeitsplatz</i>	41
<i>Arbeitsbedingter Stress bei Lehrkräften</i>	43



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA).....	44
Revision der Richtlinie 96/34/EG über Elternzeit	45
Richtlinie für Mutterschutz.....	46
Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben.....	46
Richtlinie über Arbeitszeit	47
4. Wirtschaft: Krise, Privatisierung, Einfluss von Unternehmen	48
4.1. Europäisches Semester	48
4.2. Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Bildungswesen	48
Maßnahmen des EGBW auf einzelstaatlicher Ebene	49
Maßnahmen des EGBW auf europäischer Ebene	50
Folgeaktivitäten	51
Zukünftige Tätigkeiten	53
Demonstrationen auf europäischer Ebene	54
5. Handel und Bildung	54
EU „Modernisierung“ von öffentlichen Diensten in Handelsabkommen	54
Arbeitsgruppe 'Transatlantischer Wirtschaftsrat'	55
EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien.....	56
Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada.....	56
EU-Indien	57
Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung	57
Handelsabkommen gegen Produktpiraterie.....	58
Welthandelsorganisation.....	59
6. Menschen- und Gewerkschaftsrechtliche Angelegenheiten	59
Albanien	59
Griechenland	60
Zypern	60
Portugal.....	61
Rumänien	61
Serbien	61
Türkei	62
Solidarität und Entwicklung	63
Stärkung von Lehrgewerkschaften	64
Bi- und multilaterale Programme	67
Agentur der Europäischen Union für Grundrechte	67
Aktive europäische Staatsbürgerschaft	68
7. Chancengleichheit	69
EU-Politik auf dem Gebiet der Gleichstellung	70
Antidiskriminierung.....	71
Empowerment von Frauen.....	71
EU-Eingliederungspolitik	72
Strategie zur Gleichstellung von Männern und Frauen 2010-2015	74
Frauen in Gewerkschaften	76



Lohngleichheit	77
Gewalt gegen Frauen	77
Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE).....	78
8. Sozialer Dialog	78
8.1 Der europäische soziale Dialog Bildung (ESSDE)	78
Initiierung und Entwicklung des ESSDE	78
ESSDE-Plenarsitzungen	79
ESSDE-Arbeitsgruppen	80
ESSDE-Dokumente.....	81
8.2 Projekte des Europäische Sozialdialogs	82
Anwerbung und Bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog	82
Versuchsphase zur Einschätzung der Durchführbarkeit der Bildung eines Rats für den Bildungssektor für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen auf europäischer Ebene.....	82
9. Europarat	83
Die neue Struktur der INGO-Konferenz	83
10. Europäische Projekte	84
11. Leitung, Verwaltung und Informationen.....	88
11.1 Finanzbericht 2009 – 2011	88
BI-Europa (2009 – 2010)	88
Alte Struktur des EGBW (2009-2010).....	89
Neue Struktur des EGBW (2011)	90
ETUCE-Stiftung (2009 - 2011).....	91
11.2. Informationen	92
Informationsveranstaltungen	92
EGBW Newsletter.....	92
EGBW-Rundschreiben über allgemeine und berufliche Bildung	93
EGBW-Berichte.....	93
EGBW-Broschüren.....	93
EGBW-Webseiten.....	93
12. Anhänge	96
12.1 Liste der Abkürzungen	96
12.2 Liste der Mitglieder des EGBW-Ausschusses 2010- 2012	101
12.3 Bericht der Sonderarbeitsgruppe für Strukturen	104
12.4 Liste der internen Sitzungen und Konferenzen	117
12.5 Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsprogramm für 2012-2013	124
12.6 Liste von ETUCE-Stellungnahmen und Aktionsplänen	130
EGBW-Stellungnahmen.....	130
EGBW-Aktionsläne	132
12.7 Liste der externen EGBW-Vertretungen	133
EUROPÄISCHE KOMMISSION	133
BOLOGNA-PROZESS.....	133
EGB.....	134
Verschiedene	134



12.8 Liste der EGBW-Berichte	134
12.9 Liste der EGBW-Projekte 2010 - 2012	137
<i>Projekte, die bewilligt wurden und bei denen das EGBW ein führender Projektpartner ist</i>	<i>137</i>
<i>EGBW-Projektpartnerschaften.....</i>	<i>151</i>
12.10 EGBW-Arbeitsprogramms 2010-2012	166



Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das EGBW ist nun die europäische Regionalorganisation der Bildungsinternationalen und dieser Bericht liefert einen Überblick über die Arbeit, die in einer sehr arbeitsintensiven Zeit voller Veränderungen vollbracht wurde. Der Bericht behandelt den Zeitraum, der von 2009 über die außerordentliche Generalversammlung/Konferenz im Jahr 2010, bei der die neue Satzung angenommen wurde, und die zweijährige Übergangszeit, die nun schließlich mit dieser EGBW-Konferenz zu Ende geht, reicht.

Die an unserer internen Struktur vorgenommene Änderung fand zu einem sehr schwierigen Zeitpunkt statt, zu dem in vielen Ländern aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise beispiellose Kürzungen im Bildungsbereich vorgenommen wurden. Die Schwerpunkte wurden so gesetzt, dass der enormen Nachfrage seitens der Mitgliedsorganisationen nach spezifischen Maßnahmen zur Krise im Hinblick auf die Durchführung europäischer Initiativen zur ihrer Unterstützung und zur Förderung der Solidarität möglichst entsprochen werden konnte. Dennoch gelang es uns gleichzeitig aber auch, die Aufnahme des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs im Bildungswesen abzuschließen, was für das EGBW einen denkwürdigen Fortschritt darstellte. Wir stärkten auch unsere Arbeit im Hinblick auf die Initiativen der EU-Kommission im Bildungsbereich durch kontinuierliche Vertretung in Arbeitsgruppen und anderen Foren. Ich danke unseren vielen VertreterInnen aus den Mitgliedsgewerkschaften, die durch die Vertretung des EGBW in verschiedenen Bereichen freiwillig einen großen Beitrag geleistet haben und möchte ihr Engagement hiermit anerkennen.

International gesehen haben wir darauf hingearbeitet, alle Mitgliedsorganisationen in unsere Arbeit einzubeziehen. So wurden in Zusammenarbeit mit der BI-Zentrale beispielsweise neue Formen der Seminarorganisation umgesetzt und von der EU unterstützte Projekte und Seminare standen auch Mitgliedern aus Nicht-EU-Ländern offen.

Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise scheint kein Ende zu nehmen. KollegInnen in vielen Ländern leiden unter Gehalts- und Rentenkürzungen sowie auch unter der Kürzung anderer Leistungen. Dieser Bericht nimmt Bezug auf mehrere Umfragen, aus denen nicht nur finanzielle Kürzungen, sondern auch eine einsetzende Verschlechterung unseres Berufsstands hervorgeht.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Aufgrund dieser Entwicklungen müssen die BI und das EGBW die Solidarität verstärken, Kampagnen durchführen und die überwiegend ideologisch motivierten Sparpläne bekämpfen. Zu diesem Zweck kann der Bericht lediglich einen kleinen Einblick in die zahlreichen von Mitgliedsorganisationen im Berichtszeitraum durchgeführten Tätigkeiten geben.

Für das EGBW insgesamt gesehen und für das Sekretariat war dieser Zeitraum extrem arbeitsintensiv und fordernd. Wir konnten all diese Tätigkeiten nur dank unserer sehr aktiven und unterstützenden Mitglieder und unserem sehr engagierten und professionellen Mitarbeiterteam durchführen.

1. September 2012

Martin Rømer, Europäischer Direktor



Einführung

Dieser Bericht beschreibt die verschiedenen Tätigkeiten, die das EGBW in seiner neuen Struktur als europäische Regionalorganisation der BI von 2010 bis 2012 durchgeführt hat. In dieser Zeit hat sich das EGBW versucht, das im November bei der paneuropäischen BI-Konferenz/EGBW-Generalversammlung 2009 verabschiedete Aktionsprogramm umzusetzen. Der vorliegende Bericht folgt deshalb im Wesentlichen der Reihenfolge des Aktionsprogramms, das sich im Anhang dieses Berichts befindet.

Die elf Hauptkapitel geben die Schwerpunktbereiche der Arbeit des EGBW in ganz Europa wieder. Die Unterüberschriften führen jeden Arbeitsbereich sowie die Ergebnisse in diesen Bereichen detaillierter aus. Obwohl der Schwerpunkt in erster Linie auf der Bildungs- und Arbeitspolitik in der Europäischen Union liegt, beschreibt der Bericht auch Erfolge, die für die gesamte europäische Region von Bedeutung sind.

Der Bericht befasst sich eingangs mit Bildungsthemen, die die Qualität von Bildung betreffen, wobei auf alle Sektoren des Bildungswesens eingegangen wird, und beschäftigt sich dann mit der Ausbildung und Mobilität von Lehrkräften. Des Weiteren behandelt er spezifische Gewerkschaftsthemen, wie z.B. Arbeitsbedingungen, sozialen Dialog und Chancengleichheit. Als Nächstes stellt der Bericht die europäischen Entwicklungen rund um die EU-Institutionen und den Europarat und auf dem Gebiet von Handel und Bildung dar. Das bedeutendste Kapitel ist sicherlich das anschließende Kapitel über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor. Der Bericht liefert außerdem einen Überblick über die verschiedenen Projekte, die das EGBW durchführt und an denen es als Projektpartner teilnimmt, und schließt dann mit einem kurzen Finanzbericht und einer Erläuterung des Informationsmaterials, das den Mitgliedsorganisationen vom EGBW-Sekretariat bereitgestellt wurde.



1. Bildungspolitik

1.1 Allgemeine Bildung und Qualität im Bildungswesen und der EU 2020-Prozess

Leitinitiative 'Neue Kompetenzen für Neue Beschäftigungen'

Die Leitinitiative 'Neue Kompetenzen für Neue Beschäftigungen'¹ der Europäischen Kommission wurde ins Leben gerufen, um bessere Durchlässigkeit zwischen dem Bildungswesen und dem Arbeitsmarkt zu entwickeln und die Beschäftigungsfähigkeit dadurch zu verbessern. Die Initiative wurde 2010 zusammen mit der Mitteilung der Europäischen Kommission mit dem Titel *Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten*² eingeführt. Das EGBW setzte sich dagegen ein, dass die Prognosen über den Qualifikationsbedarf³ immer mehr in den Mittelpunkt gerückt werden und kritisierte diese Initiative und die abschließenden Ratsbeschlüsse in einer Stellungnahme gegenüber der Europäischen Kommission⁴, in der es bedauerte, dass Aus- und Weiterbildungssysteme lediglich als Werkzeuge zur Erfüllung der Bedürfnisse des Arbeitsmarkts betrachtet würden. Das CEDEFOP (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung) hat zum Beispiel zahlreiche Berichte über Prognosen über Angebot und Nachfrage von Qualifikationen⁵ veröffentlicht, wobei die Erlangung von Qualifikationen auf dem Bildungssektor als Erfüllung der kurz- und langfristigen Bedürfnisse des Arbeitsmarkts betrachtet wird. Im Oktober 2010 führte die Europäische Kommission die *europäischen Taxonomie für Berufe, Kompetenzen und Qualifikationen (European Skills, Competences and Occupations Taxonomy - ESCO)* ein, deren Ziel darin besteht, eine neue Klassifizierung von Fertigkeiten, Kompetenzen und Qualifikationen für eine breite Palette von Berufen zu entwickeln, die in allen EU-Sprachen verfügbar ist. Das EGBW ernannte im Jahr 2011 eine/n Vertreter/in für das *ESCO Maintenance Committee* und verfolgte die Diskussion sehr aufmerksam über den EGB. Das EGBW nahm außerdem an von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und Organisationen der Interessenvertreter veranstalteten Konferenzen über dieses Thema teil und hielt einen Vortrag über den Bedarf an derzeitigen und zukünftigen Qualifikationen von Lehrkräften.

Leitinitiative 'Jugend in Bewegung'

Das EGBW verfolgt sehr aufmerksam die Leitinitiative 'Jugend in Bewegung'⁶, da dies eine der wichtigsten Initiativen in der Bildungspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten ist. Die Initiative soll die finanzielle Unterstützung der einschlägigen EU-Mobilitätsprogramme für Bildung, Jugend und Lernen fördern und eine stärker integrierte Herangehensweise an die Mobilität

¹ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=568&langId=de>

² <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0682:FIN:DE:PDF>

³ http://etuce.homestead.com/Circulars/2011/3_2011_etuce_Circular_EN.pdf

http://etuce.homestead.com/etuce_Newsletter/newsletter_en/2010/03.2010_etuce_NEWSLETTER_eng.pdf

⁴ http://etuce.homestead.com/Statements/2010/etuce_statement_on_New_Skills_for_New_Jobs_-_June_2010.pdf

⁵ Zum Beispiel: CEDEFOP: Qualifikationsangebot und -nachfrage in Europa: mittelfristige

Prognose bis 2020 Siehe: http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/8016_de.pdf und

http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/9059_de.pdf

⁶ Im September 2010 wurde der Entwurf des Ratsbeschlusses für die Initiative *Jugend in Bewegung* veröffentlicht:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15276.de10.pdf>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

der Jugend entwickeln. Nachdem die Initiative sowohl in der EGBW-Beratungsgruppe für Bildung als auch vom EGBW-Büro diskutiert worden war, schickte das EGBW-Sekretariat eine Stellungnahme⁷ an einschlägige EU-Institutionen, in der es unter anderem die Altersbeschränkungen bei Mobilitätsprogrammen kritisierte, die sich diese Programme auf die Altersgruppe 16-35 beschränken. Dieser Kritikpunkt führte zu einer Streichung dieser Bestimmung durch den Ministerrat für Bildung im endgültigen *Vorschlag für eine Empfehlung des Rats zur Förderung der Lernmobilität von jungen Menschen*⁸, der bei der Sitzung des Bildungsrats vom 19. bis 20. Mai 2011 verabschiedet wurde. In dem Vorschlag wurde auch betont, dass der Mehrwert von Lernmobilität den Arbeitgebern vermittelt werden muss, wie es das EGBW den Mitgliedsstaaten in seiner Erklärung empfohlen hatte. Das EGBW verfolgt auch weiterhin die Entwicklungen im Bereich der Mobilität von Studierenden bezüglich des Programms 'lebenslanges Lernen' und des Programmvorschlages 'Erasmus für alle'. Außerdem hat das Sekretariat während des Modernisierungsprozesses der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen auch die berufliche Mobilität von Lehrkräften überprüft.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung stellen ein bereichsübergreifendes Thema im Bildungswesen dar, dem das EGBW große Aufmerksamkeit schenkt. Ein Entwurf für einen *Ratsbeschluss über Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)*⁹ wurde im August 2010 herausgegeben. Dies ist ein Rahmenkonzept, in dem Bildung eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung des Umweltschutzes spielt, indem die Bürger Verhaltensänderungen vollziehen und mit den Schlüsselkompetenzen (dazu) ausgestattet werden, die zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind. Die Diskussionen in der EGBW-Beratungsgruppe und dem EGBW-Büro über diesen Entwurf eines Ratsbeschlusses führten zu einer Stellungnahme des EGBW zum Thema BNE¹⁰, in der es das Vorhaben begrüßte, Lehrenden, Auszubildenden und SchulleiterInnen die richtigen Werkzeuge und Lernmaterialien an die Hand zu geben, um in „grünen Schulen“ zu lehren. Gleichzeitig betonte das EGBW die Bedeutung verstärkter finanzieller Unterstützung in diesem Bereich und drückte seine Bedenken darüber aus, dass der Beschluss nicht auf Prinzipien wie Toleranz, Vielfalt und Frieden eingehe. Im November 2010 verabschiedete der Bildungsrat schließlich die Beschlüsse bezüglich des BNE.¹¹ Das EGBW verfolgt weitere Veröffentlichungen zu diesem Thema, die hauptsächlich vom CEDEFOP herausgegeben werden.

Sprachen für den Beruf und Sprachkenntnisse

Spracherwerb ist ein übergreifendes Schlüsselement in der EGBW-Politik. Im Frühjahr 2011 richtete die Europäische Kommission im Rahmen des strategischen Rahmenprogramms 'Allgemeine und berufliche Bildung 2020' eine OKM-Arbeitsgruppe (offene Koordinierungsmethode) für den Bereich „Sprachen für den Beruf“ ein. Die von dieser Gruppe erarbeiteten Ergebnisse werden an die EGBW-Beratungsgruppe weitergeleitet, die wiederum das EGBW-Sekretariat bezüglich der in diesem Forum erörterten Beschlusssentwürfe berät. Im Rahmen dieser OKM-Arbeitsgruppe veröffentlichte

⁷ http://etuce.homestead.com/Statements/2010/2010_10/etuce_Statement_-_New_Youth_on_the_Move_initiative.pdf

⁸ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09036.de11.pdf>

⁹ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12540.de10.pdf>

¹⁰ http://etuce.homestead.com/Statements/2010/2010_10/etuce_Statement_on_Draft_Conclusions_on_ESD.pdf

¹¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:327:0011:0014:DE:PDF>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

die Kommission einen Bericht mit dem Titel *Sprachen für den Beruf - Mehrsprachige Kommunikationskompetenz für den Arbeitsmarkt*¹². Das Ziel des Berichts bestand darin, Empfehlungen für eine bessere Abstimmung von Nachfrage und Angebot von Sprachen auf dem Arbeitsmarkt abzugeben. Er betont, dass eine spezielle sprachliche Weiterbildung von Lehrkräften in der Berufsbildung wesentlich ist. In seinen *Schlussfolgerungen zu Sprachkompetenzen zur Verbesserung von Mobilität*¹³ vom November 2011 forderte der Bildungsrat die Mitgliedsstaaten dazu auf, ab einem sehr frühen Alter mindestens zwei Fremdsprachen zu lehren und den Sprachunterricht in Schulen, Berufs- und Hochschulen weiter auszubauen.

Arbeitsgruppen mit offener Koordinierungsmethode (OKM)

Das EGBW beobachtet die EU-Bildungspolitik sehr genau und bemüht sich dabei unter Beratung mit den verschiedenen EGBW-Beratungsgremien und dem EGBW-Büro um Einflussnahme auf die Europäische Kommission und den Europäischen Rat. Der bedeutendste Weg der Einflussnahme des EGBW auf die Politik der Europäischen Kommission ist die offene Koordinierungsmethode (OKM), ein neues zwischenstaatliches Steuerungsinstrument in der Europäischen Union. Zwischen 2009 und 2012 richtete die GD EAC der Europäischen Kommission 12 Gruppen mit offener Koordinierungsmethode zu Themen ein, bei denen es der Bildungsrat als wesentlich betrachtete, eine gemeinsame Politik zwischen den Mitgliedsstaaten zu schaffen. Die offene Koordinierungsmethode ist keine neue Idee: schon vorher gab es etliche sogenannte Cluster. Die Mitglieder der Gruppen sind VertreterInnen von Ministerien, EU-Agenturen und den Sozialpartnern im Bildungswesen. Jede Gruppe organisiert jährlich zwei bis drei Sitzungen, richtet Untergruppen ein, die sich zu zwei bis drei Peer Learning-Aktivitäten (Aktivitäten des kollegialen Lernens) treffen, und führt Online-Diskussionen durch. Derzeit ist das EGBW in 11 Gruppen vertreten¹⁴: frühkindliche Bildung, vorzeitiger Schulabbruch, berufliche Weiterbildung von Lehrkräften, Modernisierung von Hochschulbildung, Sprachen und Beschäftigung, Heranbildung unternehmerischer Kompetenz, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Bildung, berufliche Weiterbildung von Lehrkräften in der Berufsbildung, Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung und Finanzierung von Erwachsenenbildung. Eine Gruppe, nämlich diejenige, die mit der Beurteilung von Schlüsselkompetenzen befasst ist, erreichte ihre Ziele durch die Erstellung eines Handbuchs, das im Herbst 2012 herausgegeben werden soll, und wurde deshalb geschlossen. In den folgenden Kapiteln informiert der Tätigkeitsbericht über die bisherigen Fortschritte.

Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode für „Heranbildung unternehmerischer Kompetenz“

Die Europäische Kommission hat dem Thema 'Heranbildung unternehmerischer Kompetenz' in den letzten Jahren insbesondere angesichts der Finanzkrise hohe Priorität eingeräumt. Dies hat zu verschiedenen Tätigkeiten und Vorschlägen bezüglich der Umsetzung der Heranbildung unternehmerischer Kompetenz in der Bildung geführt. Auf der Grundlage von zwei im Sommer 2011 in Istanbul und Budapest abgehaltenen Symposien veröffentlichte die Europäische Kommission ihren

¹² http://ec.europa.eu/languages/pdf/languages-for-jobs-report_de.pdf

¹³ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16744.de11.pdf>

¹⁴ Siehe Anhang 12.6.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Bericht über die Verbesserung der Heranbildung unternehmerischer Kompetenz¹⁵ im November 2011. Der Bericht konzentrierte sich auf die Möglichkeit, unternehmerische Kompetenzen zu einem natürlichen Teil der Bildung in Grundschulen und weiterführenden Schulen und auch zu einem obligatorischen Thema bei der Lehrerausbildung zu machen. Der OKM-Arbeitsgruppe für Heranbildung unternehmerischer Kompetenz, die anschließend von der Europäischen Kommission gebildet wurde, gehört auch ein EGBW-Vertreter an. Die Gruppe hatte ihre erste Sitzung im Dezember 2011, bei der eine Sachverständigenplattform zur Umsetzung der Heranbildung unternehmerischer Kompetenz erörtert wurde. Bei ihrer zweiten Sitzung im Januar 2012 setzte die Gruppe ihre Diskussionen über das Konzept der Heranbildung unternehmerischer Kompetenz fort und entwarf ein Arbeitsprogramm. Außerdem ist das EGBW Mitglied des Forums für Unternehmertum - einer Online-Plattform, die von der GD EAC und der GD EMPL der Europäischen Kommission eingeführt wurde, um Ideen und Projekte zwischen der Europäischen Kommission und den relevanten Interessenvertretern auszutauschen.

Qualitätssicherung

Qualität und auch Qualitätssicherung von Bildung sind sowohl in der EU-Politik als auch auf der EGBW-Agenda bedeutende bereichsübergreifende Themen. EGBW-Veranstaltungen, wie z.B. Seminare und Sitzungen des ständigen Ausschusses, konzentrieren sich darauf, wie die Qualität von Bildung gemeinsam mit den Lehrgewerkschaften verbessert werden kann. Wir überwachen die Entwicklung und Umsetzung des Europäischen Referenzrahmens zur Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung im Europäischen Hochschulraum sehr genau. Das EGBW ist Mitglied des Europäischen Registers für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung (EQAR). Zwischen 2010 und 2012 erörterten die EGBW-Arbeitsgruppen für frühkindliche Bildung, Berufsbildung und Schulleitung gewerkschaftliche Strategien zur Verbesserung der Qualität von Bildung und sprachen in drei Strategiepapieren Empfehlungen dazu aus. Der Ständige Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung (HERSC), der zweimal pro Jahr Sitzungen abhält, hat Arbeitsgruppensitzungen über Qualitätssicherung in Hochschulbildung und Forschung abgehalten. Das EGBW hat Studien und Berichte der Europäischen Kommission¹⁶, der OECD¹⁷, des CEDEFOP¹⁸, der ETF und anderer Organisationen über Qualität und Qualitätssicherung genau verfolgt. Unter anderem prüfte das EGBW im Februar 2011 die tatsächliche Wirkung des Leonardo Da Vinci Programms bei der Sicherstellung von Qualität in der Berufsbildung¹⁹. Das EGBW nahm weiterhin an zahlreichen von EU-Institutionen und Interessensvertretungsorganisationen organisierten Konferenzen teil, wie zum Beispiel der Internationalen Konferenz zur Qualitätssicherung im Dezember 2011 und der Konferenz des Europäischen Jugendforums im April 2011, die sich später auf Qualitätssicherung bei lebenslangem Lernen konzentrierte. Wie die CEDEFOP-Konferenz vom 24. bis 25. November 2011 mit dem Titel

¹⁵ http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/promoting-entrepreneurship/files/education/teacher_education_for_entrepreneurship_final_report_en.pdf

¹⁶ Siehe EURYDICE-Studien: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/thematic_studies_de.php#2011

¹⁷ z.B. OECD: *Building a High-Quality Teaching Profession Lessons from around the world*: <http://www2.ed.gov/about/inits/ed/internationalel/background.pdf>

¹⁸ z.B.

Qualitätssicherung in der Berufsbildung- Die Bedeutung der Akkreditierung von Berufsbildungsträgern:

http://www.cedefop.europa.eu/dE/Files/3061_de.pdf;

¹⁹ http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/2010/vetpro_de.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Gemeinsame EU-Instrumente zur Aus- und Weiterbildung - Zusammenarbeit für gemeinsame Berufs- und Ausbildungsstrategien (Common EU tools for education and training – Working together for shared vocational education and training policies) klar machte, spielen die Sozialpartner zwar eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung der europäischen Transparenz- und Qualitätssicherungsinstrumente, verfügen aber weder über genügend Mittel, um sich mit diesen Themen zu befassen, noch werden sie von den Ministerien zu Sozialdialog Sitzungen eingeladen. Deshalb bemüht sich das EGBW besonders darum, die Mitgliedsorganisationen über ihre Rolle bei der Umsetzung von Qualitätssicherungsinstrumenten aufzuklären.

Indikatoren/Benchmarks

Das EGBW hat die Politik der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates bezüglich Benchmarks und Indikatoren kontinuierlich verfolgt. 2009 einigte sich der Europäische Rat als Teil des strategischen Rahmenprogramms für Aus- und Weiterbildung (ET2020) auf fünf Benchmarks für Aus- und Weiterbildung. Die vom Rat verabschiedeten Benchmarks sollen die Beteiligung an frühkindlicher Bildung, tertiärer Bildung und lebenslangem Lernen erhöhen sowie den Anteil von vorzeitigen Schulabbrechern und den Anteil der 15-Jährigen mit Leistungsschwächen reduzieren.

Die Europäische Kommission verfolgte den Fortschritt beim Erreichen der Benchmarks in ihrem Bericht *Fortschritt auf dem Weg zur Verwirklichung der gemeinsamen europäischen Ziele in der Aus- und Weiterbildung (2010-2011)*²⁰ und veröffentlichte ferner ein *Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen über die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungs-Benchmarks für Beschäftigung und Lernmobilität*²¹. Die Benchmark für Lernmobilität wurde im November 2011 vom Bildungsrat verabschiedet²². Bei der Nachverfolgung des Berichts über den Fortschritt der Benchmarks von 2009 stellte das EGBW fest, dass die Umsetzung der Benchmarks aufgrund des Mangels an öffentlichen Investitionen im Bildungswesen in den letzten zehn Jahren und aufgrund der Reduzierung der Lehrkräfte um 1,7% seit 2000 nur sehr langsam vorangeschritten sei. Das EGBW ging auch dem Vorschlag des Bildungsrats für eine Benchmark für Lernmobilität nach. Nach Konsultation der EGBW-Beratungsgruppe für Bildung veröffentlichte das EGBW seine Stellungnahme²³ zu der Benchmark, in der es den stärkeren Fokus auf Mobilität begrüßte. Allerdings betrachtete es die Benchmark auch als einen schwachen Versuch, alle am Bildungssektor Beteiligten in das Thema Lernmobilität miteinzubeziehen, und kritisierte die Tatsache, dass der Vorschlag die Einschränkungen der Mobilität während der Finanzkrise nur wenig berücksichtigte.

Bezüglich der Indikatoren berichtete das EGBW von der Überprüfung durch die OECD der quantitativen und international vergleichbaren Indikatoren, die es politischen Entscheidungsträgern auf dem Bildungssektor und Fachleuten ermöglichen, ihre Bildungssysteme mit der Leistung anderer Länder zu vergleichen²⁴. Zusätzlich nahm das EGBW an verschiedenen Konferenzen über Indikatoren im Bildungswesen teil, unter anderem an dem 1. Internationalen Gipfel zum Lehrerberuf in New York²⁵, Sitzungen über OECD-Indikatoren und TALIS und einer Konferenz mit dem Titel *Rechtzeitig*

²⁰ http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/report10/report_en.pdf

²¹ http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/sec670_en.pdf

²² http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/126380.pdf

²³ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201111/etuce_Statement_on_Benchmarks_on_learning_mobility.pdf

²⁴ http://etuce.homestead.com/etuce_Newsletter/newsletter_en/2010/03.2010_etuce_NEWSLETTER_eng.pdf

²⁵ <http://www2.ed.gov/about/inits/ed/internationaleled/teaching-summit-2011.html>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

aufspringen: Qualifikationen, Bildung und Beschäftigung (Catch the Train: Skills, Education and Jobs) über Benchmarks und die Pisa-Studie, organisiert von der Europäischen Kommission. Auf der Sitzung des Bildungsrats am 11. Mai 2012 verabschiedete der Rat einen Ratsbeschluss über die Beschäftigungsmöglichkeiten von Absolventen im Bereich Aus- und Weiterbildung, der eine Benchmark für die Beschäftigungsmöglichkeiten von Absolventen beinhaltet²⁶. Die Beschlüsse forderten die Mitgliedsstaaten auf, Maßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene zu ergreifen, um Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen zu verbessern, die Zusammenarbeit zwischen Aus- und Weiterbildungsinstitutionen und relevanten Interessenvertretern zu erweitern und Ausbildung, Praktika und Stellenvermittlung in Firmen zu fördern.

Ostdimension: Drittländer in der EU-Bildungspolitik

Die Bildungspolitik der Europäischen Union hat auch großen Einfluss auf Nicht-EU-Mitgliedsländer. Eines der besten Beispiele dafür ist die Tatsache, dass 47 Länder den Bologna-Prozess unterschrieben und an seiner Umsetzung in Europa teilgenommen haben und dass bei der Bologna Follow-up-Gruppe (BFUG), die die Umsetzung des Prozesses beobachtet, der Vorsitz von der EU-Präsidenschaft und einem Nicht-EU-Land geführt wird. EU-Studien über Soziale Sicherheit und soziale Eingliederung in Armenien, Aserbaidschan und Georgien folgend, veröffentlichte die Europäische Kommission im Juli 2011 eine Mitteilung mit dem Titel *Europäische Agenda für die Integration von Staatsangehörigen aus Drittländern*²⁷. In der Bemühung, Staatsangehörige aus Drittländern in Gesellschaft und Bildungssysteme zu integrieren, empfahl die Mitteilung den Mitgliedsstaaten, Lehrkräfte und SchulleiterInnen mit Qualifikationen für diversity management auszustatten, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu stärken und Lehrkräfte mit Migrationshintergrund einzustellen. Das EGBW informierte die Mitgliedsorganisationen in den oben genannten Ländern über die EU-Studien und forderte sie auf, an der Konferenz *Ostdimension der Mobilität* 2011 in Warschau teilzunehmen. Ein Entwurf für eine *Schlussfolgerung des Rates über die Ostdimension von Jugendbeteiligung und Mobilität*²⁸ wurde im November 2011 vorgelegt und forderte die Mitgliedsstaaten auf, Jugendaustauschprogramme zu fördern und Mobilität für junge Leute, besonders in und aus Nachbarländern und osteuropäischen Ländern, zu unterstützen. Abschließende Ratsbeschlüsse wurden Ende November 2011 verabschiedet. Das Thema wurde auch in der EGBW-Bildungsberatungsgruppe erörtert. Während der Verhandlungen der Initiative für östliche Dimensionen hielt das EGBW eine mittel-osteuropäische Sitzung am runden Tisch vom 15. bis 17. September 2011 in Kiew ab. Die Hauptthemen waren der soziale Dialog in der Krise und der Zugang zu EU-Geldern für Projekte. Das EGBW war außerdem durch Mitgliedsorganisationen bei einem Kongress der Europäischen Bewegung International (EMI)²⁹ in Yerevan, Armenien, vertreten, der zum Ziel hatte, die europäische Integration in den östlichen Partnerschaftsländern weiter zu fördern.

²⁶ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:169:0011:0015:DE:PDF>

²⁷ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0455:FIN:DE:PDF>

²⁸ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15952.de11.pdf>

²⁹

http://www.europeanmovement.eu/index.php?id=6811&tx_ttnews%5bttnews%5d=6934&cHash=5cdf0b25dd79b7c224b6f195219f351b



1.2 Frühkindliche Bildung

Das EGBW hat die EU-Politik auf dem Gebiet der frühkindlichen Bildung sehr aufmerksam verfolgt. Um die EU2020-Ziele zu erreichen, entwarf der Europäische Rat Beschlüsse³⁰ über die Bedeutung von Aus- und Weiterbildung für das Erreichen der Ziele im Januar 2011. Diese enthielten einen wichtigen Verweis darauf, dass die Qualität von frühkindlicher Bildung und Betreuung verbessert werden muss. Am 17. Februar 2011 verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung³¹ über frühkindliche Bildung, die feststellte, dass frühkindliche Bildung tiefgreifende und langfristige Auswirkungen auf alle anschließenden Lernprozesse hat. In der Mitteilung wurde auch betont, dass die Qualität frühkindlicher Bildung in den kommenden Jahren in dem Bemühen, die Benchmark für die Reduzierung der Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher zu erreichen, wie im strategischen Rahmenprogramm für Aus- und Weiterbildung (ET 2020) festgelegt, verbessert werden sollte. Das EGBW-Sekretariat beriet sich mit der Arbeitsgruppe für frühkindliche Bildung über die Mitteilung. Die Arbeitsgruppe und das EGBW-Sekretariat waren bei der Konferenz über *Exzellenz und Gerechtigkeit bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung* vertreten, die im Februar 2011 von der ungarischen Präsidentschaft in Budapest organisiert wurde. Das EGBW veröffentlichte sowohl über die Mitteilung als auch die Konferenz einen Newsletter-Artikel³².

Weitere Entwürfe für Ratsbeschlüsse über frühkindliche Bildung und Betreuung³³ wurden im April 2011 herausgegeben. Das EGBW gab unmittelbar vor der Tagung des Bildungsrats vom 19. bis 20. Mai 2011 eine Stellungnahme³⁴ zu den Beschlussskizzen ab. Die Stellungnahme unterstützte die Absicht der Beschlüsse, frühkindliche Bildung attraktiver zu gestalten, aber stellte auch fest, dass die Ratsbeschlussskizzen es versäumten, die Korrelation zwischen Attraktivität und Bezahlung zu erwähnen, und wies darauf hin, dass Pädagogen für frühkindliche Bildung in vielen Ländern weniger verdienen als Lehrkräfte in anderen Bildungssektoren. Das EGBW berichtete Doktoranden der Universität von Kassel und Wuppertal Ende Mai 2011 über seine Tätigkeiten und Positionen gegenüber der EU-Politik bezüglich frühkindlicher Bildung. Das EGBW verfolgt außerdem die Schlussfolgerungen des Rates über *Bekämpfung von Kinderarmut und Förderung des Wohls von Kindern*³⁵ weiter, die am 17. Juni 2011 vom Bildungsrat verabschiedet wurden. Im Mai 2011 setzte die Europäische Kommission eine thematische Arbeitsgruppe über frühkindliche Bildung und Betreuung ein. Das EGBW leistete erfolgreich Lobbyarbeit, damit eine/n EGBW-Vertreter/in in diese Gruppe, die ihre Arbeit im Juni 2012 begann, aufgenommen wurde.

Das EGBW nahm auch an dem EU-finanzierten Projekt *Kompetenzanforderungen in frühkindlicher Bildung und Betreuung (Competence Requirements in Early Childhood Education and Care)* teil. Das

³⁰ Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:070:0001:0003:DE:PDF>

³¹ Mitteilung der Kommission. Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung: der bestmögliche Start für alle unsere Kinder in die Welt von morgen . http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/childhoodcom_de.pdf
http://etuce.homestead.com/etuce_Newsletter/2011/02.2011_etuce_NEWSLETTER_en_final.pdf

³² Schlussfolgerungen des Rates zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung: der bestmögliche Start für alle unsere Kinder in die Welt von morgen . <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:175:0008:0010:DE:PDF>

³⁴ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/etuce_Statement_-_Early_Childhood_Education.pdf

³⁵ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/lisa/122878.pdf



Projekt wurde von der Universität von Ostlondon und der Universität von Gent koordiniert. Im Jahr 2011 wurden im Rahmen des Projekts eine Studie über Kompetenzanforderungen in frühkindlicher Bildung durchgeführt und Kompetenzprofile für Pädagogen für frühkindliche Bildung, Lehrassistenten und andere Fachkräfte entwickelt. Das Projekt entwickelte außerdem systemische Kompetenzen.

Das EGBW richtete im Juni 2010 eine Taskforce für frühkindliche Bildung ein. Das Hauptziel der Gruppe bestand darin, ein paneuropäisches Strategiepapier für frühkindliche Bildung, das im Jahr 2006 verabschiedet worden war, zu überarbeiten und zu aktualisieren und Ansichten über die derzeitige Politik bezüglich frühkindlicher Bildung in Europa auszutauschen. Das aktualisierte Strategiepapier wurde den Teilnehmern auf dem EGBW-Seminar für frühkindliche Bildung am 20. und 21. Februar 2012 in Budapest zur Diskussion überreicht. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem EGBW und der BI-Zentrale organisiert und reflektierte als solche neue Arbeitsweisen in der neuen europäischen Struktur. Die EGBW-Taskforce arbeitete auch sehr eng mit der BI-Arbeitsgruppe auf globaler Ebene zusammen. Das Ziel des Seminars bestand darin, Erfahrungen mit der Rolle der Gewerkschaften auf dem Sektor der frühkindlichen Bildung auszutauschen und sich damit zu befassen, in welchem Ausmaß Gewerkschaften die Verbesserung dieses Sektors in Zeiten der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise beeinflussen können. Die Sitzungen der Arbeitsgruppen boten den Teilnehmern eine Möglichkeit, ihre Gedanken und Gewerkschaftsstrategien auszutauschen und den Entwurf des Strategiepapiers und dessen Abschnitte über sozialen Dialog und Kollektivverhandlungen auf dem Sektor der frühkindlichen Bildung im Kontext der Krise, Lehrkraftausbildung und beruflichen Weiterbildung von Pädagogen für frühkindliche Bildung und Geschlechtergleichstellung im Bereich frühkindlicher Bildung zu kommentieren.

Das Strategiepapier über frühkindliche Bildung soll der EGBW-Konferenz im November 2012 zur Verabschiedung vorgelegt werden.

1.3 Vorzeitiger Schulabbruch

Im Juni 2010 verabschiedeten die europäischen Staatschefs die Europa 2020 Strategie, in der sie sich darauf einigten, den Anteil von vorzeitigem Schulabbrechern bis 2020 europaweit auf weniger als 10% zu reduzieren. Vorzeitiger Schulabbruch ist ein bereichsübergreifendes Thema, weshalb die Sitzungen aller EGBW-Arbeitsgruppen, -Seminare, -Konferenzen und -Ausschüsse sich auf verschiedene Aspekte von und Gründe für vorzeitigem Schulabbruch konzentrieren. Außerdem führt das EGBW ein Projekt über die Verhinderung von vorzeitigem Schulabbruch durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) durch³⁶.

2010 veröffentlichte das Netzwerk von Experten der Sozialwissenschaften auf dem Gebiet Bildung und Ausbildung (NESSE) einen Bericht³⁷, in dem behauptet wurde, dass der Ernst von vorzeitigem Schulabbruch weder richtig erkannt, noch im Rahmen der Zielsetzung der europäischen Benchmark, vorzeitige Schulabbrecher auf weniger als 10% zu reduzieren, effektiv darauf reagiert wurde. Das

³⁶ Siehe Kapitel 1.7.

³⁷ <http://www.nesse.fr/nesse/activities/reports/early-school-leaving-report>



EGBW veröffentlichte einen Newsletter-Artikel über den Bericht.³⁸ Anschließend verfolgte das EGBW eine Mitteilung der Europäischen Kommission über *Bekämpfung von vorzeitigem Schulabbruch: Ein Kernbeitrag zur Agenda EU2020*³⁹ weiter, die Ende Januar 2011 herausgegeben wurde. Die Mitteilung beschreibt die Mischung von individuellen, bildungsbezogenen und sozioökonomischen Faktoren, die zu vorzeitigem Schulabbruch führen. Die Kommission schlägt vor, dass sich die politischen Strategien auf dem Gebiet des vorzeitigen Schulabbruchs auf Prävention, Intervention und Kompensationsstrategien konzentrieren sollten. Der Mitteilung folgend und im Rahmen der Vorbereitung auf die Bildungsratstagung im Mai 2011 veröffentlichte die ungarische Präsidentschaft ein Strategiepapier über *Präventionsstrategien zur Bekämpfung von vorzeitigem Schulabbruch von Kindern mit sozioökonomisch benachteiligtem Hintergrund, einschließlich Roma*⁴⁰ und einen Vorschlag für eine *Ratsempfehlung für vorzeitigen Schulabbruch*⁴¹. Das EGBW schickte zwei Stellungnahmen zu dem Strategiepapier und der Ratsempfehlung⁴² an die Institutionen der Europäischen Union und begrüßte den verstärkten Fokus auf Roma im Bildungswesen und die Anerkennung der Rolle von Lehrkräften beim Verhindern von vorzeitigem Schulabbruch. Das EGBW stellte jedoch fest, dass das Strategiepapier über die Integration von Roma in seiner Analyse und seinen Daten lediglich einen Top-Down-Ansatz darstelle und Lehrkräfte, Ausbilder und Wissenschaftler mit Roma-Hintergrund oder Sachkenntnissen über Roma außen vor ließ. Weiterhin riet das EGBW dem Europäischen Rat dazu, Mitgliedsstaaten dazu aufzufordern, mehr in Bildung zu investieren, um mehr Lehrkräfte einzustellen, die Nachhilfe und Betreuung leisten und sich gleichzeitig auf Schüler mit erhöhtem Risiko eines vorzeitigen Schulabbruchs konzentrieren. Eine Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode (OKM) für vorzeitigen Schulabbruch wurde von der Europäischen Kommission eingerichtet und hatte ihre erste und zweite Sitzung im Dezember 2011 und im März 2012, an denen jeweils ein/e EGBW-Vertreter/in teilnahm. Die Ergebnisse dieser Sitzungen definierten derzeitige politische Herausforderungen auf dem Gebiet des vorzeitigen Schulabbruchs und es wurde beschlossen, die Mitgliedsstaaten aufzufordern, die Ausbildung von Lehrern und Ausbildern zu verbessern und Studierende und Eltern stärker gegen vorzeitigen Schulabbruch einzubeziehen. Zudem nahmen die EGBW-VertreterInnen verschiedener OKM-Arbeitsgruppen zusammen mit dem Sekretariat an der Konferenz der Europäischen Kommission über *Reduzierung von vorzeitigem Schulabbruch (Reducing early school leaving)*⁴³ im März 2012 teil.

1.4 Berufsbildung

Der Bereich der Berufsbildung hat im letzten Jahrzehnt eine zunehmende Rolle in der EU-Politik gespielt. Die Wirtschaftskrise hat diesen Trend noch weiter verstärkt: der Schwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung von hochwertigen Berufsqualifikationen, da diese als Erleichterung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt betrachtet werden. Die belgische Präsidentschaft schenkte der Angelegenheit, einschließlich des Kampfes gegen Armut im Rahmen der Stärkung der europäischen

³⁸http://etuce.homestead.com/etuce_Newsletter/newsletter_en/2010/03.2010_etuce_NEWSLETTER_eng.pdf

³⁹http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/earlycom_de.pdf

⁴⁰<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09043.de11.pdf>

⁴¹<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09423.de11.pdf>

⁴²http://etuce.homestead.com/Statements/2011/etuce_Statement-Education_for_Roma_inclusion_eng.pdf,

http://etuce.homestead.com/Statements/2011/etuce_Statement_-_Early_School_Leaving.pdf

⁴³http://ec.europa.eu/education/school-education/confesj_de.htm



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Zusammenarbeit bei der Modernisierung von Berufsbildung volle Aufmerksamkeit. Das EGBW betonte in seiner Stellungnahme⁴⁴ zur Mitteilung der Europäischen Kommission mit dem Titel *Ein neuer Anstoß für europäische Zusammenarbeit in Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Europa 2020 Strategie*⁴⁵ im Oktober 2010, dass im Bildungswesen nicht nur ein am Arbeitsmarkt orientierter Ansatz, sondern auch ein ganzheitlicher Ansatz aufrechterhalten werden müssten, da Bildung nicht nur ein Werkzeug wirtschaftlicher Aktivität sei. Die Vielfalt von Berufsbildungssystemen müsse auch respektiert werden. Weiter kritisierte das EGBW den Mangel an Verpflichtung zur Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Berufsbildung, die wiederum auch Gleichstellung und Gleichberechtigung sicherstellen würde. Der Generaldirektor für Bildung und Kultur, Jan Truszczyński, antwortete im Namen des Kommissars Androulla Vassiliou auf die EGBW-Erklärung. Er erklärte, dass die Mitteilung seiner Meinung nach in der Tat einen Beitrag zur Gleichberechtigung bei lebenslangem Lernen leiste und dass die Europäische Kommission die Forderung nach zusätzlichen Mitteln bei der derzeitigen Konjunktur, wo viele Mitgliedsstaaten dazu gezwungen sind, Kürzungen im Bereich von Berufsbildung vorzunehmen, als unrealistisch betrachte.

Der Kopenhagen-Prozess - der Rahmen für die europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung - muss immer noch von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Aus diesem Grund trafen sich die europäischen Minister für Aus- und Weiterbildung, die europäischen Sozialpartner und die Europäische Kommission im Dezember 2010 in Brügge, Belgien, um die Prioritäten für den Kopenhagen-Prozess für 2011-2020 festzulegen, was zur Verabschiedung des *Brügge-Kommuniqués über verbesserte europäische Zusammenarbeit in Bereich der Berufsbildung*⁴⁶ führte. Der Hauptschwerpunkt des Kommuniqués liegt auf der Modernisierung und der attraktiveren Gestaltung des Bereichs der Berufsbildung sowie auch auf der Umsetzung der gemeinsamen EU-Referenzinstrumente (EQR, ECVET, Europass und EQAVET)⁴⁷. Das EGBW schickte seine Kommentare zu dem Entwurf des Brügge-Kommuniqués an das EGB und nahm, gemeinsam mit der EGB-Delegation, an einer Generaldirektionssitzung über Berufsbildung teil, die der Verabschiedung des Kommuniqués voranging. Das EGBW nahm außerdem an der Konferenz der belgischen Präsidentschaft mit dem Titel *Auf dem Weg zu einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung*⁴⁸ teil, die fast zeitgleich mit der Sitzung in Brügge stattfand. Das Kommuniqué wurde im Februar 2011 mit der EGBW-Beratungsgruppe für Bildung weiter erörtert, was zu einem Newsletter-Artikel und zu einem Rundschreiben über die neue Politik der Berufsbildung führte.⁴⁹ Das EGBW begrüßte die Betonung der Notwendigkeit von zusätzlicher Finanzierung von Berufsbildung und die Antwort des Kommuniqués auf die Kritik von Sozialpartnern, wies aber auch auf den Bedarf an zusätzlichen Mitteln für die Verbesserung des Status von Berufsbildung durch Modernisierung und Förderung der Attraktivität sowohl für Lehrkräfte als auch für SchülerInnen/Studierende hin.

⁴⁴ http://etuce.homestead.com/Statements/2010/2010_10/etuce_Statement_-_The_new_EU_policy_on_VET.pdf

⁴⁵ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0296:FIN:DE:PDF>

⁴⁶ http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/vocational/bruges_de.pdf

⁴⁷ Europäischer Qualifikationsrahmen (EQR), Kreditpunktesystem for VET (ECVET), Europäische Qualitätssicherung in VET (EQAVET)

⁴⁸ <http://www.education2010.be/de/calendar/education-and-training/>

⁴⁹ http://etuce.homestead.com/EGBW_Newsletter/2011/01.2011_etuce_NEWSLETTER_en_final.pdf, http://etuce.homestead.com/Circulars/2011/01.2011_etuce_Circular_eng.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Im März 2011 fanden die Einrichtung und die erste Sitzung der EGBW-Arbeitsgruppe für Berufsbildung in Vilnius, Litauen, statt, in der die Teilnehmer die Aufgabenbereiche der Arbeitsgruppe festlegten. Die Sitzung folgte auf das EGBW-EGI Seminar über Berufsbildung *im Bereich lebenslanges Lernen - die Rolle von Lehrer*innen*, ebenfalls in Vilnius, unter Teilnahme von EGBW-Mitgliedsorganisationen aus EU- und Nicht-EU-Ländern. Die zweite und dritte Sitzung der Arbeitsgruppe, bei der die Mitglieder die Revision des EGBW-Strategiepapiers über Berufsbildung erörterten, fand im Juni 2011 in Brüssel statt. Das EGBW organisierte ein weiteres gemeinsames Seminar mit dem EGI über *Integrative Berufsbildung in Krisenzeiten (Inclusive Vocational Education and Training during the crises)* in Sesimbra, Portugal, im März 2012⁵⁰. Die Teilnehmer, Lehrkräfte für Aus- und Weiterbildung, für den Berufsbildungssektor zuständige GewerkschafterInnen, SekretärInnen internationaler Einrichtungen und Gewerkschaftsvorsitzende, vertraten 13 EU-Länder und 6 Nicht-EU-Länder. Hauptziele des Seminars waren die Analyse der Auswirkungen der Krise auf den Berufsbildungssektor und die Beurteilung der Möglichkeiten für Lehrer*innen, Berufsbildung integrativer zu gestalten. Das EGBW ist auch in der OKM-Arbeitsgruppe für berufliche Weiterbildung von Berufsausbildern, eingerichtet von der Europäischen Kommission zusammen mit dem CEDEFOP, vertreten. Die Arbeitsgruppe hatte ihre erste Sitzung im Februar 2012, auf der Prioritäten und Ziele für die Arbeitsgruppe erörtert wurden. Das EGBW verfolgt aufmerksam die Berichte und Studien der Europäischen Kommission, die von ihren Agenturen, wie z.B. der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF) und dem CEDEFOP und anderen internationalen Institutionen veröffentlicht werden.

Qualitätssicherung in der Berufsbildung

In den letzten Jahren wurden verschiedene Initiativen und politische Instrumente für Qualität, Transparenz und Anerkennung von Qualifikationen entwickelt. Für den Bereich der Berufsbildung sind Beispiele dafür der Europäische Referenzrahmen für die Qualitätssicherung in der Berufsbildung (EQAVET), der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen und das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET). Das EGBW nahm an zahlreichen Konferenzen über Qualitätssicherung in der Berufsbildung teil, unter anderem an einer gemeinsamen Konferenz des CEDEFOP und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) über Europäische Politik im Bereich der Berufsbildung 2002-2010 im März 2011, einer zweiten CEDEFOP-Konferenz über *die Rolle der Sozialpartner bei der Umsetzung von europäischen Instrumenten und Prinzipien*⁵¹ im November 2011, und einer EU-Präsidentschaftskonferenz über *Qualitätssicherung und Transparenz als Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung*⁵². Im Juni 2011 veröffentlichte das CEDEFOP einen Bericht über die *Nutzung von Lernergebnissen*⁵³ mit dem Schwerpunkt auf der Rolle von Sozialpartnern bei der Qualitätssicherung. Die Angelegenheit war auch das zentrale Thema des gemeinsamen EGI-EGBW Seminars über Berufsbildung vom 8. bis 10. März 2012 in Sesimbra, Portugal.

⁵⁰ <http://fc.runo.se/~jel/EGBW2011/>

⁵¹ <https://events.cedefop.europa.eu/EUtools2011/>

⁵² <http://www.education2010.be/en/calendar/quality-and-transparency/>

⁵³ http://www.cedefop.europa.eu/DE/Files/Using_learning_outcomes.pdf



1.5 Leitung schulischer Einrichtungen

Auf seiner Sitzung im Dezember 2009 verabschiedete der Europäische Bildungsrat Beschlüsse über die berufliche Weiterbildung von Lehrern und Schulleitern⁵⁴. Vor der Sitzung gab das EGBW eine Stellungnahme⁵⁵ zu den vorhergehenden Entwürfen für Ratsbeschlüsse heraus, in der es die Initiative begrüßte, die berufliche Weiterbildung von Lehrkräften auf die EU-Agenda zu setzen. Das EGBW stellte jedoch hinsichtlich des Themas Schulleitung fest, dass die Beschlüsse die Chancen für junge Leute, Lehrkräfte und Schulleiter zu werden, einschränken, wenn es heißt, dass die Aufmerksamkeit auf „die Definition der Profilanforderungen für zukünftige Lehrkräfte“ gerichtet werden müsse. Das EGBW ist der Auffassung, dass der Lehrberuf junge Studenten mit unterschiedlichem Hintergrund anziehen und die Vielfalt der Gesellschaft als Ganzes reflektieren sollte.

Das EGBW richtete im Jahr 2010 eine Arbeitsgruppe für Schulleitung mit dem Auftrag ein, die Entwicklung einer EGBW-Schulleitungsstrategie zu leiten. Die Arbeitsgruppe hielt ihre erste Sitzung am 18. Oktober 2010 in Paris ab. Am 19. und 20. Oktober 2010 nahmen Mitglieder der Arbeitsgruppe gemeinsam mit Schulleitern sowie anderen Gewerkschaftsvertretern aus aller Welt an einem Seminar mit dem Titel *Befähigung von Schulleitern, derzeitige und zukünftige Herausforderungen zu meistern*, organisiert von der BI, teil. Die Teilnehmer forderten den Schutz von Bildungsbudgets vor Kürzungen, die von Regierungen angeblich als Antwort auf die Finanzkrise durchgeführt werden. Die Arbeitsgruppe hielt weitere Sitzungen im Februar 2011, im Mai 2011 und im Januar 2012 ab, um eine politische Strategie für die Leitung schulischer Einrichtungen zu entwickeln und eine EGBW-Umfrage zur Schulleitung zu initiieren. Das Ziel der Umfrage bestand darin, ein Bild der Lage auf dem Gebiet der Schulleitung in Europa zu skizzieren mit dem Hauptschwerpunkt auf Entwicklungen innerhalb von EU-Institutionen und auf Länderfallstudien (Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Norwegen, Spanien, Schweden, Ungarn und Vereinigtes Königreich). Die Umfrage wurde dann in einem Bericht ausgewertet, der im Mai 2012 veröffentlicht und auf einer Sitzung der EGBW-Arbeitsgruppe und der europäischen und weltweiten Schulleitungskonferenz erörtert wurde, die gemeinsam von der BI und dem EGBW vom 23. bis 25. Mai 2012 in Dublin organisiert wurde. An der Konferenz nahmen 75 SchulleiterInnen, GewerkschafterInnen und SprecherInnen aus 28 Ländern teil. Die Veranstaltung thematisierte eine Reihe von Schulleitungsangelegenheiten, einschließlich der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Bereich der Schulleitung, Vorbereitung auf Schulleitung, Anwerbung und Weiterbildung sowie Gewerkschaftsmobilisierung und Strategien für die gewerkschaftliche Organisation und die Anwerbung von Schulleitern in mehreren Ländern. Die Konferenz erörterte auch die Entwicklung einer BI-Schulleitungsstrategie, Strategien zur Stärkung pädagogischer Leitung und Verbesserung eines ausgewogenen Geschlechtergleichgewichts in der Schulleitung. Außerdem wurde ein Strategiepapier über die Position des EGBW zur Schulleitung bei der einen Tag vor der Konferenz abgehaltenen europäischen Sitzung vorgelegt und diskutiert. Das Strategiepapier soll der EGBW-Konferenz im November 2012 zur Annahme vorgelegt werden.

⁵⁴ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15098.de09.pdf>

⁵⁵ http://etuce.homestead.com/Statements/2009/etuce_statement_Draft_Council_Conclusions_professional_development_teachers_Nov2009_EN.pdf



Das EGBW ist ein Partner in dem Projekt 'Europäisches Politiknetzwerk über Leitung schulischer Einrichtungen' (European Policy Network on School Leadership - EPNoSL), das im Jahr 2011 aufgenommen wurde. Das Projekt wird von der 'Griechischen Stiftung für Forschung und Technologie' (Foundation for Research and Technology - FORTH/ITE), Kreta, Griechenland, und Partnern, einschließlich Bildungsministerien, Akademien, Organisationen zum Kapazitätsaufbau, Verbänden und Sachverständigen koordiniert. Das EPNoSL organisiert regelmäßig Aktivitäten des kollegialen Lernens und für den Informationsaustausch und plant die Durchführung von Forschung und Erstellung von Länderberichten über Schulleitung in einer Reihe von europäischen Ländern. Das EPNoSL plant außerdem, Netzwerke für Schulleitungspolitik auf Länderebene einzurichten - eine Aufgabe, die die Beteiligung von Lehrgewerkschaften erfordert⁵⁶.

1.6 Hochschulbildung und Forschung

Der Bologna-Prozess

Der Europäische Hochschulraum (EHEA) wurde im März 2010 auf einer Ministerkonferenz über den Bologna-Prozess in Budapest und Wien eingeführt. Das Ziel des EHEA besteht darin, als eine Entwicklung des Bologna-Prozesses vergleichbarere, kompatiblere und einheitlichere Systeme von Hochschulbildung in Europa sicherzustellen. Das EGBW nimmt an Sitzungen teil, die von dem EHEA-Informations- und Förderungsnetzwerk veranstaltet werden, das Informationen über den Bologna-Prozess und den EHEA liefert und die Verbesserung der internationalen Förderung des EHEA anstrebt.

Um die Umsetzung der Schritte des Bologna-Prozesses im Europäischen Hochschulraum sicherzustellen, ist die Hauptnachverfolgungsstruktur die **Bologna Follow-up-Gruppe (BFUG)**, die aus allen Mitgliedern des Bologna-Prozesses, der Europäischen Kommission, dem Europarat und verschiedenen Interessengruppen, Berufsverbänden und Sozialpartnern⁵⁷ als beratende Mitglieder zusammengesetzt ist.

Das EGBW organisiert zweimal pro Jahr eine Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung - ein ständiger beratender Ausschuss zur Vertretung der Stimmen von Lehrkräften in Hochschulbildung und Forschung. Der Ständige Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung trat 2010 zweimal in Brüssel und in Löwen, 2011 zweimal in Kopenhagen und Warschau und 2012 einmal in Bukarest zusammen. Das EGBW ist durch den Ständigen Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung in den BFUG-Sitzungen und in den BFUG-Arbeitsgruppen für internationale Öffnung, Mobilität, Umsetzung des Bologna-Prozesses und Transparenzmechanismen vertreten. Das EGBW nimmt außerdem, wie auch die anderen beratenden Mitglieder, an den Bologna-Ministerkonferenzen teil.

Vor der Einführung des EHEA veröffentlichte Eurydice, ein Netzwerk der Europäischen Kommission, das Analysen und Informationen über europäische Bildungssysteme und -politiken bereitstellt, einen

⁵⁶ <http://www.schoolleadership.eu/>

⁵⁷ EUA (Europäische Vereinigung der Hochschulen), EURASHE (Europäische Vereinigung der Hochschulbildungsinstitutionen), ESU (Europäische Union der Studierendenschaften/European Students Union), UNESCO-CEPES, Education International, ENQA (Europäische Qualitätssicherung in der Hochschulbildung), BUSINESSEUROPE.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Bericht über Hochschulbildung in Europa 2010 mit Schwerpunkt auf den Auswirkungen des Bologna-Prozesses⁵⁸. Im Rahmen der Nachverfolgung des Berichts veröffentlichte das EGBW im Juni 2010 einen Newsletter-Artikel⁵⁹. Im April 2012 veröffentlichte Eurydice einen zweiten Bericht über Hochschulbildung, dieses Mal mit Schwerpunkt auf der Umsetzung des Bologna-Prozesses⁶⁰.

Um stärkeren politischen Druck zugunsten der BI- und EGBW-Strategien auszuüben, veröffentlichte die BI in Zusammenarbeit mit der ESU im Jahr 2010 eine Studie über *Lernerzentriertes Lernen (Student Centred Learning): ein Einblick in Theorie und Praxis*⁶¹. Ferner nahm das EGBW an einer ESU-Konsultation über die Finanzierung der Zukunft von Studierenden im November 2011 in Liverpool teil. Das EGBW war auch bei Sitzungen, die das Europäische Forum für Qualitätssicherung betreffen, vertreten. Das Europäische Forum für Qualitätssicherung (European Quality Assurance Forum - EQAF) ist eine jährliche Veranstaltung, mitorganisiert von der sogenannten E4-Gruppe (Europäischer Universitätsverband, Europäischer Verband für Qualitätssicherung in Hochschulbildung, Europäischer Verband von Hochschulinstitutionen, Dachverband der europäischen Studierendenschaften (ESU)) und ist die europäische Konferenz für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung, die alle Kerninteressengruppen auf dem Gebiet - Hochschulinstitutionen, Qualitätssicherungsagenturen und Studierenden - zusammenbringt⁶². Die Herausforderungen für das EGBW in seiner zukünftigen Arbeit an den Bologna-Themen betreffen Bereiche wie Finanzierung, Widerstand gegen steigende Studiengebühren und zunehmendes Managerdenken sowie Förderung von Kollegialität. Das EGBW entwickelte ein Positionspapier über eine unterstützende Umgebung für Personal und legte es der Bologna Follow-up-Gruppe bei einer Tagung vom 13. bis zum 14. Oktober 2011 in Krakau vor: *Der Bologna Prozess: ein Plädoyer für eine unterstützende Umgebung für akademische Mitarbeiter und die Schlüsselmerkmale eines unterstützenden Umfelds (The Bologna Process: the case for a Supportive Environment for Academic staff, and the key features of a Supportive Environment)* waren eine Antwort auf den Aufruf für eine 'unterstützende Umgebung für akademische Lehrkräfte' in dem Wien/Budapest-Minister-Kommuniqué im Jahr 2010. Nach Auffassung des EGBW muss eine unterstützende Umgebung die folgenden Merkmale aufweisen, die ein einheitliches 'Paket' bilden und mit der UNESCO-Empfehlung übereinstimmen: akademische Freiheit, Vertrauen und Kollegialität, Reduzierung übermäßiger Bürokratie, Beseitigung von übermäßigen Arbeitsbelastungen, Anerkennung der Rolle von Nachwuchsforschern, Bereitstellung von Programmen für berufliche Weiterbildung, Karriereperspektiven, Anerkennung von Lehre und Forschung, Qualitätssicherung, Verbesserung der Arbeitsumgebung, integrative und antidiskriminierende Politik am Arbeitsplatz, Anerkennung von Tarifverhandlungen, Anerkennung des länderübergreifenden, globalen Charakters von Hochschulbildung und Forschung, Anerkennung von Sabbatjahren als grundlegende Arbeitsbedingung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Die andere wichtige politische Errungenschaft wurde während der Bologna-Ministersitzung und eines Bologna-Politikforums erzielt, die vom 26. bis 27. April 2012 in Bukarest abgehalten wurden

⁵⁸ http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/122DE.pdf

⁵⁹ http://etucehomestead.com/etuce_Newsletter/newsletter_en/2010/etuce_Final_Newsletter_June_2010_eng.pdf

⁶⁰ http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/138DE.pdf

⁶¹ <http://download.ei-ie.org/SiteDirectory/hersc/Documents/2010%20T4SCL%20Stakeholders%20Forum%20Leuven%20-%20An%20Insight%20Into%20Theory%20And%20Practice.pdf>

⁶² <http://www.eua.be/eua-work-and-policy-area/quality-assurance/qa-forum.aspx>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

und auf dem die BI und das EGBW vertreten waren. Die drei bedeutenden verabschiedeten Dokumente waren: das *Bukarest Kommuniqué*^[3], die *Mobilitätsstrategie 2020 für den Europäischen Hochschulraum* (EHEA)^[4] und eine *Erklärung des dritten Bologna-Politikforums*^[5]. Der Textentwurf des Bukarest-Kommunikés erwähnte öffentliche Finanzierung überhaupt nicht und die BI- und EGBW-VertreterInnen schlugen vor, diese unter Rückgriff auf frühere Kommunikés zu bekräftigen. Die BI- und EGBW-Delegierten traten erfolgreich für die Verabschiedung eines Texts des Bukarest-Kommunikés ein, der für das höchste Niveau öffentlicher Finanzierung von Hochschulbildung plädiert: „Wir verpflichten uns dazu, das höchstmögliche Niveau an öffentlicher Finanzierung für Hochschulbildung zu sicherzustellen und auch auf andere geeignete Quellen als Investition in unsere Zukunft zurückzugreifen. Wir unterstützen unsere Institutionen bei der Heranbildung von kreativen, innovativen, kritisch denkenden und verantwortlichen Hochschulabsolventen, die für das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung unserer Demokratien erforderlich sind. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, zusammenzuarbeiten, um so die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren.“ Die BI legte bei der Sitzung einen Bericht über *Die akademische Wahrnehmung des Bologna-Prozesses (Academic Perception of the Bologna Process)*^[6] vor. In diesem Bericht empfahlen wir den Ministern, sich auf die Einbeziehung von Beschäftigten und Studierenden und insbesondere Lehrkräften und Lehrgewerkschaften zu konzentrieren. Der Bericht bezieht sich auf die Empfehlungen der UNESCO für den *Status von Lehrkräften in der Hochschulbildung*⁶³ von 1997 und des Europarats für *Akademische Freiheits- und Universitätsautonomie*⁶⁴ von 2006, da in diesen Dokumenten die internationalen Normen für akademisches Arbeiten festgelegt wurden.

Europäische Hochschulpolitik

Entwicklung, Modernisierung und Qualität europäischer Hochschulbildung werden vom EGBW aufmerksam verfolgt. Auf der Grundlage der Bildungsratssitzung im Mai 2010 bat der Bildungsrat die Europäische Kommission darum, eine internationale Hochschulbildungsstrategie zur Verbesserung der internationalen Hochschulbildung zu entwickeln. Das EGBW berichtete über die Ratssitzung und deren Beschlüsse in einem Rundbrief⁶⁵.

Im Juli 2010 legte die Europäische Kommission ein Strategiepapier für ein *Programm Lebenslanges Lernen (LLP) nach 2013*⁶⁶ mit einem Vorschlag für ein neues Programm für internationale Zusammenarbeit im Hochschulbildungswesen vor, das das alte LLP ersetzt, welches im Jahr 2013 ausläuft. Gemäß dem Vorschlag soll das neue Programm auf dem derzeitigen LLP aufbauen, um sowohl die Leistung als auch die Mobilität der Hochschulbildung und die Mobilität innerhalb der Hochschulbildung in Europa zu verbessern. Zwischen September 2010 und dem 30. November 2010 führte die Europäische Kommission eine öffentliche Online-Konsultation über das *Zukünftige EU-Programm für Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbildungswesen und Humankapitalentwicklung* durch. Im Oktober 2010 nahm das EGBW an dem europäischen

^[3] <http://www.ehea.info/Uploads/%281%29/Bucharest%20Communique%202012%281%29.pdf>

^[4] <http://www.ehea.info/Uploads/%281%29/2012%20EHEA%20Mobility%20Strategy.pdf>

^[5] <http://www.ehea.info/Uploads/%281%29/Bucharest%20BPF%20Statement%281%29.pdf>

^[6] <http://www.ehea.info/Uploads/%281%29/EI%20report%20Bologna%20ministerial%202012.pdf>

⁶³ http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13144&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html

⁶⁴ <http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/adoptedtext/ta06/erec1762.htm>

⁶⁵ http://etuce.homestead.com/Circulars/2010/etuce_Circular_SB_IO_September_2010.pdf

⁶⁶ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/423_eac_lifelong_learning_de.pdf



Interessenvertreterforum der Europäischen Kommission über die EU-Zusammenarbeit in Aus- und Weiterbildung, Jugend und internationaler Zusammenarbeit⁶⁷ teil. Das EGBW veröffentlichte Ende November 2010 eine Stellungnahme⁶⁸ zur Konsultation über das neue Programm, würdigte den Erfolg der derzeitigen Hochschulbildungsmobilitätsprogramme der EU und begrüßte ein zukünftiges Programm, das auf diesen Erfahrungen aufbaut. Das EGBW stellte jedoch fest, dass die Strategie der Europäischen Kommission sich mehr darauf konzentriert, europäische Hochschulbildung im Ausland zu vermarkten und es versäumte, strukturelle Probleme beim Zugang zu Hochschulbildung und zu akademischen Berufen (z.B. geringe Attraktivität, schlechte Arbeitsbedingungen) sowie nachhaltige Entwicklung von Hochschulbildungskapazitäten in den Nachbarländern der EU und darüber hinaus zu reflektieren.

Im Rahmen der Nachverfolgung der Veröffentlichung des Vorschlags „Erasmus für alle“, der als neuer Rahmen des Programms lebenslanges Lernen im Jahr 2013 verabschiedet werden soll, bat das EGBW den EGB darum, die Meinung der Lehrgewerkschaft in einer EGB-Stellungnahme miteinzubeziehen. Diese Stellungnahme, die im Rahmen der Lobbyarbeit an die Institutionen der Europäischen Union und an die Mitgliedsorganisation geschickt wurde, kritisierte den Vorschlag, eine Studierendendarlehen auf europäischer Ebene einzurichten, sowie auch die Vermarktwirtschaftlichungspolitik in Hochschulbildung und Forschung und die Zusammenlegung von Unterprogrammen.

Im Rahmen ihres Plans zur Verabschiedung einer neuen Mitteilung über die Modernisierung der Hochschulbildung startete die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation der Interessengruppen auf dem Gebiet der europäischen Hochschulbildung, die von Februar 2011 bis März 2011 lief. Das EGBW informierte die Mitgliedsorganisationen und forderte sie zu einer Reaktion auf die Konsultation auf. Außerdem informierte das EGBW den Ständigen Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung bei seiner Sitzung in Kopenhagen im März 2011 über die Initiative und warnte davor, dass die Initiative öffentliche Investitionen in Hochschulbildung möglicherweise gefährden könnte.

Im September 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission die Mitteilung über *Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung - eine Agenda für die Modernisierung von Europas Hochschulbildungssystem*⁶⁹. Das EGBW betonte seine Bedenken bezüglich der Mitteilung in einer Erklärung⁷⁰ im November 2011, in der es auch die in der Mitteilung ausgedrückte viel zu enge und simplifizierende Ansicht über den Zweck von Hochschulinstitutionen kritisierte, die diese als Instrumente betrachte, um die Bedürfnisse des Wirtschaftssektors zu erfüllen. Das EGBW kritisierte ferner, dass in der Mitteilung eine Ausweitung der Erhebung von Studiengebühren im Hochschulbildungswesen befürwortet wird und kritisierte ferner den Mangel an Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, weiter in Hochschulbildung zu investieren. Nach der Bildungsratssitzung im

⁶⁷ http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/forum/report10_de.pdf

⁶⁸

http://etuce.homestead.com/Statements/2010/2010_11/etuce_Statement_Public_Consultations_on_Erasmus_Mundus_post_2013.eng.pdf

⁶⁹ http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/com0911_de.pdf

⁷⁰ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201110/etuce_Statement_on_Modernisation_of_HE_eng.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

November 2011 wurden Beschlüsse über die *Modernisierung von Hochschulbildung*⁷¹ vorgelegt, die einige der in der Mitteilung aufgeführten Vorschläge, unter anderem auch für eine stärkere Partnerschaft mit dem Wirtschaftssektor und eine zukünftige Analyse der Auswirkung anderer Finanzierungsansätze, anerkannten. Das EGBW äußerte seine Bedenken über die Herangehensweise der Europäischen Kommission und des Bildungsrats an die Modernisierung von Hochschulbildung in einem Rundbrief mit dem Titel *Erweiterung der Studiengebühren?* im Dezember 2011⁷².

Das EGBW ist in der thematischen Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode (OMC) der Europäischen Kommission für Modernisierung der Hochschulbildung vertreten. Das EGBW nahm außerdem an verschiedenen Veranstaltungen und Konferenzen über EU-Hochschulbildungspolitik teil. Unter anderem am *3. Jährlichen Symposium für Universitätsrankings und Qualitätssicherung in Europa*, wo vorgeschlagen wurde, ein allgemeines Universitätsrankingsystem in Europa zu schaffen, sowie an der *Internationalen Konferenz für Qualitätssicherung* im Dezember 2011, auf der das EGBW seine Kritik an dem Universitätsranking weiter zum Ausdruck brachte.

EU-Forschungspolitik

In den letzten Jahren wurden von der Kommission mehrere Initiativen und Vorschläge bezüglich Forschung und Innovation in der EU-Hochschulbildung vorgelegt. Das EGBW hat die verschiedenen Vorschläge verfolgt, hat der Kommission Beiträge geliefert und die Mitgliedsorganisationen über einschlägige Entwicklungen der EU-Politik in Forschung und Innovation informiert. Im Oktober 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Strategiepapier für eine *Rahmenrichtlinie für den europäischen Forschungsraum*⁷³, die initiiert wurde, um den Prozess der Fertigstellung des europäischen Forschungsraums (ERA) zu beschleunigen, der eine Initiative war, die im Rahmen der Leitinitiative der Europa 2020-Strategie „Union der Innovation“ (IU) eingeführt wurde und sich aus allen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, -programmen und -strategien mit einer länderübergreifenden Perspektive zusammensetzte. Die Kommission führte eine öffentliche Konsultation über das Rahmenkonzept mit Frist im November 2011 durch. Das EGBW kommentierte die Konsultation in einem Rundbrief-Artikel⁷⁴ im Dezember 2011, kritisierte die vorgeschlagene Stärkung der Bindungen zwischen öffentlichen Forschungsinstitutionen und Industrie und wies auf die möglichen negativen Auswirkungen auf die Forschungsautonomie hin. Im April 2011 startete die Europäische Kommission dann eine weitere öffentliche Konsultation über die künftige Strategie des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) mit dem Ziel, eine strategische Innovationagenda für das EIT auszuarbeiten. Das EGBW schickte eine Anfrage an die Mitgliedsorganisationen, um sie über die öffentliche Konsultation zu informieren. Zum 30. November 2011 verabschiedete die Europäische Kommission einen Vorschlag zur „strategischen Innovationsagenda“ der EIT, die den Rahmen für die Aktivitäten des EIT für den Zeitraum 2014-2020 definiert und einen großen Beitrag zu den in einem neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation festgelegten Zielen leisten wird.

⁷¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:372:0036:0041:DE:PDF>

⁷² http://etuce.homestead.com/Circulars/2011/3_2011_ETUCE_Circular_EN.pdf

⁷³ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2012_rtd_001_era_framework_2012_de.pdf

⁷⁴ http://etuce.homestead.com/Circulars/2011/3_2011_etuce_Circular_EN.pdf



Zwischen dem 9. Februar 2011 und dem 20. Mai 2011 führte die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation über ein neues gemeinsames strategisches Rahmenprogramm für künftige EU-Forschungs- und Innovationsfinanzierung durch. In ihrem Rundschreiben vom Mai 2011 rief das EGBW seine Mitgliedsorganisationen dazu auf, an der Konsultation teilzunehmen⁷⁵. Die Europäische Kommission veröffentlichte weitere Strategiepapiere über *Verantwortungsbewusste Forschung und Innovation*⁷⁶ und *Verbesserung und Fokussierung auf internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation*⁷⁷, beide veröffentlicht im September 2011. Das EGBW wird die zukünftige Entwicklung dieser Initiativen weiter verfolgen.

Am 30. November 2011 gab die Europäische Kommission eine Mitteilung über Horizont 2020⁷⁸ - das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation 2014-2020 - zusammen mit Vorschlägen zur Einführung, Umsetzung und Regulierung von Horizont 2020 heraus. Das neue Programm wird als ein Gesamt-Forschungs- und Innovationsprogramm laufen, das bereits vorhandene EU-Forschungsprogramme vereint, um die Einrichtung zu vereinfachen, sehr ähnlich wie der Vorschlag für 'Erasmus für alle'⁷⁹. Das EGBW berichtete in einem Rundbrief im Dezember 2011 über die Änderungen in der EU-Forschungspolitik⁸⁰. Nach der Konsultation der Mitgliedsorganisationen, die Beschäftigte im Hochschul- und Forschungsbereich im Ständigen Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung vertreten, veröffentlichte das EGBW im Mai 2012 eine Stellungnahme zu Horizont 2020. In der Stellungnahme begrüßt das EGBW den Vorschlag zu Horizont 2020 im Allgemeinen, findet den Vorschlag allerdings als zu stark an Wirtschaft und Arbeitsmarkt orientiert. Außerdem hat das EGBW Bedenken hinsichtlich des Vorschlags der Europäischen Kommission, dass die Industrie, Forschung fördern solle, um den Bedürfnissen der Industrie zu dienen. Horizont 2020 soll Ende 2013 vom Europäischen Rat und dem Europaparlament verabschiedet werden. Das EGBW begrüßt die Forschungsförderung der Europäischen Kommission als eine der grundlegenden Lösungen für die Krise und die zukünftige Entwicklung Europas. Allerdings betont das EGBW auch weiterhin, dass Forschung mehr als bloß Forschung zum Zwecke und im Interesse der Wirtschaft ist. Das EGBW ruft der Europäischen Kommission in Erinnerung, dass die Mitgliedsstaaten ebenfalls ausschließlich diesen Bereichen eine hohe Priorität einräumen, was bedeutet, dass nicht marktbezogene Forschung, wie z.B. Bildung, sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf EU-Ebene einen geringeren Stellenwert hat.

1.7 Lebenslanges Lernen

Programm 'Lebenslanges Lernen' und Vorschlag 'Erasmus für alle'

Die Mobilität von Studierenden und die Zusammenarbeit zwischen Ländern und Schulen sind Themen des Programms 'Lebenslanges Lernen', das von 2007 bis 2013 läuft. Zahlreiche EGBW-Projekte erhielten einen Zuschuss aus diesem Programm, weshalb das EGBW die sich ändernden politischen Ziele des Programms beobachtet, die im Ausschuss für das Programm 'Lebenslanges

⁷⁵ http://etuce.homestead.com/Circulars/2011/01.2011_etuce_Circular_eng.pdf

⁷⁶ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2010_rtd_012_responsible_research_innovation_de.pdf

⁷⁷ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2012_rtd_007_international_cooperation_de.pdf

⁷⁸ http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/proposals/communication_from_the_commission_-_horizon_2020_-_the_framework_programme_for_research_and_innovation.pdf#view=fit&pagedmode=none

⁷⁹ <http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/>

⁸⁰ http://ETUCE.homestead.com/Circulars/2011/3_2011_ETUCE_Circular_EN.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Lernen¹ der Europäischen Kommission diskutiert werden. Das EGBW ist Mitglied dieses Ausschusses, nimmt an dessen halbjährlichen Sitzungen teil und leistet Beiträge zu den Online-Diskussionen und Konsultationen zwischen den Sitzungen. Das EGBW informiert die Mitgliedsorganisationen regelmäßig über die Möglichkeiten, an Studienreisen teilzunehmen, angekündigt vom CEDEFOP, das auch Mittel aus dem Programm erhält.

Im Juli 2010 stellte die Europäische Kommission das Strategiepapier für das *Programm Lebenslanges Lernen (LLP) nach 2013*⁸¹, einschließlich dreier Vorschlägen für ein neues Programm für den Zeitraum 2014-2020 vor. Zwischen September 2010 und dem 30. November 2010 führte die Europäische Kommission eine öffentliche Online-Konsultation bezüglich der allgemeinen Ziele des zukünftigen Programms, der Jugendprogramme und des Erasmus-Programms durch. Im Rahmen des Konsultationsprozesses nahm das EGBW an einem Forum der Interessenvertreter teil, das von der Europäischen Kommission im Oktober 2010 organisiert wurde⁸². Ende November 2010 gab das EGBW zwei Stellungnahmen⁸³ zur Konsultation heraus: eine über das neue Programm⁸⁴ und eine über dessen Ziele in Zusammenhang mit Hochschulbildung, wobei es betonte, dass die politischen Ziele dahingehend geändert werden sollten, dass der Schwerpunkt in dem Programm mehr auf die Rolle der Lehrkräfte gelegt wird.

Anschließend gab die Europäische Kommission Ende 2011 den Vorschlag zu einem neuen Programmpaket mit dem Titel „Erasmus für alle“ heraus. Das EGBW kritisierte den Vorschlag, Studierendendarlehen einzurichten sowie auch die Vermarktlichungspolitik in Hochschulwesen und Forschung und die Zusammenlegung aller Unterprogramme in lebenslangem Lernen stark. Das EGBW begann sofort mit der Lobbyarbeit für die Verabschiedung eines besseren Vorschlags: Es nahm an einer öffentlichen Anhörung, die vom europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert wurde, teil, um die Meinung der Interessengruppen über die Initiative im Januar 2012 zu erhalten. Das EGBW hat die Diskussion des CULT-Ausschusses (Ausschuss für Kultur und Bildung) des Europaparlaments über diese Angelegenheit weiterverfolgt und, nachdem es den Entwurf der Erklärung mit der Beratungsgruppe erörtert hatte, das Dokument in eine EGB-Erklärung integriert, um der Meinung der Gewerkschaften über diese Angelegenheit mehr Gewicht zu geben. Der Vorschlag soll Ende 2013 angenommen werden.

Empfehlung zur Förderung und Validierung von nicht formalem und informellem Lernen

In den letzten Jahren wurde in der EU-Bildungspolitik zunehmend ein Schwerpunkt auf Aktivitäten nicht formalen und informellen Lernens (NFIL) als Ergänzung zum formalen Lernen gelegt. NFIL ist zu verstehen als das Erwerben von Qualifikationen außerhalb formaler Lerninstitutionen, zum Beispiel am Arbeitsplatz oder durch Freizeitaktivitäten. Die Europäische Kommission möchte die Anerkennung von NFIL fördern und Instrumente zur Validierung von NFIL schaffen. 2009 gab das CEDEFOP eine Veröffentlichung *Europäische Richtlinien für die Validierung von nicht formalem und*

⁸¹ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/423_eac_lifelong_learning_de.pdf

⁸² http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/forum/report10_de.pdf

⁸³ http://ETUCE.homestead.com/Statements/2010/2010_11/ETUCE_Statement_-_Public_Consultations_on_Erasmus_Mundus_post_2013.eng.pdf

⁸⁴ http://ETUCE.homestead.com/Statements/2010/2010_11/ETUCE_Statement_-_Public_Consultations_on_LLL_post_2013.eng.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

*informellem Lernens*⁸⁵ heraus, deren Ziel darin bestand, Herausforderungen bei der Validierung von NFIL aufzuzeigen, aber auf dem Gebiet der Umsetzung der Validierung von NFIL auch Instrumente zu schaffen und Rat zu erteilen. Die OECD folgte mit dem Bericht *Anerkennung von nicht-formalem und informellem Lernen: Ergebnisse, Strategien und Praktiken*⁸⁶ im April 2010, in dem sie die bestehende Politik im Bereich NFIL in 22 Ländern erforschte. Im Juli 2010 stellte die Europäische Kommission ein Strategiepapier zur *Empfehlung für die Förderung und die Validierung von nicht formalem und informellem Lernen*⁸⁷ vor, die zum Ziel hat, das Lernen außerhalb formaler Aus- und Weiterbildung zu stärken und zu fördern. Das Strategiepapier folgte eine öffentliche Konsultation über die Validierung von NFIL, die von Dezember 2010 bis Februar 2011 lief. Das EGBW forderte seine Mitgliedsorganisationen dazu auf, den Fragebogen auszufüllen, der die Konsultation begleitete. Die Ergebnisse wurden in einem 2011 von der Europäischen Kommission erstellten Bericht veröffentlicht⁸⁸. Der Bericht zeigte, dass die Befragten, die hauptsächlich aus dem Bildungssektor kamen, die Validierung von NFIL als wichtig betrachteten und dabei bereits vorhandene Validierungsschemen auch als nicht ausreichend erachteten. Ein Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Rates zur Validierung von NFIL wurde Anfang 2012 von der Bildungsratssitzung im November 2012 zusammen mit einer abschließenden Verabschiedung der Empfehlung erwartet. Beide stehen noch aus.

Erwachsenenbildung

Erwachsenenbildung spielt eine wichtige Rolle bei der Umschulung von Personen für den Arbeitsmarkt, der Reduzierung des Risikos von sozialem Ausschluss und der Konzentration auf die Bedürfnisse des individuellen Lerner im Hinblick auf die Förderung der persönlichen Entwicklung. Im März 2011 nahm das EGBW an der abschließenden Konferenz des *Aktionsplans für Erwachsenenbildung: es ist immer eine gute Zeit zum Lernen (Adult Learning Action Plan: it is always a good time to learn)* teil, ein Aktionsplan, der 2007 verabschiedet wurde. Der Aktionsplan hatte zum Ziel, die Beteiligung und Qualität in der Erwachsenenbildung mit dem Hauptschwerpunkt auf benachteiligten Gruppen, wie z.B. gering Qualifizierten, vorzeitigen Schulabbrechern und Migranten, zu erhöhen. Das EGBW berichtete von den Hauptzielen und -ergebnissen der Konferenz in einem Newsletter-Artikel⁸⁹ im Juni 2011, der auch die Erkenntnisse eines neuen Eurydice-Berichts *Formale Erwachsenenbildung: Maßnahmen und Praktiken in Europa* enthielt⁹⁰. Der Eurydice-Bericht zeigte, dass die Beteiligung an der Erwachsenenbildung in den EU-Mitgliedsstaaten hochgradig variiert, was vor allem durch sehr unterschiedliche politische Regelungen und finanzielle Möglichkeiten im Bereich der Erwachsenenbildung bedingt ist. Das EGBW berichtete von der Konferenz, dass die Hauptprioritäten für die kommenden Jahre darin bestünden, den Erwachsenenbildungssektor zu erweitern und Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Ministerien herzustellen. Die Konferenz stellte die Liste von den von den Mitgliedsstaaten nominierten einzelstaatlichen KoordinatorInnen vor, die für die Umsetzung der Agenda verantwortlich sein würden.

⁸⁵ http://www.cedefop.europa.eu/DE/Files/4054_de.pdf

⁸⁶ http://www.oecd.org/document/29/0,3343,en_2649_39263294_44870941_1_1_1_1,00.html

⁸⁷ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2011_eac_009_informal_learning_de.pdf

⁸⁸ http://ec.europa.eu/dgs/education/culture/consult/vnfil/report_de.pdf

⁸⁹ http://ETUCE.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2011/02.2011_ETUCE_NEWSLETTER_en_final.pdf

⁹⁰ http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/128DE.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Als Follow-up des Aktionsplans Erwachsenenbildung stellte der Bildungsrat im November 2011 einen Entwurf für eine Entschließung des Rats⁹¹ für eine erneuerte europäische Agenda für Erwachsenenbildung vor. Die Agenda wurde am 28. November 2011 vom Bildungsrat verabschiedet. Das EGBW betonte seine Ansichten über den Entwurf der Ratsresolution über die neue Agenda in einer Ende November 2011 herausgegebenen Stellungnahme⁹². Das EGBW begrüßte den verstärkten Schwerpunkt auf der Entwicklung von persönlichen und beruflichen Qualifikationen in der Erwachsenenbildung, bedauerte jedoch, dass die Empfehlung nicht den Vorschlag enthielt, den Benchmark für Beteiligung an der Erwachsenenbildung auf mehr als 15% anzuheben. Das EGBW betonte außerdem die Bedeutung von hoher Qualität in der Erwachsenenbildung und den Bedarf an der Beteiligung von Sozialpartnern an dem Prozess der Entwicklung und Aufrechterhaltung von Qualität.

Das EGBW ist in zwei thematischen OKM-Arbeitsgruppen für Erwachsenenbildung vertreten, die 2011 von der Europäischen Kommission eingerichtet wurden. Die erste Sitzung der OKM-Arbeitsgruppe zum Thema „Finanzierung von Erwachsenenbildung“ fand am 11. Oktober 2011 in Brüssel statt und die zweite Sitzung am 8. Februar 2012 mit dem Ziel der Definition eines Entwurfs für ein Arbeitsprogramm für künftige Sitzungen und Tätigkeiten. Die OKM-Arbeitsgruppe zum Thema „Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung“ hatte ihre erste Sitzung im Oktober 2011 und ihre zweite Sitzung am 6. Juni 2012, begleitend zu der 4. Europäischen Grundtvig-Konferenz über berufliche Mobilität des Lehrpersonals in der Erwachsenenbildung (Professional Mobility of Adult Education Staff). Das EGBW berichtete von den Ereignissen einiger der Sitzungen in seinem Rundschreiben vom März 2012⁹³.

Europäischer Referenzrahmen, Schlüsselkompetenzen

Der Europäische Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen⁹⁴ wurde 2006 mit dem Ziel erlassen, Fähigkeiten, Qualifikationen, und Wissen aufzuführen, die als notwendig für das Erlangen von Beschäftigung, aktiver Staatsbürgerschaft und sozialer Integration erachtet werden. Die acht in dem Rahmen aufgeführten Schlüsselkompetenzen sind: Kommunikation in der Muttersprache, Kommunikation in Fremdsprachen, mathematische Kompetenz und Grundkompetenzen in Wissenschaft und Technik, digitale Kompetenz, Lerntechniken, soziale und politische Kompetenzen, Sinn für Initiative und unternehmerische Kompetenzen, kulturelles Bewusstsein und kultureller Ausdruck. Im November 2009 gaben die Europäische Kommission und der Europäischer Rat einen Entwurf für einen gemeinsamen Fortschrittsbericht über die Umsetzung des „Arbeitsprogramms für Aus- und Weiterbildung 2010“ mit Schwerpunkt auf Schlüsselkompetenzen⁹⁵ heraus. Der Bericht stellte fest, dass viele EU-Bürger noch immer mit ihren Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten hinterherhängen, wovon häufig benachteiligte Gruppen oder

⁹¹ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st16/st16743.en11.pdf>

⁹² http://ETUCE.homestead.com/Statements/2011/201111/ETUCE_Statement_on_Adult_learning_eng.pdf

⁹³ http://ETUCE.homestead.com/Circulars/2012/01.2012_ETUCE_Circular_eng.pdf

⁹⁴ http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/ll-learning/keycomp_de.pdf

⁹⁵ Europäische Kommission: *Schlüsselkompetenzen für eine Welt im Wandel. Entwurf des gemeinsamen Fortschrittsberichts 2010 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“*. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0640:FIN:DN:PDF>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Minderheiten betroffen sind. Der Bericht forderte die weitere Umsetzung der Strategien auf einzelstaatlicher und EU-Ebene in diesem Bereich.

Bezüglich des Rahmens für Schlüsselkompetenzen verabschiedete der Europäische Rat im Mai 2010 Schlussfolgerungen über Kompetenzen, die lebenslanges Lernen unterstützen⁹⁶ und im November 2010 *Schlussfolgerungen zur Anhebung des Niveaus von*

*Grundkompetenzen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit „Schulen für das 21. Jahrhundert“*⁹⁷. Das EGBW ließ auf diese Schlussfolgerungen einen Rundbrief-Artikel⁹⁸ folgen und informierte die EGBW-Arbeitsgruppe für frühkindliche Bildung über die Schlussfolgerungen, die die Entwicklung von Qualifikationen an Schulen betreffen. Im April 2011 gab der Europäische Rat einen Entschließungsentwurf über die Förderung neuer und wirksamer

Formen der Beteiligung von jungen Menschen am demokratischen Leben in Europa⁹⁹ heraus. Vor dem Entschließungsentwurf veröffentlichte das EGBW einen Artikel auf der Basis einer Internationalen Bürgerkompetenzstudie, die feststellte, dass europäische Schüler im Vergleich zur Jugend der restlichen Welt hohe Ergebnisse in politischem Wissen erreichen¹⁰⁰. Das EGBW verfolgt die Umsetzung der Entschließung des Europäischen Rates weiter.

Das EGBW ist außerdem in den thematischen OKM-Arbeitsgruppen „Beurteilung von Schlüsselkompetenzen“ und „Mathematik, Wissenschaft und Technik“ vertreten. Die Arbeitsgruppe für Schlüsselkompetenzen hatte ihre erste Sitzung im Oktober 2010 und hatte zum Ziel, ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, das den Erwartungen der Mitgliedsstaaten bezüglich der Beurteilung von Kompetenzen entsprach. Die dritte Sitzung fand im März 2011 statt und die Arbeitsgruppe beendete ihre Arbeit vor Ende 2011 mit der Absicht, ein Handbuch über die Beurteilung von Schlüsselkompetenzen herauszugeben. Im November 2010 wurde ein/e EGBW-Vertreter/in dazu ernannt, an der Arbeitsgruppe für Mathematik, Wissenschaft und Technik teilzunehmen. Ziel der Arbeitsgruppe ist, effektive politische Maßnahmen zu identifizieren, mit denen sowohl die Leistung von leistungsschwachen Schülern in Mathematik, Wissenschaft und Technik (MWT) verbessert als auch die Qualität beim Lehren und Lernen von MWT gefördert werden können. Die Arbeitsgruppe für Mathematik, Wissenschaft und Technik hat sechs Sitzungen abgehalten, von denen in EGBW-Rundschreiben 2011 und 2012 berichtet wurde¹⁰¹.

⁹⁶ *Schlussfolgerungen des Rates: Fähigkeiten für das lebenslange Lernen und die Initiative "Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung"*

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st08/st08259.de10.pdf>

⁹⁷ *Schlussfolgerungen des Rates zur Anhebung des Niveaus der Grundkompetenzen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit „Schulen für das 21. Jahrhundert“*. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:323:0011:0014:DE:PDF>

⁹⁸ http://ETUCE.homestead.com/Circulars/2010/ETUCE_Circular_SB_IO_September_2010.pdf

⁹⁹ *Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Förderung neuer und wirksamer Formen der Beteiligung aller Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa.*

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st08/st08064.de11.pdf>

¹⁰⁰ http://ETUCE.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2011/01.2011_ETUCE_NEWSLETTER_en_final.pdf

¹⁰¹ http://ETUCE.homestead.com/Circulars/2011/3_2011_ETUCE_Circular_EN.pdf



Transregionale Kooperation bei lebenslangem Lernen zwischen Bildungsvertretern

2010 führte das EGBW ein Kooperationsprojekt für Strategien für lebenslanges Lernen in der EU durch, das im Rahmen des Programms 'Lebenslanges Lernen' finanziert wurde. Das Projekt bot Bildungsvertretern (nationalen Schulbehörden, Arbeitgebern im Bildungswesen, Lehrkräften, Lehrgewerkschaften, SchülerInnen und anderen politischen Entscheidungsträgern im Bildungswesen) die Möglichkeit, sich zu treffen und zusammenzuarbeiten, politische Praktiken auf dem Gebiet des LLL zu analysieren sowie auch bewährte Praktiken auszutauschen und kohärente und umfassende Strategien lebenslangen Lernens in den verschiedenen einzelstaatlichen Bildungssystemen in der EU umzusetzen. Das Ergebnis¹⁰² von drei regionalen Workshops und einer Konferenz, auf denen VertreterInnen des Europäischen Dachverbands der europäischen Arbeitgeber im Bildungswesen EFEE (European Federation of Employers in Education) und des Organisationsbüros der europäischen Schülerverbände (Organising Bureau of European School Student Unions - OBESSU) und des EGBW vertreten waren, führten zu einer Reihe von Empfehlungen für die Umsetzung von einzelstaatlichen LLL-Strategien in Europa, den Gemeinsamen Richtlinien¹⁰³. Dieser Initiative folgend, bestätigten das EGBW und der EFEE ihren Einsatz für diese Empfehlungen durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung im sektoralen Sozialdialogausschuss für Bildung.

1.8 Neue Technologien und Fernkurse

IKT im Bildungswesen ist durchgehend ein sehr wichtiges Thema für das EGBW. Bildung bereitet Studierende in einer globalisierten und hochgradig vernetzten Arbeitswelt, in der IKT-Qualifikationen eine entscheidende Bedeutung haben, auf lebenslanges Lernen vor.

Digitale Agenda für Europa

Das EGBW hat die Umsetzung der Digitalen Agenda für Europa¹⁰⁴ mitverfolgt, die das Strategiepapier der Europäischen Union bezüglich digitaler Gesellschaft und Wirtschaft darstellt. Sie richtet sich an alle Bürger Europas und zielt darauf ab, einen nachhaltigen ökonomischen und sozialen Nutzen aus einem digitalen Binnenmarkt zu ziehen, der auf schnellen und ultra-schnellen Internet- und kompatiblen Anwendungen basiert. Die Agenda unterstützt digitale Kompetenzen und Qualifikationen ab einem frühen Alter und erkennt die Notwendigkeit, europäische Staatsbürger zur Verwendung von IKT und digitalen Medien zu erziehen – grundlegende Qualifikationen für Innovation und Wachstum, insbesondere in den Zeiten der Wirtschaftskrise - an. In Übereinstimmung mit der Leitinitiative der Europäischen Kommission „Innovationsunion“¹⁰⁵ fordert die Agenda 'Partnerschaften von Multiinteressengruppenvertretern, vermehrtes Lernen, Anerkennung digitaler Kompetenzen in formalen Aus- und Weiterbildungssystemen, Stärkung des Bewusstseins und effektive IKT-Ausbildung und Zertifizierung außerhalb formaler Bildungssysteme einschließlich der Verwendung von Online-Tools und digitalen Medien für Umschulung und kontinuierliche berufliche Weiterbildung'.

¹⁰² http://ETUCE.homestead.com/publications2010/Final_Brochure_CoRegLLL_en.pdf.

¹⁰³ http://ETUCE.homestead.com/Projects/CoReg/Joint_Guidelines_CoRegLLL_final.pdf.

¹⁰⁴ http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/index_de.htm.

¹⁰⁵ Leitinitiative der Strategie Europa 2020: Innovationsunion, http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/innovation-union-communication_de.pdf.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die digitale Agenda unterstützt insbesondere einzelstaatliche und europäische Sensibilisierungsmaßnahmen, deren Ziel darin besteht, IKT-Bildung, -Karrieren und -Jobs für junge Leute, digitale Kompetenzen der Bürger, IKT-Ausbildung für Erwerbstätige und die Übernahme bewährter Verfahrensweisen zu fördern. Sie verfolgt weiterhin das Ziel, E-Learning in einzelstaatliche Strategien zur Modernisierung von Aus- und Weiterbildung, einschließlich in Lehrpläne, Bewertung von Lernerfolgen und berufliche Weiterbildung von Lehrkräften und Ausbildern einzubinden.

Angesichts dieses Rahmens arbeitet das EGBW an innovativer Bildung unter Berücksichtigung wichtiger Beiträge zu den Initiativen für Online-Sicherheit für Lehrkräfte und Kinder ('Mehr Sicherheit im Internet'-Programm¹⁰⁶) und Datenschutz.

Lehrergewerkschaften für die Verhinderung von vorzeitigem Schulabbruch durch die Nutzung von IKT im Bildungswesen

In der Vergangenheit hat das EGBW die zwei europäischen E-Learning-Foren für Bildungsprojekte (ELFE 1+2) durchgeführt, die zeigten, dass mehr für die Förderung der Vision und der Bestrebung, IKT effektiv in die Lehrtätigkeit zu integrieren, getan werden muss.

Im November 2011 bewarb sich das EGBW erfolgreich für ein neues IKT-Projekt: ELFE-Vorzeitiger Schulabbruch: Lehrergewerkschaften für die Verhinderung von vorzeitigem Schulabbruch durch die Nutzung von IKT im Bildungswesen.

Dieses Projekt sucht nach guten Beispielen dafür, wie man den Prozentsatz von vorzeitigem Schulabbrechern in höheren weiterführenden Schulen in Europa reduzieren und Schüler, denen der Ausschluss von formaler Bildung droht, durch den pädagogischen Einsatz von IKT, IKT-basierten Instrumenten und innovativem IKT-gestütztem Unterricht unterstützen kann. Die konkreten Ziele sind dabei die folgenden:

- Identifizieren, wie IKT und innovatives IKT-gestütztes Unterrichten Schüler, denen der Ausschluss von formaler Bildung droht, wieder motivieren kann,
- Analyse der Auswirkung der Nutzung von IKT im Bildungswesen auf diese Personen hinsichtlich der Erhöhung des Potenzials, diese vom Ausschluss bedrohten Gruppen wieder an Lernprozessen und aktiver Staatsbürgerschaft zu beteiligen,
- Identifizieren spezieller pädagogischer Qualifikationen und Kompetenzen, die für die sinnvolle Anwendung von IKT im Bildungswesen notwendig sind,
- Analysieren, wie Lehrkräfte IKT verwenden können, um formale und nicht-formelle Bildung besser zu verbinden und zu integrieren,
- Prüfen der Übertragbarkeit von Methoden und Projektergebnissen auf andere Länder.

Als Ergebnis wird das Projekt Richtlinien für einschlägige Interessengruppen erstellen.

Das Projekt ist ein Partnerprojekt zwischen dem EGBW und Lehrergewerkschaften in Dänemark, den Niederlanden, Portugal, der Slowakei und Griechenland plus Drittländerbeteiligung der

¹⁰⁶ http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/index_de.htm.



Lehrergewerkschaften in Russland und Aserbaidschan. Der Zeitrahmen des Projekts reicht vom 1. Dezember 2011 bis zum 30. April 2014.

ELFE-Vorzeitiger Schulabbruch wurde als Ergebnis des ELFE 2 Projekts gegründet, das geschaffen wurde, um ein besseres Verständnis der Stärken und Schwächen der Verwendung von IKT im Bildungswesen zu erlangen. Das Projekt beinhaltete den gegenseitigen Austausch von bisherigen Erfahrungen mit Pilotprojekten mit intensiver Nutzung von IKT an weiterführenden Schulen, aber auch in Lehrerausbildungseinrichtungen in Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Lettland, Polen und Slowenien. Dabei wurde versucht, an Schulen und Lehrerausbildungseinrichtungen verwendete Methodologien der Nutzung von IKT zu identifizieren, die den Mehrwert von IKT im Bildungswesen hinsichtlich der Lehr- und Lernmodelle fördern. Dazu wurden dann Empfehlungen an Politiker, Schulen, Lehrerausbildungseinrichtungen und Gewerkschaftsführer in den drei Schwerpunktbereichen IKT und Lehrerausbildung, IKT und Schulverwaltung sowie IKT und strategische Verwendung von verfügbaren finanziellen Mitteln entwickelt.

Arbeitsgruppe mit offener Koordinierungsmethode „IKT und Bildung“

2011 gründete die Europäische Kommission eine thematische OKM-Arbeitsgruppe für „IKT und Bildung“. Ziel der Arbeitsgruppe ist, beste Praxis und Leitprinzipien zu identifizieren, um Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Strategien lebenslangen Lernens und in Lehr- und Lernpraktiken auf einzelstaatlicher Ebene zu integrieren. Dafür wurde ein/e EGBW-Vertreter/in ernannt, zusammen mit einzelstaatlichen Experten und Interessengruppen an der Arbeitsgruppe teilzunehmen. Deren erste Sitzung fand im Oktober 2011 statt und erörterte die für die Arbeitsgruppe festgelegten Fahrplan. Die zweite Sitzung fand vom 18. bis 19. Januar 2012 statt und hatte das Hauptziel, beim Aufbau einer neuen europäischen Initiative für die systemische Auswirkung von IKT im Bildungswesen, der sogenannten Initiative „Kreative Klassenzimmer/kreative Lernumgebung“, zu helfen.

2. Lehrerinnenausbildung, Qualifikationen und Mobilität

Ausbildung und Qualifikationen von Lehrkräften sind bereichsübergreifende Themen und das EGBW beobachtet die Entwicklung politischer Strategien in diesem Bereich sehr aufmerksam, wobei es auch an Veranstaltungen und Arbeitsgruppen teilnimmt. Seit September 2010 ist das EGBW in der thematischen OKM-Arbeitsgruppe für die berufliche Weiterbildung von Lehrkräften vertreten. Die Gruppe besteht aus Bildungsexperten und Interessengruppen der Einzelstaaten, die bestimmte Aspekte der Lehrerausbildung überprüfen und dabei gemeinsame Herausforderungen erörtern und bewährte Praktiken austauschen. Im Jahr 2010 gab die Generaldirektion für Bildung und Kultur ein neues Handbuch¹⁰⁷ für politische Entscheidungsträger, mitverfasst von der OKM-Arbeitsgruppe für die Entwicklung von kohärenten und systemweiten Einführungsprogrammen für Junglehrer, heraus.

¹⁰⁷

Entwicklung kohärenter und systemweiter Einführungsprogramme für Junglehrer: ein Handbuch für politische Entscheidungsträger http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/handbook0410_de.pdf



Das Strategiehandbuch basiert auf einer Peer Learning-Aktivität (PLA) in Tallinn, Estland, dem Vorgänger der Arbeitsgruppe im Oktober 2008. Es zeigt einen Überblick über die Einführungsprogramme und andere Arten von unterstützenden Maßnahmen, die in europäischen Ländern existieren. In einem im Oktober 2010 herausgegebenen Rundbrief-Artikel¹⁰⁸ begrüßte das EGBW die der Einführung von Lehrkräften neuerlich geschenkte Aufmerksamkeit und empfahl, das Handbuch und das begleitende Strategiepapier über Einführung bei der Entwicklung und Umsetzung von Lehrerausbildung und berufsqualifizierender Ausbildungsphasen am Arbeitsplatz zu berücksichtigen.

Das EGBW war durch seine VertreterInnen in der OKM-Arbeitsgruppe aktiv an der Vorbereitung der vom 26. bis 28. März 2012 in Brüssel abgehaltenen Konferenz der Europäischen Kommission für strategische Unterstützung für Lehrerausbilder beteiligt. Die Europäische Kommission legte auf der Konferenz ein Arbeitsdokument mit dem Titel *Bildung: strategische Unterstützung von Lehrerausbildern - Perspektiven für politische Strategien für Lehrerausbilder in europäischen Ländern: ein Überblick* (*Education: Policy support for Teacher Educators - Perspectives on Teacher Educator policies in European countries: an overview*) vor, das auf zahlreichen Diskussionen und Peer Learning-Aktivitäten der OKM-Arbeitsgruppe über die Definition, wer Lehrerausbilder sind und welches die wichtigsten Herausforderungen bei deren Ausbildung und Qualifikationen sind, die die Qualität der Ausbildung von Lehrkräften beeinflussen, basierte. Die wichtigsten Schlussfolgerungen der Konferenz waren, dass die Notwendigkeit bestehe, das Bewusstsein über die Schlüsselrollen der Lehrerausbilder zu stärken, die Kompetenzbereiche (Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen) zu identifizieren, die lebenslange berufliche Weiterbildung der Lehrerausbilder zu unterstützen und zu verbessern und das Grundwissen über Lehrerausbildung und Lehrerausbilder weiter zu entwickeln. Schließlich einigten sich die Konferenzteilnehmer darauf, dass politische Bildungsstrategien organisierte Berufsverbände von Lehrerausbildern fördern sollten¹⁰⁹. Aus diesem Grund beschloss das EGBW, weiterhin mit der Vereinigung für Lehrerbildung in Europa (ATEE) zusammenzuarbeiten, um die Qualität der Lehrerausbildung mit Hilfe der Lehrerausbilder zu verbessern.

Im Frühjahr 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Strategiepapier über eine zukünftige Mitteilung der Kommission zu den Lehrberufen¹¹⁰. Die Mitteilung soll im Herbst 2012 als Teil des sogenannten zukünftigen Strategiepakets 'Überdenken von Qualifikationen' (Rethinking Skills) herausgegeben werden. Die Ziele sind dabei die Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Verbesserung der Qualität von Lehrerausbildung und Lehrtätigkeit, die Sicherstellung, dass nur die besten Kandidaten von dem Beruf angezogen und als Lehrkräfte ausgewählt werden, die Bereitstellung von integrierter Unterstützung und beruflicher Weiterbildung von Lehrern, Pädagogen und Schulleitern für die Gesamtdauer ihres Arbeitslebens, die Verbesserung der Kompetenzen des Lehrkörpers und die Verbesserung des Zugangs zu kontinuierlicher hochwertiger beruflicher Weiterbildung. Das EGBW initiierte eine Sitzung mit der Europäischen Kommission, in der man sich darauf einigte, dass das Papier über zukünftige Strategien ein Arbeitsdokument auf der Grundlage der wertvollen Erfahrungen der EGBW-Mitgliedsorganisationen sein wird und auch die negativen Auswirkungen der Krise auf Lehrerausbildung berücksichtigen soll. Das EGBW initiierte daraufhin mit

¹⁰⁸ http://ETUCE.homestead.com/ETUCE_Newsletter/newsletter_en/2010/03.2010_ETUCE_NEWSLETTER_eng.pdf

¹⁰⁹ http://ec.europa.eu/education/school-education/teacher-educator_de.htm.

¹¹⁰ http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2012_eac_008_teaching_profession_de.pdf.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

der Unterstützung der Europäischen Kommission eine Umfrage über die Auswirkungen der Krise auf die Lehrerausbildung mit dem Ziel, die Meinungen der Mitgliedsorganisationen darüber zu sammeln, ob und wie die Krise die anfängliche Ausbildung angehender Lehrkräfte, die Einführungsphase von Lehrkräften und die berufliche Weiterbildung von Lehrkräften beeinflusst. Die Ergebnisse der Umfrage werden der Europäischen Kommission im September 2012 vorgelegt.

Berufliche Weiterbildung von Lehrkräften

Zwischen 2010 und 2012 haben sieben Arbeitsgruppensitzungen über die berufliche Weiterbildung von Lehrkräften stattgefunden. Das EGBW berichtete in einem Rundbrief-Artikel im Mai 2011 von dem Übergang von der Cluster-Sitzungsstruktur zur OKM-Struktur und gleichzeitig über die drei ersten Sitzungen der Arbeitsgruppe¹¹¹. Im Dezember 2011 veröffentlichte das EGBW einen Rundbrief-Artikel¹¹² als Ergebnis einer Peer Learning-Aktivität über die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen für Lehrkräfte in Naas, Irland, die von der Europäischen Kommission und der OKM-Arbeitsgruppe veranstaltet wurde. Das EGBW leistete auch einen Beitrag zu einem Workshop zur Verbesserung von Kompetenzen von Lehrkräften während einer Comenius-Partnerschaftskonferenz im Mai 2012¹¹³.

Im April 2010 wurde die erste Ausgabe des Newsletters des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR)¹¹⁴ von der Generaldirektion Bildung und Kultur herausgegeben. Das Ziel des EQR besteht darin, das Verständnis, die Vergleichbarkeit und die Übertragbarkeit von Qualifikationen innerhalb Europas zu verbessern. Die Teilnahme ist freiwillig und die Länder sind dazu aufgefordert, ihre einzelstaatlichen Qualifikationsrahmen oder Systeme in Bezug zu den EQR zu setzen. Das EGBW beobachtet sowohl die Entwicklung der Vereinheitlichung der Qualifikationen von Lehrkräften in ganz Europa als auch die Perspektive wachsender Lehrermobilität auch im Zusammenhang mit der Modernisierung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sehr aufmerksam.

Revision der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

Das EGBW hat den Prozess der Revision der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG)¹¹⁵ einschließlich der Idee der Generaldirektion der Europäischen Kommission für den Binnenmarkt, einen so genannten Berufsqualifikations(oder Mobilitäts)-Pass auszustellen, genau verfolgt. Das Ziel der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG) ist die Erleichterung der Anerkennung von Berufsqualifikationen derjenigen, die beabsichtigen, ihren Beruf in einem anderen EU-Land auszuüben. Das EGBW glaubt, dass die Arbeit ausländischer Lehrkräfte an Schulen im Ausland einen Mehrwert für die Schüler darstellt, die Qualität der Bildung im Gastland dabei jedoch durch die Erfüllung der einzelstaatlichen Anforderungen für Lehrkräfte aufrechterhalten bleiben müsse.

Die Richtlinie wurde zwar bereits 2005 verabschiedet, aber von den Mitgliedsstaaten noch nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Um den Binnenmarkt in der EU zu stärken, veröffentlichte die Europäische Kommission am 27. Oktober 2010 eine *Mitteilung 'Auf dem Weg zu einer*

¹¹¹ http://ETUCE.homestead.com/Circulars/2011/01.2011_ETUCE_Circular_eng.pdf

¹¹² http://ETUCE.homestead.com/Circulars/2011/3_2011_ETUCE_Circular_EN.pdf

¹¹³ <http://comeniuspartnerships.teamwork.fr/de/information>

¹¹⁴ http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/eqf/news1_en.pdf

¹¹⁵ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:255:0022:0142:de:PDF>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

*Binnenmarktakte - Für eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft*¹¹⁶. Das Papier umfasste 50 Vorschläge, um Arbeit, Geschäftsbeziehungen und Austausch in der EU zu verbessern und soll die Richtlinie aktualisieren und einen sogenannten Berufsqualifikationspass entwickeln, um die Anerkennung von Qualifikationen in einem anderen Land zu erleichtern. Die Initiative plant auch die Einrichtung eines Lenkungsausschusses für den Berufsqualifikationspass aus interessierten Berufsverbänden, der den Berufsqualifikationspass erörtern soll. Gleichzeitig veröffentlichte der IMCO-Ausschuss des Europaparlaments am 29. Oktober eine Studie über die *Anerkennung von Berufsqualifikationen*¹¹⁷, in der er die verbleibenden Hindernisse für mobile Erwerbstätige betonte, die aus der Anerkennung von Qualifikationen entstünden.

Das EGBW bat die Europäische Kommission um weitere Informationen über den Lenkungsausschuss für den Berufsqualifikationspass und organisierte am 25. November 2010 eine Sitzung mit Herrn Jürgen Tiedje, dem Referatsleiter des Referats Berufsqualifikationen der Generaldirektion für Binnenmarkt und Dienstleistungen der Europäischen Kommission. Eine weitere Sitzung über die Revision der Richtlinie und die Einführung des Passes folgte im Februar 2011 mit dem gleichen Referat, dem EGBW, dem EGB und EUROCADRES.

Das EGBW bewarb sich im Dezember 2010 für einen Sitz in dem Lenkungsausschuss. Die erste Sitzung des Lenkungsausschusses für den Berufsqualifikationspass fand am 10. Januar 2011 statt, wobei man sich auf die Erstellung einer 10-Punkte-Konsultationsliste für den Pass einigte. In seinen Sitzungen arbeitete das EGBW mit Berufsverbänden von Ingenieuren, Architekten, Tierärzten und Physiotherapeuten zusammen, um den Pass bestmöglich zu gestalten.

Die Europäische Kommission rief zur ersten öffentlichen Konsultation über die Richtlinien für den Berufsqualifikationspass zwischen dem 7. Januar und dem 15. März 2011 auf und das EGBW nahm an einer öffentlichen Anhörung zur öffentlichen Konsultation über die Richtlinie für den Berufsqualifikationspass¹¹⁸ teil. In der Sitzung wurden Präsentationen von SOLVIT¹¹⁹, nationalen Kontaktstellen, Ministerien und Fachleuten gehalten. Am 21. Februar 2011 beantwortete das EGBW die Fragen in der öffentlichen Konsultation aus der Perspektive der Lehrer.

Während das EGBW die Konsultation mit der Europäischen Kommission und anderen Berufsverbänden über den Pass in fünf Lenkungsausschusssitzungen fortsetzte, veröffentlichte die Europäische Kommission am 21. Februar 2011 eine weitere *Mitteilung: Bessere Steuerung des Binnenmarkts durch engere Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden: Eine Strategie zur Erweiterung und Entwicklung des Binnenmarktinformationssystems ('IMI')*¹²⁰. Die Mitteilung schlug die Modernisierung von technischen Instrumenten und Systemen, die für die zukünftige Ausstellung des Berufsqualifikationspasses relevant sind, auf europäischer Ebene vor.

¹¹⁶ http://ec.europa.eu/internal_market/smact/docs/single-market-act_de.pdf

¹¹⁷ <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201010/20101025ATT89911/20101025ATT89911EN.pdf>

¹¹⁸

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/14&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

¹¹⁹ EU-Ombudsstelle für Streitfälle zwischen Bürgern und EU-Einrichtungen

¹²⁰ http://ec.europa.eu/internal_market/imi-net/docs/strategy_paper_de.pdf



Im Februar 2011 erörterten der EGBW-Ausschuss und das EGBW-Büro eine EGBW-Strategie für die Revision der Richtlinie und die Ausstellung eines Passes.

Zwischen dem 22. Juni und dem 20. September 2011 führte die Europäische Kommission ihre zweite öffentliche Konsultation über ein *Grünbuch: Modernisierung der Richtlinie für Berufsqualifikationen* durch¹²¹. Das EGBW wurde bei mehreren Anlässen zu einer Konsultation über das Grünbuch und über die möglichen Antworten der Sozialpartner mit dem EGB, EGÖD und EUROCADRES eingeladen. Im September 2011 schickte das EGBW seine Erklärung¹²² als Antwort auf die öffentliche Konsultation an die Europäische Kommission und schickte auch eine Aufforderung an die Mitgliedsorganisationen, aktiv zu werden und sich dafür einzusetzen, dass sich die Bildungsministerien an der Diskussion über die Richtlinie beteiligen.

Die Schlussfolgerungen des *Rates über die Binnenmarktakte - Prioritäten für eine Wiederbelebung des Binnenmarktes*¹²³ wurden am 12. Juli 2011 angenommen, als der IMCO-Ausschuss des Europaparlaments den *McClarkin-Bericht: Umsetzung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen*¹²⁴ vorstellte. Das EGBW hat die Debatte im IMCO- und EMPL-Ausschuss nachverfolgt und die Mitglieder des Europaparlaments konsultiert. Außerdem nahm das EGBW an zahlreichen Veranstaltungen teil, die die Modernisierung der Richtlinie thematisierten, wie zum Beispiel an dem Binnenmarktforum der Europäischen Kommission in Krakau, Polen, vom 3. bis 4. Oktober 2011 und an der Konferenz der Europäischen Kommission (am 7. November 2011) über die *Modernisierung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen*, die sich auf die Auswirkung von Bildungsreformen auf die Umsetzung der Richtlinie konzentrierte.

Schließlich wurde der Vorschlag für die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen¹²⁵ am 19. Dezember 2011 veröffentlicht. Das EGBW gab gemeinsam mit dem EFEE eine Erklärung ab und kritisierte verschiedene Initiativen des Vorschlags, vor allem den vorübergehenden Mobilitätspass, der ein Schlupfloch in der einzelstaatlichen Gesetzgebung bei der Anerkennung ausländischer Lehrkräfte schaffe. EGBW, EGB, EPSU und EUROCADRES erstellten eine gemeinsame Liste von Änderungsvorschlägen, um diese an das Europaparlament zu schicken. Da die Verabschiedung des Vorschlags im Dezember 2013 erwartet wird, wird die Lobbyarbeit fortgesetzt.

¹²¹ http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_directive_de.htm

¹²² http://ETUCE.homestead.com/Statements/2011/9335_ETUCE_answers_to_the_European_Commission_on_PQD_GREEN_PAPER.pdf

¹²³ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/123628.pdf

¹²⁴ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20111114+ITEM-017+DOC+XML+V0//DE>

¹²⁵ http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/docs/policy_developments/modernising/COM2011_883_de.pdf



3. Arbeitsbedingungen, Sozialer Schutz, Gesundheit und Sicherheit von Lehrerinnen

Gewalt am Arbeitsplatz

Der aktualisierte EGBW-Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt an Schulen¹²⁶, der im November 2010 vom EGBW-Ausschuss verabschiedet wurde, beschreibt Belästigung als unerwünschtes oder unwillkommenes Verhalten, das von unangenehmen Bemerkungen bis hin zu physischer Gewalt reicht und Menschen am Arbeitsplatz stark belasten kann. Belästigung und Gewalt können physischer, psychischer und/oder sexueller Natur sein, einmalige Vorfälle oder systematische Verhaltensmuster darstellen, unter Kollegen, zwischen Vorgesetzten und Untergebenen vorkommen oder durch Dritte wie z.B. Kunden, Klienten, Patienten, Schüler usw. ausgeübt werden und können von geringfügigen Fällen von Missachtung über ernsthaftere Handlungen bis hin zu strafbaren und strafrechtlich zu verfolgenden Verstößen reichen.

In den letzten Jahren hat sich Cyber-Mobbing als eine besondere Form von Gewalt entwickelt und breitet sich mit zunehmendem technologischen Fortschritt rasch aus. Cyber-Mobbing ist als Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien für wiederholtes, bewusstes und feindliches Verhalten eines Individuums oder einer Gruppe mit der Absicht, anderen zu schaden, zu verstehen. Dieses Verhalten reicht von kontinuierlichem Verschicken von E-Mails an jemanden, der gesagt hat, dass er/sie keinen weiteren Kontakt mit dem Absender haben möchte, bis hin zu Drohungen, sexuellen Anspielungen, übler Nachrede, Zusammentun gegen Opfer, die in Foren verspottet werden, das 'Posten' von Unwahrheiten und Weiterleiten von Bildern, Tonaufnahmen oder Filmen mit Mobiltelefonen. Die Motive für diese Art von Verhalten reichen von emotionalen Gründen bis hin zu persönlicher Abneigung und Interessenskonflikten am Arbeitsplatz. Weitere Motive können Vorurteile auf Grund von Geschlecht oder Nationalität, Religion und Glauben, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Aussehen sein.

Cyber-Mobbing gegen Lehrkräfte kann eine Bedrohung für die derzeitigen und zukünftigen Arbeitsmöglichkeiten von Lehrkräften und für ihr berufliches Ansehen darstellen. Außerdem wird es als eine psychosoziale Gefahr in deren Arbeitsumgebung betrachtet, da es massive Auswirkungen auf die Persönlichkeit, Würde und/oder Integrität des Opfers haben kann. Diese Form von Gewalt ist nicht nur auf die Schule als physischem Arbeitsplatz beschränkt, sondern kann mit dem Arbeitsplatz in Verbindung stehen und Lehrkräfte auch außerhalb ihres Arbeitsplatzes betreffen.

Um auf die von den EGBW-Mitgliedsorganisationen ausgedrückten Bedenken hinsichtlich der gefährlichen Auswirkungen von Cyber-Mobbing auf Lehrkräfte am Arbeitsplatz und auf deren Arbeitsbedingungen einzugehen, initiierte das EGBW 2009 das Projekt *Lehrergewerkschaften in Sorge über Gewalt in der Schule II – Cyber-Mobbing (Teacher Trade Unions concerned about violence at school II – Cyber-harassment)*¹²⁷. Unter Rückgriff auf die Erfahrung aus dem ersten EGBW-Projekt gegen Gewalt und Mobbing an Schulen setzte sich das EGBW zum Ziel, die Umsetzung der

¹²⁶ http://teachersosh.homestead.com/Publications/EGBW_action_plan_HV_CH_DE_Adopted.pdf

¹²⁷ http://teachersosh.homestead.com/Cyber_Harassment/project.html



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Rahmenvereinbarung über Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz¹²⁸ auf dem Bildungssektor unter seinen Mitgliedsorganisationen sowie auch die weitere Umsetzung des EGBW-Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt an Schulen, insbesondere Cyber-Mobbing an Schulen, zu unterstützen. Das Projekt stärkte das Bewusstsein für Cyber-Mobbing an Schulen und dafür, wie es die Arbeitsbedingungen und auch die Gesundheit von Lehrkräften beeinflusst, und unterstützte die Identifizierung und den Austausch guter Praxis bei Anti-Cyber-Mobbing-Maßnahmen an Schulen und bei der Förderung des Einsatzes von Gewerkschaften für diese Angelegenheit. Das Projekt und die Ergebnisse wurden in zahlreichen Konferenzen und Veranstaltungen, wie z.B. dem „Sicherheit im Internet“-Forum der Europäischen Kommission im Jahr 2009 oder dem Workshop der COST-Aktion IS0801 über Cyber-Mobbing¹²⁹ im Jahr 2011, vorgestellt.

Aufgrund seiner Erfahrungen engagierte sich das EGBW-Sekretariat in multisektoralen Verhandlungen aktiv für eine gemeinsame Verpflichtung zur Bekämpfung von Gewalt durch Dritte im öffentlichen Sektor. Am 30. September 2010 unterschrieben die europäischen Sozialpartner aus Bildungswesen, Kommunalverwaltung, Krankenhaus, privater Sicherheit und EUROCOMMERCE, vertreten von EGBW, EFEE, EGÖD, CEMR, UNI-EUROPA, HOSPEEM, COESS und EUROCOMMERCE, die multisektoralen Richtlinien zur Bekämpfung von Gewalt und Belästigung durch Dritte im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz¹³⁰. Das Ziel der Richtlinien ist die Sicherstellung, dass an jedem Arbeitsplatz eine Vorgehensweise zum Umgang mit Gewalt durch Dritte festgelegt ist. Die Richtlinien legen die praktischen Maßnahmen fest, die von Arbeitgebern, Arbeitnehmerern und ihren Vertretern/Gewerkschaften ergriffen werden können, um Gewalt durch Dritte zu reduzieren und zu verhindern. Diese Maßnahmen reflektieren die in den fünf Sektoren entwickelten und dort am besten bewährten Praktiken und können durch spezifischere und/oder zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden.

Gemäß den EU-Gesetzen und einzelstaatlichen Gesetzen haben sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer Verpflichtungen auf dem Gebiet von Gesundheit und Sicherheit. Obwohl die Pflicht der Sicherstellung der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmerern in allen arbeitsbezogenen Aspekten beim Arbeitgeber liegt, trägt der Arbeitnehmer auch eine Eigenverantwortung dafür, entsprechend seiner Ausbildung und seinem Arbeitgeber ausgegebene Bestimmungen so weit wie möglich sowohl auf seine eigene Gesundheit und Sicherheit als auch auf die anderer Personen, die von den Handlungen am Arbeitsplatz betroffen sind, zu achten. Arbeitgeber haben auch eine Verpflichtung, Arbeitnehmer und/oder ihre Vertreter zu konsultieren und ihnen die Teilnahme an allen Arbeitsschutzangelegenheiten zu erlauben. Dies reflektiert das Bewusstsein, dass in der Praxis eine gemeinsame Herangehensweise an Gesundheit und Sicherheit am erfolgreichsten ist.

In Anerkennung dieser Tatsache führten die Unterzeichnenden ein gemeinsames Projekt¹³¹ durch, um diese Richtlinien zu verbreiten und das Bewusstsein für die Problematik unter ihren

¹²⁸ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0686:FIN:DE:HTML>

¹²⁹ <https://sites.google.com/site/costis0801/>

¹³⁰ http://teachersosh.homestead.com/Publications/Final_Multi_sectoral_guidelines_rev_DE.pdf

¹³¹ <http://www.eurocommerce.be/content.aspx?PageId=42216&lang=DE>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Mitgliedsorganisationen zu stärken¹³². Das EGBW verpflichtete sich gemeinsam mit den anderen unterzeichnenden Sozialpartnern zur Erstellung eines Fortschrittsberichts für ihre jeweiligen sektoralen Sozialdialogausschüsse im Jahr 2012 und zur Beauftragung der europäischen Sozialdialogausschüsse der maßgeblichen Sektoren mit der Erstellung eines gemeinsamen Berichts. Außerdem einigten sich die Sozialpartner darauf, die Richtlinien bei der Erarbeitung des nächsten EU-Sozialdialogarbeitsprogramms zu berücksichtigen.

2012 koordiniert das EGBW das Projekt *Sozialpartner im Bildungswesen in Sorge über die Gewalt an Schulen: Wie kann man Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen verhindern und reduzieren (Social Partners in education concerned about Violence in Schools: How to Prevent and Mitigate Third-Party Violence and Harassment in Schools)*¹³³. In diesem Projekt möchten das EGBW und sein Sozialpartner, der EFEE, herausfinden, in welchem Ausmaß Gewalt durch Dritte im Bildungswesen in Europa thematisiert und bekämpft wird. Gemeinsam mit dem EFEE will das EGBW in den verschiedenen EU/EFTA-Ländern bewährte Vorgehens- und Verhaltensweisen zur Verhinderung von Gewalt durch Dritte an Schulen sammeln. Außerdem möchten das EGBW und der EFEE die Maßnahmen von Lehrer*innen und Arbeitgebern auf dem Bildungssektor zur Verhinderung von Gewalt durch Dritte definieren und deren Arbeit in dieser Angelegenheit unterstützen. Als Ergebnis der Projektaktivitäten wird das Sekretariat einen Leitfaden zur praktischen Umsetzung der Richtlinien gegen Gewalt durch Dritte für den Bildungssektor auf Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch erstellen, dessen Ziel darin besteht, die Richtlinien an der Basis (Schule) umzusetzen und die Nachhaltigkeit und langfristige Wirkung des Projektergebnisses sicherzustellen. Zusätzlich wird eine einseitige Zusammenfassung in 25 EU-Sprachen und Russisch zur Verfügung gestellt werden.

Arbeitsbedingter Stress bei Lehrkräften

Die Lehrtätigkeit gehört zu den Berufen, die vom größten Ausmaß an arbeitsbedingtem Stress berichten. Die Thematik des arbeitsbedingten Stresses erfordert deshalb besondere Aufmerksamkeit der Lehrer*innen, besonders im Zusammenhang mit Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog. In den Zeiten der Wirtschaftskrise kann arbeitsbedingter Stress zunehmen und ein noch größeres Problem für die Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmer*innen werden. Lange Arbeitszeiten, schwierige Arbeitsbedingungen, Druck, Fristen und vor allem unsichere Arbeitsplätze sind Faktoren, die das Ausmaß von arbeitsbedingtem Stress stark beeinflussen - nicht nur in den Zeiten der Wirtschaftskrise. Deshalb wird es sogar noch wichtiger, sich darauf zu konzentrieren, wie man mit dem zusätzlichen Druck umgehen kann.

2009 schloss das EGBW erfolgreich das Projekt *Arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften: Umsetzung des EGBW-Aktionsplans und der europäischen autonomen Vereinbarung über arbeitsbedingten Stress (Teachers' work-related stress: Implementing the ETUCE Action Plan and the European Autonomous Agreement on Work-Related Stress)* ab. Das Projekt hatte zum Ziel, Risikobewertungssysteme für arbeitsbedingten Stress an Schulen einzuführen, um die Einbeziehung

¹³² Die Richtlinien sind in den verschiedenen EU-Sprachen und Russisch verfügbar unter:

http://teachersosh.homestead.com/TeachersOSH_Publications.html, siehe auch:

http://etuce.homestead.com/Publications2011/WRS_Brochure_DEU_final.pdf

¹³³ http://teachersosh.homestead.com/3rd-Party_Violence/thirdpartyviolencedescription.html



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

psychosozialer Gefahren in Kollektivverträge im Bildungssektor anzuregen und Lehrer*innen bei der Erarbeitung von Gesundheits- und Sicherheitsstrategien für Schulen, insbesondere bei der Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress, zu unterstützen. Auf der Grundlage der Ergebnisse und guter Praxis auf nationaler Ebene und Schulebene, die in zwei Umfragen unter den EGBW-Mitgliedsorganisationen gesammelt wurden, wurde der EGBW-Aktionsplan für arbeitsbedingten Stress von Lehrkräften vom EGBW-Exekutivausschuss im Jahr 2009 aktualisiert und übernommen.

Auf dieser Grundlage begann das EGBW 2010 sein europaweites Forschungsprojekt, um konkrete Informationen und Fakten über arbeitsbedingten Stress von Lehrkräften zu sammeln: *Arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften: Europaweite Umfrage - Bewertung, Vergleich und Auswertung der Auswirkung von psychosozialen Gefahren auf Lehrkräfte am Arbeitsplatz in der EU (Teachers' work-related stress: European-wide Survey - Assessment, Comparison and Evaluation of the Impact of Psychosocial Hazards on Teachers at their Workplace in the EU)*¹³⁴. Diese umfassende Umfrage wurde auf der Grundlage des Kopenhagener psychosozialen Fragebogens (COPSOQ)¹³⁵ erstellt und forderte Lehrkräfte aus 500 Schulen (Basisebene) in allen EU-/EFTA-Ländern zur Teilnahme auf. Die EGBW-Mitgliedsorganisationen trugen aktiv zum Ergebnis dieser Studie bei, indem sie das EGBW-Sekretariat bei der Suche nach Schulen und Lehrkräften, die zur Teilnahme an der Studie bereit waren, unterstützten. Die Umfrageergebnisse und das Strategiepapier, das vom EGBW-Ausschuss im März 2012 verabschiedet wurde, können auf der Website des EGBW für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (www.edu-osh.eu) heruntergeladen werden. Sie stärken sowohl EGBW-Mitgliedsorganisationen auf einzelstaatlicher Ebene bei Kollektivverträgen als auch das EGBW im europäischen sektoralen Sozialdialogausschuss im Bildungswesen, der arbeitsbedingten Stress als ein Themenschwerpunkt auf seiner Agenda hat.

Die Projektergebnisse wurden auf mehreren großen Veranstaltungen, wie z.B. der Konferenz für „Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens am Arbeitsplatz“, die von der Europäischen Kommission und dem Deutschen Bundesministerium für Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Einführung des „Europäischen Pakts für psychische Gesundheit und Wohlbefinden“¹³⁶ organisiert wurde, vorgestellt. Das EGBW beobachtet und verfolgt diesen Pakt, der sich an Regierungen, regionale und lokale Behörden, nicht-staatliche Akteure und zivilgesellschaftliche Organisationen richtet, deren Entscheidungen sich auf politische Strategien für psychische Gesundheit auswirken können.

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA)

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU OSHA) wurde mit dem Ziel gegründet, Europa zu einem sichereren, gesünderen und produktiveren Arbeitsplatz zu machen. In Zusammenarbeit mit Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, EU-Organen und -Netzwerken und privaten Gesellschaften fördert die Agentur eine Kultur der Risikoprävention, um die Arbeitsbedingungen in Europa zu verbessern, schafft ein größeres Bewusstsein für die Problematik und verbreitet Informationen über die Bedeutung der Gesundheit

¹³⁴ http://teachersosh.homestead.com/Stress_III/Work-Related-Stress-III.html

¹³⁵ http://teachersosh.homestead.com/Stress_III/COPSOQ.html

¹³⁶ http://ec.europa.eu/health/mental_health/policy/statements/index_de.htm#



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

und Sicherheit der Arbeitnehmer für soziale und wirtschaftliche Stabilität und Wachstum in Europa. Sie hat ein Netzwerk für Sicherheit- und Gesundheitsschutz eingerichtet, das in allen EU-Mitgliedsstaaten, EFTA-Ländern und Kandidaten- und potentiellen Kandidatenländern eine Anlaufstelle darstellt.

In seinem Streben nach gesünderen und sichereren Arbeitsbedingungen im Bildungssektor beteiligt sich das EGBW seit 2009 an den EU OSHA-Kampagnen für gesunde Arbeitsplätze¹³⁷, z.B. für „Sichere Instandhaltung (Safe Maintenance)“ (2010/2011) und „Zusammenarbeit für Risikoprävention (Working together for risk prevention)“ (2012/2013). Das EGBW erhielt einen Preis als offizieller Kampagnenpartner und stellte seine Arbeit über die Prävention von arbeitsbedingtem Stress und Gewalt an Schulen vor. Im Rahmen dieser Partnerschaft veröffentlichte die EU OSHA in ihrem Newsletter¹³⁸ im Januar 2012 einen Artikel über die Arbeit des EGBW. In Verbindung mit der Kampagnenpartnerschaft hat sich das EGBW auch um die Mitgliedschaft im Europäischen Netzwerk Aus- und Weiterbildung in Sicherheit und Gesundheitsschutz (ENETOSH¹³⁹) bemüht. Durch die Teilnahme an den jährlichen Tagungen stellt das Netzwerk dem EGBW und seinen Mitgliedsorganisationen ein breites Spektrum an Möglichkeiten für Partnerschaften bezüglich Gesundheit und Sicherheit zur Verfügung, das alle Bildungsniveaus abdeckt.

In seinem Interesse an der Erforschung neuer Gebiete nahm das EGBW an dem Workshop der EU OSHA über „Frauen am Arbeitsplatz“¹⁴⁰, der im Dezember 2011 stattfand, teil. Die Veranstaltung zeigte die enge Verbindung zwischen Gesundheits- und Sicherheitsangelegenheiten und Gleichstellung am Arbeitsplatz auf.

Als ein Gewerkschaftsverband innerhalb des EGB, dem Europäischen Gewerkschaftsbund, koordiniert das Europäische Gewerkschaftskomitee, EGBW, seine Bemühungen um Themen bezüglich Arbeitsbedingungen mit dem europäischen Verband. Diese behandeln die oben erwähnten Themen und arbeiten an verschiedenen EU-Richtlinien.

Revision der Richtlinie 96/34/EG über Elternzeit

Da das EGBW dem EGB sein Mandat für sektorübergreifende Verhandlungen über eine Revision der Richtlinie 96/34/EG über Elternzeit gegeben hat, verfolgt das EGBW die Entwicklungen bezüglich dieser Richtlinie auf europäischer Ebene sehr aufmerksam. Im Juni 2009 unterschrieben die Sozialpartner einen überarbeiteten Rahmenvertrag über Elternzeit¹⁴¹. Dieser verlängert die Dauer der Elternzeit von drei auf vier Monate pro Elternteil. Einer der vier Monate soll nicht zwischen den Eltern übertragbar sein. Das Dokument legt fest, dass dies für alle Arbeitnehmer gilt, unabhängig von der Art von Vertrag (befristet, Teilzeit, usw.), und gibt Eltern, die nach der Elternzeit ihre Arbeit wieder aufnehmen, die Gelegenheit, eine Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitsstunden) zu fordern. Sie verbessert auch den Arbeitsschutz, nicht nur den Schutz vor Kündigung, sondern auch vor jeglicher Art von nachteiliger Behandlung in Folge der Inanspruchnahme des Rechts auf Elternzeit. Die Richtlinie 2010/18/EG des Rats, die die

¹³⁷ <http://osha.europa.eu/de/campaigns/index.html>

¹³⁸ <https://osha.europa.eu/de/news/eu-EGBW-teachers-work-related-stress-survey-results-and-brochure>

¹³⁹ http://www.enetosh.net/webcom/show_article.php?_c-29/i.html

¹⁴⁰ http://osha.europa.eu/de/priority_groups/gender/index.html

¹⁴¹ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=526>.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

überarbeitete Rahmenvereinbarung über Elternzeit umgesetzt, wurde im März 2010 von BUSINESSEUROPE, UEAPME, CEEP und EGB beschlossen und löste die Richtlinie 96/34/EG¹⁴² ab. 2011 berichtete das EGBW seinen Mitgliedsorganisationen von der EGB-Konferenz „Umsetzung der überarbeiteten Rahmenvereinbarung über Elternzeit: Bewältigung von Herausforderungen“¹⁴³.

Richtlinie für Mutterschutz

Im Rahmen der Nachverfolgung des Mutterschaftsurlaubs forderte das EGBW die Mitgliedsorganisationen im Oktober 2010 dazu auf, sich bei ihren jeweiligen Regierungen für die Revision der Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub einzusetzen. Das Europäische Parlament stimmte am 20. Oktober 2010 dafür, die Mindestzeit für Mutterschaftsurlaub von 14 auf 20 Wochen zu verlängern. In der anschließenden Sitzung des Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) wurde der Entwurf für die Richtlinie für Mutterschaftsurlaub erörtert und der Vorschlag des Europaparlaments zurückgewiesen.

Im Juli 2011 nahm das EGBW das Thema noch einmal auf und forderte seine Mitgliedsorganisationen auf der Basis des EGB-Briefs an die EU-Präsidentschaft über die Revision der Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub zum Handeln auf. Das EGB-Sekretariat wird die Entwicklungen auf diesem Gebiet weiterhin verfolgen.

Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben

Die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben ist ein weiteres Thema auf dem Gebiet Arbeitsbedingungen, das das EGBW kontinuierlich beobachtet. Die neueste Entwicklung, von der es zu berichten gibt, betrifft die Pekinger Aktionsplattform¹⁴⁴ und die Schlussfolgerungen des Rates über „Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben im Kontext demographischer Veränderung“ von 2011. Diese betonten die große Bedeutung der Anerkennung der demographischen Veränderungen in Europa. Der Rat forderte die Mitgliedsstaaten dazu auf, unter Beteiligung der Sozialpartner die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben in allen Sektoren der Wirtschaft zu fördern und das Bewusstsein dafür zu stärken, dass familienfreundliche Arbeitsplätze die Produktivität verbessern. Der Rat forderte die Mitgliedsstaaten außerdem dazu auf, Wege zu erforschen, über die Strategien zur Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben verbessert werden können, indem Arbeitgeber aufgefordert werden, die Spannung zwischen dem Einsatz der Arbeitnehmer für ihre Karrieren und ihre Familien durch Förderung der gegenseitigen Kompatibilität dieser zwei Lebensbereiche abzubauen. Die Mitgliedsstaaten wurden darum gebeten, der Europäischen Kommission von ihrer Leistung im Bereich Kinderbetreuungseinrichtungen zu berichten, wie in der „Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015“ festgelegt¹⁴⁵.

Der Rat rief die Europäische Kommission außerdem dazu auf, das Thema der Vereinbarkeit von Karriere und Familie als Aspekt der Vereinbarkeit des Arbeits- und Familienlebens zu erforschen, insbesondere wie Arbeitgeber familienfreundliche Arbeitsumgebungen geschaffen haben, um ihre Arbeitsplätze für Arbeitnehmer (insbesondere Frauen) attraktiver zu gestalten, diese dadurch an

¹⁴² <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:068:0013:0020:DE:PDF>

¹⁴³ http://ETUCE.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2011/02.2011_ETUCE_NEWSLETTER_en_final.pdf

¹⁴⁴ Siehe Kapitel 7.

¹⁴⁵ Siehe Kapitel 6.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

das Unternehmen zu binden und ihre Verpflichtung dem Arbeitgeber gegenüber durch gegenseitige Unterstützung dieser beiden Lebensbereiche zu erleichtern.¹⁴⁶

Richtlinie über Arbeitszeit

Da das von der Europäischen Kommission initiierte Vermittlungsverfahren zwischen dem Europaparlament und dem Rat der Europäischen Union im April 2009¹⁴⁷ scheiterte, initiierte die Europäische Kommission die Revision der Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung durch ihre Mitteilung *Überprüfung der Arbeitszeitrichtlinie*¹⁴⁸. Das Verfahren umfasste eine zweistufige Konsultation mit den Sozialpartnern auf EU-Ebene und eine detaillierte Folgenabschätzung. Im Dezember 2010 verabschiedete die Europäische Kommission die zweite Stufe des Konsultationspapiers¹⁴⁹, das Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter um die Äußerung ihrer Ansichten über mögliche Änderungen der Richtlinie bat. Die Europäische Kommission verabschiedete außerdem einen Bericht darüber, wie die derzeitigen Arbeitszeitvorschriften in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden und stellte eine unabhängige Studie über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Richtlinie zur Verfügung¹⁵⁰.

Eine weitere Bewegung trat ein, als der Exekutivausschuss des EGB eine Resolution über die „Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung: Reduzierung von Arbeitsstunden und größere Einflussnahme von Arbeitnehmern zu Gunsten eines gesünderen Arbeitslebens“¹⁵¹ verabschiedete. Auf der Basis dieses Dokuments erteilte das EGBW dem EGB damit Mandat für die Aufnahme einer neuen Verhandlungsrunde über diese Richtlinie. So nahmen die europäischen Sozialpartner im November 2011 auf einer ersten auf Dezember 2011 angesetzten Sitzung die Verhandlungen auf. Die Sozialpartner haben neun Monate, um die Verhandlungen abzuschließen. Wenn sie erfolgreich sind, informieren die Sozialpartner die Europäische Kommission über die Anfang September 2012 erreichten Ergebnisse. Falls die Sozialpartner keine Einigung erreichen, würde die Europäische Kommission, wie zugesagt, mit einer Gesetzesvorlage auf der Basis ihrer Konsultation und Folgenabschätzung in Aktion treten. Das EGBW wird seine Mitgliedsorganisationen über das Ergebnis informieren.

In diesem Zusammenhang muss die Veröffentlichung des EURYDICE-Netzwerks im Oktober 2011, *Gehälter und Zulagen von Lehrern und Schulleitern 2009/10*¹⁵² erwähnt werden. Der Bericht enthält eine vergleichende Analyse auf der Basis der von jedem Land bereitgestellten Daten und Paper über die Gehälter von Lehrkräften und Schuldirektoren in der Vorschulerziehung (ISCED 0) bis zur weiterführenden Sekundarbildung (ISCED3) sowie einen Abschnitt über die allgemeine Methodologie und die bei der Datenerfassung verwendeten Definitionen.

¹⁴⁶ Dieses Thema wird auch in Kapitel 6 über Gleichstellungsangelegenheiten behandelt, da es in die Strategie für Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015 aufgenommen wurde.

¹⁴⁷ <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6419&langId=de>

¹⁴⁸ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32003L0088:DN:NOT>.

¹⁴⁹ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=329&newsId=964&furtherNews=yes>.

¹⁵⁰ COM(2010) 802 final

¹⁵¹ http://www.etuc.org/IMG/pdf/Resolution-on-The-WTD-Limitation-of-working-hours-and-greater-influence-of-workers-for-the-benefit-of-healthier-working-livesEN_2_.pdf

¹⁵² http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/key_data_de.php



4. Wirtschaft: Krise, Privatisierung, Einfluss von Unternehmen

4.1. Europäisches Semester

Der Rat *Wirtschaft und Finanzen* stimmte am 7. September 2010 einer Reform mit der Bezeichnung *Europäisches Semester* zu. Dabei handelt es sich um einen Zyklus wirtschaftspolitischer Koordination mit einer sechsmonatigen Überprüfung der Haushaltsentwürfe, der 2011 eingeführt wurde. Der Rat *Wirtschaft und Finanzen* überprüft und überarbeitet die Haushaltsentscheidungen der Mitgliedstaaten in jedem ersten Semester des Jahres. Im Januar 2011 gab die Europäische Kommission ihre vorläufigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung in der europäischen 2020-Strategie auch hinsichtlich des Europäischen Semesters heraus. Die Schlussfolgerungen wurden auf der Tagung des Rates „Bildung“ am 14. Februar 2011 angenommen¹⁵³.

Vor der Tagung erörterte die EGBW-Beratungsgruppe für Bildung die Auswirkungen der neuen Wirtschaftsstruktur und beschloss, die Mitgliedsorganisationen in einem an alle verschickten Artikel über diese Angelegenheit zu informieren¹⁵⁴.

Die Schlussfolgerungen des Rates gründeten auf drei Berichten des *Jahreswachstumsberichts*, der im Zuge des Europäischen Semesters eingeführt wurde und in dem es heißt, dass die Mitgliedstaaten die Vorgaben für weniger Schulabbrecher und mehr Schulabgänger, wie in der EU 2020-Strategie gefordert, nicht werden erfüllen können. In den Schlussfolgerungen betonte die Kommission, dass die Lehrpläne unbedingt auf der Basis von Prognosen über künftigen Fachkräftemangel und Erfordernissen auf nationaler, regionaler, lokaler und sektoraler Ebene erstellt werden müssen. Bei der Bekämpfung des vorzeitigen Schulabbruchs sollte der Schwerpunkt mehr auf innovatives Lernen und innovative Lehrmethoden als auf weitere Investitionen gelegt werden. In Bezug auf Hochschulbildung wurden in den Schlussfolgerungen mehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und mehr Partnerschaften mit Unternehmen vorgeschlagen. Was das EGBW betrifft, so wird die Politik der EU zu mehr Privatisierung und Kommerzialisierung der Hochschulbildung und demzufolge zu einer Kürzung der Bildungshaushalte führen. Das EGBW informierte den 'Ständigen Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung' (HERSC) im März 2011 über die Initiative und wird auch weiterhin Lobby für adäquate Investitionen in Bildung machen, um eine hochwertige Bildung aufrechtzuerhalten. Im Juli 2012 schickte das EGBW eine Stellungnahme zu den Empfehlungen des Europäischen Semesters 2012 an die Europäischen Institutionen und rief seine Mitgliedsorganisationen dazu auf, im Hinblick auf die Empfehlungen zu Bildung und sozialer Partnerschaft Lobbyarbeit bei einzelstaatlichen Regierungen zu leisten.

4.2. Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Bildungswesen

¹⁵³ Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie Europa 2020. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:070:0001:0003:DE:PDF>

¹⁵⁴ http://etuce.homestead.com/Circulars/2011/01.2011_ETUCE_Circular_eng.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die globale Wirtschaftskrise begann im Jahr 2007. Sie hatte verheerende Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen in Europa und infolgedessen auf die Tätigkeiten im Bereich allgemeine und berufliche Bildung. In den Jahren 2010 und 2011 verschärfte sich die Krise. Sie entwickelte sich in mehreren europäischen Ländern zu einer Staatsschuldenkrise. Die internationalen Institutionen, die in letzter Instanz zu Kreditgebern dieser Länder wurden, übten Druck auf die einzelstaatlichen Regierungen aus, damit sie ihre öffentlichen Ausgaben drastisch reduzieren, was in der Folge auch im Bildungssektor zu erheblichen Kürzungen führte. Das Ergebnis ist, dass sowohl die Arbeitsbedingungen von Lehrern als auch die allgemeine Qualität von Bildungsdienstleistungen in vielen Ländern schwer gelitten haben.

Während sich die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten und in den Schwellenländern langsam erholt, bleibt die Lage in Europa auch weiterhin äußerst besorgniserregend. Einige große EU-Länder haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, aber bisher war es nicht möglich, die Wirtschaft zu stabilisieren. Zudem scheinen alle europäischen Regierungen die Doktrin des „Sparens“ akzeptiert zu haben, obwohl diese Maßnahmen bisher keine Früchte getragen haben, sondern eher eine Bedrohung für die öffentlichen Dienste und insbesondere für die Bildungsaussichten der künftigen Generationen darstellen.

Seit Beginn der Krise hat das EGBW die Entwicklungen in allen europäischen Ländern aufmerksam beobachtet. Es hat sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf europäischer Ebene eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet und durchgeführt, um gegen die Sparpolitik zu protestieren und mehr öffentliche Investitionen in Bildung zu fordern.

Die weltweite Wirtschaftskrise und ihre zunehmend negativen Auswirkungen auf den Bildungssektor in Europa beherrschten größtenteils die Arbeitsagenda des EGBW in den letzten zwei Jahren. Mitgliedsorganisationen aus Griechenland, Portugal und Spanien, oft aber auch aus anderen europäischen Ländern berichteten dem EGBW über drastische, von ihren jeweiligen Regierungen ergriffene Kürzungsmaßnahmen im Bildungssektor. Diese reichen von Lohnkürzungen und Verstößen gegen Kollektivverträge bis hin zur Schließung von Schulen.

Maßnahmen des EGBW auf einzelstaatlicher Ebene

Auf Anfrage seiner Mitgliedsorganisationen verfasste das EGBW spezielle Stellungnahmen zu der Lage in den einzelnen Ländern und schickte sie an ihre jeweiligen Regierungen. Jede Stellungnahme wurde in enger Zusammenarbeit mit der betreffenden Mitgliedsorganisation verfasst. Durch diese Vorgehensweise wurde gewährleistet, dass die jeweiligen besonderen Probleme jedes Landes in den Stellungnahmen berücksichtigt und dargelegt werden konnten. Gleichzeitig wurde in den Stellungnahmen betont, dass das blinde Verfolgen einer Kürzungspolitik durch die einzelstaatlichen Regierungen, die deren Bildungssystemen letztendlich schadet, einseitig und wirkungslos ist. In ihren Stellungnahmen hob das EGBW auch die Tatsache hervor, dass Investitionen in Bildung nicht als finanzielle Belastung angesehen werden können, sondern eine notwendige und lohnende Investition in die Zukunft des Landes darstellen. Das EGBW ging auch auf weitere Investitionen in Bildung als alternative Antwort auf die Krise und als geeignete Maßnahme zur langfristigen Stärkung der Wirtschaft des Landes ein. In den letzten Jahren verfasste das EGBW Stellungnahmen zur



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Finanzierung des Bildungswesens und zu den Arbeitsbedingungen von Lehrern im Kontext der Krise und sandte sie an folgende Länder:

- Finnland, November 2009¹⁵⁵
- Ungarn, November 2009¹⁵⁶
- Lettland, 2009
- Rumänien, 2009 und Dezember 2011¹⁵⁷
- Griechenland, März 2011¹⁵⁸ und Oktober 2011¹⁵⁹
- Portugal, Februar 2011¹⁶⁰ und November 2011¹⁶¹

Das EGBW sandte im Zusammenhang mit einzelstaatlichen Arbeitskämpfmaßnahmen auch Briefe zur Unterstützung seiner Mitgliedsorganisationen (Serbien im Januar 2011, Vereinigtes Königreich im Dezember 2011 und Spanien im März 2012) und nahm im Oktober 2011 an nationalen Demonstrationen des gesamten öffentlichen Sektors in Madrid, Spanien, teil.

Maßnahmen des EGBW auf europäischer Ebene

2009/2010 führte das EGBW ein von der EU finanziertes Projekt mit dem Ziel der Einschätzung der Auswirkungen der Krise auf den Bildungssektor durch. Das Projekt bestand aus einer zeitdynamischen Umfrage zu den negativen Auswirkungen auf den Sektor, einem Halbzeit-Arbeitsseminar und einer Abschlusskonferenz, bei der die Ergebnisse des Projekts vorgestellt wurden. Die Umfrageergebnisse verdeutlichten, dass die Krise konkrete Auswirkungen auf die Finanzierung des Bildungswesens, die Arbeitsbedingungen von LehrerInnen und die Arbeitsbeziehungen in diesem Sektor haben. Allerdings ist der Grad der Auswirkungen je nach Land sehr verschieden. Vertreter der EFEE, der Europäischen Kommission und der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) nahmen an dem Halbzeitseminar und an der Abschlusskonferenz teil.

2010 und 2011 gab das EGBW Stellungnahmen auf EU-Ebene ab, um größtmöglichen Druck gegen die Kürzungspolitik auf die Behörden auf allen Ebenen auszuüben.

Im Juni 2010 sandte das EGBW eine „Stellungnahme an die Tagung des Europäischen Rates am 17. Juni 2010 und die Europäische Kommission im Vorfeld des G8/G20-Gipfels im Juni in Ontario“.¹⁶² In diesem Papier forderte das EGBW den Europäischen Rat und die Kommission dringend dazu auf, beim G8/G20-Gipfel eine Position zu befürworten, durch die weitere Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung statt anhaltender finanzieller Kürzungen, die dem Sektor schaden, unterstützt werden. Das EGBW verließ seinen Forderungen in einer weiteren Stellungnahme an die Tagung des

¹⁵⁵ http://etuce.homestead.com/Statements/2009/ETUCE_statement_FI_031009.pdf

¹⁵⁶ http://etuce.homestead.com/Statements/2009/ETUCE_HU_Statement_051109.pdf

¹⁵⁷ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201112/ETUCE_Statement_RO_120711.pdf

¹⁵⁸ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/Statement_by_ETUCE_on_the_situation_in_Greece_eng.pdf

¹⁵⁹ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201110/ETUCE_Committee_statement_Greece_eng.pdf

¹⁶⁰ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/Statement_by_ETUCE_on_the_situation_in_Portugal.pdf

¹⁶¹ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201111/ETUCE_statement_Portugal_161111.pdf

¹⁶² http://etuce.homestead.com/Statements/2010/ETUCE_statement_to_EU_on_G20.pdf



Europäischen Rates und die Europäische Kommission im Vorfeld des G20-Gipfels in Seoul weiter Nachdruck.¹⁶³

Im Januar 2011 verfasste das EGBW zusammen mit seinen Sozialpartnern EFEE, EGÖD und CESI ein argumentativ sehr stichhaltiges Dokument mit dem Titel *Investitionen in die Zukunft. Eine gemeinsame Erklärung zu allgemeiner und beruflicher Bildung und Forschung (Investing in the Future, A joint declaration on education, training and research)*¹⁶⁴. Es wurde von den Vorsitzenden der Sozialpartnerorganisationen und von den Generalsekretären des EGÖD und der CESI unterzeichnet und an alle einzelstaatlichen mit Bildung befassten Behörden geschickt.

Im Mai¹⁶⁵ und Oktober 2011¹⁶⁶ wurden Stellungnahmen des EGÖD an die europäischen Institutionen geschickt. Zudem verfasste der EGB-Ausschuss im Oktober 2011 eine allgemeine Stellungnahme zur Krise.¹⁶⁷

Folgeaktivitäten

Das EGBW ist sich des Ernsts der Lage, die sich zugespitzt hat und in einigen Ländern nun zu einer ernsthaften sozialen Krise führt, bewusst. In Anbetracht der Tatsache, dass der gesamte Sektor auf dem Spiel steht, erschien es dem EGBW nicht mehr ausreichend, einzelne Mitgliedsorganisationen durch solidarische Briefe zu unterstützen. Im Januar 2012 berief das EGBW deshalb eine Sondersitzung in Brüssel ein, bei der es darum ging, nicht nur die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor, sondern auch mögliche Lösungen zu erörtern.

Die TeilnehmerInnen nahmen Schlussfolgerungen an, in denen betont wurde, dass in Anbetracht der Krise unbedingt koordinierte Maßnahmen ergriffen werden müssen.¹⁶⁸ Folglich ersuchte das EGBW-Büro das Sekretariat, unter Berücksichtigung der Anforderungen einzelner Mitgliedsorganisationen einen Aktionsplan zu erstellen. Im Anschluss an die Sitzung erstellte das Sekretariat einen Entwurf für einen Kampagnenrahmen¹⁶⁹, wobei alle europäischen Mitgliedsorganisationen nach ihren durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in der Vergangenheit, Gegenwart und voraussichtlich in der Zukunft verursachten Problemen gefragt wurden.

Folgende Maßnahmen wurden wie im EGBW-Kampagnenrahmen vorgeschlagen organisiert:

- Ausarbeitung und Verbreitung erster Ideen für den Anstoß einiger erster Folgemaßnahmen: „BI/EGBW-Aktions- und -Kampagnenrahmen zur Wirtschaftskrise“:
- Start und regelmäßige Aktualisierung einer „Sonderseite über die Wirtschaftskrise und das Bildungswesen in Europa“. Auf dieser Seite informiert das EGBW die Öffentlichkeit über alle mit der Krise zusammenhängenden maßgeblichen Neuigkeiten und einzelstaatlichen oder transnationalen Gewerkschaftsaktivitäten. Das EGBW erstellt auch eher länderspezifisch

¹⁶³ http://etuce.homestead.com/Statements/2010/2010_09/ETUCE_Statement_on_G20_Summit_September.2010.pdf

¹⁶⁴ http://etuce.homestead.com/Social_Dialogue/INVESTING_IN_THE_FUTURE_final.pdf

¹⁶⁵ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/ETUCE_Statement-EYC_Council_041911.pdf

¹⁶⁶ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201110/EU_2012_Budget_statement.pdf

¹⁶⁷ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201110/ETUCE_Committee_Statement_Crisis_ENG.pdf

¹⁶⁸ http://etuce.homestead.com/News/2012/201201/ETUCE_Special_Meeting_2012_final.pdf

¹⁶⁹ http://etuce.homestead.com/Crisis/Framework_of_ETUCE_action_and_campaign_draft_EN.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

ausgerichtete Berichte, für die Gewerkschaftsführer befragt und in denen aktuelle Daten zu einzelnen Ländern bereitgestellt werden.¹⁷⁰

- Mitgliedsorganisationen wurden gebeten, eine für krisenbezogene Angelegenheiten zuständige Kontaktperson zu benennen, um schnelle Folgemaßnahmen zu ermöglichen. Diese Kontaktpersonen wurden in einer speziellen Mailingliste erfasst.
- Übersetzung von Informationsmaterial über den dezentralisierten EGBW-Aktionstag in mehrere Sprachen und Verbreitung an alle Mitgliedsorganisationen. Das EGBW hatte zu einem Protest durch alle Mitgliedsorganisationen in ganz Europa aufgerufen, um nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass alternative Lösungen zur Bewältigung der Krise gefunden werden müssen, statt einfach nur Kürzungsmaßnahmen durchzuführen.
- Ausarbeitung einer Miniumfrage, in deren Rahmen die von 55 Mitgliedsorganisationen gelieferten Angaben ausgewertet wurden. Die Umfrage bezog sich auf frühkindliche Bildung, Primär- und Sekundärbildung, Berufsbildung und Hochschulbildung. Das Ziel dieser Arbeit bestand nicht darin, einen akademischen Überblick zu liefern, sondern einen guten Überblick über die allgemeine politische Haltung der EGBW-Mitgliedsorganisationen gegenüber der Krise zu erhalten. Die Bildungsgewerkschaften lieferten Informationen über die Auswirkungen der Krise in ihren Ländern und die von ihnen in Reaktion darauf ergriffenen Maßnahmen. Das Papier dient derzeit der Unterstützung der EGBW-Folgearbeit zur Krise, wie etwa regelmäßige Lobbyarbeit beim Europäischen Parlament.¹⁷¹
- Start einer Seite, auf der Fotos hochgeladen werden können. Mitgliedsorganisationen wurden gebeten, Fotos von ihren Aktivitäten bezüglich der Krise hochzuladen.
- Start eines Blogs auf seiner Krisen-Sonderseite. Die Mitgliedsorganisationen haben hier die Möglichkeit, aktiv über krisenbezogene Themen zu diskutieren.¹⁷²
- Im März 2012 traf der EGBW-Ausschuss mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen, um die Ergebnisse der Miniumfrage vorzustellen. Die Delegation hatte die Möglichkeit, die Ansichten von anwesenden Vertretern der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten über die Art und Weise, wie mit der Krise verfahren werden sollte, anzuhören. Ergebnis der Sitzung war, dass man sich allgemein darin einig war, dass sowohl Abgeordnete des Parlaments als auch der Bildungssektor von einem künftigen Meinungsaustausch profitieren könnten.

Bisher wurden die vorgeschlagenen Tätigkeiten erfolgreich durchgeführt.

¹⁷⁰ http://etuce.homestead.com/ETUCE_Crisis.html

¹⁷¹ http://etuce.homestead.com/Crisis/Crisis_survey/Minisurvey_-_ETUCE_Action_and_Campaign_framework_on_the_economic_crisis_final_29.3.12.pdf



Das EGBW nahm im Juni 2012 auch an einer Online-Kampagne für die Finanztransaktionssteuer teil. Über ein Dutzend Organisationen, wie etwa das EGBW, der EGÖD, TUC, DGB, die Europäische S&D-Gruppe und andere, riefen ihre Mitglieder erfolgreich dazu auf, sich an einer Online-Petition zu beteiligen und sich in dieser Angelegenheit an die einzelstaatlichen Finanzminister zu wenden.¹⁷³ Das EGBW unterstützte auch die größere Online-Kampagne *Europäer für eine Reform des Finanzmarkts*.¹⁷⁴

Zukünftige Tätigkeiten

Die Wirtschaftskrise wird in nächster Zeit nicht einfach verschwinden. Allerdings ist klar, dass die Kampagne an einem gewissen Punkt auf die nächste Ebene gebracht werden muss. Die jüngsten Wahlergebnisse in Europa geben Anlass zu gewisser Hoffnung auf eine besser ausgeglichene Agenda, die ein ausgewogenes Wachstum aufgrund von angepassten Haushalten fördert. Zweifellos werden die Kürzungsmaßnahmen in einigen Ländern allerdings fortgeführt werden.

Es müssen Fragen über mögliche Lösungen für Wege aus der Krise aufgeworfen werden. Zudem muss die Öffentlichkeit darüber informiert werden, dass es Alternativen gibt. Gleichzeitig müssen aber auch der berufliche Status der LehrerInnen und ihre Arbeitsbedingungen verteidigt werden. Künftig muss ein stärkerer Fokus auf den Lehrberuf während der Wirtschaftskrise gelegt werden, weshalb das EGBW-Büro folgende Ansätze für Tätigkeiten bis in den Frühling 2013 beschlossen hat:

1. Zu den „grundlegenden“ Instrumenten des Rahmens, wie etwa gegenseitige Information über Maßnahmen sowohl seitens der Mitgliedsorganisationen als auch seitens des EGÖD-Sekretariats sowie auch in umgekehrter Richtung, werden auf Anfrage auch weiterhin die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, die Krisen-Website und die besondere Hervorhebung der Lage in einzelnen Ländern gehören.
2. Die Miniumfrage soll vor der EGBW-Konferenz im November 2012 und erneut im Frühjahr 2013 aktualisiert werden.
3. Das EGBW-Sekretariat wird im Rahmen des internen Projekts *Crisis LINK* Kontakte zwischen Mitgliedsorganisationen erleichtern. Es wird die Möglichkeiten dafür schaffen, Informationen über die Lage in den einzelnen Ländern von den zusammenarbeitenden Mitgliedsorganisationen in die nationale Debatte im Heimatland einzubringen.
4. Das EGBW-Sekretariat wird das Anliegen der Unterstützung des öffentlichen Bildungssektors durch das Europäische Parlament weiter verfolgen.
5. Das EGBW-Sekretariat wird auch weiterhin anstreben, Einfluss auf die Mitteilungen der Europäischen Kommission zum Lehrberuf vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise zu nehmen.
6. Das EGBW-Sekretariat wird sich um Unterstützung durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss bemühen, um Einfluss auf die Mitteilungen zum Lehrberuf zu nehmen, und wird

¹⁷³ <http://www.financialtransactiontax.eu/de/home>

¹⁷⁴ <http://europeansforfinancialreform.org/en/partners>



sich bei dem Ausschuss zudem um finanzielle Unterstützung für die Organisation einer Konferenz im Frühjahr 2013 bemühen.

7. Das EGBW-Sekretariat wird die Möglichkeit prüfen, ein EU-finanziertes Projekt bezüglich der Krise auf den Weg zu bringen. Mit diesem Projekt könnte eine breite Vielfalt an mit der Krise zusammenhängenden Themen, wie etwa die Entwicklung des Lehrberufs, der zunehmende Mangel an Fachlehrern, insbesondere in den Naturwissenschaften, Probleme bei der Anwerbung und Bindung usw. abgedeckt werden.

Demonstrationen auf europäischer Ebene

Das EGBW beteiligte sich aktiv an mehreren vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) organisierten europaweiten Demonstrationen. Am 29. September 2010 rief der EGB zu einem europäischen Aktionstag auf. Neben den Europa-Demonstrationen in Brüssel führten Gewerkschaften in vielen europäischen Ländern weitere Aktionen auf einzelstaatlicher Ebene durch. Eine EGBW-Delegation schloss sich der europaweiten Demonstration, an der fünfzig Gewerkschaftsorganisationen aus dreißig Ländern teilnahmen, an. Unter dem Motto „Nein zu Kürzungspolitik - Vorrang für Jobs und Wachstum!“ protestierten die Demonstranten gegen zunehmende Kürzungen als einzige Maßnahme zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Unter demselben Motto organisierte der EGB am 9. April 2011 in Budapest zusammen mit seinen 6 ungarischen Mitgliedsorganisationen eine weitere europäische Demonstration. Die Forderungen der Gewerkschaften gegen Kürzungen und für alternative wirtschaftliche Maßnahmen wurden auf wirksame Weise an dem Tag, an dem der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) in Budapest tagte, vorgebracht. Das EGBW organisierte eine Abordnung von über 1000 Lehrern, die sich den Demonstranten in Budapest anschloss¹⁷⁵. Das EGBW verfügte bei Weitem über die größte sektorale Vertretung bei der Demonstration und einige Mitglieder der Abordnung ergriffen bei der Kundgebung auch das Wort.

5. Handel und Bildung

Das EGBW verfolgt auch weiterhin aufmerksam die von der EU angestrebten internationalen Handelsabkommen, die den Bildungssektor unter Privatisierung und Kommerzialisierung druck setzen könnten. Das EGBW ist in der EGB-Arbeitsgruppe Handel, Globalisierung, Entwicklung und menschenwürdige Arbeit vertreten, die regelmäßig zur Erörterung der jüngsten Entwicklungen zusammentritt. Das EGBW arbeitet ferner eng mit den für Angelegenheiten des internationalen Handels zuständigen Mitarbeitern der Bildungsinternationalen zusammen.

EU „Modernisierung“ von öffentlichen Diensten in Handelsabkommen

Am 26. Oktober 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission einen *Vorschlag zur Modernisierung der Behandlung öffentlicher Dienste in den EU-Handelsabkommen*¹⁷⁶. Ziel des

¹⁷⁵ Weitere Informationen sind auf der speziellen Krisenwebsite zu finden:

http://etuce.homestead.com/ETUCE_Crisis.html.

¹⁷⁶ http://www.epsu.org/IMG/pdf/154b-11_EC_paper_on_public_services.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Vorschlags ist die Überarbeitung des EU-Rahmens für öffentliche Dienste, wodurch es Privatunternehmen erleichtert werden soll, öffentliche Dienste zu betreiben.

Mit dem Vorschlag möchte die EU-Kommission mit der alten Regelung für öffentliche Dienste brechen und fortan sollen nationale Monopole verhindert sowie private und ausländische Betreiber im öffentlichen Sektor zugelassen werden. Die Kommission räumt ein, dass einige öffentliche Dienste, wie etwa Justiz und Polizei, nicht verhandelbar sind und nicht unter die EU-Verordnung fallen. Andererseits lässt die Kommission verlauten, dass *„eine große Bandbreite sogenannter öffentlicher Dienste, einschließlich bestimmter Aktivitäten in Bezug auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Post, Telekommunikation, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Elektrizität, Transport (...) gewisse kommerzielle Aspekte aufweisen wird und bis zu einem gewissen Ausmaß von privaten Betreibern auf Wettbewerbsbasis erbracht werden kann“*. In Anbetracht dieser Formulierung wird Bildung zu einer verhandelbaren Dienstleistung. Mit dem Ziel der Öffnung für mehr private Interessenvertreter aus öffentlichen Diensten möchte die Kommission den Absatz zur Beschränkung auf Gemeinnützigkeit, der ursprünglich das Recht vorsah, die Möglichkeit der Erbringung einer Dienstleistung, die als „nützlich für die Öffentlichkeit“ betrachtet wird, durch private Betreiber einzuschränken, ändern. Die Kommission schlägt deshalb vor, separate, individuelle und transparente Einschränkungen einzuführen, um die Ausgangslage für nationale/regionale Dienste genauer zu definieren, wobei die Entscheidung über öffentliche oder private Betreiber eventuell lokalen Behörden überlassen wird.

Arbeitsgruppe 'Transatlantischer Wirtschaftsrat'

Das EGBW verfolgt aufmerksam die Entscheidungen des Transatlantischen EU-US-Wirtschaftsrats bezüglich der Einsetzung einer hochrangigen Arbeitsgruppe für Arbeitsplätze und Wachstum. Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, Strategien und Maßnahmen zur Intensivierung von EU-US-Handel und -Investitionen als mögliche Vorstufe für umfassende Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu benennen. Die Bildung der Arbeitsgruppe war Gegenstand einer öffentlichen EU-Konsultation, die im April 2012 endete. Das EGBW sandte seine Antwort auf die öffentliche Konsultation, in der es darauf verwies, dass Bildung niemals verhandelbar sein sollte, an die Generaldirektion Handel der EU-Kommission. Das EGBW brachte zuvor seine Bedenken zum Ausdruck, dass das Bildungswesen womöglich in Handelsabkommen einbezogen werden könnte.

In einem Zwischenbericht der EU-US-Arbeitsgruppe vom Juni wird auf eine Reihe von Zielen zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen.¹⁷⁷ Das erste ist eine Empfehlung, dass beide Parteien den bestehenden Grad an Liberalisierung von Dienstleistungen verbindlich festhalten sollten. Dies hätte zur Folge, dass die derzeitige Praxis eines Staates in allen Sektoren rechtsverbindlich festgehalten werden würde. Wenn eine der Parteien beispielsweise ausländischen Bildungsanbietern bereits erlaubt, auf ihrem „Markt“ tätig zu sein, so müssten die Parteien dies als rechtsverbindliche Verpflichtung in ein künftiges Abkommen aufnehmen. Dadurch bliebe es einem Land verwehrt, neue Einschränkungen für den Marktzugang oder eine andere Regelung, die künftig den Marktzugang oder den Handel auf andere Art und Weise einschränken würde, zu beschließen.

¹⁷⁷ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/june/tradoc_149557.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Zweitens schlug die Arbeitsgruppe die Übernahme neuer Verpflichtungen zur Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens vor. Das könnte einige Probleme im Hinblick auf Schulen und Hochschulbildungseinrichtungen aufwerfen. In den meisten Handelsabkommen ist die Definition für das öffentliche Auftragswesen weit gefasst und beinhaltet nicht nur die Auftragsvergabe durch den Staat, sondern auch durch staatliche Einrichtungen, wie etwa Krankenhäuser, Schulen und Universitäten. In solchen Fällen kämen die Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe zum Tragen. Das kann zu erheblichem Verwaltungsaufwand führen, in erster Linie aber könnte diese Regelung Auswirkungen auf die Politik des öffentlichen Auftragswesens, die mit Handelsregelungen, wie etwa Inländerbehandlung und Meistbegünstigungsstatus kollidiert, haben. So haben viele Schulen und Bildungseinrichtungen beispielsweise eine Politik zugunsten des Kaufs von Produkten aus der Region oder einer „ethischen Auftragsvergabe“, die durch die Auftragsvergaberegung in Handelsabkommen unzulässig werden könnte.

Und schließlich gibt es auch noch den Vorschlag, einem künftigen Abkommen ein Kapitel über geistiges Eigentum hinzuzufügen. Sowohl die EU-Kommission, als auch die Vereinigten Staaten stehen hinter einigen der umstrittensten Elemente des Handelsabkommens gegen Produktpiraterie (ACTA). ACTA wird von mehreren EU-Mitgliedern und vom Europäischen Parlament abgelehnt. Diese neuen transatlantischen Verhandlungen sind womöglich ein Hintertürchen dafür, heimlich, still und leise einige der umstrittensten Bestandteile von ACTA einzuführen, die einige schwerwiegende Folgen für LehrerInnen und SchülerInnen/Studierende hätten.

EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien

Im Februar 2012 lief das Verfahren zur Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit Kolumbien durch das Europäische Parlament mit Anhörungen im Ausschuss an. Das EGBW, der TUAC, IGB und der Rat der Global Unions (CGU) sandten einen gemeinsamen Brief an alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments, um diese dazu aufzufordern, aufgrund Kolumbiens nachweislicher Verletzung von Gewerkschafts- und Menschenrechten gegen das Freihandelsabkommen zu stimmen. Das EGBW ist besonders besorgt über die Tatsache, dass gerade LehrerInnen in Kolumbien zu den Zielgruppen für Gewalt und Einschüchterung gehören. Schätzungen zufolge wurden im Verlauf der letzten 20 Jahre etwa 1.000 LehrerInnen getötet. Doch trotz dieser Kritikpunkte sprach sich die EU im März 2012 für das Handelsabkommen mit Kolumbien aus und im September 2012 soll im Europäischen Parlament darüber abgestimmt werden.

Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada

Bei einem Gipfeltreffen zwischen der EU und Kanada am 6. Mai 2009 in Prag kündigten die politischen Führer die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Abkommen zur „Vertiefung der wirtschaftlichen Integration“ an. Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) ist ein allumfassendes Übereinkommen zwischen Kanada und der EU, das sich auf den Handel mit Waren und Dienstleistungen, das öffentliche Auftragswesen, Investitionen, geistiges Eigentum, regulatorische und nichttarifäre Handelshemmnisse sowie die Mobilität von Arbeitskräften beziehen würde.

Bisher ist noch nicht klar, ob das Bildungswesen oder andere öffentliche Dienste ebenfalls aufgenommen werden würden. Allerdings verkündeten offizielle Sprecher sowohl der EU als auch



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Kanadas, dass zunächst einmal kein Sektor von den Gesprächen ausgenommen werde. Die EU und Kanada verfolgen im Bereich der Liberalisierung von Dienstleistungen allerdings sehr verschiedene Ansätze. Der Textentwurf der EU basiert auf dem allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der WTO (GATS) und dem Ansatz der „**Positivliste**“, der darin besteht, dass die Sektoren, die eine der Parteien liberalisieren möchte, in eine Liste der Verpflichtungen aufgenommen werden. Alle nicht aufgeführten Bereiche sind vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossen. Kanada legt dagegen das Prinzip der „**Negativliste**“ des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zugrunde, durch das alle Dienstleistungssektoren und Maßnahmen, die im Rahmen einer Vorbehaltsliste nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden, eingeschlossen sind.

Anlass zur Sorge gibt ferner, dass Kanada vorschlägt, dass das CETA umstrittene Rechte für Investoren enthalten soll, das es Investoren ermöglichen wird, im Falle mutmaßlicher Verstöße gegen die Bestimmungen des Abkommens unabhängig von ihrer Regierung unmittelbar Klage gegen einen Staat zu erheben. Solche Bestimmungen sind bereits im NAFTA sowie in einer Reihe bilateraler Investitionsabkommen enthalten. Aufgrund dieser Bestimmungen verfügen Privatinvestoren neuerdings über die Macht, Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung an sich zu reißen und die Privatisierung öffentlicher Dienste voranzutreiben.

So läuft derzeit beispielsweise eine von einem niederländischen Finanzunternehmen angestregte Klage gegen die slowakische Republik. Das Unternehmen behauptet, dass die slowakische Republik gegen die Bestimmungen eines bilateralen Investitionsabkommens verstoßen habe, indem sie ein Gesetz verabschiedete, das vorsieht, dass Krankenversicherungsdienste auf gemeinnütziger Basis erbracht werden müssen. Die Gefahr besteht darin, dass europäische Staaten aufgrund der im CETA festgeschriebenen neuen Rechte für Investoren bald mit ähnlichen Klagen konfrontiert wären, wodurch die Erbringung und Erweiterung öffentlicher Dienstleistungen, wie Gesundheit und Bildung, stark unter Druck geraten würden.

EU-Indien

Das EGBW verfolgt zusammen mit dem EGB auch weiterhin aufmerksam die Verhandlungen zwischen der EU und Indien. Im Anschluss an den EU-Indien-Gipfel Anfang dieses Jahres wurden im März eine Reihe technischer Sitzungen und eine Sitzung der Verhandlungsführer abgehalten. Die Europäische Kommission ließ verlauten, dass sie die Verhandlungen bis Ende des Jahres zum Abschluss bringen möchte. Allerdings bleibt eine ganze Reihe von Kapiteln offen, einschließlich des Kapitels über nachhaltige Entwicklung. Zu den anderen strittigen Punkten gehören die Mobilität von Arbeitskräften und die Arbeitnehmerrechte. Eine durchgesickerte Fassung des Entwurfs des EU-Angebots zu „Modus 4“ - Dienstleistungen, die von Personen auf dem Staatsgebiet der anderen Partei erbracht werden, wurde Anfang des Jahres veröffentlicht.¹⁷⁸

Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung

Die Europäische Kommission verfügt über formale Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit den Vereinigten Staaten und Kanada. Ferner

¹⁷⁸ Eine Analyse der EU-Position ist abrufbar unter <http://www.madhyam.org.in/admin/tender/India1.htm>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

wurde mit Australien, Brasilien, China, Indien, Israel und Mexiko ein sogenannter „politischer Dialog“ im Bildungswesen aufgenommen.

Vor Kurzem, nämlich am 17. Mai 2012, unterzeichneten die EU und Südafrika eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung¹⁷⁹. Durch die Erklärung soll die Zusammenarbeit auf das gesamte Bildungswesen ausgedehnt werden, was sich aber zunächst einmal schwerpunktmäßig auf Hochschul- und Berufsbildung beziehen wird.

Zu den Bereichen, die in der Erklärung für eine mögliche weitere Zusammenarbeit benannt wurden, gehören Anerkennung, Übertragung und Ansammlung von Leistungspunkten, Qualifikationsrahmen, Lehrerbildung, Leistungstests sowie Politiken und Strategien für lebenslanges Lernen. Die Erklärung verpflichtet die UnterzeichnerInnen dazu, gemeinsam ein laufendes Arbeitsprogramm für die Durchführung ihres Dialogs im Bereich der Bildungspolitik zu erstellen. Sie werden dessen Umsetzung regelmäßig überprüfen und Wege für eine künftige Zusammenarbeit erörtern. Zu diesem Zwecke werden einmal pro Jahr hochrangige Vertreter beider Seiten zusammentreffen. Beim nächsten Dialog wird es um die Internationalisierung der Hochschulbildung gehen.

Durch die Zusammenarbeit sollen die Mobilität von Studierenden, Gleichheit und Qualität in der Bildung, Qualitätssicherungsmechanismen und die Beteiligung von Interessenvertretern gefördert werden.

Zu Anfang dieses Jahres vereinbarten auch die EU und China, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen. Beim vierzehnten EU-China-Gipfel am 14. Februar 2012 in Peking vereinbarten die politischen Führer beider Seiten die Aufnahme des hochrangigen EU-China-Mensch-zu-Mensch-Dialogs (HPPD). Im Rahmen des EU-China-HPPD vereinbarten beide Parteien, die Möglichkeiten für Mobilität im Bildungsbereich zu erweitern und den Austausch zwischen SchülerInnen und Studierenden, insbesondere in der Hochschulbildung, zu intensivieren. Beide Seiten werden zusammenarbeiten, um die gegenseitige Anerkennung akademischer Qualifikationen zu verbessern.

Handelsabkommen gegen Produktpiraterie

Das EGBW und die BI äußerten Bedenken in Bezug auf die Auswirkungen des Handelsabkommens gegen Produktpiraterie (ACTA) auf den Bildungssektor. Das ACTA-Abkommen wird von vielen Seiten dafür kritisiert, dass es Behörden in großem Umfang neue Mittel zur Durchsetzung von Copyright- und Patentschutzrechten an die Hand gibt, durch die der Zugang zu Informationen potenziell eingeschränkt wird. LehrerInnen und Studierende sind besorgt über die möglichen Auswirkungen des Abkommens auf ihre Möglichkeiten für den Zugriff auf Informationen zu Bildungs- und Forschungszwecken.

Dem Abkommen schlägt derzeit in Europa eine Welle der Empörung entgegen. Am 31. Mai empfahlen alle drei Ausschüsse des Europäischen Parlaments, die den Ausschuss für internationalen Handel beraten, die Vereinbarung abzulehnen. Die Empfehlungen des Ausschusses sind zwar nicht verbindlich, üben aber dennoch weiter Druck auf die EU und ihre Mitgliedstaaten dahingehend, die Ratifizierung von ACTA zu überdenken, aus.

¹⁷⁹ http://ec.europa.eu/education/external-relation-programmes/doc/jointsouthafrica_de.pdf



Abgeordnete des Europäischen Parlaments kamen zu dem Schluss, dass durch das ACTA-Abkommen Persönlichkeitsrechte verletzt und vertrauliche persönliche Informationen nicht vollumfänglich geschützt werden. Der Branchenausschuss argumentierte damit, dass die Rechte und Freiheiten der einzelnen von ACTA betroffenen Interessenvertreter durch ACTA in keinem ausgewogenen Verhältnis stehen. Der Rechtsausschuss stimmte ebenfalls gegen die Annahme des umstrittenen Abkommens.

Das Europäische Parlament stimmte im Juli mit überwältigender Mehrheit für die Ablehnung von ACTA. Das Ergebnis der Endabstimmung waren 478 Stimmen dagegen, 39 dafür und 165 Enthaltungen.

Welthandelsorganisation

Die BI machte aktiv Lobby, um durchzusetzen, dass Bildungsdienstleistungen vom Anwendungsbereich des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), das von der Welthandelsorganisation (WTO) angenommen wurde, ausgeschlossen werden. Verhandlungen über das GATS waren Gegenstand des 2001 gestarteten sogenannten umfassenden und unteilbaren Engagements für die Doha-Entwicklungsrunde. Allerdings führte die tiefe Spaltung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in Bezug auf Subventionen in der Landwirtschaft und Zölle auf Industriegüter dazu, dass die Gespräche in eine Sackgasse gerieten.

Im Dezember 2011 nahm die BI an der 8. WTO-Ministerkonferenz teil, bei der erneut die Zukunft der Doha-Runde angesprochen wurde. Um deutlich zu machen, dass einige Länder allmählich die Geduld mit der WTO verlieren, hat nun eine Gruppe, die sich selbst „Real Friends of Services“ (die wahren Freunde der Dienstleistungen) nennt und der auch die EU angehört, erste Gespräche über die Ausarbeitung eines neuen internationalen Dienstleistungsabkommens (ISA) aufgenommen. EGBW und BI werden auch weiterhin dafür Lobbyarbeit leisten, dass Bildung von allen bilateralen, regionalen und multilateralen Handelsabkommen ausgenommen wird.

6. Menschen- und Gewerkschaftsrechtliche Angelegenheiten

Auf dem Gebiet der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und bei den Tätigkeiten in Bezug auf Solidarität und Entwicklung arbeitet das EGBW-Sekretariat eng mit der BI-Zentrale zusammen, was aus den in diesem Kapitel enthaltenen Berichten hervorgeht.

Albanien

Im September 2011 setzten die FSASH und die SPASH aus Albanien das EGBW darüber in Kenntnis, dass die Regierung derzeit dabei ist, eine „Lehrergilde“, der alle LehrerInnen beitreten müssen und die die Lehrgewerkschaften unterminieren könnte, einzusetzen. Als Reaktion auf diesen Bericht schrieb das EGBW am 9. September 2011 zur Unterstützung der FSASH und der SPASH an die albanische Regierung.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

In Bezug auf die Abschaffung von Kinderarbeit, sensibilisieren die beiden Gewerkschaften FSASH und SPASH auch weiterhin für die Rolle der Bildung als bestes Mittel zur Abschaffung von Kinderarbeit. Sensibilisierungs- und Schulungsprojekte wurden mit finanzieller Unterstützung durch das ILO-IPEC-Programm durchgeführt.

Griechenland

Im März 2011 erhielt das EGBW Berichte von seinen Mitgliedsorganisationen in Griechenland darüber, dass das griechische Erziehungsministerium die Zusammenlegung von 1933 schulischen Einrichtungen angekündigt hat, was die Schließung von 1056 Schulen beinhaltet, wodurch 3000 Lehrerstellen wegfallen würden und sich die Qualität der Bildung in Griechenland dramatisch verschlechtern würde. Das EGBW reagierte mit einer Stellungnahme zur Lage in Griechenland.¹⁸⁰ In seiner Stellungnahme forderte das EGBW die griechische Regierung dringend dazu auf, von weiteren Kürzungen im Bildungsbereich abzusehen und stattdessen mit den Lehrerorganisationen zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsam ausgearbeitete Lösung für die zunehmend besorgniserregende Lage in Griechenland zu finden.

Ferner wurden den griechischen Arbeitnehmern und Bürgern vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise immer wieder drastische Maßnahmen auferlegt. Als es um eine Revision des griechischen Kollektivvertragungssystems durch den Plan zur Rettung der öffentlichen Finanzen ging, gab das EGBW eine noch nachdrücklichere Stellungnahme ab.¹⁸¹ Das EGBW rief alle Mitgliedsorganisationen dazu auf, unverzüglich ihre Solidarität zu bekunden und Unterstützungs- und Protestbriefe an ihre einzelstaatlichen Regierungen zu schicken.

Im September 2011 besuchte eine hochrangige ILO-Mission Griechenland, um zu beurteilen, ob die ILO-Grundsätze eingehalten wurden. Im Vorfeld der Mission nahm die BI an der ILO-Konferenz im Juni 2011 teil. Dabei erinnerte sie an das Prinzip, nach dem Einschränkungen in Bezug auf Kollektivverhandlungen im Rahmen einer Stabilisierungspolitik nur als Ausnahmemaßnahme und nur im erforderlichen Umfang auferlegt werden sollten, ohne dabei eine vertretbare Zeitspanne zu überschreiten. Zudem sollte dies von sinnvollen Maßnahmen zur Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmer begleitet sein.

Zypern

Die Lage im besetzten Gebiet von Nordzypern war auch weiterhin schwierig. Im November 2010 entsandte das EGBW eine internationale Delegation, die an den Sitzungen im Prozess gegen Mitglieder der KTOS teilnahm. Nur ein halbes Jahr später, nämlich im April 2011, berichtete DAU-SEN erneut über Probleme. Die Organisation informierte das EGBW über die kontinuierliche Schikane durch den Rektor der Universität EMU. Er hatte LehrervertreterInnen unter enormen Druck gesetzt. Zudem versuchte er, die Kommunikationsmittel der Gewerkschaft zu kürzen. Im Verlauf des folgenden Monats versuchte das EGBW mehrmals, mehr Einfluss in diesem Konflikt auszuüben und dazu beizutragen, ihn zu Ende zu bringen. Im Mai und im Juni 2011 schickte das Komitee einen Brief an den Rektor. Das EGBW verfolgte auch weiterhin aufmerksam die Entwicklung der Probleme von DAU-SEN an der Universität EMU. Die Lage besserte sich nicht. Stattdessen nahm der durch die

¹⁸⁰ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/Statement_by_ETUCE_on_the_situation_in_Greece_eng.pdf

¹⁸¹ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201110/ETUCE_Committee_statement_Greece_eng.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Universitätsverwaltung ausgeübte Druck auf DAU-SEN noch weiter zu. Der Generalsekretär der DAU-SEN musste ein Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen, was einen Schritt mehr in EMUs Versuch darstellte, sich endgültig seiner zu entledigen und die Position der Gewerkschaft in dem fortlaufenden Konflikt über die Übergabe der EMU-Einrichtungen dadurch zu schwächen. Das EGBW sandte der DAU-SEN während des Disziplinarverfahrens einen solidarischen Brief.

Portugal

Im März 2011 erhielt das EGBW Berichte von seinen Mitgliedsorganisationen in Portugal. Laut dieser Berichte hatte die Regierung beschlossen, einige Aspekte des im Jahr 2010 unterzeichneten Kollektivvertrags nicht umzusetzen. Die Regierung plante auch eine beträchtliche Kürzung der Lehrergehälter, eine Kürzung der im Lehrplan vorgesehenen Unterrichtsstunden und die Erhöhung der SchülerInnen-Anzahl pro Klasse in Berufsbildungskursen. Das EGBW gab eine Stellungnahme zur Lage Portugals heraus, in der es den portugiesischen LehrerInnen und ihren Gewerkschaftsorganisationen FENPROF, FNE und SINDEP volle Unterstützung zusicherte.¹⁸²

Im November 2011 forderte die aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zusammengesetzte EU-Troika eine drastische Kürzung der öffentlichen Ausgaben in Portugal. Diese Forderung veranlasste die portugiesische Regierung dazu, einen Haushaltsplan für 2012 zu verabschieden, in dem die Investitionen in Bildung um 1,5 Mrd. Euro gekürzt worden waren. Das EGBW reagierte umgehend. Es gab eine Stellungnahme heraus, in der ein Moratorium für jegliche Kürzungspolitik gefordert wurde, die einem souveränen Staat, einschließlich Portugals, von der Troika aufgezwungen wurde.¹⁸³

Rumänien

Im Dezember 2011 erörterte das rumänische Parlament den Haushaltsentwurf 2012, in dessen Rahmen die öffentlichen Investitionen in Bildung auf 2% des BIP gekürzt werden sollen. Das EGBW gab eine Stellungnahme heraus, in der die rumänische Regierung dazu aufgefordert wurde, von den finanziellen Kürzungen im Bildungssektor Abstand zu nehmen und stattdessen einen konstruktiven Dialog mit den Lehrerorganisationen auf den Weg zu bringen, um im Hinblick auf alle den Bildungssektor betreffenden Angelegenheiten zu einer gemeinsamen Position zu finden.¹⁸⁴ Nur einen Monat zuvor hatte das EGBW Maßnahmen bezüglich der „systematischen Verstöße“ gegen das Arbeitsrecht und des kontinuierlichen Einsatzes von Praktiken, die die mit dem Arbeitsentgelt verbundenen Rechte von Bildungsbeschäftigten durch administrative Beschlüsse und Gesetzesauslegungen beeinträchtigten, ergriffen, da dieses Vorgehen sowohl gegen nationale als auch gegen internationale Gesetzgebung verstieß.

Serbien

Im November 2011 ersuchte die TUS Serbien um Sachverständigenunterstützung im Hinblick auf ihre Auffassung, dass der Gesetzentwurf für die Grund- und Sekundärbildung, insbesondere die Bestimmungen zur „Mindesterbringung von Dienstleistungen“ im Streikfall, wie vom Erziehungsministerium vorgeschlagen, gegen ILO-Konventionen und -Prinzipien verstößt. Auf

¹⁸² <http://etuce.homestead.com/Statements/2011/Statement by ETUCE on the situation in Portugal.pdf>

¹⁸³ <http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201111/ETUCE statement Portugal 161111.pdf>

¹⁸⁴ <http://etuce.homestead.com/Statements/2011/201112/ETUCE Statement RO 120711.pdf>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Anfrage der BI lieferte die ILO-Abteilung für Arbeitnehmerschutz eine Auswertung des Gesetzentwurfs, durch die der serbische nationale Bildungsrat dazu aufgefordert wurde, die umstrittenen Artikel in Bezug auf Streiks im Bildungssektor zurückzuweisen. Der serbische nationale Bildungsrat ist das höchste von der Nationalversammlung ernannte Gremium.

Türkei

Die Lehrgewerkschaft Egitim Sen wurde wegen ihrer Politik zur Förderung des Unterrichts in der Muttersprache (Kurdisch) und aufgrund ihrer Offenheit von den Behörden auch weiterhin unter Druck gesetzt. Der gesetzliche Rahmen für Vereinigungsfreiheit, Streikrecht und Recht auf Kollektivverhandlungen im öffentlichen Sektor muss erst noch mit den ILO-Konventionen in Einklang gebracht werden. Die Gewerkschaften werden durch dubiose Gerichtsverfahren und die Verhaftung ihrer Führungspersonen laufend in ihrer Organisationsarbeit behindert.

Am 28. November 2011 wurden 25 Mitglieder der Egitim Sen und der Gewerkschaftskonföderation KESK (Türkische Konföderation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst) aufgrund ihrer Tätigkeiten, die anderswo als legitime Gewerkschaftstätigkeit betrachtet werden würde, vom obersten Zivilgericht in Izmir zu 6 Jahren und 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die 25 GewerkschafterInnen gehören zu den 31 GewerkschafterInnen, einschließlich 27 Mitgliedern der Egitim Sen, die seit November 2009 wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „illegalen kurdischen Organisation“ angeklagt wurden. Sie wurden aufgrund des Besitzes von Büchern, die in jeder Buchhandlung in der Türkei zu finden sind, der Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen und anderer Themen, die nichts mit krimineller Tätigkeit zu tun haben, als „Terroristen“ bezeichnet.

Der Fall begann im Mai 2009 mit der Verhaftung und Inhaftierung von über 30 GewerkschaftsführerInnen und -mitgliedern der Egitim Sen und der KESK. Das Gerichtsverfahren begann am 19. November 2009 und wurde sieben Mal verträgt, bevor schließlich das Urteil gesprochen wurde. Im November 2009 wurden alle 31 Angeklagten gegen Zahlung einer Kautionsfreigabe freigelassen, waren aber während der gesamten Dauer der Verhandlung repressiven Maßnahmen ausgesetzt und juristischen Auflagen unterworfen. Zu diesen Auflagen gehörte ein Auslandsreiseverbot, das die Frauenbeauftragte von Egitim Sen, Gulçin Isbert, daran hinderte, an den BI/EGBW-Tätigkeiten teilzunehmen. Beim BI-Kongress im Juli 2011 wurde ihr in *Abwesenheit* die Mary Hatwood Futrell-Auszeichnung für Menschen- und Gewerkschaftsrechte für ihre Arbeit im Bereich der Förderung des Empowerments von Frauen und der Rechte ethnischer Minderheiten verliehen.

Die BI koordinierte internationale Delegationen, die bei den Gerichtsverhandlungen am 29. April und 21. Oktober 2011 und bei der Urteilsverkündung am 28. November 2011 anwesend waren. Der Abordnung schlossen sich auch VertreterInnen des IGB und der Direktor des Zentrums für Gewerkschaftsrechte (ICTUR) an. Über die Jahre verfolgten die Mitgliedsorganisationen GEW, SNES, NASUWT, DLF und AOb das Gerichtsverfahren aus nächster Nähe.

Die BI setzte UNO-Gremien regelmäßig über die Anschuldigungen in Kenntnis, wobei sie auf die Tatsache verwies, dass in der Türkei zunächst noch umfassende Gewerkschaftsrechte geschaffen



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

werden müssen, und dass das Vereinigungsrecht, das Streikrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen erst noch mit den EU-Standards und ILO-Konventionen in Einklang gebracht werden müssen.

BI/EGBW brachten gegenüber der Egitim Sen ihre Solidarität zum Ausdruck, die die Opfer des Erdbebens vom Oktober 2011 im Osten der Türkei unterstützt hatte, bei dem über 600 Menschen, einschließlich 75 LehrerInnen, ums Leben gekommen waren,.

Im Februar 2012 verurteilten BI/EGBW die Polizeirazzien gegen Gewerkschaftsmitglieder der Konföderation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (KESK) in Ankara aufs Schärfste. Fünfzehn Gewerkschaftsführerinnen, darunter sechs Mitglieder der Egitim Sen, wurden aus dem Schlaf gerissen und in Gewahrsam genommen. Auch die Büros und Computer der Gewerkschaft wurden durchsucht. Die Gewerkschafterinnen hatten zuvor eine Sitzung in den Räumlichkeiten der KESK abgehalten, um das Programm für den Internationalen Tag der Frau am 8. März vorzubereiten. Die KESK-Frauenversammlung hatte eine Resolution verabschiedet, mit der die Behörden ersucht werden sollten, den 8. März zu einem Feiertag zu erklären.

Ein weiterer Übergriff auf die türkische Gewerkschaftsbewegung erfolgte in den Morgenstunden des 25. Juni 2012. In rund 20 türkischen Städten stürmte die türkische Polizei Büros und Häuser von GewerkschafterInnen und verhaftete nicht weniger als 71 Gewerkschaftsmitglieder und -führerInnen von KESK, Egitim Sen und anderen KESK-Mitgliedern. Einige der Verhafteten wurden wieder freigelassen, aber 28 befinden sich immer noch in Haft und warten auf das noch ausstehende Gerichtsverfahren, darunter 15 Mitglieder der Egitim Sen. Zu den Häftlingen gehören Mehmet Bozgeyik, der Generalsekretär der Egitim Sen, und Sakine Esen Yilmaz, die Genderbeauftragte der Gewerkschaft.

Der Übergriff wurde unter dem Vorwand einer Operation gegen eine illegale Terrororganisation durchgeführt. Bis irgendeine Verbindung zwischen den türkischen Gewerkschaften und einer real existierenden oder fiktiven Terrororganisation gefunden wird, lassen die Behörden keine Gelegenheit aus, auf eine mutmaßliche Verbindung als Vorwand für ihre scharfe und willkürliche Repression hinzuweisen.

Die BI verurteilte diese Angriffe auf die Gewerkschaften und forderte die Behörden dringend dazu auf, die sofortige und bedingungslose Freilassung aller inhaftierter GewerkschafterInnen zu veranlassen.

Solidarität und Entwicklung

Nach der letzten, vom 23. - 25. November 2009 in Warschau abgehaltenen, paneuropäischen Konferenz fuhr die BI-Abteilung für Solidarität und Entwicklung damit fort, Arbeitspläne für die Entwicklung einer Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa zu erstellen. Zudem verstärkten die Abteilung für Solidarität und Entwicklung und die politischen KoordinatorInnen des EGBW im Anschluss an eine außerordentliche europäische Konferenz/EGBW-Versammlung im November 2010 ihre Zusammenarbeit in mehreren Punkten. Unter der Leitung des europäischen Direktors wurde bereits erfolgreich ein Sachverständigenpool zusammengestellt. Das schottische Bildungsinstitut



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

(EIS) brachte im Jahr 2009 zusammen mit der BI ein Projekt zur Unterstützung von LehrerInnengewerkschaften in Ost- und Südosteuropa auf den Weg, mit dem das Ziel verfolgt wird, neue Kompetenzen zu erwerben und ihre Kapazitäten für bessere und effizientere gewerkschaftliche Organisationsarbeit zu stärken.

Stärkung von Lehrgewerkschaften

Die Lehrgewerkschaften in Ost-, Süd- und Mitteleuropa blieben nicht von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise verschont, die den gesamten Kontinent erschütterte. Im Jahr 2008, sogar noch bevor sich die Krise auszuweiten begann, organisierte die BI ein Gespräch am Runden Tisch in Tiflis. Dabei trafen acht LehrerInnengewerkschaften aus Ost- und Südosteuropa Entscheidungen in Bezug auf die Hauptausrichtung der künftigen Entwicklungsarbeit. Es wurden gemeinsame Probleme identifiziert, wie etwa die sehr niedrige Lehrervergütung und die damit verbundenen Schwierigkeiten, wie Anwerbung und Bindung junger LehrerInnen und Studierenden aufgrund niedriger Gehälter und schlechter Arbeitsbedingungen sowie der Mangel an effizienten Sozialdialogstrukturen in den meisten dieser Länder. Es wurde beschlossen, sich auf zwei Schwerpunkte zu konzentrieren: 1. Stärkung der LehrerInnengewerkschaftsstrukturen auf nationaler und regionaler Ebene und 2. Einführung effizienter Kollektivverhandlungsmechanismen zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Seitdem wurden in folgenden Ländern viele Tätigkeiten durchgeführt:

Im Jahr 2011 nahmen die drei **armenischen** Mitgliedsorganisationen CRSTESA, CPCST und STEESA an einer Ausbildungsveranstaltung teil, die im Rahmen des *Programms zur Entwicklung von Gewerkschaftskapazitäten* organisiert worden war. Bei dem Schulungsseminar lag der Schwerpunkt in erster Linie auf grundlegenden Gewerkschaftsrechten (ILO-Übereinkommen Nr. 87 und 98) sowie auf Anwerbung, Bindung und gewerkschaftlicher Organisation von LehrerInnen und Bildungsbeschäftigten im Land durch verbesserte Fähigkeiten. Die Schulung fand statt, nachdem STEESA im Juni 2010 Bedenken in Bezug auf verschiedene Artikel im neuen armenischen Arbeitsgesetz geäußert hatte. Im selben Monat hatte die ILO-Abteilung für Arbeitsstandards auf Anfrage der BI eine informelle Stellungnahme gegenüber der Konföderation der armenischen Gewerkschaften (CTUAA) zu den Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen an Artikel 23 des armenischen Arbeitsgesetzes abgegeben.

Im Oktober 2010 führte die BI eine Mission nach **Aserbaidshjan** durch, um die Möglichkeiten für künftige Entwicklungsprogramme zu prüfen. Ergebnis davon war, dass der Ausschuss unabhängiger Gewerkschaften der Beschäftigten in Bildungseinrichtungen der Republik Aserbaidshjan (ARCITUEEI) anbot, dabei behilflich zu sein, einige Tätigkeiten auf den Weg zu bringen, die darauf abzielen, Erfahrungen über verbesserte Gewerkschaftsstrukturen und Kollektivverhandlungskompetenzen auszutauschen.

ESFTUG **Georgien** reichte bei der paneuropäischen BI-Struktur einen Projektvorschlag ein und ersuchte um Schulung in diesen beiden Punkten. Aufgrund des Konflikts in Südossetien konnte nicht damit begonnen werden, bis die ESFTUG und die BI im Jahr 2009 das Schulungsprogramm für GewerkschaftsführerInnen der nationalen und regionalen Ebene des Landes starteten. Im Jahr 2009 fanden zwei Schulungssitzungen statt. Erstmals in Georgien hatten an der Schulung auch Beamte des



Ministeriums für Erziehung und Wissenschaft teilgenommen. Diese Initiative sollte eigentlich mit GewerkschaftsführerInnen aller ESFTUG-Stellen und Beamten des Erziehungsministeriums fortgeführt werden.

Doch das Programm wurde in Folge externer Probleme und verschiedener vom Erziehungsministerium geförderter Gegenaktionen unterbrochen. Ein neuer Erziehungsminister wurde ernannt. Er zog sich aus allen vorangegangenen Vereinbarungen betreffend die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen LehrerInnen und LehrgewerkschaftsführerInnen zurück. Zusätzlich übte das Erziehungsministerium unter Einsatz unterschiedlicher Taktiken starken Druck auf und Schikanen gegen die ESFTUG aus und trieb durch einen von einer Nichtregierungsorganisation mit direkter Verbindung zum Erziehungsministerium und Schulleitern unterstützten Berufsverband die Bildung paralleler Gewerkschaftsstrukturen voran. Für die ESFTUG wurde es beinahe unmöglich, automatisiert Mitgliedsbeiträge über ein Check-Off-System zu erheben. Der frühere Gewerkschaftsvorsitzende wurde persönlich angegriffen. Es gab intensive Versuche, sich in die Gewerkschaftsaktivitäten einzumischen und vor allem die Wahl eines neuen ESFTUG-Vorsitzenden zu manipulieren und zu verhindern. Während des ESFTUG-Kongresses am 30. Oktober 2010 wurde die Kandidatur der Kandidatin von einem ESFTUG-Bezirksführer aus Tiflis prinzipiell in Frage gestellt, der dann im Anschluss dazu aufforderte, den Kongress zu verlassen. Der Kongress wählte dennoch Maia Kobakhidze zur neuen Vorsitzenden. Seitdem ist die ESFTUG in zwei gegnerische Lager gespalten. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als sich eine innerhalb der Gewerkschaft opponierende Gruppe abgespaltete und bei Gericht Beschwerde gegen die neu gewählte Vorsitzende einreichte. Hauptgegenstand der Beschwerde war, dass der ESFTUG-Kongress nicht über das nötige Quorum für die Wahl von Maia Kobakhidze zur neuen Präsidentin verfügt habe. Beide Parteien waren sich darin einig, dass 203 Kongressmitglieder anwesend waren. Die oppositionelle Gruppe behauptete, dass 124 davon den Kongress verlassen hätten und nicht zurückgekommen seien, wohingegen die Anhänger von Maia Kobakhidze behaupteten, dass genügend Mitglieder zurückgekommen seien, und dass fünf StimmenauszählerInnen einstimmig 111 Stimmen für die neue Vorsitzende gezählt hätten. Bis April 2012 fanden mehrere Anhörungen bei Gericht statt, bis im Fall „Martoleki und andere gegen ESFTUG“ schließlich zugunsten von Maia Kobakhidze entschieden wurde. Der Konflikt bleibt aber weiterhin ungelöst, da die oppositionelle Gruppe beim Berufungsgericht von Tiflis gegen den Entscheid des Gerichtshofs von Tiflis in Berufung ging. Das EGBW verfolgt den Fall aufmerksam.

Seit 2010 unterstützt das EGBW die Mitgliedsorganisation in Georgien auf unterschiedliche Weise aktiv, um den anhaltenden Konflikt zu lösen und die Beziehungen zwischen dem Bildungsministerium und der ESFTUG zu normalisieren. Im Juni 2010 besuchte eine von Jorgen Lindholm, stellvertretender Vorsitzender des regionalen paneuropäischen BI-Ausschusses, angeführte Delegation Georgien, um die Regierung dazu aufzufordern, wie von der ILO empfohlen die Schikane gegenüber der EFSTUG einzustellen und Kollektivverhandlungen aufzunehmen. Eine weitere Delegation aus MitarbeiterInnen des EGBW und der BI und VertreterInnen des EGBW-Büros sowie der dänischen Mitgliedsorganisation DLF und der deutschen Mitgliedsorganisation GEW reiste im März 2011 nach Georgien, um die ESFTUG bei der ersten Anhörung bei Gericht gegen die neu gewählte Gewerkschaftsführung zu unterstützen. Der EGBW-Direktor besuchte das Land im Oktober 2011, um mit wichtigen georgischen und internationalen Interessenvertretern, einschließlich dem



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Erziehungsminister und dem GFTU (Bund freier Gewerkschaften Georgiens) zusammenzutreffen. Im Verlauf der Sitzung wurde zwischen dem EGBW-Direktor und dem Erziehungsminister eine Vereinbarung getroffen, dass zwischen dem Ministerium und der ESFTUG künftig wieder „normale“ Beziehungen hergestellt werden würden.

2011 schloss sich **Kosovo** dem im Aufbau befindlichen Gewerkschaftskapazitätsprogramm an. Folglich wurden neue Verhandlungen zwischen der Regierung und den Lehrgewerkschaften SBASHK und SOK aufgenommen. Gleichzeitig ergriffen diese beiden Organisationen die erforderlichen Maßnahmen im Hinblick auf das im Jahr 2009 initiierte Programm. Die BI unterstützt die Bemühungen der SBASHK in Kosovo zur Organisation der Gewerkschaft vor und nach der Unabhängigkeitserklärung. Die SBASHK benötigte fast vier Jahre, um sich zu organisieren und damit beginnen zu können, die automatisiert Mitgliedsbeiträge über ein Check-Off-System erheben zu können. In all diesen Jahren hatten die BI und andere Kooperationspartner, wie etwa Utdaningsforbundet aus Norwegen, AOb aus den Niederlanden, die GEW aus Deutschland und andere europäische Mitgliedsorganisationen finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Gewerkschaftstätigkeiten und -schulungen geleistet. Seit 2006 arbeitet die SBASHK in enger Zusammenarbeit mit der SONK, der serbischen Lehrgewerkschaft im Kosovo, am Aufbau und am Aufrechterhalt eines multiethnischen Lehrernetzwerks, über das LehrerInnen aus dem Kosovo professionelle Unterstützung erhalten können. Die BI und die AOb Niederlande wurden kräftig durch die FNV Niederlande dabei unterstützt, zur Entwicklung dieser Initiative beizutragen. Seit der Eröffnung des Zentrums wurden viele Tätigkeiten durchgeführt. Hunderte von LehrerInnen beider ethnischer Gemeinschaften konnten ihre Kompetenzen durch gezielte Schulung verbessern.

Auch die Lehrgewerkschaft von **Moldau**, ESTU, durchlief zwischen 2009 und 2012 schwierige Zeiten. Mit der Wahl einer neuen Führung kam es zu Veränderungen. Den Lehrgewerkschaften gelang es sogar nach einer Fusion, durch die die zwei bisherigen Gewerkschaftsverbände des Landes vereint wurden, nicht, in Punkten gemeinsamen Interesses zusammenzuarbeiten. Das war in erster Linie auf ihre unterschiedlichen Positionen zurückzuführen, die die beiden autonomen und unabhängigen Organisationen überwinden mussten. Dennoch wurde im September 2010 ein Programm zur Schulung von GewerkschaftsführerInnen auf regionaler und nationaler Ebene gestartet. Heute schult die moldauische Mitgliedsorganisation ihre FunktionärInnen in 33 Verwaltungsbezirken und bereitet sich darauf vor, sich mit den von der Regierung auferlegten administrativen Reformen auseinanderzusetzen. Es werden sicherlich noch weitere Schulungen erforderlich sein, um einen erfolgreichen Verhandlungsprozess auf lokaler Ebene gewährleisten zu können.

Das in Zusammenarbeit mit der EIS entwickelte Programm für die Entwicklung von Gewerkschaftskapazitäten beinhaltete ähnliche Workshops für andere Gewerkschaften in der Region Südosteuropa. ITUESCSM nahm ihre Tätigkeiten im Dezember 2009 in **Montenegro** auf. Sie organisierte ein dreitägiges Schulungsseminar über Verhandlungs- und Kollektivverhandlungskompetenzen. Im Rahmen dieses Seminars erörterten die SeminarteilnehmerInnen auch die mögliche Ausarbeitung einer neuen Arbeitsgesetzgebung für das Land.



Bi- und multilaterale Programme

Die BI, UNSA Education Frankreich und Lärarförbundet Schweden unterstützten mehrere Fortbildungsprogramme und Publikationen der ESTU Moldau.

Auf bilateraler und multilateraler Basis wurde eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Lehrgewerkschaften in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Kroatien und im Kosovo auf den Weg gebracht.

Eine weitere Initiative ist eine Initiative zwischen FETE Spanien und LehrerInnengewerkschaften in Kroatien und Bosnien-Herzegowina im Hinblick auf friedliche Streitbeilegungsverfahren.

Die in den Berichtszeitraum fallenden Tätigkeiten wurden in erster Linie im Kaukasus und in den Balkanländern durchgeführt. Auch in den kommenden Jahren wird vorrangig in Ländern, in denen bereits Projekte laufen, gearbeitet werden. Allerdings wird jede Gewerkschaft unterstützt werden, die in der Zukunft eventuell Hilfe benötigt. Die BI hat verschiedenen kooperierenden Gewerkschaften in Europa und in den Vereinigten Staaten neue Projektvorschläge im Hinblick auf gewerkschaftliche Organisationsarbeit unterbreitet.

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Im Dezember 2011 erneuerte das EGBW seine Mitgliedschaft bei der Grundrechteplattform um weitere drei Jahre¹⁸⁵. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk für die Zusammenarbeit zwischen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte¹⁸⁶ (FRA) und der Zivilgesellschaft. Die FRA ist ein Beratungsgremium der Europäischen Union, das 2007 gebildet wurde und ihren Sitz in Wien, Österreich, hat. Die Agentur trägt dazu bei sicherzustellen, dass die Grundrechte der in der EU lebenden Menschen gewahrt werden. Das tut sie, indem sie Daten über die Lage auf dem Gebiet der Grundrechte in der gesamten Europäischen Union erhebt und ausgehend von diesen Informationen Beratung dazu erteilt, wie die Lage verbessert werden kann. Die FRA informiert die Menschen auch über ihre Grundrechte, damit die Grundrechte für alle in der Europäischen Union zur Realität werden.

Das EGBW berichtet seinen Mitgliedsorganisationen bei den Sitzungen des Gleichstellungsausschusses regelmäßig über die laufenden Entwicklungen bei der FRA, wobei die jüngste Veranstaltung die FRA-Jahreskonferenz war, die vom 19.-20. April 2012 in Wien stattfand. Das EGBW verwies insbesondere auf die Veröffentlichung des ersten Berichts der Europäischen Kommission (GD JUST) zur Anwendung der EU-Grundrechtecharta¹⁸⁷. Dieser Jahresbericht informiert die Öffentlichkeit im Anschluss an eine Einführung zu den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon über die Anwendung der Charta. Der Bericht beinhaltet konkrete Beispiele dafür, wie die Charta von den EU-Institutionen und Mitgliedstaaten in Fällen, in denen sie EU-Gesetzgebung umsetzen, angewendet wird. Insbesondere wird darauf verwiesen, wie die in der Charta verankerten Grundrechte für eine breite Palette von Politiken, für die die Union zuständig ist, maßgeblich sind. Das reicht von der Justiz- über die Verkehrspolitik bis hin zur Grenzverwaltung. Das EGBW verfolgt

¹⁸⁵ http://fra.europa.eu/fraWebsite/networks/frp/frp_en.htm

¹⁸⁶ <http://fra.europa.eu/de/about-fra>

¹⁸⁷ http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/charter/index_de.htm.



die Ergebnisse des Berichts und informiert seine Mitgliedsorganisationen über Entwicklungen in diesem Bereich.

Aktive europäische Staatsbürgerschaft

Die derzeitige EU-Finanzierung in den Bereichen Justiz, Grundrechte und Gleichstellung besteht aus fünf spezifischen Programmen, die Teil des mehrjährigen Finanzrahmens für 2007-2013 sind. Das EGBW beteiligte sich an der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission von 2011 zu Finanzierungstätigkeiten in diesem Bereich für den Zeitraum nach 2013¹⁸⁸. Die Interessenvertreter wurden dazu aufgefordert, ihre Ansichten zur Wirksamkeit und Effizienz der derzeitigen Finanzierungstätigkeiten und wie diese im Hinblick auf die Erreichung der Ziele und die Schaffung von Mehrwert verbessert werden könnten, mitzuteilen. Auf der Grundlage der öffentlichen Konsultation veröffentlichte die Europäische Kommission im November 2011 einen Vorschlag für eine Verordnung, *durch die das Programm Grundrechte und Unionsbürgerschaft für den Zeitraum 2014 bis 2020 begründet wird*¹⁸⁹. In dem Bestreben der Vereinfachung und Rationalisierung folgt das Programm Grundrechte und Unionsbürgerschaft auf die bestehenden Programme für Grundrechte und Unionsbürgerschaft und soll Gewalt und Diskriminierung verhindern sowie Vielfalt und Geschlechtergleichstellung fördern. Die InteressenvertreterInnen, die auf die öffentliche Konsultation geantwortet haben, sprachen sich für die Finanzierung von Tätigkeiten, wie etwa dem Austausch bewährter Praktiken, der Fortbildung von Fachkräften, Informations- und Sensibilisierungstätigkeiten, Unterstützung von Netzwerken, Studien usw. aus. Das neue Programm der Europäischen Kommission wird Teil des mehrjährigen Finanzrahmens für 2014-2020 sein und wurde bei der Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister vom 7.-8. Juni 2012 erörtert, wobei vereinbart wurde, dass der Kommissionstext die Grundlage für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament bilden wird.¹⁹⁰

In diesem Zusammenhang nimmt das EGBW im Rahmen des Programms zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft auch weiterhin an den halbjährlichen Strukturdialogs-Sitzungen der GD COMM teil¹⁹¹ und berichtet über die Europäischen Jahre¹⁹², z.B. über die im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 erzielten Ergebnisse und die Rolle der Bildung. Zudem forderte das EGBW-Sekretariat die Mitgliedsorganisationen auf, aktive Beiträge zur öffentlichen Konsultation „EU-Bürger: eure Rechte, eure Zukunft“,¹⁹³ die im Vorfeld des europäischen Jahrs der Bürger¹⁹⁴ im Jahr 2013 stattfindet, zu leisten.

Erwähnenswert ist noch, dass Eurydice seinen neuen Bericht mit dem Titel „Citizenship Education in Europe“ (politische Bildung in Europa) veröffentlicht hat¹⁹⁵. Bildung wird als eines der wichtigsten Mittel betrachtet, um eine aktive Bürgerschaft zu fördern und die Bürger, insbesondere junge Menschen, dazu zu ermutigen, sich aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen.

¹⁸⁸ http://ec.europa.eu/justice/news/consulting_public/0010/background_questionnaire_en.pdf

¹⁸⁹ http://ec.europa.eu/justice/newsroom/files/1_en_act_part1_v5_frc_en.pdf

¹⁹⁰ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/130761.pdf

¹⁹¹ http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.php

¹⁹² http://etuce.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2011/01.2011_ETUCE_NEWSLETTER_en_final.pdf

¹⁹³ <http://ec.europa.eu/your-rights-your-future>

¹⁹⁴ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-959_de.htm

¹⁹⁵ http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/139DE.pdf



Dies wurde sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene in letzter Zeit ein zunehmend wichtiger politischer Schwerpunkt. Aus dem Bericht geht hervor, dass alle europäischen Länder nun zentrale Regelungen zur Förderung der Beteiligung von SchülerInnen an der Schulsteuerung eingeführt haben. Er zeigt auf, wie sich die Strategien und Maßnahmen bezüglich der politischen Bildung der BürgerInnen in der Vergangenheit in europäischen Ländern entwickelt haben und liefert einen Überblick über den Stand der Dinge in fünf Hauptbereichen: 1) Ziele des Lehrplans und Organisation; 2) Beteiligung von SchülerInnen und Eltern in Schulen; 3) Schulkultur und Beteiligung der SchülerInnen an der Gesellschaft; 4) Bewertung und Evaluation; und 5) Unterstützung für LehrerInnen und LeiterInnen schulischer Einrichtungen.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte beteiligte sich das EGBW aktiv am Projekt *Universalität: Menschenrechte*¹⁹⁶, das vom Europäischen Schulverband (FEDE) koordiniert wurde. Das Projekt fand im Zeitraum von April 2010 bis Juli 2011 statt. Die Hauptaufgabe des EGBW bestand darin, die Ergebnisse des Projekts in Form eines Hefts zu verbreiten.

7. Chancengleichheit

Das EGBW hat viele Initiativen zur Sensibilisierung für und Förderung von Gleichbehandlung in der Bildung und unter Beschäftigten des Bildungssektors ergriffen.

Nicht zuletzt durch seine Arbeit im europäischen Programm zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft verfolgt das EGBW die Entwicklungen im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in Gewerkschaften, ebenso wie den Umgang mit Diskriminierung aus anderen Gründen, wie etwa Alter, ethnische Herkunft, sexuelle Ausrichtung, Glaube oder Weltanschauung, sehr aufmerksam. Das EGBW ist sich der zunehmenden Ungleichheit, Diskriminierung und sozialen Spannungen, die Ergebnis der Finanzkrise sind, wohl bewusst. Wenn Mitgliedstaaten Kürzungen der öffentlichen Ausgaben vornehmen, dann ist die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes für Frauen größer, da mehr Frauen als Männer im öffentlichen Sektor, insbesondere im Bildungswesen, tätig sind. Dieser Fakt wurde auch bei der 4. jährlichen EGBW-Umfrage zum 8. März im Jahr 2011¹⁹⁷ weiter untersucht. Das EGBW beteiligt sich aktiv am paneuropäischen Frauennetzwerk (PEWN), dem Online-Forum für Frauen in der Bildung, dessen Ziel darin besteht, soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit in der Gesellschaft zu bekämpfen, die Auswirkungen auf Frauen haben und sie davon abhalten, durch vollständige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Im Mai 2012 verabschiedete die Europäische Kommission im Rahmen des zweiten Jahres des Europäischen Semesters eine Reihe länderspezifischer Empfehlungen¹⁹⁸ für Haushaltsmaßnahmen und wirtschaftliche Reformen. Die Empfehlungen beziehen sich auf eine breite Palette von Themen, einschließlich der Vollzeit-Erwerbsbeteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Zur Förderung einer Vollzeit-Erwerbsbeteiligung von Frauen und Geschlechtergleichstellung wurden konkrete Reformen

¹⁹⁶ <http://www.fede.org/1-20-La-FEDE-et-l-Europe.php>

¹⁹⁷ http://www.etuc.org/IMG/pdf/8_March11_analysis_FINAL_EN.pdf

¹⁹⁸ http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_de.htm



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

in folgenden Bereichen vorgeschlagen: Qualität und Bezahlbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen, steuerliche Abschreckungsmaßnahmen für Zweitverdiener, Bekämpfung des geschlechterspezifischen Lohngefälles, Harmonisierung des Rentenalters und der Rentenansprüche. Die Annahme der Empfehlungen kennzeichnet die abschließende Phase des europäischen Semesters wirtschaftspolitischer Koordinierung, das mit dem jährlichen Wachstumsbericht¹⁹⁹ der Europäischen Kommission am 23. November 2011 angelaufen war. Sie wurden vom 28.-29. Juni 2012 vom Europäischen Rat gebilligt und im Juli 2012 formell vom Rat angenommen.

EU-Politik auf dem Gebiet der Gleichstellung

Die auf den Bildungssektor und die Gesellschaft bezogene Gleichstellungspolitik der EU umfasst Geschlechtergleichstellung, Diskriminierung, indigene Menschen und die Rechte von Migranten und ethnischen Minderheiten. Das EGBW verfolgt Entwicklungen innerhalb unterschiedlicher politischer Initiativen auf dem Gebiet der Gleichstellung, nimmt zur Information der Mitgliedsorganisationen an externen Sitzungen teil und richtet jährliche EGBW-Seminare und Ausschusssitzungen betreffend die Gleichstellung in der Bildung aus.

Das EGBW berichtet ferner dem EGBW-Ausschuss für den Status von Frauen (ESWC), der ein ständiger Beratungsausschuss des EGBW-Ausschusses ist, sowie dem ständigen EGBW-Gleichstellungsausschuss über EU-Politiken und Veranstaltungen. Der ESWC, der sich aus weiblichen Mitgliedern des EGBW-Ausschusses zusammensetzt, tritt vor jeder ordentlichen Tagung des EGBW-Ausschusses zusammen, um den EGBW-Ausschuss und das Büro in Angelegenheiten, die Mädchen und Frauen im Bildungswesen betreffen, zu beraten. Im Jahr 2012 unterstützte der ESWC den ständigen Gleichstellungsausschuss darin, dass das Thema für die Frauensitzung der EGBW-Konferenz 2012 die wirtschaftliche Empowerment von Frauen mit besonderem Schwerpunkt auf Lohngleichheit sein soll.

Der ständige Gleichstellungsausschuss setzt sich aus einem/r Vertreter/in jeder Mitgliedsorganisation zusammen und erörtert maßgebliche Entwicklungen in Gleichstellungsangelegenheiten in der Bildung auf nationaler und europäischer Ebene und tauscht bewährte Praktiken von LehrerInnengewerkschaften in Sachen Gleichstellung aus. Der EGBW-Ausschuss nahm die Empfehlungen des ständigen Ausschusses für 2010 und 2011 an. 2012 beschloss der ständige Ausschuss, keine neuen Empfehlungen abzugeben, da die vorhergehenden Empfehlungen noch nicht vollständig umgesetzt wurden. Stattdessen erstattete der/die Vorsitzende dem EGBW-Ausschuss Bericht über die Erörterungen. Zudem hat das EGBW es zu seiner allgemeinen Herangehensweise gemacht, Gleichstellung als Thema in die meisten EGBW-Veranstaltungen, wie etwa dem Runden Tisch MOE in Kiew vom 15.-17. September 2011 oder die Seminare über Berufsbildung und frühkindliche Bildung im Jahr 2012, aufzunehmen.

Als Mitglied des EGB-Frauenausschusses arbeitet das EGBW an verschiedenen EU-Richtlinien²⁰⁰ zusammen mit dem EGB, der kürzlich beschlossen hat, das Ungleichgewicht zwischen den

¹⁹⁹ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/annual_growth_survey_de.pdf;
http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/proposal_strength_eco_de.pdf

²⁰⁰ Vergleiche Kapitel 3.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Geschlechtern in den Unternehmensvorständen in der EU zu einem Schwerpunkt zu machen und ein neues EGB-Aktionsprogramm für Geschlechtergleichstellung 2012-2014 ausgearbeitet hat.

Das EGBW hält die Mitgliedsorganisationen auch über die Gleichstellungspolitik internationaler Organisationen, wie etwa der OECD, auf dem Laufenden. Im Mai 2012 wurde ein OECD-Bericht mit dem Titel *Geschlechtergleichstellung in Bildung, Beschäftigung und Unternehmertum (Gender Equality in Education, Employment and Entrepreneurship)*²⁰¹ veröffentlicht, bei dem die Auswirkungen der Krise auf Frauen in diesen drei Bereichen im Mittelpunkt stehen.

Antidiskriminierung

Das EGBW verfolgt aufmerksam die Anwendung der sogenannten „Antidiskriminierungsrichtlinie“ in verschiedenen politischen Bereichen. Um einheitliche Standards zum Schutz vor Diskriminierung in der ganzen EU festzusetzen, legte die Europäische Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung von Personen, ungeachtet ihrer Religion oder ihres Glaubens, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung vor.²⁰² Sie wird letztendlich die derzeitige Antidiskriminierungsrichtlinie ersetzen. Durch die Anführung aller vier Diskriminierungsgründe möchte die Kommission den Zugang zu öffentlichen Gütern für alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft oder ihres Glaubens sicherstellen. Das Europäische Parlament kommentierte den Vorschlag und schlug verschiedene Änderungen vor²⁰³, unter anderem, dass die Richtlinie eine solidere Rechtsgrundlage erfordere. Es schlug Bestimmungen zu Mehrfachdiskriminierung vor und dass dort, wo die Richtlinie einen niedrigeren Standard für Geschlecht und Ethnie als die alte Richtlinie vorsieht, der vorherige Standard übernommen werden sollte. Im August 2011 wurde die Richtlinie von der Arbeitsgruppe für soziale Fragen erörtert, wobei die meisten Mitgliedstaaten den Zielen und Maßnahmen der neuen Richtlinie zustimmten.

Empowerment von Frauen

Im Dezember 2011 veröffentlichte der Europäische Rat Schlussfolgerungen zu der *Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform Peking für Frauen – Frauen und Wirtschaft: Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben als Voraussetzung für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt*²⁰⁴. Die Aktionsplattform von Peking ist eine Agenda, die bei der vierten UNO-Weltfrauenkonferenz 1995 gestartet wurde und deren Ziel darin besteht, das Empowerment (Befähigung) von Frauen durch einen vollständigen und gleichen Anteil an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Entscheidungsfindung zu stärken. In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, die in der Aktionsplattform von Peking festgehaltenen Indikatoren für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu überprüfen. Zudem wurden die Mitgliedstaaten dazu ermutigt, die Vereinbarkeit von Arbeits-, Familien- und Privatleben durch Verabschiedung familienfreundlichen Politiken zu unterstützen. Es zeigt sich jedoch, dass die Mitgliedstaaten immer noch hinterherhängen, wenn es darum geht, den Weg für mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu ebnen. Am 5. März 2012 startete die Europäische Kommission eine öffentliche

²⁰¹ <http://www.oecd.org/dataoecd/20/5/50423364.pdf>

²⁰² <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st12/st12447.de11.pdf>

²⁰³ <http://www.europarl.europa.eu/committees/de/studiesdownload.html?languageDocument=DE&file=24359>

²⁰⁴ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/126515.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Konsultation²⁰⁵ zum geschlechterspezifischen Ungleichgewicht in den Unternehmensvorständen der EU zu der Überlegung der Europäischen Kommission, eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung des Geschlechterverhältnisses in Unternehmensvorständen vorzuschlagen. Die Ergebnisse werden für 2013 erwartet.

EU-Eingliederungspolitik

Die EU-Eingliederungspolitik zielt auf die Bekämpfung der Diskriminierung von Roma-MigrantInnen, sozioökonomisch benachteiligten Gruppen und anderen schutzbedürftigen Gruppen von Minderheiten ab. In den vergangenen Jahren waren die EU-Politik und -initiativen speziell auf die Lage der Roma, der größten Minderheitengruppe in Europa, bei der der Mangel an Bildung oft zu hoher Arbeitslosigkeit und gering qualifizierter/schlecht bezahlter Beschäftigung führt, ausgerichtet.

Im September 2009 nahm das EGBW an der zweiten Sitzung der europäischen Plattform für die Integration der Roma teil. Ziel war dabei darüber zu diskutieren, wie die Roma-Bevölkerung besser in die Mehrheitsgesellschaft eingegliedert werden kann²⁰⁶. Im Juni 2010 gab das EGBW eine Stellungnahme zur den Schlussfolgerungen *des Rates zur Förderung der Integration der Roma*²⁰⁷ ab, in der es den Aufruf des Rates unterstützt, das Mainstreaming der Roma-Angelegenheiten in die europäische und einzelstaatliche Politik voranzutreiben, indem bestehende EU-Strategien und -Instrumente für konkrete Maßnahmen zugunsten der sozioökonomischen Integration der Roma mobilisiert werden.

Im Dezember 2010 veröffentlichte die europäische Kommission eine Mitteilung auf *der europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für sozialen und territorialen Zusammenhalt*²⁰⁸. Im Zuge des Strategiepapiers vom Februar 2011²⁰⁹ forderte der ungarische Vorsitz die Mitgliedstaaten zu einer besseren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Roma durch Annahme der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu dem *EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis zum Jahr 2020*²¹⁰ auf. Die Mitteilung der Kommission über einen Rahmen wurde im April 2011 veröffentlicht. Darin wurden Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, nationale Strategien zur Integration der Roma zu entwickeln. Das EGBW veröffentlichte als Antwort auf die Annahme des Rahmenwerks durch den Rat im Mai 2011 zwei Stellungnahmen: *Bildung als Instrument in der Politik zur Integration der Roma (Education as a tool in the Roma inclusion policies)*²¹¹. Ferner gab das EGBW als Beitrag zur Debatte bei der Tagung des Bildungsrates eine Stellungnahme zu der Problematik des vorzeitigen Schulabbruchs ab²¹², die insbesondere benachteiligte Gruppen, wie die Roma und migrantische Bevölkerungsteile, betrifft²¹³. Im Mai 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Follow-up-Mitteilung über *Nationale Strategien zur Integration der Roma: ein erster Schritt zur*

²⁰⁵ http://ec.europa.eu/justice/newsroom/gender-equality/opinion/120528_de.htm

²⁰⁶ http://etuce.homestead.com/ETUCE_Newsletter/newsletter_en/2009/ETUCE_Newsletter_Nov_2009_eng.pdf

²⁰⁷ <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=5578&langId=en>

²⁰⁸ <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6393&langId=de>

²⁰⁹ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st06/st06348.de11.pdf>

²¹⁰ http://ec.europa.eu/justice/policies/discrimination/docs/com_2011_173_de.pdf

²¹¹ http://etuce.homestead.com/Statements/2011/ETUCE_Statement-Education_for_Roma_inclusion_eng.pdf

²¹² http://etuce.homestead.com/Statements/2011/ETUCE_Statement_-_Early_School_Leaving.pdf

²¹³ http://etuce.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2011/02.2011_ETUCE_NEWSLETTER_en_final.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Umsetzung des EU-Rahmens,²¹⁴ mit der Absicht zu bewerten, welche Fortschritte die Mitgliedstaaten in ihren nationalen Strategien erzielt haben.

In den vergangenen Jahren nahm das EGBW an zahlreichen, von verschiedenen europäischen und internationalen Organisationen organisierten Sitzungen über Gleichstellung teil²¹⁵. Einige werden nachfolgend genannt.

Im Juni 2009 leistete das EGBW einen Beitrag zur *jährlichen thematischen Konferenz über Nichtdiskriminierungsangelegenheiten in der EU*²¹⁶ der Europäischen Kommission in Budapest mit einem Referat zum Thema „Überprüfen, sensibilisieren und einen Beitrag zur Ausarbeitung von Antidiskriminierungsgesetzen im Bildungssektor leisten“. Im Jahr 2010 nahm das EGBW an mehreren vom belgischen Vorsitz organisierten Konferenzen teil, wie etwa *Den Teufelskreis der Benachteiligung durchbrechen – soziale Eingliederung in und durch Bildung*²¹⁷, bei der der Bewertungsbericht der Europäischen Kommission über die unter dem EU-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität durchgeführte Arbeit (PROGRESS 2007-2013)²¹⁸ vorgestellt wurde; der *Gleichstellungsgipfel* des belgischen Vorsitzes in Brüssel sowie eine Konferenz über LGBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen) und Bildung. Das EGBW war auch beim *Europäischen Jugendtreffen 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung*²¹⁹ vertreten, das in Bologna stattfand.

Ende Februar 2011 hielt die UNO-Frauenrechtskommission ihre 55. Tagung über den *Zugang und die Beteiligung von Frauen und Mädchen an Bildung, Fortbildung, Wissenschaft und Technologie, einschließlich der Förderung eines gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu Vollzeitbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit*²²⁰ ab. Einige VertreterInnen von EGBW-Mitgliedsorganisationen nahmen an der Sitzung teil und gaben zusammen mit der BI eine gemeinsame Stellungnahme *Vom Klassenzimmer bis zum Arbeitsplatz - die Positionierung von Frauen für menschenwürdige Arbeit in der Wissensgesellschaft* ab, die der UNO vorgelegt wurde. Im Mai 2011 wurde die globale Aktionswoche mit Schwerpunkt auf Geschlechtergleichstellung unter dem Motto „*es ist ein Recht – mach's richtig! Bildung für Frauen und Mädchen*“²²¹ gestartet. Das Thema wurde außergewöhnlich gut angenommen. Mehrere Mitgliedsorganisationen organisierten Sitzungen mit ihren jeweiligen Bildungsministern. In Brüssel wurde ein riesiger Flash-Mob im Stadtzentrum organisiert.

Neben der Teilnahme an externen Sitzungen informiert das EGBW die Mitgliedsorganisationen mittels diverser Newsletter und per Rundbrief verschickter Artikel über Strategien und Veranstaltungen, die im Bereich der Gleichstellung stattfinden. So berichtete das EGBW beispielsweise über die Sitzung des Bildungsrates vom 10.-11. Mai 2010, bei der es unter anderem

²¹⁴ http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/com2012_226_de.pdf

²¹⁵ Eine vollständige Liste externer Sitzungen ist in der Anlage dieses Berichts enthalten.

²¹⁶ *Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Diskriminierung. Alljährliche thematische Konferenz über Nichtdiskriminierungsangelegenheiten in der EU:*

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=3903&langId=de>

²¹⁷ <http://www.education2010.be/wp-content/uploads/EQUITY-EN.pdf>

²¹⁸ http://etuce.homestead.com/ETUCE_Newsletter/newsletter_en/2010/03.2010_ETUCE_NEWSLETTER_eng.pdf

²¹⁹ <http://cm.regione.emilia-romagna.it/ery/european-youth-meeting>

²²⁰ http://download.ei-ie.org/Docs/WebDepot/UNCSW_2011_E.pdf

²²¹ http://ei-ie.org/en/news/news_details/1788



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

um die Schlussfolgerungen des Rates zu den EU2020-Benchmarks zur Förderung von Gleichstellung in der Bildung ging: Schlussfolgerungen *des Rates zur sozialen Dimension von allgemeiner und beruflicher Bildung*²²².

In Zusammenarbeit mit dem EGB nahm das EGBW an der Mapping-Studie für Praktiken der Gewerkschaften zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt teil, die 2010 von der Europäischen Kommission durchgeführt wurde. Außer der beratenden Gruppenarbeit des EGBW leisteten Mitgliedsorganisationen einen aktiven Beitrag zur Studie, indem sie Beispiele bewährter Praxen im Hinblick auf Maßnahmen der Lehrergewerkschaften zur Förderung der Gleichstellung und zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Alter, Rasse, ethnischer Herkunft, sexueller Ausrichtung, Glauben oder Weltanschauung lieferten. Die Ergebnisse dieses Projekts wurden in einem Seminar im März 2011 in Madrid präsentiert und in einer Broschüre „Praktiken der Gewerkschaften zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt“²²³ zusammengefasst. Eines der Ergebnisse dieser Zusammenarbeit ist die gemeinsame Erklärung von EGBW/EGB/ILGA-Europa zur Bekämpfung von homophobem Mobbing in Schulen, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft²²⁴. Abschließend sollte noch erwähnt werden, dass das EGBW auch Mitglied verschiedener EGB-Arbeitsgruppen ist, einschließlich der Arbeitsgruppe für ‘Migration und Inklusion’, die sich mit gemeinsamen Themen der Migration und Inklusion in der EU befasst.

Strategie zur Gleichstellung von Männern und Frauen 2010-2015

Im September 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung über die *Strategie zur Gleichstellung von Männern und Frauen*²²⁵. Die Strategie gründet auf dem Fakt, dass die Kluft zwischen den Geschlechtern in der Gesellschaft fortbesteht und dass Frauen kontinuierlich in schlecht bezahlten Sektoren überrepräsentiert und in entscheidungstragenden Positionen unterrepräsentiert sind. Die Entscheidungen von Männern und Frauen, zum Beispiel in Sachen Bildung, werden von stereotypischen Geschlechterrollen beeinflusst, was sich später auf die geschlechtsspezifische Trennung auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Mit der Strategie möchte die Europäische Kommission Tätigkeiten in fünf Schwerpunktbereichen entwickeln: gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit; gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und gleichwertige Arbeit; Gleichstellung in Entscheidungsprozessen; Würde, Integrität und ein Ende der geschlechterbezogenen Gewalt; Gleichstellung der Geschlechter in externen Maßnahmen. Im Dezember 2010 verabschiedete der Rat der Europäischen Union Schlussfolgerungen zur *Unterstützung der Umsetzung der Strategie der Europäischen Kommission für die Gleichstellung von Männern und Frauen 2010-2015*²²⁶.

Der Kampf gegen Ungleichheit und Diskriminierung ist einer der politischen Schwerpunktbereiche für das EGBW. In seinem Newsletter vom Februar 2011²²⁷ berichtete das EGBW über mehrere Angelegenheiten in Bezug auf Gender und Bildung: Ein Eurydice-Bericht mit dem Titel „Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Bildungsergebnissen - Studie über die

²²² <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st08/st08260.de10.pdf>

²²³ http://www.foyer.be/IMG/pdf/Trade_Unions_mapping_study_RESUME_EN_FINAL.pdf

²²⁴ http://etuce.homestead.com/Statements/2012/LGBT_joint_declaration.pdf

²²⁵ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0491:FIN:DE:PDF>

²²⁶ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/118227.pdf

²²⁷ http://etuce.homestead.com/ETUCE_Newsletter/2011/01.2011_ETUCE_NEWSLETTER_en_final.pdf



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

unternommenen Maßnahmen und die derzeitige Situation in Europa“ (*Gender differences in educational outcomes – study on the measures taken and the current situation in Europe*) zeigte, dass zwar einiges unternommen worden war, um Mädchen für technische Ausbildungsbereiche zu motivieren, gleichzeitig aber Jungen und deren Zugang zu Pflegeberufen wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Jungen stellen bei den vorzeitigen Schulabbrechern immer noch die größere Gruppe dar. Dieser Trend wurde auch durch die Ergebnisse der PISA-Studie 2009 bestätigt. Mädchen schnitten beim Lesen besser als Jungen und Jungen in Mathematik besser als Mädchen ab. Das EGBW äußerte Besorgnis angesichts des Umgangs mit Geschlechterrollen und -stereotypen in Schulen und bat um die Entwicklung von angemessenen Maßnahmen im Umgang mit dieser Problematik. Zudem äußerte das EGBW Zweifel an Tests, wie etwa dem PISA-Test, in der Bildung, da einige Fähigkeiten, die sehr viel zur persönlichen Entfaltung der SchülerInnen beitragen, sehr schwer zu bewerten sind. Ferner begrüßte das EGBW die Umfrage und den Bericht der Europäischen Kommission²²⁸ über Gender Mainstreaming, der 2010 veröffentlicht wurde und in dem untersucht wurde, wie die Mitgliedstaaten die Gleichstellung der Geschlechter in ihre Politiken, einschließlich für schutzbedürftige Gruppen der Gesellschaft, entwickelt haben.

Am 7. März 2011 verabschiedete der Rat der Europäischen Union einen *neuen europäischen Pakt für die Gleichstellung von Frauen und Männern für den Zeitraum 2011-2020*²²⁹. Das EGBW verfolgt aufmerksam die Umsetzung der Gleichstellung in den Mitgliedstaaten sowie auch den Fortschritt der Strategie der Europäischen Kommission. Was die Strategie betrifft, so nahm das EGBW im September 2011 an der Konferenz der Abteilung Gleichstellung der Europäischen Kommission teil „*Gleichstellung von Frauen und Männern*“.

2011 beantragte das EGBW bei der Europäischen Kommission erfolgreich einen einjährigen finanziellen Zuschuss für das Projekt *Maßnahmen von Lehrergewerkschaften zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt*. Ziel des Projekts ist die volle Ausnutzung des im Bildungssektor vorhandenen Potenzials zur Überwindung geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt mit dem Ziel, nicht nur mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern im Lehrberuf an sich herzustellen, sondern auch eine Veränderung hinsichtlich der künftigen Ausbildungs-/Berufswahl von SchülerInnen/Studierenden zu bewirken, indem LehrerInnen und Lehrergewerkschaften das Wissen und die Instrumente zur Verfügung gestellt werden, die sie benötigen, um einen gleichstellungsorientierten Ansatz in der Bildung und folglich in der Gesellschaft insgesamt fördern zu können. Die Schaffung eines Diskussionsforums über die Integration einer gendersensiblen Bildung mit den Arbeitgebern im Bildungsbereich wird den sozialen Dialog im Bildungssektor fördern²³⁰. Im Rahmen dieses Projekts organisierte das EGBW drei große Veranstaltungen: eine kollegiale Lernaktivität, ein Fortbildungsseminar und eine Projektabschlusskonferenz. Hauptergebnis des Projekts ist eine Reihe von Leitlinien für die Bekämpfung von Geschlechterstereotypen in der Bildung und der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt. Die Projektergebnisse werden in einer

²²⁸ *Gender Mainstreaming active inclusion policies*

http://www.cite.gov.pt/pt/destaques/complementosDestas/Gender_mainstreaming.pdf

²²⁹ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/119630.pdf

²³⁰ Eine detailliertere Beschreibung ist im Anhang zu finden sowie unter:

http://etuce.homestead.com/ETUCE_Equality.html.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Projektbroschüre festgehalten, die dann unter allen maßgeblichen BildungsvertreterInnen verbreitet wird. Eine CD-ROM (mit 2.000 Kopien) mit den Projektergebnissen (Berichte über kollegiale Lernaktivitäten, Fortbildungsseminar und Berichte der Abschlusskonferenz auf Englisch und Französisch und die endgültige Projektbroschüre auf Deutsch, Englisch, Französisch, Polnisch und Spanisch) wird die Verbreitung der Ergebnisse an EGBW-Mitgliedsorganisationen und deren LehrerInnen erleichtern.

Dieses Projekt ist ein Follow-up-Projekt zum vorangegangenen EGBW-Genderprojekt *Förderung der Geschlechtergleichstellung in Lehrgewerkschaften und im Lehrberuf*, das eine umfassende Studie über die Vertretung von Frauen in Lehrgewerkschaften beinhaltete und zum EGBW-Aktionsplan für Geschlechtergleichstellung in Lehrgewerkschaftsstrukturen und im Lehrberuf führte, der bei der EGBW-Vorstandstagung am 15. und 16. März 2010 in Brüssel verabschiedet wurde.

Frauen in Gewerkschaften

Die Rolle von Frauen in Lehrgewerkschaften und die Förderung der Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien von Lehrgewerkschaften auf nationaler und europäischer Ebene bleibt ein Thema, das sowohl der ständige EGBW-Gleichstellungsausschuss als auch der EGBW-Status des Frauenausschusses voranbringen möchten. Die Einführung einer Frauenquote zur Verbesserung der Vertretung von Frauen wird als Möglichkeit zur Unterstützung dieses Ziels regelmäßig in die Diskussionen im EGBW-Ausschuss eingebracht. Obwohl der ständige Gleichstellungsausschuss dem EGBW-Ausschuss 2012 keine weiteren Empfehlungen vorschlägt, wurden bei der Sitzung des paneuropäischen Gleichstellungsausschusses 2011 Empfehlungen zur Gleichstellung in den Gewerkschaften angenommen, aus denen hervorgeht, dass die Mitgliedsorganisationen auch weiterhin an der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans für die Geschlechtergleichstellung arbeiten müssen. Sie förderten auch weiterhin die Empfehlungen von 2010, bei denen der Schwerpunkt auf geschlechterorientierten Delegationen, Rechten von Kindern und LGBT-Rechten lag.

Das EGBW nahm ferner die Resolution über Geschlechtergleichstellung zur Kenntnis, die beim BI-Weltkongress in Kapstadt im Juli 2011 einstimmig verabschiedet worden war. Diese Resolution war ein unmittelbares Ergebnis der Konferenz mit dem Titel „Auf Weg zur Gleichstellung“ (*On the Move for Equality*) in Bangkok im Januar 2011, zu der viele EGBW-Mitgliedsorganisationen aktiv beigetragen hatten. Dies ebnete den Weg für einen BI-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter, bei dem fünf Ziele im Mittelpunkt stehen: Stärkung und Demokratisierung der Gewerkschaften; Gewährleistung einer hochwertigen integrativen und gendersensiblen öffentlichen Bildung; Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen; Bildung und Aufrechterhalt von Partnerschaften, Allianzen und Koalitionen sowie Entwicklung einer Kommunikations- und Forschungsstrategie.

Im Oktober 2010 nahm das EGBW am EGB-Workshop „*Von der Mitgliedschaft zur Führungsposition: Förderung von Frauen in Gewerkschaften*“ in Berlin teil, was erneut ein Anzeichen für die Angleichung der Arbeit des EGBW an die zentrale politische Richtung des EGB ist.



Lohnungleichheit

Trotz der Bemühungen der Mitgliedstaaten, die Gleichstellung der Geschlechter in ihre einzelstaatlichen Politiken zu integrieren besteht auch weiterhin ein beträchtliches Lohngefälle zwischen Männern und Frauen. Das EGBW ist der Überzeugung, dass gleiche Arbeit und gleichwertige Arbeit ungeachtet des Geschlechts gleich bezahlt werden sollten. 2010 startete die BI die Kampagne *Pay Equity Now!* (Lohnungleichheit jetzt!), um das Recht aller ArbeitnehmerInnen auf angemessene und gerechte Löhne zu bekräftigen und die Bildungsgewerkschaften bei der Bewältigung der Geschlechterdiskriminierung in der Beschäftigung zu unterstützen. Auf der Kampagnenwebsite²³¹ sind Beispiele bewährter Praxen aus anderen Ländern für die Durchsetzung der Lohnungleichheit im Bildungssektor aufgeführt. Artikel und politische Initiativen zum Thema Lohnungleichheit werden regelmäßig über das paneuropäische Frauennetz (PEWN) veröffentlicht. Im Oktober 2010 nahm das EGBW an der Konferenz des belgischen Vorsitzes über Geschlechtergleichstellung teil: *Wie kann das geschlechterspezifische Lohngefälle beseitigt werden?*²³² Der Schwerpunkt lag dabei auf dem anhaltenden Lohngefälle von 18% zwischen Männern und Frauen in der EU. Als Ergebnis lancierte die Europäische Kommission den ersten europäischen Tag der Lohnungleichheit am 5. März 2011. Der ständige Gleichstellungsausschuss und der Status des Frauenausschusses nahmen das geschlechterspezifische Lohngefälle in ihre Arbeitsagenden auf.

Gewalt gegen Frauen

Bei der EPSCO-Tagung am 8. März 2010 nahm der Rat die Schlussfolgerungen *Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in der Europäischen Union*²³³ an. Mit den Schlussfolgerungen werden Mitgliedstaaten unter anderem dazu aufgerufen, Kampagnen für die allgemeine und berufliche Bildung auszuarbeiten, um diskriminierende kulturelle Normen zu bekämpfen und mit Geschlechterstereotypen und gesellschaftlicher Stigmatisierung zu brechen. Ausgehend von den Schlussfolgerungen des Rates veranstaltete der belgische Vorsitz den dritten europäischen Gipfel im November 2010, der der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gewidmet war. Der Gipfel führte zur *Brüsseler Erklärung: Auf dem Weg zu einer kohärenten, wirksamen und globalen europäischen Politik zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen*²³⁴. Im Vorfeld des europäischen Gipfels forderte das EGBW Mitgliedsorganisationen dazu auf, aktiv gegen Gewalt gegen Frauen vorzugehen und Beispiele aus der Praxis zu sammeln. Im Mai 2011 nahm der Europarat ein *Übereinkommen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*²³⁵ an. Beim sechsten BI-Weltkongress vom 22.-26. Juli 2011 wurde eine *Resolution über Bildung und die Abschaffung von Gewalt gegen Frauen*²³⁶ veröffentlicht. Die Resolution unterstrich die Rolle staatlicher Gleichstellungspolitik bei der Schaffung einer nichtdiskriminierenden Bildung von Mädchen und der Verhinderung geschlechterbezogener Gewalt. Das EGBW verfolgt künftige Initiativen in Bezug auf Politiken oder Kampagnen, durch die Gewalt gegen Frauen verhindert werden soll.

²³¹ <http://pages.ei-ie.org/payequitynow/en/index.php>

²³² <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=946&furtherNews=yes>

²³³ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/113226.pdf

²³⁴ http://www.eutrio.be/files/bveu/101124-Brussels_Declaration.pdf

²³⁵ <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?CL=ENG&CM=1&NT=210>

²³⁶ http://download.ei-ie.org/Docs/WebDepot/2.1.2_2.1.5E_Education_and_Elimination_of_Violence_against_Women.pdf



Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)

Dieses europäische Institut²³⁷ wurde im Jahr 2007 in Vilnius, Litauen, gegründet und unterstützt die EU und ihre Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung, zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und bei der Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen. Die Aufgaben bestehen darin, vergleichbare Daten über Genderfragen zu erheben und auszuwerten, methodische Instrumente, insbesondere für die Integration der Gender-Dimension in alle politischen Bereiche zu entwickeln, den Austausch bewährter Praxen und den Dialog unter den Interessenvertretern zu erleichtern und die EU-BürgerInnen für das Thema zu sensibilisieren. Das Institut hat seine Arbeit zunächst nur langsam aufgenommen, ist nun aber voll funktionfähig. So dass das EGBW Kontakt zu dem Direktor des Instituts hergestellt hat und erfolgreich mit dem Gewerkschaftsvertreter des Beratungsgremiums des Instituts, dem Sachverständigenforum, zusammenarbeitet. Deshalb nahm das EGBW im November 2011 an der EIGE-Konferenz über Gender Mainstreaming und an der EGB-EIGE-Konferenz über Geschlechtergleichstellung und Gewerkschaften teil. Das EGBW verfolgt sehr aufmerksam die weitere Entwicklung des Instituts und strebt eine weitere mögliche Zusammenarbeit an.

8. Sozialer Dialog

8.1 Der europäische soziale Dialog Bildung²³⁸ (ESSDE)

Initiierung und Entwicklung des ESSDE

Im Februar 2009 wurde der europäische Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen (EFEE) als Ergebnis der anhaltenden gemeinsamen Bemühungen der Vertreter der Arbeitgeber im Bildungsbereich und mit kräftiger Unterstützung durch das EGBW und die Europäische Kommission gegründet. Gleichzeitig eröffnete die Gründung einer europäischen Sozialpartnerorganisation dem EGBW die Möglichkeit, den ESSDE zu starten. Am 30. September 2009 schickten die Sozialpartner ihren ersten Antrag zum Start des ESSDE an die Kommission. Seit der Annahme des ersten Aktionsplans des EGBW für den sozialen Dialog in der Bildung sind über vier Jahre der Arbeit auf nationaler und europäischer Ebene vergangen.

Ausgehend von den Artikeln 154-155 des *Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union* ermöglicht der europäische sektorale soziale Dialog den sektoralen Sozialpartnern, ihren eigenen zweigliedrigen Dialog auf EU-Ebene zu führen. Er erlaubt den Sozialpartnern, sich über EU-Politiken, die den Sektor betreffen könnten, zu beraten, oder ihre eigenen Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse auszuhandeln. Auf diese Weise können die europäischen sektoralen Sozialpartner unmittelbaren Einfluss auf EUen-Politik und -Arbeitsgesetzgebung nehmen.

Im Herbst 2009 vereinbarten das EGBW und der EFEE *Verfahrensregeln* für den ESSDE sowie ein Arbeitsprogramm für die darauffolgenden zwei Jahre. Wie von der Kommission vorgeschrieben, ernannte jede europäische Sozialpartnerorganisation eine/n Delegierte/n aus jedem EU-Mitgliedstaat für den ESSDE sowie eine/n zusätzliche/n Delegierte/n für Hochschulbildung und

²³⁷ <http://www.eige.europa.eu/content/about-eige>.

²³⁸ Das Arbeitsprogramm des ESSDE für 2012-2013 ist in Anhang 12.8 enthalten.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Forschung. In den *Verfahrensregeln* ist festgelegt, dass Angelegenheiten, die Hochschulbildung und Forschung betreffen, nur von Vertretern dieser Bildungsebene erörtert werden können.

Gleich zu Beginn starteten EGBW und EFEE ein neues EU-finanziertes Projekt zur kontinuierlichen Verbesserung der Repräsentativität der EFEEs, insbesondere im Bereich der Hochschulbildung und Forschung. Das Projekt zielt auch auf die Stärkung struktureller Verbindungen zwischen dem nationalen sozialen Dialog Bildung und dem ESSDE ab. Eurofound analysierte die Repräsentativität der beiden europäischen Sozialpartnerorganisationen.²³⁹ Zu diesem Zweck führte das EGBW eine Aufstellung seiner Mitgliedsorganisationen durch. In diesem Zusammenhang schloss das EGBW Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit mit dem EGÖD und der CESI. Beide Organisationen hatten angegeben, im Bildungssektor repräsentativ zu sein. Es wurde vereinbart, dass der EGÖD zwei Sitze im ESSDE und die CESI einen Sitz als Beobachterin ohne Stimmrecht haben werden. Das EGBW ist im Besitz von 100% der Ländersitze. Im April 2010 brachten die Sozialpartner einen aktualisierten Antrag auf Hinzufügung der beiden Vereinbarungen über Zusammenarbeit und auf Betonung der verbesserten Repräsentativität der EFEE ein. Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, Lazlo Andor, bestätigte die Bildung des ESSDE am 20. Mai 2010, was einen Meilenstein in der Geschichte des EGBW darstellt.

Die Einsetzung des Bildungs- und Forschungskomitees wurde als eine wichtige Entwicklung für den europäischen sektoralen Sozialdialogsprozess anerkannt. Der Bildungssektor wird aufgrund seiner hohen Beschäftigungszahlen und seiner zentralen Stellung im Hinblick auf die Schwerpunktliste bei der Gestaltung der EU-Politik als ein wichtiger Sektor betrachtet.²⁴⁰

ESSDE-Plenarsitzungen

ESSDE-Plenarsitzungen fanden im Juni 2010 sowie im Januar und Oktober 2011 in Brüssel statt.

Am 11. Juni 2010 markierte die erste Plenarsitzung des ESSDE einen historischen Moment des Erfolges für diese EGBW-Initiative. Der neue Sozialdialogsausschuss wurde bei dieser Eröffnungssitzung lanciert. Die ESSDE-Delegierten beider europäischer Sozialpartnerorganisationen kamen zum allerersten Mal zusammen, um ihre künftige Arbeitsagenda anzunehmen und drei Facharbeitsgruppen einzusetzen.

Die zweite ESSDE-Plenarsitzung fand am 18. Januar 2011 in Brüssel statt. Vertreter der EU-Kommission eröffneten die Sitzung mit Präsentationen über Initiativen im Rahmen der europäischen 2020-Strategie. Die TeilnehmerInnen der ESSDE-Plenarsitzung nahmen die 'gemeinsamen Richtlinien für transregionale Zusammenarbeit beim lebenslangen Lernen unter Bildungsvertretern' sowie eine 'gemeinsame Erklärung über Investitionen in Bildung' an.

Die dritte ESSDE-Plenarsitzung wurde am 25. Oktober 2011 in Brüssel abgehalten. Ein Vertreter der GD Bildung und Kultur eröffnete die Sitzung mit einer Grundsatzrede über die Sichtweise der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Entwicklung und die Rolle der Bildung in Europa, wobei auch die Bedeutung des Engagements des Sektors im europäischen Sozialdialog betont wurde.

²³⁹ <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn1001017s/tn1001017s.htm>

²⁴⁰ Mehr zum ESSDE auf: http://etuce.homestead.com/ETUCE_Social_dialogue.html



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Zweck dieser Sitzung war es, ESSDE-Delegierten bestehende Arbeitsergebnisse vorzustellen und künftige Arbeitsziele zu erörtern. Die Delegierten wurden über die derzeitigen und künftigen Projekte der europäischen Sozialpartner sowie auch über Arbeit, die von den drei Arbeitsgruppen zum Abschluss gebracht worden war, unterrichtet. Die Delegierten erörterten ferner mögliche zukünftige Arbeitsthemen, mit denen sich der ESSDE in den nächsten Jahren auseinandersetzen könnte. Die Gewerkschaftsseite bat darum, folgende Themen in die Agenda aufzunehmen: Berufskrankheiten, Nachverfolgung zu arbeitsbedingtem Stress, Privatisierung und Förderung des sozialen Dialogs. Es wurde beschlossen, dass die ESSDE-Lenkungsgruppe alle Vorschläge aufnehmen und versuchen werde, sie in das nächste Arbeitsprogramm aufzunehmen.

Die nächste ESSDE-Plenarsitzung wird am 8. November 2012 in Brüssel stattfinden.

ESSDE-Arbeitsgruppen

Zur intensiveren Arbeit im Bereich spezieller Themen von gemeinsamem Interesse setzten die europäischen Sozialpartner bei ihrer Plenarausschusssitzung am 11. Juni 2010 drei Arbeitsgruppen ein.

Die *Arbeitsgruppe 1 für „Qualität in der Bildung“* übernahm die Aufgabe, allgemeine Anforderungen für die Bildung einer von allen Interessenvertretern des Bildungssektors akzeptieren Evaluationskultur zu erörtern. EFEE und EGBW stellten einen Antrag für ein Projekt zur Evaluation im Bildungssektor unter der Haushaltstitel der EU-Kommission „Sozialer Dialog und industrielle Beziehungen“. Es wurde vorgeschlagen, dass Mitglieder dieser Arbeitsgruppe zur Teilnahme am EFEE/EGBW-Projekt eingeladen werden und auf der Grundlage von der von der AG und dem Projekt fertiggestellten Arbeit einen aktiven Beitrag zur ESSDE-Plenarsitzung im November 2012 leisten sollten.

Bei ihrer ersten Sitzung im November 2010 beschlossen die Mitglieder der *Arbeitsgruppe 2 für „Demografische Herausforderungen in der Bildung“*, sich in ihrer Arbeit auf Anwerbung und Bindung von LehrerInnen zu konzentrieren. Die zu beantwortende Hauptfrage war: „Wie können zukünftig mehr qualifizierte Lehrer gewonnen werden und was kann getan werden, um zu erreichen, dass die Lehrer auch weiterhin in dem Sektor arbeiten?“ Es wurde vorgeschlagen, dass die AG in den Jahren 2011/2012 ihre Arbeit parallel zum EGBW/EFEE-Projekt „Anwerbung und Bindung im Bildungssektor, eine Frage des sozialen Dialogs“ fortsetzen werde. Ein Vorschlag für Aktionen soll bei der ESSDE-Plenarsitzung im November 2012 auf der Grundlage der in der AG und im EGBW-/EFEE-Projekt geleisteten Arbeit gemacht werden.

Seit ihrer Bildung hat die *Arbeitsgruppe 3 für „Hochschulbildung und Forschung“* gezeigt, dass genügend Kapazitäten vorhanden sind, um die Erkundung der Möglichkeiten innerhalb des europäischen sozialen Dialogs für Hochschulbildung und Forschung fortzusetzen. Der Schwerpunkt der Gruppe lag auf der Entwicklung attraktiver Karrierechancen in Hochschulbildung und Forschung und dem regen Austausch diesbezüglicher bewährter Praktiken. Die Gruppe möchte zwar andere Themen nicht von ihren Diskussionen oder weiteren Recherchen ausschließen, hat aber beschlossen, sich in ihrer Arbeit insbesondere auf drei spezielle Themen zu konzentrieren: Geschlechtergleichstellung, das Umfeld für Nachwuchsforscher und Mobilität. Die AG 3 kam im Juni



und Oktober 2011 sowie auch im März 2012 zusammen. Ende Juni 2012 kam die WG3 erneut zusammen und verfasste ihren Abschlussbericht für die Plenarausschusssitzung.

ESSDE-Dokumente

Bisher haben die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen zwei Texte angenommen.

„Eine gemeinsame Erklärung zu Investitionen in Bildung“²⁴¹ wurde an alle Mitglieder des EU-Rats für Bildung und Kultur sowie an weitere relevante Personen in den EU-Institutionen geschickt. Eine vorangegangene Fassung der Erklärung war von der ersten ESSDE-Plenarsitzung im Juni 2010 abgelehnt worden. Anschließend bemühten sich EGBW und EFEE verstärkt darum, einen Kompromiss für eine gemeinsame Erklärung zu finden, die beide Seiten zufriedenstellt. Auch in der endgültigen Version sind weitere Investitionen in Bildung enthalten und die EU-Mitgliedstaaten werden vor den negativen Auswirkungen finanzieller Kürzungen gewarnt. Eine gemeinsame Erklärung wurde an die europäischen Institutionen geschickt und in der Online-Datenbank des europäischen sozialen Dialogs der GD Beschäftigung und Soziales veröffentlicht.

2010 führte das EGBW zusammen mit EFEE und dem Organisationsbüro der europäischen SchülerInnenverbände (OBESSU) ein Projekt für lebenslanges Lernen durch. Ergebnis des Projekts war eine Reihe von Leitlinien über transnationale Zusammenarbeit beim lebenslangen Lernen für BildungsvertreterInnen. Die „Gemeinsamen Leitlinien für transregionale Zusammenarbeit beim lebenslangen Lernen unter Bildungsvertretern“²⁴² wurden allen Sozialpartnern im Bildungswesen zugänglich gemacht. Die europäischen Sozialpartner im Bildungsbereich einigten sich darauf, dass die gemeinsamen Leitlinien ein Ergebnis des sektoralen europäischen Sozialdialogs sind. Ferner verpflichteten sich das EGBW und EFEE dazu, die Leitlinien über einen Zeitraum von zwei Jahren umzusetzen. Diese Umsetzung wird im Jahr 2013 ausgewertet werden.

Neben den Sitzungen des Bildungssektors nimmt das EGBW regelmäßig an den sektorübergreifenden Sitzungen des Verbindungsforums teil, an dem die europäischen Vertreter der europäischen Sozialpartner teilnehmen und das von der Europäischen Kommission organisiert wird. Das Verbindungsforum soll einerseits die Sozialpartner in den verschiedenen Ausschüssen des sektoralen Sozialdialogs über die neuesten Tendenzen und Anliegen im Beschäftigungsbereich auf europäischer Ebene informieren und andererseits den Austausch von Erfahrungen, Ergebnissen und Projektergebnissen zwischen den Sektoren fördern. Zu besonderen Gelegenheiten kann ein Verbindungsforum ein bestimmtes Thema haben, wie z.B. das Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz im Februar 2012, als das EGBW zusammen mit anderen *die multisektoralen Richtlinien zur Eindämmung der Gewalt durch Dritte und Belästigung am Arbeitsplatz*²⁴³ präsentierte.

²⁴¹ http://etuce.homestead.com/Social_Dialogue/INVESTING_IN_THE_FUTURE_final.pdf;
http://etuce.homestead.com/Social_Dialogue/EMPL-2011-00464-00-00-IT-TRA-00.pdf;
http://etuce.homestead.com/Social_Dialogue/EMPL-2011-00464-00-00-PL-TRA-00.pdf

²⁴² http://etuce.homestead.com/Social_Dialogue/Agreement_Joint_guidelines_LLL.pdf

²⁴³ Vergleiche Kapitel 3.



8.2 Projekte des Europäische Sozialdialogs

Anwerbung und Bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog

Im September 2011 startete das EGBW zusammen mit dem EFEE als Projektpartner ein einjähriges Projekt mit der Bezeichnung „Anwerbung und Bindung im Bildungssektor, eine Frage des sozialen Dialogs.“ Langfristiges Ziel des Projekts war die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen sozialpartnerschaftlichen Ansatzes zur Bewältigung der Probleme des Sektors im Hinblick auf Anwerbung und Bindung im Bildungssektor. Um dieses Ziel zu erreichen, baten die Sozialpartner ihre Mitgliedsorganisationen, über einzelstaatliche Politiken und Erfahrungen im Verlauf ihrer Umsetzung zu berichten. Die Projektergebnisse werden im Herbst 2012 erwartet. Sie werden für einen Nachverfolgungsprozess durch die ESSDE-Arbeitsgruppe für demografische Herausforderungen aufgegriffen werden.

In der ersten Projektphase wurden mehrere Tätigkeiten durchgeführt. Die Projektpartner haben eine umfassende Studie vorgeschlagen, die auch eine fragebogenbasierte Umfrage einschließt. Der Fragebogen wurde an EGBW- und EFEE-Mitgliedsorganisationen in der EU27 geschickt. In vier Fallstudien konzentrierten sich die Projektpartner auf die spezielle Lage in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten. Bei zwei regionalen Seminaren erörterten Vertreter der europäischen Mitgliedsorganisationen der Sozialpartner die ersten Ergebnisse. Die Einbeziehung von Vertretern aus anderen Sektoren hat neue Synergien unter den Ausschüssen des europäischen sektoralen Sozialdialogs freigesetzt. Die Projektpartner werden die Projektergebnisse voraussichtlich im September 2012 bei ihrer Follow-up-Konferenz vorstellen. Der Abschlussbericht wird aktuelle Kenntnisse über die Herausforderungen im Hinblick auf Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungssektor enthalten. Er soll auch den Weg für einen künftigen gemeinsamen Ansatz aufzeigen.²⁴⁴

Versuchsphase zur Einschätzung der Durchführbarkeit der Bildung eines Rats für den Bildungssektor für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen auf europäischer Ebene

Eine breit angelegte Machbarkeitsstudie über die potenziellen Auswirkungen von Sektorräten für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen (SCES) auf europäischer Ebene wurde unter der Leitinitiative *Neue Kompetenzen und neue Arbeitsplätze durchgeführt*. In der Studie wurden sowohl positive als auch negative Elemente herausgearbeitet und es wurde nahegelegt, dass die Sozialpartner in speziellen Sektoren den potenziellen Mehrwert solch eines SCES ihres Sektors am besten verstehen würden. Für die europäischen sektoralen Sozialpartner im Bildungswesen bestand der Hauptzweck des Projekts deshalb in der Durchführung einer technischen Machbarkeitsstudie und der Bewertung des potenziellen Mehrwerts der Schaffung eines SCES für den Bildungssektor. Der Beschluss zur Durchführung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie wurde im Anschluss an Diskussionen im ESSDE-Lenkungsausschuss im März 2011 gefasst. Die endgültige Entscheidung über eine mögliche Bildung eines sektoralen SCES wird von den Sozialpartnern am Ende der Projektlaufzeit getroffen werden.²⁴⁵

²⁴⁴ http://etuce.homestead.com/ETUCE_SD_projects.html

²⁴⁵ http://etuce.homestead.com/ETUCE_SD_projects.html



9. Europarat

Die im Jahr 2009 auf Initiative des Generalsekretärs des Europarats ins Leben gerufene institutionelle und budgetäre Reform wurde schrittweise umgesetzt, wobei man sich wieder auf die grundlegenden Werte und Schlüsselthemen des Europarats, nämlich Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, konzentrierte, während gleichzeitig Synergien mit der Europäischen Union geschaffen wurden.

Die Konferenz der internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGO), bei der das EGBW und die BI aktive Mitglieder sind, unterstützte anfangs die Prinzipien dieser Entwicklung, durch die der Arbeit und den Tätigkeiten des Rates mehr Sichtbarkeit, Wirkungskraft und Reaktionsfähigkeit verliehen werden sollte.

Dennoch gefährdet die Umstrukturierung seit 2010 die Arbeit, Repräsentativität und Funktionsweise der INGO-Konferenz sowie auch die des Kongresses lokaler und regionaler Behörden zugunsten des Ministerausschusses und der parlamentarischen Versammlung. Die INGOs reagierten vehement und zeigten, dass sie gegen diese für die organisierte Zivilgesellschaft negative Reform sind. Die Konferenz nahm eine politische Stellungnahme an, die weit verbreitet wurde.

Derzeit scheint das Bestehen der Konferenz nicht unmittelbar gefährdet zu sein, aber die Vertretung der INGOs und ihrer Arbeit steht auch weiterhin auf dem Spiel, insbesondere aufgrund der drastischen Kürzung von Mitteln um 57%, z.B. für Übersetzungsleistungen, Bereitstellung von Konferenzräumen und Kofinanzierung von Tätigkeiten.

Ab November 2011 wurden auch strukturelle Reformen eingeführt, wie beispielsweise die Reduzierung von Lenkungsausschüssen oder zwischenstaatlichen Ausschüssen um 50%, in denen die Konferenz und ihre VertreterInnen aktiv waren. Diese Ausschüsse wurden nun neu in drei Säulen unterteilt: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wozu nun beispielsweise der *Lenkungsausschuss für Bildungspolitik und -praxis* gehört, der die beiden vorhergehenden Ausschüsse für Bildung und Hochschulbildung und Forschung ersetzt.

Die neue Struktur der INGO-Konferenz

Die Konferenz, der 384 Organisationen aller Art, Größe und allen Ursprungs angehören - Verbände, Gewerkschaften und Stiftungen - ging dazu über, im Rahmen dieser Reform eigene Anpassungen vorzunehmen. Künftig wird die Konferenz statt vier Mal pro Jahr nun zwei Mal pro Jahr, im Januar und im Juni, zu einer Plenarsitzung, an der das EGBW regelmäßig teilnehmen wird, zusammentreten. Die INGO-Konferenz organisiert seitdem ein jährliches Forum für die Zivilgesellschaft mit dem Titel *„Eine große europäische Debatte der Zivilgesellschaft“ (A Great European Civil Debate)*. Das erste Forum wurde mit dem Titel *„Zusammenleben - Vielfalt und Freiheit im Europa des 21. Jahrhunderts verbinden“ (Living together – Combining diversity and freedom in 21st century Europe* vom 13.-14. November 2011 abgehalten und das EGBW leistete dabei Beiträge zu den Diskussionen in der Plenarsitzung und in den Arbeitsgruppen. Weitere Änderungen betrafen die Aufhebung beider transversaler Arbeitsgruppen und die Kürzung der Anzahl der Ausschusssitzungen von fünf auf drei.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Der *Menschenrechtsausschuss* befasst sich insbesondere mit: wirtschaftlichen und sozialen Rechten, Wahrung der Rechte und ihrer Universalität, Bildung in den digitalen Medien, Gewalt gegenüber älteren Personen und ihre Rechte und neben weiteren Bereichen auch mit der Förderung kollektiver Forderungen. Der *Ausschuss Demokratie* umfasst nachhaltige Entwicklung, die Beseitigung von Armut, Dialog und Solidarität zwischen dem Norden und dem Süden, der Kodex der bewährten Praxen für die Beteiligung an der Zivilgesellschaft, Migration und Demokratie. Der Bildungs- und Kulturausschuss ist insbesondere befasst mit: Politische Bildung, Vielfalt der Perspektiven im Geschichtsunterricht, interkultureller Bildung, der Lehrberuf im 21. Jahrhundert, das Recht auf qualitativ hochwertige Bildung, dem Follow-up zum Weißbuch und interkulturellem Dialog.

Diese Ausschüsse sind nun mit allen politischen, institutionellen, sozialen, bildungsrelevanten und kulturellen Angelegenheiten befasst, die INGOs betreffen. Das EGBW hat sich mit Erfolg nachdrücklich für die Beibehaltung eines Bildungs- und Kulturausschusses eingesetzt, indem es mit der großen Bedeutung dieser Themen für unsere Gesellschaft argumentierte.

Das EGBW nimmt regelmäßig an allen Tagungen der Konferenz, den Ausschüssen und den Arbeitsgruppen teil und leistete Beiträge zu den Diskussionen, zur Ausarbeitung von Stellungnahmen, Resolutionen und Schlussfolgerungen, insbesondere zu den *Übergriffen von Sekten und Menschenrechtsverletzungen*, zur *Jasminrevolution* bezüglich der Lage in Nordafrika, zur Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: *Nein zu Prozesskosten für Petenten*, einer *Resolution betreffend der Zivilgesellschaft in Weißrussland* und der Empfehlung von Maßnahmen, die auf die *Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Identität* abzielen.

Die Konferenz beschloss ferner, dass das Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern flächendeckend in die Arbeit der Ausschüsse integriert werden soll. Eine Koordinierungsbeauftragte wurde bei der Sitzung Ende Januar 2012 gewählt und hat ihren Sitz im ständigen Ausschuss eingenommen.

10. Europäische Projekte

Auf der Suche nach weiterer Unterstützung für die Mitgliedsorganisationen im Bereich bestimmter Schlüsselthemen betreibt das EGBW mehrere Projekte, die von der Europäischen Kommission mitfinanziert werden, meist unter den Haushaltstiteln des Generaldirektorats Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) und des Generaldirektorats für Bildung und Kultur (GD EAC)²⁴⁶. In den meisten Fällen erstreckt sich die Finanzierung der Europäischen Union auf Organisationen aus der EU und aus Beitrittsländern. In den letzten Jahren kann allerdings ein sichtbarer Trend seitens der Europäischen Kommission zur Ausweitung des Anwendungsbereichs auf Projektpartnerschaften festgestellt werden, um Partnerorganisationen aus Ländern, die in die EU-Nachbarschaftspolitik involviert sind, zuzulassen²⁴⁷. Das EGBW nutzt diese Möglichkeit deshalb voll aus, um Mitgliedsorganisationen aus Nicht-EU-/Nichtbeitrittsländern weitere Möglichkeiten dafür zu bieten,

²⁴⁶ In den einzelnen Kapiteln wird eine Auswahl an Projekten beschrieben. Ein Überblick über die Projekte ist in der Anlage dieses Berichts enthalten.

²⁴⁷ http://ec.europa.eu/world/enp/index_de.htm



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

von der Arbeit auf europäischer Ebene zu profitieren bzw. aktiv daran teilzunehmen²⁴⁸. Mit der Absicht, seinen Mitgliedsorganisationen noch weitere Informationen über die einzelnen Finanzierungsmöglichkeiten in Europa bereitzustellen, wie etwa finanzielle Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder Stiftungen, wie beispielsweise der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellte das EGBW eine Broschüre²⁴⁹ über Projektmöglichkeiten für mittel- und osteuropäische Länder (MOE) zusammen, die beim Gespräch des Rundes Tisches MOE präsentiert wurde.

Neben seinen eigenen Projekten, von denen eine detaillierte Liste in der Anlage dieses Berichts enthalten ist, unterstützt das EGBW auch zahlreiche Projekte als Projektpartner. Diese von der Europäischen Union finanzierten Projekte werden entweder von Mitgliedsorganisationen, europäischen Sozialpartnern oder anderen Bildungsvertretern durchgeführt. Dazu gehören Projekte wie **GuidanceDialogue: Better chances in education and employment through guidance** (Beratungsdialog: bessere Chancen in Bildung und Beruf durch Beratung), kurz GuiDialog genannt²⁵⁰. Dieses Projekt wird von der GEW organisiert und schließt Projektpartner, wie den ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund), die polnische Lehrgewerkschaft ZNP, die ÖIFB (Österreichisches Institut für Forschung im Berufsbildungsbereich) sowie das bfw (Arbeitgeber im Bildungsbereich) ein. Im Rahmen des Projekts fanden drei Konferenzen über Berufsberatung statt, einmal mit Schwerpunkt auf individuellen Bedürfnissen im November 2011, Berufsberatung in Unternehmen im Juni 2012 und über Umsetzungsstrategien im September 2012, wofür das EGBW einen aktiven Beitrag in Form einer Präsentation leistete.

Im Laufe des Jahres 2011 nahm das EGBW an dem vom CEEP geleiteten und von der EU finanzierten Projekt **Wandel im öffentlichen Dienst – Foren für die Verbesserung der fachlichen Kompetenz bei Umstrukturierungen**²⁵¹ teil. Das Projekt ist eine Fortsetzung des Projekts **Antizipation des Wandels im öffentlichen Dienst**²⁵². Bei dem Projekt kamen sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberorganisationen zusammen, die mehrere Sektoren im öffentlichen Dienst vertreten: Bildung, Gesundheit, Elektrizität, Zentrale und Lokale Verwaltungsbehörden, Postsektor, Eisenbahnen und Eisenbahn-Infrastruktur. Auf der Arbeitgeberseite gehörten folgende Organisationen zu den Projektpartnern: CEEP, Eurelectric, Hospeem, CER, PostEurope, CEMR und EFEE. Die Gewerkschaftsseite war durch folgende Partner vertreten: EGB, EGÖD, Eurocadres und ETF sowie das EGBW.

Gesamtziel des Projekts war die Förderung fachlicher Kompetenz sowie der lebendige Austausch von Informationen und bewährter Praxen unter öffentlichen Dienstleistern. Es zielte auch auf die Entwicklung von Instrumenten für eine effizientere Antizipation von und wirksameren Umgang mit Wandel ab. Dabei wurden neue Strategien ausgearbeitet, die künftig bei der Bewältigung von Problemen helfen werden. Zu den Aktivitäten gehörten mehrere Lenkungsausschusssitzungen, eine Literaturbesprechung, mehrere Online-Seminare, für die spezifische Informationsblätter ausgearbeitet wurden, sowie eine Abschlusskonferenz. Zur der Abschlusskonferenz in Brüssel vom

²⁴⁸ Das betrifft beispielsweise das EGBW-Projekt ELFE-ESL für IKT in der Bildung. Vergleiche Kapitel 1.7.

²⁴⁹ Die Broschüre ist für den Download bereitgestellt unter:

http://etuce.homestead.com/Projects/ETUCE_Projects_brochure_2011/CEE_RT-brochure.pdf

²⁵⁰ www.guidance-dialogue.eu

²⁵¹ http://www.ceep.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=217&Itemid=145

²⁵² http://www.ceep.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=151&Itemid=135



16. - 17. Februar 2012 wurden Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen eingeladen. Die TeilnehmerInnen erörterten viele Themen von gemeinsamem Interesse, wie etwa öffentliche Dienste im Lichte des demografischen Wandels, derzeitiger und künftiger Fachkräftebedarf im öffentlichen Dienst und schließlich die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf öffentliche Dienstleistungen. Zu den ReferentInnen dieser Themen gehörten auch VertreterInnen der EU-Kommission, des EGB, der UNI-Europa, des EGÖD und des EFEE. Das EGBW beteiligte sich aktiv mit einer Präsentation zu seiner Position in diesem Bereich.

Die Konferenz endete mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung des Forums der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst, in der insbesondere auf die derzeitigen Gefahren für die öffentlichen Dienste, wie etwa die finanziellen Kürzungen im Zuge der Wirtschaftskrise, verwiesen wurde. In der Erklärung wird aber auch aufgezeigt, wie Arbeitgeber im öffentlichen Dienst und Sozialpartner bei der Bewältigung dieser gemeinsamen Probleme zusammenarbeiten können. Gleichzeitig betonte sie die große Bedeutung des sozialen Dialogs als ein Kernelement des Europäischen Sozialmodells und für die Lösung der Krise und ihrer anhaltenden Auswirkungen. Zu den Organisationen, die die Erklärung unterzeichnet haben, gehörten CEEP, Eurelectric, HOSPEEM, EFEE, CEMR und CER.²⁵³

Ein weiteres Projekt, bei dem das EGBW ein assoziierter Partner ist, ist das von der *Sociedade Portuguesa de Inovação* durchgeführte Projekt mit der Bezeichnung *STRESSLESS* zur Erhöhung der Belastbarkeit von LehrerInnen gegenüber Stress²⁵⁴. Dieses Zweijahres-Projekt wurde von einem Konsortium aus mehreren europäischen Universitäten und Bildungsvertretern organisiert und beinhaltete eine unter LehrerInnen in der EU durchgeführte Umfrage. Ziel des Projekts ist die Förderung einer speziellen Schulung für LehrerInnen, damit sie belastbarer gegenüber Stress werden. Das EGBW verbreitete die Projektergebnisse über seine Website „Sicherheit und Gesundheitsschutz“ und stellte die Ergebnisse seiner Studie über arbeitsbedingten Stress von LehrerInnen aus dem Jahr 2011 bei der Abschlusskonferenz dieses Projekts vor.

Weitere Projekte, an denen das EGBW als Partner beteiligt ist, sind das Projekt des Europarats ***Akademische Freiheit und institutionelle Autonomie: die Rolle der öffentlichen Verwaltung***²⁵⁵, das vom Europarat bei einer Konferenz vom 8.-9. November 2010 gestartet wurde. Das EGBW trug auch zu dem Projekt *Mapping der Umsetzung und Anwendung der Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung* im Bereich der europäischen Hochschulbildung bei (MAP ESG)²⁵⁶. Das Projekt lieferte einen systematischen Ansatz zur Bewertung der Frage, wie der Bereich der europäischen Hochschulbildung in den Bologna-Unterzeichnerstaaten ausgelegt und angewandt wurde. Im Rahmen des Projekts wurden mögliche Problembereiche in der Struktur und in den Inhalten des europäischen Hochschulbereichs untersucht und überlegt, ob es sich entwickelnde Bereiche der Hochschulbildung gibt (wie etwa lebenslanges Lernen, transnationale Bildung oder E-Learning), die in der derzeitigen Version des europäischen Hochschulbildungsraums nicht abgedeckt sind. Das Projekt lief von Oktober 2010 bis April 2012.

²⁵³ <http://www.ceep.eu/images/stories/pdf/publications/joint/jointdeclarationsigned.pdf>

²⁵⁴ <http://www.spi.pt/stressless/>

²⁵⁵ <http://bologna.yok.gov.tr/files/2df384b776d7823c31b5a897a10c35c0.pdf>.

²⁵⁶ <http://mapesg.wordpress.com/>



Neben anderen war das EGBW ein Partner in dem Projekt **Die Auswirkungen von Strategien für lebenslanges Lernen auf die berufsbildende Hochschulbildung (FLLEX)**. Bei dem Projekt ging es darum, die Probleme bei der Umsetzung des lebenslangen Lernens (LLL) in den europäischen Hochschulbildungseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Anerkennung nicht formalen und informellen Lernens zu identifizieren. Um Hochschuleinrichtungen bei der Umsetzung des lebenslangen Lernens und bei der Festlegung und Weiterentwicklung einer institutionellen Strategie zu unterstützen, entwickelten die Projektpartner ein Instrument zur Selbsteinschätzung: den FLLEX-Radar²⁵⁷. Ziel des FLLEX-Radars ist die Erstellung einer Analyse der derzeitigen Lage im Hinblick auf Bestimmungen für lebenslanges Lernen in Hochschuleinrichtungen. Gleichzeitig wurde mit der Selbsteinschätzung (mittels Fokusgruppen-Diskussionen) darauf abgezielt, einen Dialog mit Interessenvertretern und anderen Interessengruppen über lebenslanges Lernen zu eröffnen. Hauptschwerpunkt des FLLEX-Radars waren die Förderung einer Diskussion und gedankliche Anregung durch die Analyse unterschiedlicher strategischer Bereiche, die mit der Entwicklung von lebenslangem Lernen in den kommenden Jahren verknüpft sind. Das FLLEX-Projekt²⁵⁸ endete im August 2012.

Ein Projekt im Bereich der Hochschulbildung, an dem das EGBW als aktiver Partner mitgewirkt hat, war das **SIRIUS-Projekt Entwicklung integrativer und bedarfsgerechter Universitätsstrategien**²⁵⁹. Das Konsortium des Europäischen Universitätsverbands (EUA), des Europäischen Verbands der Fernuniversitäten (EADTU), des Europäischen Netzwerks für universitäre Fortbildung (EUCEN) und des Europäischen Zugangsnetzwerks (EAN) wollte die europäischen Universitäten bei der Umsetzung der im Rahmen der Charta der europäischen Universitäten für lebenslanges Lernen übernommenen Verpflichtungen unterstützen und sie damit bei der Entwicklung ihrer spezifischen Rolle als Einrichtungen für lebenslanges Lernen, die im Europa des Wissens eine zentrale Säule bilden, zu unterstützen.

Das Projekt bot Universitäten mit unterschiedlichen Profilen und Interessen an lebenslangem Lernen und die sich in unterschiedlichen Phasen der LLL-Implementierung befinden, eine Gelegenheit dazu, bei interaktiven Diskussionen mit KollegInnen aus ganz Europa ihre strategischen LLL-Ansätze zu entwickeln und zu verbessern. Zudem bot es ihnen die Möglichkeit, zur Entwicklung von Politikempfehlungen für den europäischen Hochschulbildungsraum beizutragen. Die Projektaktivitäten umfassten vier Sitzungen zwischen März 2010 und Februar 2011. Die Projektergebnisse wurden im August 2011 in dem Bericht „Engagement für lebenslanges Lernen: Entwicklung integrativer und bedarfsgerechter universitärer Strategien“ (*Engaging in Lifelong Learning: Shaping Inclusive and Responsive University Strategies*) veröffentlicht. Im Rahmen des Projekts wurden die einzelnen Faktoren untersucht, die Universitäten in ganz Europa dazu befähigen, sich an erfolgreichen Strategien für lebenslanges Lernen zu beteiligen und an ihrer Entwicklung mitzuwirken.

²⁵⁷ http://shared.khleuven.be/content/bijlagen/FLLEX_Radar.pdf

²⁵⁸ http://shared.khleuven.be/content/bijlagen/FLLEX_project_results_final_for_print.pdf.

²⁵⁹ <http://www.eua.be/eua-work-and-policy-area/building-the-european-higher-education-area/projects/shaping-inclusive-and-responsive-university-strate.aspx>.



11. Leitung, Verwaltung und Informationen

11.1 Finanzbericht 2009 – 2011

In den Jahren 2009 und 2010 wurden die Finanzen des EGBW und der BI-Europa in zwei getrennten Buchhaltungen geführt. Ab 2011 wurden die beiden Buchhaltungen im Rahmen der neuen regionalen europäischen Struktur zu einer einzigen zusammengefasst. Ebenso wie in den drei vorhergehenden Rechnungsperioden wurden die Abschlüsse des EGBW einer jährlichen internen und externen Rechnungsprüfung unterzogen. Die Rechnungslegung der BI-Europa wurde 2009 und 2010 im Rahmen der Prüfung der Rechnungslegung des BI-Globalhaushalts geprüft und die Rechnungsprüfung wurde in einer Zeile im BI-Gesamtprüfbericht vermerkt. In diesem Zeitraum von drei Jahren fanden die externen Rechnungsprüfer Ernst & Young weder beim EGBW noch bei der BI-Europa Unstimmigkeiten im Rechnungsabschluss.

BI-Europa (2009 – 2010)

Einkünfte

Die Gesamteinkünfte der BI-Europa setzen sich aus vier Teilen zusammen:

- Vortrag nicht ausgegebener/überschrittener Mittel
- Einkommen aus Zusatzbeiträgen
- Zuschüsse aus dem BI-Globalhaushalt
- Solidaritätsfonds

Im Jahr 2009 überstiegen die Ausgaben die Einkünfte um €9.216. Am 31. Dezember 2010 wurde die Rechnungslegung der BI-Europa mit einem Einnahmeüberschuss von €29.046 gegenüber den Ausgaben abgeschlossen. Bei der EGBW-Ausschusssitzung vom 28. Februar 2011 wurde beschlossen, diesen Überschuss an das neue EGBW, die BI-Regionalstruktur in Europa, zu übertragen.

Das Einkommen aus Zusatzbeiträgen beläuft sich auf 7,085% pro Mitglied des Beitragssatzes der BI-Global. Die eingenommenen Zusatzbeiträge stiegen von €262.791 im Jahr 2009 auf €271.824 im Jahr 2010, was die jährliche Erhöhung um 3,5% widerspiegelt, die 2007 vom BI-Kongress beschlossen worden war, verbunden mit einem Rückgang der Zahl der Mitglieder, für die Beiträge entrichtet wurden.

Die Zuschüsse aus dem BI-Globalhaushalt erfolgen hauptsächlich in Form einer Übernahme von Personalkosten und administrativen Kosten. Sie sind schwer in genaue Zahlen zu fassen und variieren je nach Tätigkeit und Aktivität.

Ausgaben

In den Jahren 2009 und 2010 entsprachen die Ausgaben im Allgemeinen den vom Ausschuss genehmigten Haushaltsplänen.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die Gesamtkosten der paneuropäischen BI-Konferenz/EGBW-Generalversammlung, die vom 23.-25. November 2009 in Warschau abgehalten worden war, belaufen sich auf €154.022. Der Beitrag des EGBW beträgt €35.000, woraus sich ein Nettobeitrag für BI-Europa von €119.022 ergibt. Die Budgetüberschreitung von €19.022 ist in erster Linie auf die höhere TeilnehmerInnenzahl und zusätzliche Kosten für Übersetzungsleistungen zurückzuführen. Diese Budgetüberschreitung wurde durch Einsparungen bei den Ausgaben im Hinblick auf andere Haushaltstitel mehr als ausgeglichen.

Der Beitrag der BI-Europa zu den Kosten der außerordentlichen Generalversammlung, die 2010 einberufen wurde, beläuft sich auf €28.037.

Die Budgets von €12.000 im Jahr 2009 und €10.000 im Jahr 2010, die für die Veröffentlichung und Verbreitung einer in Auftrag gegebenen Studie vorgesehen waren, wurden für ein anderes Jahr zurückgestellt.

Die Kosten jeder Ausschusssitzung der BI-Europa betragen etwa €20.000.

Die Abhaltung jährlicher Sitzungen zur Schulung von Mitgliedsorganisationen aus mittel- und osteuropäischen Ländern kostete im Jahr 2009 €29.332 und im Jahr 2010 €38.042. Die höheren Kosten im Vergleich zu 2009, die im Haushalt veranschlagt waren, sind in erster Linie auf eine höhere TeilnehmerInnenzahl und finanzielle Beihilfen für Nicht-EU-Organisationen, die zur Teilnahme eingeladen worden waren, zurückzuführen.

Alte Struktur des EGBW (2009-2010)

Einkünfte

Die Einkünfte des EGBW unter der alten Struktur setzten sich aus drei Teilen zusammen:

- Die Zusatzbeiträge, die die Mitglieder für das EGBW an die BI entrichten.
- Die Ausgaben/Personalkosten des EGBW, die von der Europäischen Kommission (EK) nach Abzug der Eigenbeteiligung des EGBW an EK-Projekten erstattet werden.
- Verschiedene Einkünfte, in erster Linie Bankzinsen.

Die Einkünfte aus Zusatzbeiträgen betragen 25,0% des Beitragssatzes der BI-Global pro Mitglied, das sich in einem EU-/EFTA-Land befindet. Das Einkommen aus Zusatzbeiträgen stieg von €868.365 im Jahr 2009 auf €893.247 im Jahr 2010. Dieser Anstieg um 2,9% spiegelt die jährliche Erhöhung um 3,5% wider, die 2007 vom BI-Kongress beschlossen worden war, verbunden mit einem Rückgang der Zahl der Mitglieder, für die Beiträge entrichtet wurden.

Das Nettoergebnis der Verrechnung von Ausgaben und Lohn- und Gehaltskosten mit dem eigenen Beitrag des EGBW zu Kommissionsprojekten erreichte im Jahr 2009 €80.481 und im Jahr 2010 €60.217. Die €80.481 wurden durch vier Kommissionsprojekte erzielt, und zwar zu folgenden Themen: *ELFE 2; Förderung der Geschlechtergleichstellung in Lehrgewerkschaften und im Lehrberuf; Verbesserung und Durchführung eines sektoralen sozialen Dialogs Bildung und arbeitsbedingter Stress von LehrerInnen: Umsetzung des EGBW-Aktionsplans und der europäischen autonomen Vereinbarung über arbeitsbedingten Stress*. Die €60.217 wurden dank vier anderer Kommissionsprojekte erzielt: *Lehrgewerkschaften in Sorge über Gewalt an Schulen: Cyber-*



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Mobbing; Bewertung der Auswirkungen der Krise auf den sozialen Dialog im Bildungssektor und Gemeinsame Leitlinien zu lebenslangem Lernen.

Die Zinseinnahmen sanken aufgrund des allgemeinen Zinsrückgangs von €3.111 im Jahr 2009 auf €1.751 im Jahr 2010.

Ausgaben

Der Anteil des EGBW an den Gesamtkosten der paneuropäischen BI-Konferenz-EGBW-Generalversammlung, die vom 23.-25. November 2009 in Warschau abgehalten wurde, belief sich, wie im Haushaltsplan veranschlagt, auf €35.000. Der Anteil des EGBW an den Kosten der 2010 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung betrug €30.252. Der im Haushalt vorgesehene Betrag von €24.040 für die jährliche Beratungstagung, die abgesagt worden war, wurde zur Deckung eines Teils der nicht im Budget vorgesehenen Kosten für die außergewöhnliche Generalversammlung verwendet.

Im Jahr 2010 wurde eine erste Rückstellung von €52.120 getätigt, die ein Drittel der geschätzten Kosten der 2012 stattfindenden EGBW-Konferenz deckt.

Die Kosten für die Vorstandstagungen waren aufgrund einer höheren Teilnehmerzahl und höherer Kosten für Übersetzungsleistungen höher als 2009 im Budget veranschlagt. 2010 waren die Kosten aufgrund einer nicht im Haushalt veranschlagten zusätzlichen Vorstandstagung, die im Juni 2010 stattfand, höher.

In den Jahren 2009 und 2010 entsprachen die Ausgaben für andere Tätigkeiten (Büro, Aufträge und Vertretung, Aktivitäten und Seminare) im Allgemeinen den vom Vorstand genehmigten Jahreshaushaltsplänen.

In beiden Jahren übertrafen die Einkünfte die Ausgaben, um €30.617 im Jahr 2009 und um €18.520 im Jahr 2010. Beide Überschüsse wurden in die kumulierte Reserve übertragen, die zum 31. Dezember 2010 €180.237 erreichte.

Neue Struktur des EGBW (2011)

Einkünfte

Die Einkünfte des EGBW unter der neuen Struktur setzen sich aus vier Teilen zusammen:

- Die Zusatzbeiträge, die die Mitglieder für das EGBW an die BI entrichten.
- Die Ausgaben/Personalkosten des EGBW, die von der Europäischen Kommission (EK) nach Abzug der Eigenbeteiligung des EGBW an den EK-Projekten erstattet werden.
- Beihilfen aus dem Haushalt der BI-Global.
- Verschiedene Einkünfte, nämlich in erster Linie Zinseinnahmen und für das Jahr 2011 ein einmaliger Betrag von €29.046, der von BI-Europa übertragen wurde.

Die Einkünfte aus Zusatzbeiträgen belaufen sich auf 32,085% des Beitragssatzes der BI-Global pro Mitglied, das sich in einem EU-/EFTA-Land befindet, und auf 7,085% pro Mitglied, das sich nicht in einem EU-/EFTA-Land befindet. Die Einkünfte aus Zusatzbeiträgen stiegen von €893.247 unter der



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

alten EGBW-Struktur und €271.824 unter der BI-Europa im Jahr 2010 auf €1.200.130 für die neue EGBW-Struktur im Jahr 2011. Dieser Anstieg um 3,0% spiegelt die jährliche, 2007 vom BI-Kongress beschlossene Erhöhung um 3,5% wider, verbunden mit einem Rückgang der Zahl der Mitglieder, für die Beiträge entrichtet wurden. Die Zahl der Mitglieder, für die Beiträge entrichtet wurden, sank von 3.226.737 im Jahr 2010 auf 3.096.473 im Jahr 2011.

Das Nettoergebnis der Verrechnung von Ausgaben und Lohn- und Gehaltskosten mit dem Eigenanteil des EGBW bei Kommissionsprojekten erreichte im Jahr 2011 €21.617. Die €21.617 wurden durch zwei Kommissionsprojekte erzielt: *Gemeinsame Leitlinien zu lebenslangem Lernen* und einer *Europaweite Umfrage zu Arbeitsbedingtem Stress von LehrerInnen*.

Die Zuschüsse aus dem BI-Globalhaushalt erfolgen hauptsächlich in Form einer Übernahme von Personalkosten und administrativen Kosten. Sie sind schwer in genaue Zahlen zu fassen und variieren je nach Tätigkeit und Aktivität.

Die Zinseinkünfte stiegen aufgrund höherer Bankeinlagen von €1.751 im Jahr 2010 auf €3.195 im Jahr 2011, wobei der Zinssatz allerdings gleichzeitig gesunken war.

Ausgaben

Die Rückstellungen für die künftige Konferenz und Sonderkonferenz wurden mit der Absicht, die jährlichen Ausgaben regelmäßig und stabil zu halten, getätigt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Rückstellung, die erforderlich ist, um 75% der geschätzten Kosten für die Konferenz im Jahr 2012 zu erzielen, zusammen mit einer Rückstellung getätigt, die 25% der Kosten für die Sonderkonferenz im Jahr 2014 ausmacht. Künftig werden wir jährlich eine Rückstellung in der Bilanz von 25% der geschätzten Kosten für jede Konferenz und Sonderkonferenz vornehmen.

Ferner wurde eine weitere Rückstellung über €41.513 zur Deckung der Kosten einer Sondersitzung zur Wirtschaftskrise und eines Kampagnen- und Aktionstags, der 2012 stattfinden wird, vorgenommen.

Das Geschäftsjahr endet mit einem Überschuss von Einkünften gegenüber Ausgaben von €16.552, der in den Reservefonds übertragen wurde, dessen Einlage sich zum 31.12.2011 nun auf €196.789 beläuft.

ETUCE-Stiftung (2009 - 2011)

Um den neuen administrativen Anforderungen der Europäischen Kommission gerecht zu werden, wurde im Dezember 2005 eine Stiftung gegründet, um die Berechtigung des EGBW zum Erhalt finanzieller Beihilfen für Projekte der Kommission sicherzustellen.

Wie geplant bringen die Tätigkeiten mit der EU-Kommission der Stiftung weder Gewinne noch Verluste ein. Das EGBW rechnete damit, dass die geringen Kosten, die mit der Verwaltung einer Stiftung verbunden sind, wie etwa die Kosten für die Rechnungsprüfung, Bankgebühren, regionale Steuern und Publikationskosten, durch die Zinserträge gedeckt werden. Aufgrund der kontinuierlich sinkenden Bankzinssätze wurde das Jahr 2009 mit einem geringen Verlust von €281 abgeschlossen. Um eine Ansammlung geringfügiger Verluste zu vermeiden und das Stiftungskapital intakt zu



erhalten, wurde 2010 beschlossen, die zwischen dem EGBW und der Stiftung unterzeichnete Dienstleistungsvereinbarung dahingehend zu ändern, dass das EGBW die Kosten für Rechnungsprüfung und Publikationen sowie die regionalen Steuern übernimmt.

Dank dieser Änderung schloss die Stiftung das Jahr 2010 mit einem leichten Gewinn von €52 und das Jahr 2011 mit einem leichten Gewinn von €938 ab.

11.2. Informationen

Informationsveranstaltungen

Im Verlauf der letzten drei Jahre empfing das EGBW eine Reihe von Studientelegationen, um sie über die Arbeit, die das EGBW-Sekretariat für die Mitgliedsorganisationen leistet, über den sektoralen europäischen Sozialdialogsausschuss Bildung und Entwicklungen und Tendenzen im Bildungswesen auf EU-Ebene zu informieren. Das EGBW hielt folgende Informationssitzungen ab:

- 25. Januar 2010 - Besuch einer dänischen Gruppe
- 1. Februar 2010 - Besuch einer parlamentarischen Gruppe
- 9. Februar 2010 - Besuch einer dänischen Gruppe
- 30. Juni 2010 - Besuch einer ungarischen Delegation
- 8. September 2010 - EGBW-Präsentation für eine Delegation der DLI (Dänemark)
- 25. Oktober 2010 - OBESSU (Organisationsbüro der europäischen SchülerInnenverbände) Studienbesuch
- 22. März 2011 - Besuch des Nationalvorstands der OAJ (Finnland)
- 5. April 2011 - Besuch einer russischen Delegation
- 6. Mai 2011 - Besuch einer Delegation der DLF (Dänemark)
- 26. Mai 2011 - Besuch einer deutschen Gruppe
- 31. Mai 2012 - Besuch einer Delegation der DLF (Dänemark)

EGBW Newsletter

Der EGBW-Newsletter wird sowohl in Papierform als auch in elektronischer Form veröffentlicht.

Bis zum Sommer 2012 wurden alle Ausgaben des elektronischen Newsletters je nach Bedarf veröffentlicht.

Im September 2012 beschloss das Sekretariat, zu einem dynamischeren Format zurückzukehren und diese Gelegenheit auch für eine Überarbeitung des Layouts zu nutzen. Die Artikel sind nun kürzer, der Newsletter enthält mehr Weblinks und wird auf vierteljährlicher Basis veröffentlicht. Er ist auf der EGBW-Website verfügbar.

Der EGBW-Newsletter informiert seine LeserInnen über Tätigkeiten des EGBW, liefert aktuelle Informationen über die Entwicklung der einzelnen EGBW-Projekte und berichtet über die Publikationen verschiedener Organisationen, wie etwa EGB, Eurodyce und OECD.

Im Bereich der EGBW-Tätigkeiten wird über EGBW-Seminare und -Konferenzen, EGBW-Stellungnahmen, die einzelnen EGBW-Positionspapiere und -Aktionspläne berichtet.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Ferner enthält der Newsletter Daten wichtiger EGBW-Veranstaltungen, wie etwa Seminare, Konferenzen und satzungsgemäß stattfindende Tagungen.

EGBW-Rundschreiben über allgemeine und berufliche Bildung

Seit 2005 brachte das EGBW eine Serie von Infoblättern heraus: 'EGBW-Rundschreiben über allgemeine und berufliche Bildung 2010', um Mitgliedsorganisationen regelmäßig über Entwicklungen im Rahmen des 2010-Prozesses und seit 2011 des 2020-Prozesses zu informieren. Der 'Prozess allgemeine und berufliche Bildung 2020' ist eine politische Zusammenarbeit zwischen EU-Ländern zur Entwicklung innovativer politischer Strategien und Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Die Rundschreiben werden mehrmals pro Jahr verschickt²⁶⁰.

EGBW-Berichte

Alle EGBW-Konferenzen und -Seminare wurden wie in der Vergangenheit mit der Veröffentlichung von weitverbreiteten Berichten nachverfolgt²⁶¹.

EGBW-Broschüren

In den letzten drei Jahren wurden auch Broschüren erstellt. Die Broschüren²⁶² enthalten eine Zusammenfassung der im Rahmen der EGBW-Projekte geleisteten Arbeit und teilweise auch die Projektergebnisse in Form von Empfehlungen oder Leitlinien.

EGBW-Webseiten

EGBW-Hauptwebseite

Nach der Annahme der neuen Struktur im November 2010 durch die außerordentliche Konferenz/Generalversammlung wurde das EGBW integraler Bestandteil der BI und damit zur Regionalstruktur für Europa.

Deshalb wurde es für notwendig erachtet, diese Änderungen auf der Hauptwebseite darzustellen (www.etuce-csee.org). Auf dieser Website werden die Ziele der umstrukturierten Organisation dargelegt und die Satzung der neuen Struktur ist in 5 Sprachen verfügbar. Zudem wurde es als notwendig erachtet, die Webseite optisch neu zu gestalten, um die Rubriken an die neue Struktur anzupassen. Unter der Rubrik „About ETUCE“ (über das EGBW) wird über diese Änderungen, die Ziele der Organisation, die Zusammensetzung des EGBW-Büros und des EGBW-Ausschusses informiert.

Die EGBW-Hauptwebseite wird regelmäßig aktualisiert und sämtliche EGBW-Tätigkeiten und politischen Bereiche sind darin enthalten und jedes veröffentlichte Dokument sowie zahlreiche externe Links sind über die Webseite verfügbar.

²⁶⁰ Die Liste aller EGBW-Rundschreiben ist im Anhang enthalten.

²⁶¹ Siehe Liste der Berichte im Anhang.

²⁶² Die einzelnen Broschüren werden im Anhang unter 'Publikationen' vorgestellt.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die Webseite enthält zudem noch allgemeine Informationen über die Organisation, ihre Mitgliedsorganisationen, Partner, MitarbeiterInnen sowie auch ausführliche Informationen über laufende und künftige EGBW-Projekte.

Die Webseite liefert Informationen über Neuigkeiten aus dem Bereich Bildung in der EU, anstehende Veranstaltungen, EGBW-Tätigkeiten und Kontaktangaben und kann auch als Datenbank für die EGBW-Publikationen, Newsletter und Stellungnahmen verwendet werden.

Krisenwebseite

Im Februar 2012 fasste das EGBW-Büro den Beschluss, eine spezielle Webseite einzurichten, die der Krise und insbesondere den Folgen der Krise für die EGBW-Mitgliedsorganisationen gewidmet ist. Diese über die Homepage der EGBW-Hauptseite zugängliche Seite enthält Informationen über EGBW-Tätigkeiten und -Politiken im Hinblick auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor. Das Ziel besteht darin, die EGBW-Mitgliedsorganisationen dazu anzuregen, aktive Beiträge zu diesem Thema zu leisten.

Diese Webseite enthält nationale Neuigkeiten und Nachrichten von Mitgliedsorganisationen, informiert über die besondere Lage in einzelnen Ländern (Informationsblätter, die das Land, seine Mitgliedsorganisationen, eine Erläuterung dazu, wie die Mitglieder betroffen sind und was die Gewerkschaft zur Unterstützung der LehrerInnen tut, enthalten) und enthält einen Kalender mit den EGBW-Terminen und Terminen der nationalen Mitgliedsorganisationen. Die Seite ist mit einem Ressourcenzentrum und einer Galerie mit Videos und Fotos von den Aktionen der EGBW-Mitgliedsorganisationen verlinkt.

Zudem ist die Webseite mit der neu angelegten BI-Krisenwebseite verlinkt, um sicherzustellen, dass die vom EGBW und von der BI durchgeführten Tätigkeiten auf dieselben koordinierten Ressourcen zugreifen.

Webseite für den sozialen Dialog

Im Januar 2007 wurde im Rahmen des Sozialdialogprojekts IV eine speziell dem Prozess des sozialen Dialogs gewidmete Webseite eingerichtet. Diese Webseite enthielt detaillierte Informationen über den Prozess, der zur Aufnahme des ESSDE geführt hat.

Die Webseite wurde letztes Jahr aufgrund des Abschlusses des Prozesses geschlossen. Auf einer Seite der EGBW-Hauptwebseite ist der gesamte Prozess nun zusammengefasst:

http://etuce.homestead.com/ETUCE_Social_dialogue.html

Webseite für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)

Die Webseite für Sicherheit und Gesundheitsschutz für LehrerInnen (www.edu-osh.org) wurde 2010 erstellt, um EGBW-Mitgliedsorganisationen und anderen BildungsvertreterInnen einen besseren Überblick über die EGBW-Tätigkeiten im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz (SGA) für LehrerInnen zu geben. Innerhalb der letzten drei Jahre wurde diese Seite erheblich erweitert.



Die SGA-Webseite:

- stellt zwei EGBW-Aktionspläne vor: den EGBW-Aktionsplan für arbeitsbedingten Stress von LehrerInnen und den EGBW-Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Schulen
- stellt die in dieser Hinsicht mit finanzieller Unterstützung der EU-Kommission ausgearbeiteten Projekte vor
- enthält einen Bereich mit aktuellen Nachrichten
- enthält eine Liste der EGBW/SGA-Publikationen
- führt Tätigkeiten und Veranstaltungen auf (im Rahmen der SGA-Projekte organisierte EGBW-Sitzungen)
- ist eine Schnittstelle für das EGBW-Netz für SGA;
- enthält Links zu Organisationen, Agenturen, Hauptansprechpartner des EGBWs für SGA-Fragen, sowie die meisten relevanten Dokumente zu SGA.

E-Learning-Websitesite

Diese Webseite (www.elfe-eu.net) wurde erstellt, um die EGBW-Projekte für E-Learning, das E-Learning-Forum für Bildung ELFE 1 und 2 zu begleiten. Es liefert EGBW-Mitgliedsorganisationen und anderen BildungsvertreterInnen, die am pädagogischen Einsatz von IKT in der Bildung interessiert sind, detaillierte Informationen über die EGBW-Tätigkeiten auf diesem Gebiet, aktuelle Neuigkeiten und Entwicklungen in diesem Bereich sowie regelmäßige Updates zu damit verbundenen Themen. Alle Informationen über das jüngste EGBW-Projekt für den Einsatz von IKT als Mittel zur Vermeidung von vorzeitigem Schulabbruch sind ebenfalls hier zu finden²⁶³.

²⁶³ Siehe Kapitel 1.7.



12. Anhänge

12.1 Liste der Abkürzungen

ACTA	Handelsabkommen gegen Produktpiraterie
ATEE	Verband für Lehrerbildung in Europa
BA und BF	Berufsausbildung und Fortbildung
BFUG	Follow-Up-Gruppe von Bologna
BI	Bildungsinternationale
BIE	Bildungsinternationale Europa
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Business Europe	Europäischer Unternehmerverband
CEDEFOP	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
CEEP	Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft
CEMR	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
CER	Gemeinschaft der Europäischen Bahn und der Infrastrukturverwalter
CESI	Europäische Union der unabhängigen Gewerkschaften
CETA	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen
CGU	Rat der Global Unions
CoESS	Zusammenschluss der europäischen Wach- und Sicherheitsdienste
COPSOQ	Psychosozialer Kopenhagener Fragebogen (Copenhagen Psychosocial Questionnaire)
CoRe project	Projekt für Kompetenzanforderung
Co-Reg-LLL	Co-Reg -LLL Strategien für lebenslanges Lernen (Projekt)



COST	Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung
CTUAA	Armenischer Gewerkschaftsdachverband
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
DG COMM	Generaldirektion Kommunikation
DG EAC	Generaldirektion für Bildung und Kultur
DG EMPL	Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
DG JUST	Generaldirektion Justiz
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EADTU	Europäischer Verband der Fernuniversitäten
EAN	European Access Network (Europäisches Netzwerk für den Zugang zu Bildung)
ECE	Frühkindliche Bildung
ECEC	Frühkindliche Bildung und Betreuung
ECOFIN	Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen
ECVET	Europäisches Kreditpunktesystem für die berufliche Bildung
EESC	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
EFEE	Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen
EFTA	Europäische Freihandelszone
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGBW	Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft
EGÖD	Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst
EHEA	Europäischer Hochschulraum
EIT	Europäisches Innovations- und Technologieinstitut
EK	Europäische Kommission



ELFE	Europäisches E-Learning-Forum für Bildung
EMI	Europäische Bewegung International
EMPL Committee	Ausschuss für Beschäftigung und Soziales
ENETOSH	Europäische Netzwerk Aus- und Weiterbildung in Sicherheit und Gesundheitsschutz
EP	Europäisches Parlament
EPNoSL	Europäisches Politiknetzwerk über Leitung schulischer Einrichtungen
EPSCO	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher
EQAR	Europäisches Register für Qualitätssicherung (in der Hochschulbildung)
EQAVET	Europäische Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung
EQF	Europäischer Qualifikationsrahmen
ERA	Europäischer Forschungsraum
ESCO	Europäische Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe (Taxonomie)
ESD	Bildung für nachhaltige Entwicklung (Education for Sustainable Development)
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESFA	EGBW-Status des Frauenausschusses
ESL	Early School Leaving (Frühzeitiger Schulabbruch)
ESSDE	Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog Bildung
ESU	Dachverband der europäischen Studierendenschaften (European Students' Union)
ET2020	Education and Training 2020 (Aus- und Weiterbildung 2020)
ETCG	Koordinationsgruppe für Aus- und Weiterbildung 2010
ETF	Europäische Stiftung für Berufsbildung
ETF	Europäische Transportarbeiterföderation



ETUI-REHS	Europäisches Gewerkschaftsinstitut für Forschung, Bildung und Arbeits- und Gesundheitsschutz
EU	Europäische Union
EUA	Europäischer Universitätsverband
EUCEN	Netz für lebenslanges Lernen an Hochschulen
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
Eurelectric	Dachverband der Energiewirtschaft
Eurocadres	Rat der europäischen Fach- und Führungskräfte
EUROCOMMERCE	Vertretung des Einzel-, Groß- und Außenhandels in Europa
EUROFOUND	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
EURYDICE	Informationsnetzwerk für den europäischen Bildungsbereich
FORTH	Griechische Stiftung für Forschung und Technologie
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
FTA	Freihandelsabkommen
G20	Gruppe von 20 wichtigen Industriestaaten und aufstrebenden Volkswirtschaften
G8	Gruppe der acht größten Industrieländer
GATS	Allgemeines Abkommen über den Dienstleistungsverkehr
GD	Generaldirektion
HERSC	Ständiger Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung
HOSPEEM	Europäische Arbeitgebervereinigung für Kliniken und Gesundheitswesen
HPPD	Hochrangiger Dialog zwischen den Menschen zwischen der EU und China
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
ICCS	Internationale Bürgerkompetenzstudie
ICTUR	Internationales Zentrum für Gewerkschaftsrechte



IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILGA	Internationale Lesben- und Schwulenvereinigung
IMCO-Ausschuss	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
IMI	Binnenmarktinformationssystem
INRO	Internationale Nichtregierungsorganisation
IPR	Intellectual Property Rights (Geistige Eigentumsrechte)
ISA	Internationales Dienstleistungsabkommen
ISCED	Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens
IU	Innovationsunion
KESK	Türkischer Dachverband der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst
LGBT	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen
LLL	Lebenslanges Lernen
LLP	Programm für lebenslanges Lernen
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MoE	Ministry of Education (Erziehungsministerium)
MST	Mathematics, Science and Technology (Mathematik, Wissenschaft und Technologie)
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NESSE	Netz von Experten auf dem Gebiet sozialer Aspekte der Schul- und Berufsbildung
NFIL	Nicht-formales und informales Lernen
OBESSU	Organisationsbüro der europäischen Schülerverbände
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OMC	Offene Koordinierungsmethode



ÖV	Öffentliche Versorgungsunternehmen
PEWN	Paneuropäisches Frauennetz
PISA	OECD-Programm für internationale Schülerbeurteilung
PLA	Peer Learning-Aktivität
PostEurope	Verband der öffentlichen Postbetreiber in Europa
SCEPP	Lenkungsausschuss für Bildungspolitik und -praxis
SCES	Sektorrat für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen
SOLVIT	Online-Problemlösungsnetz der EU
TALIS	Internationale Lehr- und Lernumfrage (OECD)
TUAC	Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD
TUC	Gewerkschaftsdachverband (Vereinigtes Königreich)
TUCA	Gesamtamerikanischer Gewerkschaftsbund
UEAPME	Europäische Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge
UNI EUROPA	Europäischer Gewerkschaftsverband für Dienstleistungen und Kommunikation
UNO	Vereinte Nationen
WRS	Work-related Stress (arbeitsbedingter Stress)
WTO	Welthandelsorganisation

12.2 Liste der Mitglieder des EGBW-Ausschusses 2010- 2012

Präsident			
Vereinigtes Königreich	EIS	SMITH	Ronnie
Stellvertretende Präsidenten			
Deutschland	GEW	THÖNE	Ulrich



Frankreich	SNES FSU	CORDELIER	Odile
Polen	SKOiW NSZZ Solidarnosc	KONCZYK	Monika
Russland	ESEUR	MERKULOVA	Galina
Schweden	Läraryförbundet	LINDHOLM	Jörgen
Vereinigtes Königreich	UCU	BENNETT	Paul
Ländersitze			
Albanien	SPASH	KRUJA	Bajram
Armenien	CPCST	HARUTYUNYAN	Karlen
Aserbaidshan	ARCITUEEI	HUMBAT	Naghiyev
Belarus	SBPES	BOIKA	Aleksandr
Belgien	COC	VAN RENTERGHEM	Rudy
Bosnien-Herzegowina	ITUPE BiH	ŠATOROVIĆ	Selvedin
Bulgarien	SEB	DAMIANOVA	Kounka ²⁶⁴
Dänemark	DLF	LANGE	Dorte
Deutschland	VBE	FRANKE-ZÖLLMER	Gitta
Estland	EEPU	PARKEL	Vaike
Finnland	OAJ	SEMI	Ritva
Frankreich	UNSA Education	HÉMET	Hélène
Georgien	ESFTUG	ALUGISHVILI	Mari
Griechenland	DOE	MANTAS	Komninos
Irland	INTO	NUNAN	Sheila
Island	KI	HJALTESTED	Thordur A.
Israel	ITU	WASSERMAN	Joseph
Italien	CISL Scuola	DAL PINO	Maria Lucia
Kroatien	TUWPSEC	STRUGAR	Božena
Lettland	LIZDA	TRAPENCIERE	Ilze
Litauen	LMPS	VOLOSKEVIČIENĖ	Juratė
Luxemburg			
Malta	MUT	BONELLO	Kevin
Mazedonien			
Moldau	ESTU	IVANOV	Dumitru
Montenegro	ITUESCSM	PAVICEVIC	Zvonko
Niederlande/EGBW- Schatzmeister	AOb	DRESSCHER	Walter
Norwegen	UEN	LIED	Ragnhild
Österreich	GOD	SKALA	Helmut
Polen	ZNP	OBIDNIAK	Dorota

²⁶⁴ Kounka Damianova ist auch Vorsitzende des Ständigen Gleichstellungsausschusses.



Portugal	FNE	BRAGANÇA	Maria Arminda
Rumänien	ALMA MATER	BOBULESCU	Razvan
Russland			
Schweden	LR	JANSSON	Bo
Schweiz	SER	ROHRBACH	Samuel
Serbien	TUS	PAVLOVIC	Branislav
Slowakei	OZPSaV	GAŠPERAN	Ján
Slowenien	ESTUS	STRUKEJ	Branimir
Spanien	FETE-UGT	LOPEZ CORTIÑAS	Carlos
Tschechische Republik	CMOS	DOBSIK	Frantisek
Türkei	Egitim Sen	BOZGEYIK	Mehmet
Ukraine	STESU	TRUKHANOV	Georgiy
Ungarn	PDSZ	MENDREY	László
Vereinigtes Königreich	NASUWT	NORTHCOTT	Darren
Vereinigtes Königreich	ATL	JOHNSON	Martin
Vereinigtes Königreich	NUT	BLOWER	Christine
Zypern	KTOS	SENER	Hassan
Beobachter Zypern	POED	CONSTANTINOS	Constantinou
Europäische Mitglieder Weltvorstand	UNSA Frankreich	GONTHIER	Patrick
Europäische Mitglieder Weltvorstand	UEN Norwegen	HOLST	Haldis
Europäische Mitglieder Weltvorstand	ZNP Polen	BRONIARZ	Slawomir
Europäische Mitglieder Weltvorstand	FECCOO Spanien	CAMPOS TRUJILLO	José
Europäische Mitglieder Weltvorstand	Läraryörbundet Schweden	SIRÉN	Eva-Lis
Europäische Mitglieder Weltvorstand	NASUWT VK	ROACH	Patrick
Vorsitzender HERSC (Ständiger Ausschuss für Hochschulbildung und Forschung)	DM Dänemark	VRAA JENSEN	Jens



12.3 Bericht der Sonderarbeitsgruppe für Strukturen

EINFÜHRUNG : Bericht der Sonderarbeitsgruppe für Strukturen

Die Sonderarbeitsgruppe für Strukturen wurde auf Empfehlung des BIE/EGBW-Ausschusses/Vorstands vor der Konferenz, die das neue EGBW als Regionalstruktur der BI in Europa gebildet hat, ernannt. Die Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um eine Reihe von Punkten zu erörtern, die in der letzten Beratungsphase über die neue Struktur aufgeworfen wurden. Die Struktur und Aufgabenbereiche sind im Anhang dieses Berichts aufgeführt. Die Punkte entsprechen auch den Überschriften der verschiedenen Teile dieses Berichts.

Die Mitglieder der Sonderarbeitsgruppe waren:

Ronnie Smith, EGBW-Präsident
Jörgen Lindholm, stellvertretender EGBW-Präsident
Paul Bennett, stellvertretender EGBW-Präsident
Walter Dresscher, EGBW-Schatzmeister

sowie die folgenden Mitglieder des EGBW-Ausschusses:

Christine Blower, Vereinigtes Königreich	Stig Andersen, Dänemark
Gitta Franke-Zöllmer, Deutschland	Kounka Damianova, Bulgarien
Branislav Pavlovic, Serbien	Maria Arminda Bragança, Portugal

An den Sitzungen haben außerdem teilgenommen:

Martin Rømer, EGBW-Europadirektor und
Charlie Lennon, stellvertretender BI-Generalsekretär.

Die Arbeitsgruppe trat drei Mal im BI-Büro in Brüssel zusammen - am 2. März, 23. Mai und 21. September 2011. Bei ihrer letzten Sitzung beschloss die Arbeitsgruppe, dem EGBW-Ausschuss diesen Bericht bei dessen Sitzung im Oktober 2011 vorzulegen und den Ausschuss zu ersuchen, den Bericht zur Erörterung und Kommentierung an Mitgliedsorganisationen weiterzuleiten. Die Arbeitsgruppe schlug außerdem die Einberufung einer weiteren Sitzung zur Fertigstellung des Berichts unter Berücksichtigung der bis dahin erhaltenen Kommentare vor, um ihn dann in der Ausschusssitzung im Frühjahr 2012 vorzulegen. Der Ausschuss müsste dann Änderungsvorschläge für die Satzung gegebenenfalls auf der nächsten EGBW-Konferenz im November 2012 zur Erörterung vorlegen.

Die Arbeitsgruppe möchte sich besonders bei Danielle Verschueren vom EGBW-Sekretariat bedanken, die die Arbeitsgruppe administrativ unterstützt hat.

INHALT

Der Bericht der Sonderarbeitsgruppe ist folgendermaßen aufgebaut:

Teil A: Kriterien und System für die Erhebung zusätzlicher Mitgliedsbeiträge



Teil B: Stimmzuteilung auf der Basis von Beitragszahlungen

Teil C: Wahl stellvertretender Präsidenten ins EGBW-Büro

Teil D: Wahl von Mitgliedern für Ländersitze im Ausschuss

Teil E: Erhöhung der Anzahl der bei EGBW-Tätigkeiten verwendeten Sprachen

ANHANG: Aufgabenbereiche und Struktur

ANLAGE EINS: Auszüge aus der BI-Geschäftsordnung und der BI-Satzung

ANLAGE ZWEI: Auszüge aus der EGBW-Satzung

TEIL A: KRITERIEN UND SYSTEM FÜR DIE ERHEBUNG ZUSÄTZLICHER MITGLIEDSBEITRÄGE

1. Gemäß den Bestimmungen der BI-Geschäftsordnung und der BI-Satzung unterliegt das System zur Festlegung und Erhebung von Mitgliedsbeiträgen in der BI der Verantwortung der globalen Organisation und sämtliche Änderungen des Systems zur Berechnung regionaler Mitgliedsbeiträge erfordern eine Änderung der globalen Satzung. Zusätzliche Mitgliedsbeiträge auf regionaler Ebene müssen als Prozentsatz der Mitgliedsbeiträge auf globaler Ebene ausgedrückt und berechnet werden, welche vom Weltkongress festgelegt werden (siehe ANLAGE EINS).
2. Das System zur Berechnung von BI-Mitgliedsbeiträgen wurde seit der ursprünglichen Einführung des derzeitigen Systems schon häufig auf globaler Ebene überprüft. Keine dieser Überprüfungen hat zur erfolgreichen Entwicklung eines Systems geführt, das von einer Mehrheit der Mitgliedsorganisationen und besonders von denjenigen, die für dessen Implementierung stimmen müssten, als angemessener betrachtet worden wäre. Die Versuche, das derzeitige System dahingehend anzupassen, dass die Belastung der Mitgliedsbeiträge in größerem Ausmaß auf die Mitgliedsorganisationen aus den Ländern mit dem höchsten BNE verteilt wäre, sind auch an mangelnder Unterstützung gescheitert. Änderungen des momentanen Zahlungssystems beispielsweise durch eine Anpassung der Spannbreiten des BNE, nach denen sich die Höhe der Mitgliedsbeiträge richtet, haben zwangsläufig einerseits positive und andererseits negative Auswirkungen auf die Summe der von den einzelnen Mitgliedsorganisationen zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge. Diejenigen Organisationen, deren Beitragszahlungen sich erhöhen würden, sind in der Regel gegen entsprechende Änderungen.
3. Die aktuellste von einem Unterausschuss des Vorstands durchgeführte Analyse des Mitgliedsbeitragssystems ergab die Empfehlung, Maßnahmen zur Verbesserung des Erhebungssystems zu ergreifen, um eine größere Gleichverteilung des Systems zu gewährleisten und um die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu erhöhen. Außerdem wurde empfohlen, die Möglichkeit zu schaffen, dass jede Mitgliedsorganisation, deren Mitgliedsbeiträge auf Grund der Kombination der Auswirkungen eines gestiegenen BNE und erhöhter Mitgliedsbeiträge stark steigen, ihre Beiträge ohne Strafe über einen verlängerten Zeitraum hinweg anpassen darf, um so die Belastung von Organisationen durch große Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge unter bestimmten Umständen zu reduzieren.
4. Der Einzug zusätzlicher EGBW-Mitgliedsbeiträge wird in Verbindung mit dem Einzug



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

internationaler BI-Mitgliedsbeiträge vom BI-Sekretariat durchgeführt. Das System zur Umsetzung der Regelungen für den Einzug von Mitgliedsbeiträgen ist hochgradig automatisiert. Die Schreiben, die an die Mitgliedsorganisationen verschickt werden, werden von einem Computerprogramm erstellt, nachdem die erforderliche Information ins Programm eingegeben wurde. Die Regelungen wurden auf dem letzten Kongress geändert, um den Einzug von Mitgliedsbeiträgen zu einem früheren Zeitpunkt zu erleichtern, was den Zahlungsfluss sowohl innerhalb der BI als auch innerhalb des EGBW verbessern sollte. Die Effizienz des Systems und die Weiterleitung zusätzlicher Mitgliedsbeiträge an das EGBW haben sich in letzten Jahren deutlich verbessert und funktioniert inzwischen relativ zufriedenstellend.

5. Momentan werden Maßnahmen ergriffen, um erstens die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen im Allgemeinen zu verbessern und um zweitens die Organisationen, die nicht für ihren vollständig erklärten Mitgliederbestand zahlen, dazu anzuregen, die Anzahl von Mitgliedern, für die sie bezahlen, zu erhöhen, um auf das erforderliche Maß zu kommen. Zusätzlich wird momentan eine Anwerbekampagne gestartet, um in jeder Region die übrigen Organisationen, die keine BI-Mitglieder sind, dazu anzuregen, sich für einen Beitritt zu bewerben. Die von dem letzten Kongress geschaffene Möglichkeit einer assoziierten Mitgliedschaft soll die Anwerbung von Organisationen, die die Kriterien für eine Mitgliedschaft noch nicht vollständig erfüllen, aber die gleichen Ziele wie die BI verfolgen, begünstigen.
6. Die Regelungen zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen bilden ein System, bei dem eine Reduzierung der Gesamtsumme der von einer Organisation zu zahlenden Mitgliedsbeiträge und unter besonderen Umständen sogar eine Beitragsbefreiung möglich ist. Diese Regelungen werden vom BI-Finanzausschuss umgesetzt, der entsprechende Anträge auf Sondervereinbarungen von Mitgliedsorganisationen erhält und diesbezüglich Empfehlungen an den Vorstand ausspricht. Die Funktionsweise dieses Systems wurde in den letzten Jahren verbessert und auf dem letzten Kongress wurden einige Änderungen an den Regelungen des Systems vorgenommen, um die Entwicklung eines transparenteren und effektiveren Systems zu fördern.
7. Zusätzliche Mitgliedsbeiträge in Europa werden, wie in den Bestimmungen der BI-Geschäftsordnung und der BI-Satzung festgelegt, als Prozentsatz der BI-Mitgliedsbeiträge berechnet. Die Höhe der zusätzlichen Mitgliedsbeiträge pro Kopf wurde ursprünglich auf der Basis einer Schätzung der jährlichen Kosten für die Aufrechterhaltung und den Betrieb der ursprünglichen EGBW- und BIE-Strukturen und -Tätigkeiten geteilt durch die Anzahl der Mitglieder von Mitgliedsorganisationen, für die Mitgliedsbeiträge entrichtet wurden, festgelegt. Dies wurde dann im Laufe des Prozesses der Integration des EGBW in die BI in einen Prozentsatz umgerechnet. Die unterschiedlichen Beitragshöhen in Europa hängen davon ab, ob sich eine Organisation in einem EU/EFTA-Land befindet oder nicht. Auf Grund der umfangreichen Aktivitäten, die die Entwicklungen in der EU-Wirtschafts-, Bildungs- und Gewerkschaftspolitik erfordern, müssen die EGBW-Strukturen den EU/EFTA-Angelegenheiten einen größeren Teil ihrer Zeit widmen, weshalb die Beiträge für Mitglieder aus EU/EFTA-Ländern höher sind, um so den zusätzlich erbrachten Leistungen Rechnung zu



tragen.

8. Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Mitgliedsorganisationen, insbesondere in Ländern, in denen weitreichende finanzielle Kürzungen im öffentlichen Dienst durchgeführt wurden, werden voraussichtlich zu abnehmenden Mitgliedszahlen und somit zu niedrigeren BI-Mitgliedsbeiträgen führen. Um zu gewährleisten, dass die Qualität der Leistungen, die die Organisation auf regionaler und internationaler Ebene erbringt, um die Ziele der Mitgliedsorganisationen umzusetzen, muss die Höhe der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen erhalten bleiben und wenn möglich noch erhöht werden. Unter den derzeitigen Bedingungen kann dieses Ziel nur durch ein verbessertes Beitragserhebungssystem und durch die Anwerbung neuer Mitgliedsorganisationen aus Ländern erreicht werden, in denen das BNE genug hoch ist, um sicherzustellen, dass sich die Einnahmen aus zusätzlichen Mitgliedsbeiträgen tatsächlich auf die Einnahmen der Organisation auswirken.

TEIL B: STIMMENZUTEILUNG AUF DER BASIS VON BEITRAGSZAHLUNGEN

9. Das System der Stimmzuteilung an Mitgliedsorganisationen bei Wahlen und Abstimmungen mit Namensaufruf auf der Basis der Anzahl von Mitgliedern, für die sie Mitgliedsbeiträge an das EGBW entrichten, entspricht den diesbezüglichen Bestimmungen der BI-Satzung. Das Prinzip wurde in der ursprünglichen BI-Satzung verankert und seit der Gründung der BI nicht wesentlich geändert. Die globale Organisation hat es im Rahmen der Überprüfung der BI-Strukturen auf dem Kongress 1998 überprüft, aber keine maßgeblichen Änderungsvorschläge gemacht.
10. Infolge dieser Bestimmungen haben einige Organisationen mit einem großen erklärten Mitgliederbestand bedingt durch die Tatsache, dass sie nur für einen kleinen Anteil ihres erklärten Mitgliederbestands Mitgliedsbeiträge zahlen, relativ wenige Stimmen. Den größten Teil der Stimmen hält eine relativ kleine Anzahl von Organisationen, die Mitgliedsbeiträge für alle ihre erklärten Mitglieder zahlen. Obwohl anerkannt wurde, dass die Stimmzuteilung in der BI-Satzung festgelegt ist und somit den vom Kongress festgelegten Prinzipien der BI entspricht, herrschte die Ansicht, dass in dem momentanen System ein potentiell Defizit an Demokratie herrsche, das überprüft werden sollte, wobei eine Reihe von Alternativen erarbeitet werden sollte, wie z.B. die Einführung eines Bemessungsmaßstabs entsprechend dem Einkommensniveau des Landes oder die Anwendung doppelter Mehrheiten (d.h. eine Mehrheit von Stimmen auf der Basis des derzeitigen Systems und eine Mehrheit von Stimmen von Mitgliedsorganisationen, von denen jede nur eine Stimme hat). Eine andere Möglichkeit, die die Arbeitsgruppe jedoch nicht befürwortet, bestünde darin, Stimmen einfach auf der Basis des erklärten Mitgliederbestands zuzuteilen. Allerdings würde jegliche Änderung eine Änderung der BI-Satzung erfordern.

TEIL C: WAHL STELLVERTRETENDER PRÄSIDENTEN INS EGBW-BÜRO

11. Die EGBW-AmtsträgerInnen werden alle vier Jahre von der EGBW-Konferenz gewählt. Es gibt



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

weder veröffentlichte Kriterien für die Auswahl der KandidatInnen noch definierte Wahlkreise für die Wahl stellvertretender Präsidenten.

12. Es wurde erörtert, stellvertretende Präsidenten auf der Basis von geographisch definierten Wahlkreisen und/oder von sektoralen Wahlkreisen (z.B. Hochschulbildung oder frühkindliche Bildung) zu wählen. Diesbezüglich wurde darauf hingewiesen, dass die AmtsträgerInnen nach den momentanen Regelungen Verantwortung gegenüber allen europäischen Mitgliedsorganisationen tragen und sie alle vertreten, wobei die Ansicht herrschte, dass dies ein wichtiges Prinzip sei. Ein zufriedenstellendes Ausmaß an Vertretung auf einer der vorgeschlagenen Grundlagen würde eine wesentliche Erhöhung der Anzahl von stellvertretenden Präsidenten erfordern. Zusätzlich würde dies eine Debatte über eine Reihe von politisch hochgradig sensiblen Themen über die Definition von Unterregionen und/oder die Definition von Sektoren anstoßen. Das Ergebnis solch einer Debatte würde wahrscheinlich keine Lösungen bringen, die alle oder zumindest eine Mehrheit der Mitgliedsorganisationen zufrieden stellen würden. Man war der Ansicht, dass eine Erweiterung des EGBW-Büros dessen Effizienz auf alle Fälle reduzieren würde.
13. Die Einführung von Wahlkreisen für die Wahl stellvertretender Präsidenten könnte außerdem zum Verlust von fachlicher Kompetenz im EGBW-Büro führen, da es in dem gleichen Wahlkreis mehr als eine Person mit nützlicher und notwendiger fachlicher Kompetenz geben kann. Man kam letztendlich zu dem Schluss, dass das EGBW-Büro Europa als Ganzes vertreten solle, das notwendige Maß an fachlicher Kompetenz aufweisen solle, um schnell auf Probleme reagieren zu können, und aus Mitgliedern zusammengesetzt sein solle, die eine Angelegenheit prüfen könnten, ohne nur einen Wahlkreis oder nur eine auf einem Sektor basierende Perspektive vertreten zu müssen.
14. Im Verlauf der Diskussionen wurde außerdem festgestellt, dass nach der momentanen Praxis, auch wenn ein geographisches Gebiet eventuell nicht im EGBW-Büro repräsentiert ist, Angelegenheiten aus diesem Gebiet dennoch immer angemessen berücksichtigt würden und Mitgliedsorganisationen in dem betreffenden Gebiet um Rat gefragt würden, wenn das EGBW-Büro oder das Sekretariat dies als notwendig erachte, um sich eine Meinung über eine Angelegenheit zu bilden.
15. Im Verlauf der Diskussionen über die Wahl stellvertretender Präsidenten wurde vorgeschlagen die Möglichkeit zu schaffen, nur die KandidatInnen zu wählen, die eine Organisation unterstützen will, anstatt sechs Kandidaten zu wählen, um alle freien Positionen für stellvertretende Präsidenten zu besetzen, wie es derzeit der Fall ist.
16. Im Verlauf der Diskussionen wurde außerdem festgestellt, dass die Größe des Ausschusses selbigen daran hindere als effizientes Entscheidungsorgan zu fungieren, was erkläre, warum viele Aspekte der regionalen Leitung an das EGBW-Büro übertragen würden. In diesem Zusammenhang wurde auch die große Bedeutung fachlicher Kompetenz und guter Führungsqualitäten des EGBW-Büros betont. Man war allerdings der Ansicht, dass eine Verkleinerung des Ausschusses durch Abschaffung der Bestimmung, mindestens einen Vertreter pro Land zu haben, dazu führen könne, dass einige Organisationen von ihrer Mitgliedschaft zurücktreten. Die Möglichkeit der Vergrößerung des Ausschusses, um zusätzliche Mitgliedsorganisationen auf einer rotierenden oder sonstigen Grundlage



einzu beziehen, wurde als ungeeignet und nicht praktikabel zurückgewiesen.

17. Ferner wurde die Einbeziehung von Mitgliedsorganisationen, die keinen Kandidaten im Ausschuss haben, in das EGBW erörtert. Dabei wurde die Bedeutung der Einbeziehung solcher Mitgliedsorganisationen in einschlägige Tätigkeiten betont, insbesondere durch deren Zuteilung zu Arbeits- und Projektgruppen, die sich mit Angelegenheiten beschäftigen, an denen diese Mitgliedsorganisation bekanntermaßen ein Interesse haben.

TEIL D: WAHL VON MITGLIEDERN FÜR LÄNDERSITZE IM AUSSCHUSS

18. Es wurde festgestellt, dass die Konferenz gemäß der EGBW-Satzung das oberste Führungsorgan der Region ist und außerhalb ihrer Sitzungsperiode einen großen Teil ihrer Amtsbefugnisse an den EGBW-Ausschuss delegiert. Aus diesem Grund ist es angemessen, dass die Konferenz die Amtsträger und andere Mitglieder des Ausschusses ernennt. Die Mitglieder des Ausschusses werden, anders als die AmtsträgerInnen, auf der Basis von Wahlen in nationalen Wahlkreisen ernannt. Die Konferenz ernennt den/die Kandidaten/in oder die KandidatInnen aus dem Wahlkreis, wo die Anzahl der KandidatInnen gleich der Anzahl von freien Positionen für den jeweiligen Wahlkreis ist. Wenn die Anzahl der KandidatInnen die Anzahl an verfügbaren Sitzen übersteigt, wählt die Konferenz die erforderliche Anzahl an KandidatInnen, um die Zahl an verfügbaren freien Positionen im nationalen Wahlkreis zu besetzen. In der Praxis wird die große Mehrheit der Ländersitze von einem/r einzelnen Kandidaten/in für jede freie Position besetzt, der/die nach Vereinbarung der Mitgliedsorganisationen in dem nationalen Wahlkreis nominiert wird. Es herrschte die Auffassung, dass in Anbetracht der Rolle des Ausschusses in den EGBW-Führungsstrukturen das Prinzip der Wahl von Ausschussmitgliedern durch die Konferenz aufrecht erhalten bleiben sollte, auch wenn es lediglich Nominierungen von Mitgliedsorganisationen auf einzelstaatlicher Ebene billigt und die Mitgliedsorganisationen innerhalb eines Landes auch alle angemessenen Maßnahmen ergreifen sollten, um sich auf eine/n Kandidaten/in zu einigen.
19. Es wurde anerkannt, dass jede Mitgliedsorganisation das Recht haben sollte, einen Kandidaten für die Wahl in den EGBW-Ausschuss zu nominieren. Uneinigkeit bestand jedoch hinsichtlich der Tatsache, dass die Konferenz über die Besetzung von freien Ländersitzen abstimmen muss, wenn in einem bestimmten nationalen Wahlkreis keine Einigung unter den Mitgliedsorganisationen erzielt wurde und die Anzahl von nominierten Kandidaten die Anzahl an verfügbaren Sitzen übersteigt. Mitgliedsorganisationen außerhalb dieses Wahlkreises sind somit verpflichtet, aus KandidatInnen, über die sie keine Informationen haben, eine/n Landesvertreter/in in den Ausschuss zu wählen. Es wurde festgestellt, dass dies in einigen Ländern eine sensible politische Angelegenheit sei. In der abschließenden Analyse war es schwierig, einen Vorschlag auszuarbeiten, der das Problem zufriedenstellend lösen, die Rolle und Autorität der Konferenz beim Ernennungsverfahren des Ausschusses aufrechterhalten und eine praktische Möglichkeit finden würde, auf einzelstaatlicher Ebene über die Angelegenheit zu bestimmen. Aus diesem Grund hat man sich darauf geeinigt, in



- dieser Phase keine Änderungsvorschläge zu machen.
20. Zur Verbesserung der Situation wurde vorgeschlagen, dass KandidatInnen ihre Kandidatur zu einem bestimmten Zeitpunkt vor der Konferenz ankündigen müssen, was eine Beratung mit den anderen Mitgliedsorganisationen in dem betreffenden nationalen Wahlkreis erleichtern würde. Es wurde außerdem vorgeschlagen, dass jede/r Kandidat/in zusammen mit seiner/ihrer Kandidatur eine Erklärung abgeben muss, dass er/sie sich vor der Einreichung seiner/ihrer Kandidatur mit den anderen Mitgliedsorganisationen in dem Wahlkreis beraten hat. Ohne diese Erklärung wäre die Kandidatur ungültig.
 21. Es wurde außerdem vorgeschlagen, dass in Wahlkreisen, in denen man sich nicht auf eine/n Kandidaten/in einigen konnte, jede/r Kandidat/in in einem standardisierten Format Information über sich und seine/ihre Ansichten und Ziele vorlegen muss, die dann vor der Wahl eines Ausschussmitglieds aus dem betreffenden Wahlkreis an die Konferenzdelegierten verteilt würde.
 22. Im Verlauf der Diskussion wurde betont, dass Ausschussmitglieder gewählt würden, um die Geschäfte von EGBW auf regionaler Ebene zu leiten und nicht um ihre eigene Organisation im Ausschuss zu vertreten. Sie würden gewählt, um als Mitglieder eines Führungsausschusses und nicht als LandesvertreterInnen zu dienen.

TEIL E: ERHÖHUNG DER ANZAHL DER BEI EGBW-TÄTIGKEITEN VERWENDETEN SPRACHEN

23. Es wurde anerkannt, dass es ideal wäre, Dolmetscher- und Übersetzerdienste in alle erforderlichen Sprachen zu erbringen, und dass die Erhöhung der Anzahl von Sprachen, in die gedolmetscht und übersetzt wird, hauptsächlich auf Grund der begrenzten, dem EGBW zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ein Problem darstellt. Die Bereitstellung von Verdolmetschung ist im Hinblick auf DolmetscherInnen und die erforderliche Ausrüstung teuer. Schon das Dolmetschen in eine Sprache ist teuer und bringt beträchtliche zusätzliche Kosten zu den anderen Kosten für die Organisation einer Sitzung mit sich. Jede zusätzliche Sprache kostet fast den gleichen zusätzlichen Betrag. Eine größere Menge an Sprachen bringt keinen mengenbedingten Vorteil, wenn er höchste Betrag die Kosten für die Dolmetscher sind. Obwohl das EGBW das Prinzip, die Beteiligung von Mitgliedern an Sitzungen durch die Bereitstellung von DolmetscherInnen und Übersetzungen zu erleichtern, selbstverständlich akzeptiert, ist die Umsetzung dieses Prinzips jedoch auf Grund mangelnder finanzieller Mittel stark eingeschränkt.
24. Eine korrekte Übersetzung von Dokumenten ist ebenfalls teuer, nicht nur hinsichtlich der Kosten für die Übersetzung, sondern auch hinsichtlich der Arbeitszeit unserer MitarbeiterInnen, die die Übersetzungen prüfen müssen, um sicherzustellen, dass sie den Text im Originaldokument korrekt wiedergeben. Es wurde festgestellt, dass einige international agierende Organisationen auf Grund der hohen Kosten wieder dazu übergegangen sind, nur noch auf Englisch zu arbeiten.
25. Es wurde jedoch auch anerkannt, dass die neue EGBW-Satzung eine Erhöhung und Variation der Anzahl von auf EGBW-Sitzungen verwendeten Sprachen in Abhängigkeit davon vorsieht, welche Sprache von den TeilnehmerInnen an bestimmten Sitzungen am meisten gesprochen



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- wird, und von der Verfügbarkeit der erforderlichen finanziellen Mittel für die entsprechenden Dolmetscher- und Übersetzungsleistungen (siehe ANLAGE ZWEI).
26. Es wurde erörtert, dass diesem Thema beim Planen jeder EGBW-Sitzung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte und die Anzahl von Sprachen, in die gedolmetscht wird, wenn möglich erhöht werden sollte, um die Sprachen aufzunehmen, die von den meisten TeilnehmerInnen der Sitzung gesprochen werden, wenn es die verfügbaren finanziellen Mittel erlauben.
27. Es wurde außerdem vorgeschlagen, dass bei subregionalen Sitzungen oder Sitzungen von Sondergruppen von Mitgliedsorganisationen in die Sprachen gedolmetscht werden sollte, die für die Subregion oder die Gruppe von Mitgliedsorganisationen am besten geeignet sind, anstatt in offizielle Arbeitssprachen, die von den TeilnehmerInnen der Sitzung üblicherweise nicht gesprochen werden.

22. September 2011

ANHANG - BERICHT DER SONDERARBEITSGRUPPE FÜR STRUKTUREN

AUFGABENBEREICH UND STRUKTUR DER SONDERARBEITSGRUPPE

In Anbetracht der Tatsache, dass vor der Sitzung des Sonderausschusses am 15. Juni 2010 eine Reihe von Vorschlägen für zusätzliche Änderungen *eingereicht* wurde, beschließt der Ausschuss/Vorstand

- 1) eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Empfehlungen dazu einbringt und erörtert, wie die neuen europäischen Steuerungsstrukturen langfristig gesehen ausgewogener und repräsentativer im Hinblick auf die Gesamtmitgliedschaft der Europäischen BI-Regionalorganisation gestaltet werden können.
- 2) dass diese Arbeitsgruppe:
 - a) die Kriterien und das System zur Berechnung von für das EGBW anfallenden Zusatzbeiträgen analysiert;
 - b) die Auswirkungen eines Systems der Stimmenzuteilung auf Grundlage der an die BI und das EGBW gezahlten Beiträge analysiert;
 - c) das System der Wahl von Funktionären für das Büro und insbesondere die Vor- und Nachteile der Zuteilung der Posten der stellvertretenden PräsidentInnen an bestimmte Sektoren oder bestimmte Regionen oder Gruppen von Mitgliedsorganisationen (z.B. Länder, die der EU nach 2004 beigetreten sind) untersucht;
 - d) das System für die Wahl nationaler Mitglieder für den Ausschuss untersucht;
 - e) die administrativen und finanziellen Auswirkungen der Erhöhung der Zahl der Sprachen, in die Dokumente übersetzt und für die bei allen EGBW-Sitzungen Dolmetschdienste bereitgestellt werden, untersucht;



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- f) dem EGBW-Ausschuss im Jahr 2011 Bericht erstattet und gegebenenfalls im Hinblick auf konkrete Vorschläge, die der Ausschuss bei der nächsten EGBW-Konferenz im Jahr 2012 einbringen wird, Empfehlungen abgibt;
- 3) die Arbeitsgruppe darauf hinarbeiten soll, möglichst nur einen einzigen Satz von Empfehlungen auszuarbeiten, aber falls erforderlich auch alternative Vorschläge zu allen oben genannten Punkten zur Prüfung durch den Ausschuss vorlegen kann.
- 4) die Arbeitsgruppe aus höchstens zehn Ausschussmitgliedern wie folgt bestehen sollte:
- i) dem/der PräsidentIn, zwei stellvertretenden vom Büro benannten PräsidentInnen und dem EGBW-Schatzmeister;
 - ii) ein/e vom Ausschuss benannte/r VertreterIn aus einem Land außerhalb des EU/EFTA-Gebiets;
 - iii) ein/e vom Ausschuss benannte/r VertreterIn aus einem Land, das der EU 2004 oder später beiträt;
 - iv) ein/e vom Ausschuss benannte/r VertreterIn aus einem Land, das der EU vor 2004 beiträt;
 - v) drei weitere VertreterInnen, die vom Ausschuss nach einem Prinzip benannt werden, das gewährleistet, dass die Arbeitsgruppe die unterschiedlichen geographischen Gebiete Europas umfassend repräsentiert.

ANLAGE EINS : AUSZÜGE AUS DER BI-SATZUNG UND DER BI-GESCHÄFTSORDNUNG (2011)

ARTIKEL 19. MITGLIEDSBEITRÄGE

- (a) Die von den Mitgliedsorganisationen zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge werden vom Weltkongress auf Pro-Kopf-Basis gemäß einer Bemessungsgrundlage, die den unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten der Länder Rechnung trägt, festgelegt. Weitere Ausführungen dazu finden sich in der Geschäftsordnung.
- (b) Die Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. März jedes Jahres zu entrichten und werden nach dem bis zum 30. September des vorhergehenden Jahres gemeldeten Mitgliederbestand berechnet.
- (c) Ist eine Mitgliedsorganisation aufgrund außergewöhnlicher Umstände nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, ist der Vorstand befugt, einen Aufschub, eine vorübergehende Verringerung, oder in Extremfällen eine vorübergehende Befreiung von der Entrichtung der Beiträge zu gewähren. Solche Sondervereinbarungen sind in schriftlicher Form festzuhalten und gelten maximal zwei Jahre. Über eine Verlängerung ist vom Vorstand zu befinden.

BESTIMMUNG NR. 21 DER GESCHÄFTSORDNUNG. ZUSATZBEITRÄGE

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Vorstand kann eine Regionalstruktur Zusatzbeiträge festsetzen, die von den Mitgliedsorganisationen der betreffenden Region zu entrichten sind. Der Zusatzbeitrag:



- (a)
 - (i) ist ein zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen der Bildungsinternationalen erhobener Prozentsatz.
 - (ii) wird von der Bildungsinternationalen eingezogen.
- (b) Die an die Regionalstruktur entrichteten Zusatzbeiträge dürfen auf keinen Fall höher sein oder auf einer anderen Bemessungsgrundlage berechnet werden als die an die BI entrichteten Mitgliedsbeiträge.

BESTIMMUNG NR. 27 DER GESCHÄFTSORDNUNG. MITGLIEDSBEITRÄGE

- (a) Die von einer Mitgliedsorganisation an die Bildungsinternationale zu entrichtenden Beiträge werden vom Kongress festgesetzt.
- (b) Die Mitgliedsbeiträge sind bis spätestens **31. März** jedes Jahres zu entrichten und werden auf der Grundlage des **am 30. September** des vorhergehenden Jahres bestehenden Gesamtmitgliederbestands der Mitgliedsorganisation berechnet.
- (c) Jede Mitgliedsorganisation teilt der Bildungsinternationalen bis spätestens **30. November** jedes Jahres die Zahl ihrer Mitglieder zum **30. September des Vorjahres** mit und stellt sämtliche für die Berechnung der Beiträge erforderlichen Informationen zur Verfügung. Der Vorstand kann von einer Mitgliedsorganisation verlangen, diese Informationen zu belegen.
- (d) Stellt eine Mitgliedsorganisation die erforderlichen Angaben nicht bis zum **30. November** zur Verfügung oder kommt sie einer Aufforderung zum Nachweis der Angaben nicht **innerhalb von einem Monat** nach, so kann der Vorstand ausgehend von Informationen aus anderen Quellen einen Betrag pro Kopf festlegen, der dann an die Bildungsinternationale zu entrichten ist.
- (e) Die Mitgliedbeiträge sind in einer vom Vorstand festzulegenden konvertierbaren Währung zu entrichten.
- (f) Ist der bis zum **31. März** eingegangene Betrag niedriger als der gemäß den vorhergehenden Absätzen festgesetzte Betrag, so wird die Mitgliedsorganisation darüber informiert, dass sie sich im Zahlungsrückstand befindet und alle Zahlungen, die nach dem **31. März** eingehen, ob im selben oder in darauffolgenden Jahren, werden zunächst zur Verringerung oder Begleichung des Zahlungsrückstands verwendet.
- (g) Ist eine Mitgliedsorganisation aufgrund außergewöhnlicher Umstände nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, so ist der Vorstand dazu befugt, eine Sondervereinbarung mit dieser Organisation zu treffen, die Folgendes enthalten kann:
 - (i) einen Zahlungsaufschub oder
 - (ii) eine Zahlung auf der Grundlage eines verringerten Mitgliederbestands oder



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- (iii) eine Zahlung in einer nicht konvertierbaren Währung oder in Extremfällen
- (iv) eine Befreiung von der Zahlung eines Teils oder der Gesamtsumme der Mitgliedsbeiträge.
- (h) Sondervereinbarungen erlöschen **in der Regel** am Ende des Finanzjahres, in dem sie getroffen werden, können aber im darauffolgenden Jahr erneuert werden. **Bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände kann eine Sondervereinbarung für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren getroffen werden.** Bei Vereinbarungen, die eine Zahlung in einer nicht konvertierbaren Währung betreffen, ist der reale Wert der vereinbarten Zahlung in einer konvertierbaren Währung festzulegen, der dann die Grundlage für die Berechnung der der betreffenden Organisation beim Kongress beigemessenen Anzahl an Delegierten und Stimmen bildet. Der Kongress ist über Sondervereinbarungen zu unterrichten.
- (i) Die Anzahl an Delegierten und Stimmen, die einer Mitgliedsorganisation beim Kongress beigemessen wird, wird gemäß der durchschnittlichen Mitgliederzahl, für die seit dem vorhergehenden Kongress oder seit dem Beitrittsjahr Mitgliedsbeiträge entrichtet wurden, berechnet, nachdem Anpassungen im Hinblick auf eventuell für vergangene Jahre bestehende Zahlungsrückstände vorgenommen wurden.

BESTIMMUNG NR. 19 DER GESCHÄFTSORDNUNG. SATZUNGEN DER REGIONALSTRUKTUREN

- (a) Die dem Vorstand gemäß Artikel 13 Buchstabe c der Satzung eingereichte Satzung einer Regionalstruktur muss folgende Bedingungen erfüllen:
 - (i) Eine Region wird als eine von fünf Regionen, die in Artikel 13 Buchstabe a der Satzung bezeichnet sind, definiert.
 - (ii) Alle Mitgliedsorganisationen einer Region werden in die Regionalstruktur aufgenommen.
 - (iii) Bezeichnung, Tätigkeiten, Wahlverfahren und Amtsperiode eines/r regionalen Amtsträgers/in sind bei der ersten, vom/von der Generalsekretär/in einberufenen Tagung der regionalen Gruppierung eindeutig festzulegen.
 - (iv) Die Organisation und die Führungsmethoden der Regionalstruktur, die Häufigkeit des Zusammentretens ihrer einzelnen Organe und das bei jeder Sitzung anzuwendende Quorum sind eindeutig festzulegen.
 - (v) Mindestens ein Mitglied des Vorstands der Bildungsinternationalen muss permanent im Führungsorgan der regionalen Gruppierung präsent sein. Ist in der Satzung der Regionalstruktur nicht vorgesehen, dass diese Mitglieder der regionalen Führungsstruktur sind, so sind die Vorstandsmitglieder, die keine gewählten Mitglieder der Führungsstrukturen ihrer Region sind, Ex-Officio-Mitglieder der Strukturen ohne Stimmrechte.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- (vi) Die letztendliche Verantwortung für Verwaltung und Kommunikation liegt beim/bei der Generalsekretär/in der Bildungsinternationalen, der/die bei jeder Tagung des Vorstands Berichte vorlegt.
- (vii) Im Falle eines Konflikts zwischen den Bestimmungen der Regionalstruktur und denen der Bildungsinternationalen sind die Bestimmungen der Satzung und Geschäftsordnung der Bildungsinternationalen maßgebend.
- (b) Vorschläge für Tätigkeiten einer Regionalstruktur, die Ausgaben seitens der Bildungsinternationalen erfordern, müssen zusammen mit einer vollständigen Kostenaufstellung eingereicht werden und dürfen erst nach vorheriger Zustimmung durch den Vorstand oder den/die Generalsekretär/in durchgeführt werden.

ANLAGE 2 : AUSZÜGE AUS DER EGBW-SATZUNG (2010)

6. STRUKTUR

Die Struktur des EGBW:

6.1 Führungsorgane

- (a) Die EGBW-Konferenz gemäß Artikel 7. der Satzung
- (b) Der EGBW-Sonderkonferenzen gemäß Artikel 10. der Satzung
- (c) Der EGBW-Ausschuss gemäß Artikel 8. der Satzung
- (d) Die EGBW-Büro gemäß Artikel 9. der Satzung

8. DER EGBW-AUSSCHUSS

8.1 Funktionen

Der EGBW-Ausschuss leitet die Arbeiten und Aktivitäten der Regionalstruktur zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Konferenzen. Er tritt mindestens zweimal pro Jahr zusammen. Der Ausschuss nimmt folgende Aufgaben wahr:

- (i) Erstellt die Tagesordnung der EGBW-Konferenz;
- (ii) Überprüft die Durchführung der Entschließungen und Entscheidungen der Konferenz;
- (iii) Initiiert Politiken und Aktionen in Übereinstimmung mit den Entschließungen und Entscheidungen der Konferenz;
- (iv) Überprüft und genehmigt die Finanzlage und legt der Konferenz den Haushalt vor;
- (v) Erstattet der Konferenz Bericht über seine Entscheidungen und Aktivitäten;
- (vi) Wählt nach Bedarf einen Europadirektor aus;
- (vii) Richtet Ständige Ausschüsse ein und ruft erforderlichenfalls Beratende Ausschüssen und Netzwerke ins Leben;



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

(viii) Benennt aus der Mitte seiner Mitglieder einen Schatzmeister auf seiner ersten Sitzung nach der EGBW-Konferenz;

8.3.3 Reihenfolge der Wahlen

Die Wahlen erfolgen nach folgender Reihenfolge:

- (a) Die erste Wahl ist die Wahl für das Amt des **EGBW-Präsidenten**. Gibt es nur einen Kandidaten, gilt der Kandidat als gewählt. Gibt es mehr als einen (1) Kandidaten, wählen die Mitgliedsorganisationen, die abstimmen wollen, einen (1) Kandidaten. Der Kandidat, der als erster mindestens die Hälfte aller abgegebenen Stimmen plus eine Stimme auf sich vereint, gilt als gewählt. Gesetzt den Fall, dass kein Kandidat im ersten Wahldurchgang die erforderliche Mehrheit bekommt, kommt es zu einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die im ersten Wahldurchgang die meisten Stimmen erhielten.
- (b) Die zweite Wahl ist die Wahl für das Amt der **stellvertretenden Präsidenten**. Gibt es nur sechs (6) Kandidaten, die den Anforderungen gemäß Ziffer 8.2. (ii) der Satzung entsprechen, gelten diese als gewählt. Gibt es mehr als sechs (6) Kandidaten, wählen die Mitgliedsorganisationen nur für sechs (6) Kandidaten. Um den Anforderungen gemäß Ziffer 8.2. (ii) der Satzung zu entsprechen, gilt der Kandidat aus einem Nicht-EU-/EFTA-Land mit der höchsten Stimmenanzahl als gewählt. Um den Anforderungen gemäß Ziffer 8.2 (vi) der Satzung zu entsprechen, gelten zunächst die beiden Kandidatinnen (oder drei Kandidatinnen, sofern der Präsident ein Mann ist) mit der höchsten Stimmenanzahl als gewählt. Für die verbleibenden Plätze werden die Kandidaten mit der höchsten Stimmenanzahl gewählt.
- (c) Die dritte Wahl ist die Wahl eines oder mehrerer **Mitglieds(er) aus jedem Land** gemäß der o.g. Ziffer 8.2 (iii), (iv) und (v) der Satzung. Wenn die Anzahl der Kandidaten aus einem Land den Anforderungen gemäß der Ziffer 8.2 (iii), (iv) und (v) entspricht, gilt er/sie oder sie (Plural) als gewählt. Gibt es mehr als die erforderliche Anzahl von Kandidaten aus einem Land, wird zunächst gemäß den Anforderungen aus Ziffer 8.2 (iii), (iv) und (v) die erforderliche Anzahl gewählt. Die Mitgliedsorganisationen wählen für die Anzahl der Kandidaten, die der Anzahl der freien Plätze entsprechen. Die gemäß den Anforderungen aus Ziffer 8.2 (vi) der Satzung erforderliche Anzahl der weiblichen Kandidaten wird zuerst gewählt.
- (d) Entspricht das Ergebnis der Wahlen den Anforderungen der Satzung nicht, wird auf der nächsten ordentlichen Sitzung des Ausschusses die Anzahl der erforderlichen Personen kooptiert, wobei die Mitgliedsorganisationen vorab um Nominierungen gebeten wurden.



15.OFFIZIELLE SPRACHEN

Die offiziellen Sprachen des EGBW sind Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch und Russisch. Bei EGBW-Aktivitäten wird normalerweise für Übersetzungen auf Englisch und Französisch gesorgt. Übersetzungen auf Spanisch, Deutsch, Russisch oder eine andere europäische Sprache können auf Konferenzen und Sitzungen angeboten werden, wenn alle oder eine dieser Sprachen aufgrund des Austragungsortes oder der Teilnehmer an der Sitzung oder Konferenz für angemessen erachtet werden und sofern es die für die Sitzung oder Konferenz verfügbaren finanziellen Mitteln erlauben.

Unterlagen werden normalerweise auf Englisch und Französisch herausgegeben, können aber auch in andere für angebracht erachtete Sprachen übersetzt werden, sofern es die Umstände oder finanziellen Mitteln erlauben.

12.4 Liste der internen Sitzungen und Konferenzen

2012

EGBW-Sondersitzung zur Krise

Datum: 20. Januar 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

Arbeitsgruppe für Gleichstellung

Datum: 2. Februar 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGBW-Konferenz über frühkindliche Bildung

Datum: 20. - 21. Februar 2012

Tagungsort: Budapest, Ungarn

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 27. Februar 2012

Tagungsort: Brüssel, Belgien

EGI-EGBW-Seminar über integrative Berufsausbildung und Fortbildung während der Krise

Datum: 8. - 10. März 2012

Ort: Sesimbra, Portugal

Sozialer Dialog Arbeitsgruppe 3

Datum: 15. März 2012

Ort: Brüssel, Belgien



1. EGBW-Regionalseminar über MitarbeiterEinstellung und -bindung

Datum: 20. März 2012

Ort: Vilnius, Litauen

Ständiger Ausschuss für Gleichstellung

Datum: 28. März 2012

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 27. März 2012

Ort: Brüssel, Belgien

Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 27. - 28. März 2012

Ort: Brüssel, Belgien

Status des Frauenausschusses

Datum: 27. März 2012

Ort: Brüssel, Belgien

2. EGBW-Regionalseminar über MitarbeiterEinstellung und -bindung

Datum: 11. April 2012

Ort: Madrid, Spanien

Beratendes EGBW-Gremium für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 18. April 2012

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 24. -25. April 2012

Ort: Bukarest, Rumänien

1. EGBW-Regionalseminar über Gewalt durch Dritte

Datum: 26. April 2012

Ort: Warschau, Polen

EGBW-Peer Learning-Aktivität über Geschlechterstereotypen

Datum: 9. Mai 2012

Ort: Brüssel, Belgien



EGBW-Schulungsseminar über Geschlechterstereotypen

Datum: 10. Mai 2012

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 14. Mai 2012

Ort: Brüssel, Belgien

Europäisches-Internationales Seminar über Leitung schulischer Einrichtungen

Datum: 23. - 25. Mai 2011

Ort: Dublin, Irland

2. EGBW-Regionalseminar über Gewalt durch Dritte

Datum: 7. Juni 2012

Ort: Brüssel, Belgien

2011

Plenarsitzung des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs im Bildungswesen

Datum: 18. Januar 2011

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Beratungsgremiums (Education Advisory Panel) für das Bildungswesen

Datum: 2. Februar 2011

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 8. Februar 2011

Ort: Brüssel, Belgien

Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsgruppe für Hochschulbildung

Datum: 15. Februar 2011

Ort: Brüssel, Belgien

Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 1. März 2011

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 7. - 8. März 2011

Ort: Kopenhagen, Dänemark



Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsgruppen

Datum: 21. März 2011

Ort: Brüssel, Belgien

**EGI-EGBW-Seminar über Berufs- und Fortbildung
auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens**

Datum: 29. - 31. März 2011

Ort: Vilnius, Litauen

1. EGBW-Workshop über Gewalt durch Dritte

Datum: 9. Mai 2011

Ort: London, Vereinigtes Königreich

Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 24. Mai 2011

Ort: Brüssel, Belgien

Ständiger Ausschuss für Gleichstellung

Datum: 25. - 26. Mai 2011

Ort: Brüssel, Belgien

2. EGBW-Workshop über Gewalt durch Dritte

Datum: 14. Juni 2011

Ort: Rom, Italien

**Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen –
Arbeitsgruppe für Hochschulbildung**

Datum: 15. Juni 2011

Ort: Brüssel, Belgien

3. EGBW-Workshop über Gewalt durch Dritte

Datum: 6. September 2011

Ort: Prag, Tschechische Republik

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 12. - 13. September 2011

Ort: Warschau, Polen

EGBW - Runder Tisch für Mittel- und Osteuropa

Datum: 15. - 17. September 2011

Ort: Kiew, Ukraine



Sitzung des EGBW-Büros

Datum: 22. September 2011

Ort: Brüssel, Belgien

**Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen –
Arbeitsgruppe für Hochschulbildung**

Datum: 5. Oktober 2011

Ort: Brüssel

Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 10. - 11. Oktober 2011

Ort: Brüssel, Belgien

EGBW-Abschlusskonferenz über Gewalt durch Dritte

Datum: 27. Oktober 2011

Ort: Warschau, Polen

EGBW-Konferenz über arbeitsbedingten Stress

Datum: 17. - 18. November 2011

Ort: Berlin, Deutschland

Tagung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 21. November 2011

Ort: Brüssel, Belgien

EGBW-Arbeitsgruppe für Berufsausbildung und Fortbildung

Datum: 28. November 2011

Ort: Brüssel, Belgien

2010

BI/EGBW-Bürositzung

Datum: 15. Januar 2010

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 11. - 12. Februar 2010

Ort: Brüssel, Belgien

EGBW-Seminar über Cyber-Mobbing

Datum: 18. - 19. Februar 2010

Ort: Brüssel, Belgien



BI/EGBW-Bürositzung

Datum: 23. Februar 2010

Ort: Brüssel, Belgien

Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 15. - 16. März 2010

Ort: Brüssel, Belgien

Ständiger Ausschuss für Gleichstellung

Datum: 17. - 18. März 2010

Ort: Brüssel, Belgien

1. regionaler Workshop zu überregionaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens

Datum: 19. April 2010

Ort: Riga, Lettland

Beratender EGBW-Ausschuss für das Krisenprojekt

Datum: 26. April 2010

Ort: Brüssel, Belgien

EGBW-Arbeitsseminar über die Krise

Datum: 27. April 2010

Ort: Brüssel, Belgien

BI/EGBW-Bürositzung

Datum: 5. Mai 2010

Ort: Dublin, Irland

EGBW-EFEE-Seminar für Arbeitgeber in der Hochschulbildung

Datum: 13. - 14. Mai 2010

Ort: St. Julian's, Malta

EGBW-Konferenz über Cyber-Mobbing

Datum: 7. - 8. Juni 2010

Ort: Bratislava, Slowakei

Plenarsitzung des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs im Bildungswesen

Datum: 11. Juni 2010

Ort: Brüssel, Belgien



2. regionaler Workshop zu überregionaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens

Datum: 14. Juni 2010

Ort: San Anton, Malta

Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 15. Juni 2010

Ort: Brüssel, Belgien

Tagung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 16. Juni 2010

Ort: Brüssel, Belgien

EGBW-Abschlusskonferenz über die Krise

Datum: 28. September 2010

Ort: Bukarest, Rumänien

EGBW - Runder Tisch für Mittel- und Osteuropa

Datum: 29. - 30. September 2010

Ort: Bukarest, Rumänien

3. regionaler Workshop zu überregionaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens

Datum: 4. - 5. Oktober 2010

Ort: Zypern

Tagung des EGBW-Beratungsgremiums für das Bildungswesen (Education Advisory Panel)

Datum: 7. Oktober 2010

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 14. - 15. Oktober 2010

Ort: Löwen, Belgien

Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsgruppen

Datum: 8. November 2010

Ort: Brüssel, Belgien

BI/EGBW-Bürositzung

Datum: 22. November 2010

Ort: Brüssel, Belgien



Tagung des EGBW-Ausschusses

Datum: 23. November 2010

Ort: Brüssel, Belgien

Sitzung des Ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung (HERSC)

Datum: 8. Dezember 2010

Ort: Kopenhagen, Dänemark

12.5 Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog im Bildungswesen - Arbeitsprogramm für 2012-2013

Hintergrund

Der Europäische Sektorale Soziale Dialog Bildung (ESSDE) wurde im Jahr 2010 nach vierjähriger vorbereitender Arbeit durch das EGBW und ab Anfang 2009 auch durch den EFEE gemäß den Artikeln 154-155 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgenommen. Die erste Sitzung des ESSDE fand im Juni 2010 statt.

Im Rahmen des Antrags auf Anerkennung als sektorale Sozialpartner im Bildungswesen hatten sich EGBW und EFEE 2009 auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die Jahre 2010 und 2011 geeinigt. Das erste Arbeitsprogramm enthielt drei *Themen* und sechs *Punkte*.

Die Themen waren: Qualität im Bildungsbereich, demografische Herausforderungen und der Aus- und Weiterbildungsprozess nach 2010.

Die einzelnen Punkte waren: Der Beitrag des Bildungswesens zur Lösung der derzeitigen Wirtschaftskrise, Stress, Gewalt und Belästigung, Entwicklungen im privaten/öffentlichen Bildungswesen, die Förderung des sozialen Dialogs und Mapping ausgewählter Anliegen in Bezug auf die Bildungssysteme der einzelnen Länder.

Ergebnisse des sozialen Dialogs im Rahmen des ersten Arbeitsprogramms

Die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen **einigten sich** bei der zweiten Sitzung des ESSDE im Januar 2011 **auf zwei Texte**:

- eine gemeinsame Erklärung über Investition in Bildung
- gemeinsame Leitlinien über transregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens zwischen Bildungsvertretern

Der erste wurde an alle Mitglieder des EU-Rats für Bildung und Kultur sowie an maßgebliche Personen in den EU-Institutionen verschickt. Der zweite wurde allen Sozialpartnern im Bildungsbereich verfügbar gemacht und seine Umsetzung wird im Jahr 2013 bewertet werden.



Die europäischen Sozialpartner im Bildungsbereich **setzten auch drei Arbeitsgruppen (AG)** für spezielle Arbeitsbereiche ein:

- AG1: Qualität im Bildungswesen
- AG2: Die demografischen Herausforderungen
- AG3: Hochschulbildung und Forschung.

Jede dieser Arbeitsgruppen trat 2010/11 drei Mal zusammen und jede legte bei der Plenarsitzung des ESSDE am 25. Oktober einen Tätigkeitsbericht vor.

Projekte

In den Jahren 2010/2011 arbeiteten die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen gemeinsam an drei Projekten, bei denen jeweils spezielle Themen im Mittelpunkt standen:

- Transregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens zwischen Bildungsvertretern (Leitung EGBW)
- Leitung und Verwaltung schulischer Einrichtungen als Instrument zur Verbesserung der schulischen Leistungen der Schüler und für deren Vorbereitung auf lebenslanges Lernen (Leitung EFEE)
- Arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften: europaweite Umfrage - Bewertung, Vergleich und Evaluation der Auswirkungen psychosozialer Faktoren auf Lehrkräfte an ihrem Arbeitsplatz in der EU (Leitung EGBW)

Im Laufe der Jahre 2012/2013 werden erwartungsgemäß folgende, mit dem ESSDE verknüpften Projekte durchgeführt.

- Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog (Leitung EGBW)
- Selbstevaluation von Schulen und Lehrern als Instrument zur Bestimmung künftiger beruflicher Erfordernisse - Peer Learning-Erfahrungen (Leitung EFEE)
- Lehrgewerkschaften verhindern frühzeitigen Schulabbruch durch Einsatz von IKT in der Bildung (Leitung EGBW)
- Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: Wie Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen verhindert und eingedämmt werden kann (Leitung EGBW)
- Versuchsphase zur Einschätzung der Durchführbarkeit der Bildung eines Rats für den Bildungssektor auf europäischer Ebene für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen (gemeinsam beantragt)
- Europäisches Politiknetzwerk im Bereich der Leitung schulischer Einrichtungen (das Projekt wird vom Forschungsinstitut FORTH durchgeführt und EFEE und EGBW sind dabei Projektpartner)

Der Kontext für das gemeinsame Arbeitsprogramm 2012/13

Die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen sind sich darin einig, dass die derzeitige wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in Europa auch weiterhin kritisch ist, dass Bildung, Fortbildung und Forschung auch weiterhin im Mittelpunkt der Lösungen für die Schwierigkeiten



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Europas stehen müssen, und dass die Sozialpartner im Bildungsbereich deshalb ein gemeinsames Interesse am Erhalt und an der Förderung unserer gemeinsamen Werte haben. Um dies zu gewährleisten, werden die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen folglich auch weiterhin in engem und häufigem Kontakt stehen und gegebenenfalls gemeinsam Lobby bei der Kommission und anderen machen.

Tabellarisches Arbeitsprogramm 2012-2013

Im gemeinsamen Arbeitsprogramm für 2012/2013 wird die Fortführung bereits aufgenommener Arbeit mit neuen Tätigkeiten kombiniert. In der Tabelle unten werden Themen, Vorgehensweise, Zeitplan und mögliche Ergebnisse sowohl für die fortzuführenden als auch für die neuen Tätigkeiten zusammengefasst. Für die fortzuführende Arbeit liegt ein fester Zeitplan vor. Für die neuen Tätigkeiten ist im Laufe des Jahres 2012 gemeinsam ein Zeitplan festzulegen (mit Ausnahme des Projekts für (Selbst-)Evaluation von Schulen und Lehrkräften, das wahrscheinlich Mitte 2013 enden wird. Ein Teil der neuen Arbeit ist ein dauerhafter Prozess.

ESSDE-Arbeitsprogramm 2012-2013

THEMEN	VORGEHENSWEISE	WER	ZEITPLAN	ERWARTETES ERGEBNIS
Richtlinie über Berufsqualifikationen (2005/36/EG)	Durchführung gemeinsamer Lobbyarbeit bezüglich der Richtlinie über Berufsqualifikationen und die möglichen Auswirkungen auf Standards für die Qualifikation von Lehrkräften in den einzelnen Ländern, die sich aus den aktuellen Vorschlägen zur Überarbeitung der Richtlinie ergeben könnten.	Die Sekretariate von EGBW und EFEE unter der Leitung des ESSDE-Lenkungsausschusses (LA)	Bis Ende 2011	Ein gemeinsamer Brief an den EU-Kommissar für Bildung und Kultur
			2012-2013	Nachverfolgung der Entwicklungen bezüglich der Richtlinie -mögliches weiteres gemeinsames Handeln

Qualität im Bildungswesen	Weiterführung der Arbeit im Bereich der Frage, wie eine von allen Interessenvertretern im Bildungsbereich akzeptierte Evaluationskultur eingeführt werden kann, und zwar durch das Projekt Selbstevaluation von Schulen und Lehrern als Instrument zur Bestimmung künftiger beruflicher Erfordernisse - Peer Learning-Erfahrungen (soll von EFEE im Februar/März 2012 beantragt werden mit EGBW als Partner).	ESSDE AG1	Juni 2012 Sitzung der AG1	Auftaktsitzung des Projekts für (Selbst-)Evaluation von Schulen und Lehrkräften
		ESSDE-Lenkungsausschuss (LA)	Sept 2012	Mitteilung der ersten Ergebnisse des AG1-Projekts für Evaluation
		ESSDE-Plenarsitzung	Okt 2012	Information über Halbzeitergebnis des AG1-Projekts für Evaluation
Demografische Herausforderungen	Fortführung der Arbeit auf dem Gebiet der Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungsbereich durch das europäische Projekt 'Mitarbeiteranwerbung- und bindung im Bildungssektor, eine Frage des sozialen Dialogs' durchgeführt von	ESSDE AG2	Sept 2012	Vorschlag für Aktionsprogramm
		ESSDE LA	Sept 2012	Prüfung und mögliche Billigung des Vorschlags der AG
		ESSDE-Plenarsitzung	Okt 2012	Annahme eines ESSDE-Ergebnisses, das Anleitung für gute Praktiken für die Anwerbung und Bindung im Bildungssektor gibt.



	EGBW mit EFEE als Partner.			
Hochschulbildung und Forschung	- Fortführung der Arbeit bezüglich des Umfangs der Berücksichtigung von Hochschulbildung und Forschung im ESSDE - Vertiefung der Überlegungen zur Frage „was macht eine attraktive Laufbahn in der Hochschulbildung und Forschung aus“ mit Fokus auf drei speziellen Anliegen: - Geschlechtergleichstellung - Mobilität - wie kann ein unterstützendes Umfeld für Nachwuchsforscher geschaffen werden?	ESSDE AG3	März 2012	Fortführung der Arbeit von 2010/2011
		ESSDE AG3	Juni 2012	Abschlussbericht der AG
		ESSDE LA	Sept 2012	Prüfung und mögliche Billigung des Vorschlags der AG
		ESSDE-Plenarsitzung	Okt 2012	Entscheidung darüber, ob und auf welcher Grundlage es eine durchführbare Agenda und genügend Repräsentativität auf beiden Seiten für einen langfristigen europäischen sozialen Dialog für Hochschulbildung und Forschung gibt
Sektorausschuss für Kompetenzen	Gemeinsames Projekt, bei dem eine Durchführbarkeitsstudie für einen europäischen Skills Council für den Bildungssektor	EGBW und EFEE	2012	Bewertung der Durchführbarkeit eines europäischen Skills Council für den Bildungssektor

	gestartet wird.			
Arbeitsbedingter Stress, Gewalt und Belästigung	Prüfung der Anwendung der intersektoralen Abkommen auf die Gegebenheiten im Bildungswesen mit Hinblick auf eine Verbesserung des Lehr- und Lernumfelds durch die Benennung und Förderung guter Praktiken und Förderung positiver Beziehungen zwischen den wichtigsten Bildungsvertretern.	ESSDE- Sozialpartner	2013- Vorgehen ist festzulegen	Vereinbarte Leitlinien, gemeinsame Stellungnahmen oder sonstige von den europäischen Sozialpartnern im Bildungswesen festzulegende Maßnahmen
Förderung des sozialen Dialogs	Gemeinsame Überlegung dazu, wie der nationale soziale Dialog, einschließlich der Weiterentwicklung des sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen, gefördert werden kann	ESSDE- Sozialpartner	2012/2013- dauerhaft	Vereinbarte Leitlinien, gemeinsame Stellungnahmen oder sonstige von den europäischen Sozialpartnern im Bildungswesen festzulegende Maßnahmen
Lebenslanges Lernen	Gemeinsame Evaluation der Umsetzung der gemeinsamen Leitlinien für lebenslanges Lernen, auf die man sich im Januar 2011 geeinigt hatte	ESSDE- Sozialpartner	2013 - Vorgehen ist festzulegen	Gegebenenfalls Nachverfolgung des gemeinsamen Handelns zur Leitlinie
Öffentliche/private Entwicklungen im	Entwicklung einer Strategie für jede	EGBW und EFEE getrennt	2012/2013- Vorgehen	Jeweilige Strategien im Hinblick auf



Bildungswesen	Seite der Sozialpartner für öffentliche/private Entwicklungen im Bildungswesen		ist festzulegen	öffentliche/private Entwicklungen. Mögliche Aufnahme einer diesbezüglichen Diskussion zwischen den Sozialpartnern.
----------------------	--	--	-----------------	--

Zusatzinformation:

2012-2013 werden die Sozialpartner mit der Europäischen Kommission Vereinbarungen treffen, um sicherzustellen, dass bei allen Tagungen bei den getrennten Sitzungen für jede Seite Dolmetschdienstleistungen bereitgestellt werden.

12.6 Liste von ETUCE-Stellungnahmen und Aktionsplänen

EGBW-Stellungnahmen

- Juni 2012 Zypriotische Präsidentschaft mischt sich in das Recht des EGBW auf Organisation einer Konferenz im besetzten Gebiet Zyperns ein
- Mai 2012 EGBW-Stellungnahme zu Horizont 2020 - dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation
- Februar 2012 EGBW-Stellungnahme zur Festnahme weiblicher Gewerkschafterinnen in der Türkei
- Dezember 2011 EGBW-Stellungnahme zum Bildungswesen in Rumänien
- November 2011 EGBW-Stellungnahme : Das EGBW fordert ein Moratorium zur Sparpolitik in Portugal - EGBW-Stellungnahme
- November 2011 EGBW-Stellungnahme zum Entwurf einer Entschließung des Rates über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung
- November 2011 EGBW-Stellungnahme zu den Entschließungsentwürfen des Rates im Bereich eines Referenztests für Lernmobilität
- Oktober 2011 EGBW-Stellungnahme: Das EGBW fordert Rat und Kommission auf, das europäische Bildungsbudget aufzustocken
- Oktober 2011 EGBW-Stellungnahme zur Wirtschaftskrise
- Oktober 2011 Das EGBW fordert solidarische Maßnahmen mit Griechenland - Stellungnahme des EGBW-Ausschusses



- Oktober 2011 „Die Hochschulbildung steht nicht zum Verkauf!“ – Eine EGBW-Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission: Wachstum und Beschäftigung unterstützen - eine Agenda für die Modernisierung von Europas Hochschulsystemen
- September 2011 EGBWs Antwort an die Europäische Kommission zum Grünbuch: Modernisierung der Anerkennung der Richtlinie über Berufsqualifikationen
- September 2011 Stellungnahmen zur Lage der Lehrkräfte in den Schulen nationaler Minderheiten in Litauen
- Juli 2011 EGBW-Stellungnahme zum Bildungswesen in Rumänien
- Mai 2011 EGBW-Stellungnahme 'Bildung als Instrument der Politik zur Integration der Roma'
- Mai 2011 EGBW-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu frühzeitigem Schulabbruch
- Mai 2011 EGBW-Stellungnahme zu den Entschließungsentwürfen des Rates zu frühkindlicher Bildung und Betreuung
- Mai 2011 EGBW-Stellungnahme: Es ist an der Zeit, in Aus- und Weiterbildung zu investieren!
- März 2011 EGBW-Stellungnahme zur Lage in Portugal
- März 2011 EGBW-Stellungnahme zur Lage in Griechenland
- November 2010 EGBW-Stellungnahme zu öffentlichen Konsultationen zur Zukunft des Programms 'Lebenslanges Lernen'
- November 2010 EGBW-Stellungnahme zur öffentlichen Konsultation zum künftigen EU-Programm für internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochschulbildung und Humankapitalentwicklung
- Oktober 2010 EGBW-Stellungnahme zu den Entschließungsentwürfen des Rates über Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Oktober 2010 EGBW-Stellungnahme zur neuen Leitinitiative der Europäischen Kommission über Jugend in Bewegung und zum Vorschlag einer Empfehlung des Rates zu Jugend in Bewegung - Förderung der Lernmobilität junger Menschen



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- | | |
|----------------|---|
| Oktober 2010 | EGBW-Stellungnahme zur neuen Politik der Europäischen Kommission und des Rates der Europäischen Union im Bereich der Berufsbildung und Fortbildung |
| September 2010 | EGBW-Stellungnahme an die Tagung des Europäischen Rates (16. September 2010) und die Europäische Kommission im Vorfeld des G20-Gipfels in Seoul: Bildung steht im Mittelpunkt von EU 2020 |
| Juni 2010 | EGBW-Stellungnahme zu den Schlussfolgerungen des Rates im Bereich Beschäftigung zu neuen Kompetenzen für neue Beschäftigungen: der Weg nach vorn |
| Juni 2010 | EGBW-Stellungnahme zur Entschließung des Rates über die Förderung der Integration der Roma |
| Juni 2010 | EGBW-Stellungnahme für die Tagung des Europäischen Rates am 17. Juni 2010 und die Europäische Kommission im Vorfeld des G8/G20-Gipfels im Juni in Ontario |
| Mai 2010 | Stellungnahme der Bildungsinternationalen und des EGBW zur Lage in Litauen |
| Januar 2010 | EGBWs Antwort auf die Konsultation der Europäischen Kommission zur Zukunft der EU 2020-Strategie |
| Dezember 2009 | EGBW-Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission |
| November 2009 | EGBW-Stellungnahme zur Entlassung von Lehrkräften 2009 in Finnland |
| November 2009 | EGBW-Stellungnahme zur Lage in Ungarn |
| November 2009 | EGBW-Stellungnahme zum Entwurf eines gemeinsamen Fortschrittsberichts 2010 des Rates und der Kommission zur Umsetzung des Arbeitsprogramms „Aus- und Weiterbildung 2010“ und zu den neuen Arbeitsmethoden im Rahmen von „Aus- und Weiterbildung 2020“ |
| November 2009 | EGBW-Stellungnahme zu den Entschließungsentwürfen des Rates im Bereich der beruflichen Entwicklung von Lehrkräften und Schulleitern |

EGBW-Aktionsläne

Gemeinsame OBESSU/EFEE/EGBW-Leitlinien für transregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens zwischen Bildungsvertretern - Vertretern von Lehrgewerkschaften, Schülerverbänden und Arbeitgebern im Bildungsbereich, 2011
Aktualisierter EGBW-Aktionsplan für: Vermeidung und Eindämmung von Gewalt an Schulen, 2010



EGBW-Aktionsplan für Geschlechtergleichstellung im Bildungssektor, 2010
Aktualisierter EGBW-Aktionsplan zu arbeitsbedingtem Stress von Lehrkräften: Umsetzung der europäischen autonomen Rahmenvereinbarung zu arbeitsbedingtem Stress, 2009

12.7 Liste der externen EGBW-Vertretungen

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Offenes Verfahren von Koordinierungs-Arbeitsgruppen

- AG 1: Modernisierung der Hochschulbildung
- AG 2: Bewertung von Kernkompetenzen:
- AG 3: Berufliche Entwicklung von Lehrern
- AG 4: Mathematik, Wissenschaft und Technologie
- AG 5: Sprachen und Beschäftigung
- AG 6: Heranbildung unternehmerischer Kompetenz
- AG 7: IKT und Bildung
- AG 8: Berufliche Entwicklung von Berufsausbildern und Fortbildern
- AG 9: Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung
- AG 10: Finanzierung der Erwachsenenbildung
- AG 11: Frühzeitiger Schulabbruch
- AG 12: Frühkindliche Bildung und Betreuung

Andere Gruppen

- Ausschuss für lebenslanges Lernen
- Eine Beratungsgruppe für einen strategischen Ansatz bei der schulischen Zusammenarbeit
- Richtlinie über Berufsqualifikationen und Ausweis
- Strukturierter Dialog (aktive europäische Bürgerschaft)
- Europäischer sozialer Dialog, Verbindungsforum

BOLOGNA-PROZESS

Sitzungen der BFUG

- Sitzungen der Follow-Up-Gruppe von Bologna
- Arbeitsgruppe für Transparenzmechanismen
- Arbeitsgruppe für internationale Offenheit
- Arbeitsgruppe für Mobilität
- Arbeitsgruppe zur Berichterstattung über die Umsetzung

Europäisches Register für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung (European Quality Assurance Register for higher Education EQAR)

- EQAR Register-Ausschuss
- Jährliche EQAR-Generalversammlung



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Weitere Vertretungen in Verbindung mit dem Register für Qualitätssicherung in der Hochschulbildung

EHEA (Europäischer Hochschulraum) - Informations- und Fördernetzwerk

Europarat-Projekt: „Akademische Freiheit und institutionelle Autonomie: die Rolle der Behörden.“

FLLEX-Projekt: „Auswirkungen der Strategien für lebenslanges Lernen auf professionelle Hochschulbildung in Europa“

EGB

EGB-Vorstand

EGB-Frauenausschuss

Sitzung der einzelstaatlichen KoordinatorInnen

Arbeitsgruppe lebenslanges Lernen

Arbeitsgruppe Migration und Inklusion

Wirtschafts- und Beschäftigungsausschuss

Koordinierungsausschuss für Kollektivverhandlungen

Arbeitsgruppe Sozialschutz

Arbeitsgruppe Gesetzgebung und Sozialpolitik

Arbeitsgruppe wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt

Arbeitsgruppe Handel und Globalisierung

Verschiedene

IKT-Koalition „für ein sicheres Internet für Kinder und junge Menschen“

Grundrechteplattform - Grundrechteagentur

Europäisches Netzwerk Aus- und Weiterbildung in Sicherheit und Gesundheitsschutz - ENETOSH

Kampagnenveranstaltungen der europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz

12.8 Liste der EGBW-Berichte

Anmerkung: Die mit * markierten Berichte sind nur auf Englisch (und/oder Französisch) verfügbar

05/2012*	Bericht des EGBW-Schulungsseminars über Maßnahmen der Lehrgewerkschaften gegen Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt
04/2012*	Bericht über die EGBW-Peer Learning-Aktivität für Maßnahmen der Lehrgewerkschaften gegen Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt
03/2012*	EGBW-Umfragebericht über Leitung schulischer Einrichtungen



02/2012*	Bericht vom zweiten Regionalseminar über Gewalt durch Dritte im Bildungssektor: Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: „Wie Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen verhindert und eingedämmt werden kann“
01/2012*	Bericht vom ersten Regionalseminar über Gewalt durch Dritte im Bildungssektor: Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: „Wie Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen verhindert und eingedämmt werden kann“
2011*	Mittel- und osteuropäische Länder: Projektmöglichkeiten für MOE-Länder
2011*	Vollständiger Bericht über arbeitsbedingten Stress von Lehrern: „Europaweite Studie - Beurteilung, Vergleich und Bewertung der Auswirkung von psychosozialen Gefahren für Lehrer an ihrem Arbeitsplatz“ mit dazugehörigen Anhängen
2011	EGBW-Broschüre über arbeitsbedingten Stress von Lehrern: Beurteilung, Vergleich und Bewertung der Auswirkung psychosozialer Risiken für Lehrer an ihrem Arbeitsplatz
2010	Die Mitwirkung der Bildungsbeteiligten an einer transregionalen Zusammenarbeit: Herausforderungen für die Umsetzung der nationalen Strategien für lebenslanges Lernens
2010*	Abschließende Broschüre: praktische Leitlinien für Maßnahmen gegen Cyber-Mobbing im Bildungswesen
08/2010*	EGBW-Abschlusskonferenz über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor
2010	Bewertung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Sozialen Dialog Bildung - Eine europäische Studie über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor in unterschiedlichen nationalen Kontexten gemäß den Bildungsgewerkschaften
07/2010	2. EGBW/EFEE/OBESSU-Workshop über transregionale Zusammenarbeit der Bildungsbeteiligten im Bereich lebenslanges Lernen
06/2010*	Cyber-Mobbing an Schulen: Gute Praktiken für Lehrgewerkschaftsstrategien zu Maßnahmen gegen Cyber-Mobbing
2010	Bericht über die zweite EGBW-Umfrage über Cyber-Mobbing - Untersuchung der Strategien von Lehrgewerkschaften zur Verhütung von Cyber-Mobbing an Schulen
2010	Bericht über die erste EGBW-Umfrage über Cyber-Mobbing: Wie Lehrgewerkschaften sich mit Gewalt und Cyber-Mobbing auf nationaler Ebene befassen



05/2010*	EGBW/EFEE/OBESSU-Workshop über transregionale Zusammenarbeit der Bildungsvertreter im Bereich lebenslanges Lernen
04/2010	Europäischer Sektoraler Sozialer Dialog Bildung: Seminar für Arbeitgeber in der Hochschulbildung
03/2010*	EGBW-Arbeitsseminar über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor
02/2010*	Cyber-Mobbing gegenüber Lehrern: Wie kann Cyber-Mobbing an Schulen vorgebeugt werden?
01/2010*	Strategien der Lehrgewerkschaften zur Gender-Förderung innerhalb ihrer eigenen Strukturen im Bildungssektor
2009*	Broschüre: Verbesserter pädagogischer Einsatz von IKT im Bildungswesen
2009*	Broschüre : Arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften: Umsetzung der europäischen autonomen Rahmenvereinbarung zu arbeitsbedingtem Stress Aktualisierter EGBW-Aktionsplan
11/2009*	Abschlusskonferenz des europäischen E-Learning-Forums für Bildung 2, ELFE 2
10/2009*	Gemeinsame Konferenz der Sozialpartner für einen Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog Bildung
09/2009*	Risikobewertungssysteme, Integration psychosozialer Gefahren in den sozialen Dialog und Lehrgewerkschaftsstrategien im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz
08/2009*	5. EGBW/EGI-REHS hochrangiges Seminar über Sozialdialog: Sozialer Dialog im Bildungswesen in einem Krisenumfeld
07/2009*	Förderung von Geschlechtergleichstellung im Lehrberuf und in den Lehrgewerkschaften



12.9 Liste der EGBW-Projekte 2010 - 2012

Projekte, die bewilligt wurden und bei denen das EGBW ein führender Projektpartner ist

Name des Projekts	Zweck	Anstehende Veranstaltungen
<p>Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungssektor, ein Thema für den sozialen Dialog</p> <p>Projektpartner: GEW (Deutschland) LSMPSF (Litauen) UILScuola (Italien) EFEE</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 13 Monate 01.09.2011 – 30.09.2012</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 160. 378,02 €</p>	<p>Im Rahmen des Projekts sollen die aktuelle Lage in Bezug auf Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungssektor und die derzeitigen einzelstaatlichen politischen Strategien in diesem Bereich untersucht werden. Es soll ein gemeinsamer sektoraler Ansatz für die aktuellen Herausforderungen entwickelt und die in dieser Hinsicht bisher im Rahmen des ESSDE geleistete Arbeit unterstützt werden.</p> <p>Folgende Tätigkeiten sind geplant:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Eine umfassende Studie, die sowohl a) eine fragebogenbasierte Umfrage, die unter EGBW- und EFEE-Mitgliedsorganisationen durchgeführt wird und alle Mitglieder in den 27 EU-Ländern einbezieht, als auch b) eine ausführliche Besprechung aktueller Literatur im Bereich der Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungssektor sowie c) vier Fallstudien, die in vier, die Vielfalt in der Europäischen Union repräsentierenden EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden, umfasst.2. Zwei regionale Seminare, an denen EGBW- und EFEE-Mitglieder aus den 27 EU-Ländern, wichtige Bildungsvertreter sowie Vertreter aus anderen Sektoren	<p>3. Sitzung der Beratungsgruppe, 19. März 2012 in Madrid, 1. Regionalseminar 20. März 2012 in Madrid, 2. Regionalseminar, 11. April 2012 in Vilnius, 4. Sitzung des Beratungsausschusses (zu bestätigen), Folgekonferenz 25. September 2012 in Brüssel.</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

	<p>teilnehmen, um die Studie zu bewerten, die Erkenntnisse unter den Sozialpartnern im Bildungsbereich zu erörtern und Synergien unter den Ausschüssen des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs zu schaffen.</p> <p>3. In einem Abschlussbericht werden dann die aktuellen Kenntnisse über die Herausforderungen im Hinblick auf Mitarbeiteranwerbung und -bindung im Bildungssektor zusammengefasst und die Richtung für einen gemeinsamen Ansatz vorgegeben werden.</p> <p>4. Eine Folgekonferenz, bei der den Sozialpartnern die Projektergebnisse vorgestellt und die Verbindung zum Komitee für den ESSDE bestärkt wird.</p>	
<p>Maßnahmen von Lehrergewerkschaften zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt</p> <p><u>Projektpartner:</u> FLCCGIL (Italien) GEW (Deutschland) SEB (Bulgarien) SNESfsu (Frankreich) ZNP (Polen)</p>	<p>Ziel des Projekts ist die volle Nutzung des im Bildungssektor vorhandenen Potenzials zur Überwindung geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt mit dem Ziel, nicht nur mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern im Lehrberuf an sich herzustellen, sondern auch eine Veränderung hinsichtlich der künftigen Ausbildungs-/Berufswahl von Schülern/Studierende zu bewirken, indem Lehrern und Lehrergewerkschaften das Wissen und die Instrumente bereitgestellt werden, die sie benötigen, um einen gleichstellungsorientierten Ansatz in der Bildung und folglich in der Gesellschaft insgesamt fördern zu können. Die Schaffung eines Diskussionsforums über die Integration einer gendersensiblen Bildung mit den Arbeitgebern im Bildungsbereich wird den sozialen Dialog im Bildungssektor</p>	<p>Peer Learning-Aktivität 9. Mai 2012 in Brüssel, Schulungsseminar 10. Mai 2012 in Brüssel, 3. Sitzung der Beratungsgruppe 11. Mai 2012 in Brüssel, Abschlusskonferenz 11.-12. September 2012 in Warschau, 4. Sitzung der Beratungsgruppe, 12. September 2012 in Brüssel.</p>



<p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.11.2011 – 31.10.2012</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 158. 745,98 €</p>	<p>fördern.</p> <p>Die spezifischen Projektziele sind:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Identifizierung und Untersuchung der konkreten Verbindung zwischen genderspezifischer Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt und Bildung: Reproduktion von Geschlechterstereotypen in Lernumgebung, Lehrmethoden und -materialien und bei der Interaktion im Klassenzimmer, die zu geschlechterstereotypischen Bildungsergebnissen und Entscheidungen bei Ausbildungs- und Berufswahl führen.2. Sensibilisierung von Lehrern, Lehrer*innen, Schülern und Studierende für das Thema der Geschlechtergleichstellung und wie die Gendersensibilität im Hinblick darauf, Geschlechterstereotypen bei der künftigen Studien- und Berufswahl von Schülern und Studierende (den künftigen Mitarbeitern) abzuschwächen, in der Lehrtätigkeit verbessert werden kann;3. Wissen und Informationen über gendersensible Arbeitsumgebungen für Lehrer bereitstellen, und zwar im Hinblick auf europäische und einzelstaatliche Gesetzgebung zu Gleichstellungsfragen und Arbeitsbedingungen im Allgemeinen, wie etwa Elternurlaub, Entgeltgleichheit und die von den Gewerkschaften bisher in diesen Bereichen erzielte Arbeit im Hinblick auf die Befähigung von Schülern und Studierende, ungeachtet der Geschlechterstereotypen	
---	--	--



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

	<p>eine Ausbildungs- und Berufswahl zu treffen.</p> <ol style="list-style-type: none">4. Veränderung pädagogischer Ansätze durch Verbesserung der Einstellung der Lehrer zu Geschlechterstereotypen und ihrer persönlichen Kompetenzen, insbesondere im Hinblick auf Gendersensibilität und Pädagogik;5. Ausgehend von neuen pädagogischen Ansätzen Förderung einer gendersensiblen Bildung auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene zugunsten einer gendersensiblen Arbeitsumgebung.6. Aufforderung einzelstaatlicher Lehrgewerkschaften, mit den Arbeitgebern im Bildungsbereich im Hinblick auf die Integration gendersensibler Pädagogik in die einzelstaatlichen Sozialdialogsysteme und Kollektivverträge zusammenzuarbeiten, indem die Projektergebnisse in das Komitee für den Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog Bildung eingebracht werden.	
<p>Lehrgewerkschaften verhindern frühzeitigen Schulabbruch durch Einsatz von IKT in der Bildung</p> <p>Projektpartner: GL (Dänemark) AOB (Niederlande) OZPSaV (Slowakei) OLME (Griechenland) FNE (Portugal)</p>	<p>Im Rahmen dieses Projekts soll untersucht werden, wie IKT und innovative, auf IKT basierende Unterrichtsmethoden dabei helfen können, einzelne Schüler, bei denen die Gefahr eines Ausschlusses aus der formalen Bildung besteht, zu motivieren/wieder in die Schule zurückzuholen. Es wird untersucht, wie Lehrer das Potenzial der IKT dazu nutzen können, die Kluft zwischen dem, was einzelne Schüler zu Hause lernen/erfahren und der Schule zu überbrücken. Im Hinblick auf einen Transfer der Methoden/besten Praktiken auf andere Länder wird die Arbeit von Lehrgewerkschaften in Europa</p>	<p>3. Sitzung der Beratungsgruppe, 26. Juni 2012 in Brüssel; 1. Fallstudie Dänemark 4.-6. September 2012; 4. Sitzung der Beratungsgruppe 7. September 2012 in Kopenhagen; 2. Fallstudie Niederlande 15.-17. Januar 2013; 5. Sitzung der Beratungsgruppe, 18. Januar 2013 in Amsterdam, 3.</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>ESEUR (Russland) AITUCEW (Aserbaidshon)</p> <p><u>Assoziierte Partner:</u> EFEE OBESSU (Organisationsbüro der europäischen Schülerverbände)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 30 Monate 01.11.2011 – 30.04.2014</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 343. 536,00 €</p>	<p>und ihre Rolle dabei, die Anpassung der besten Praktiken an ihren einzelstaatlichen Kontext zu unterstützen, untersucht.</p> <p>Ausgehend von 4 Fallstudien (1 Lehrerbildungseinrichtung, 2 Schulen/pro Land) wird ein Entwurf von Leitlinien für den Einsatz von IKT im Unterricht zur Motivation/Zurückholung von Schülern in die Schulen bei einem Workshop erstellt und bei einer Konferenz evaluiert werden.</p> <p>Die Leitlinien dienen dem Komitee des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs Bildung als Arbeitsgrundlage.</p> <p>Die Ergebnisse werden in Form einer Broschüre veröffentlicht werden, und um Schülern/Lehrern das Thema nahezubringen und sie zu sensibilisieren, werden Postkarten in 23 EU-Sprachen und Russisch gedruckt werden.</p>	<p>Fallstudie Portugal 5.-7. März 2013, 6. Sitzung der Arbeitsgruppe 8. März 2013 in Lissabon; 4. Fallstudie Aserbaidshon, 6.-8. Mai 2013; 7. Sitzung der Beratungsgruppe, 4. Juni 2013 in Brüssel, Workshop, 20. September 2013 in Athen; 8. Sitzung der Beratungsgruppe 22. Oktober 2013 in Brüssel, 28.-29. November 2013 Abschlusskonferenz in Bratislava. 9. Sitzung der Beratungsgruppe, 10. Januar 2014 in Brüssel.</p>
<p>Sozialpartner im Bildungswesen besorgt über Gewalt an Schulen: Wie Gewalt durch Dritte und Belästigung an Schulen verhindert und eingedämmt werden kann</p> <p><u>Projektpartner:</u> UNSA (Frankreich) Solidarnosc (Polen) FECCOO (Spanien)</p>	<p>Durch dieses Projekt soll weiter für die Problematik der Gewalt durch Dritte im Bildungssektor an der Basis (Schule) sensibilisiert werden und die multisektoralen Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt durch Dritte und Belästigung in Bezug auf die Arbeit unter den Sozialpartnern im Bildungssektor auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in Europa sollen weiter gefördert werden.</p> <p>Spezielle Ziele dieses Projekts sind:</p> <ul style="list-style-type: none">- Durch eine Online-Umfrage sollen die nationalen und regionalen Strategien und Tätigkeiten (beste Praktiken) der	<p>Online-Umfrage 15. Februar – 16. April 2012; 3 Fallstudien Danzig, Sevilla, Stockholm Januar - März 2012; 3. Sitzung der Beratungsgruppe 20. März 2012 in Brüssel; 1. Regionalseminar 26. April 2011 in Warschau; 2. Regionalseminar 7. Juni 2012 in Brüssel; 3. Sitzung der Beratungsgruppe 8.</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>Läraryörbundet (Schweden) NASUWT (VK) EFEE: SEGEC (Belgien) EFEE: Verband der unabhängigen finnischen Arbeitgeber im Bildungswesen (Finnland)</p> <p><u>Projektlaufzeit</u>: 12 Monate 01.12.2011 – 30.11.2012</p> <p><u>Projektzuschuss</u>: 167. 697,25 €</p>	<p>Sozialpartner im Bildungsbereich zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt durch Dritte benannt werden, um eine Lern-/Arbeitsumgebung zu schaffen, die demokratische Werte fördert, wobei geschlechterspezifische Angelegenheiten ebenso berücksichtigt werden sollen, wie Angelegenheiten, die auf unterschiedliche Diskriminierungsgründe (Alter, Rasse, Minderheiten, Behinderung, religiöser Glaube, LGBT) zurückzuführen sind. Es wird eine Online-Ausstellung zur Darstellung der besten Praktiken erstellt werden. Gemäß der im Vorfeld vereinbarten Kriterien wird die Beratungsgruppe eine Auszeichnung für die drei besten Praktiken verleihen;</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Aufnahme psychosozialer Gefahren in nationale und regionale Kollektivverträge im Bildungssektor soll weiter gefördert werden;- Lehrgewerkschaften und Arbeitgeber im Bildungswesen dabei unterstützen, in ihren einzelstaatlichen Sozialdialogstrukturen proaktiver zu werden, wenn es um die Verringerung und Vermeidung von Gewalt durch Dritte und Belästigung geht, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit und die Ausarbeitung von Strategien für Sicherheit und Gesundheitsschutz an Schulen;- Vorbereitung der Debatte zu diesem Thema im Komitee des Europäischen Sozialen Sektoralen Dialogs Bildung mit dem Ziel, zu diesem Thema, wie in den multisektoralen	<p>Juni 2012 in Brüssel; Abschlusskonferenz 22./23. Oktober in Brüssel; 4. Sitzung der Beratungsgruppe 19. Oktober 2012 in Brüssel.</p>
--	--	---



	<p>Leitlinien festgelegt, einen gemeinsamen Bericht für den Bildungssektor zu erstellen; Dies wird zu einer weiteren Stärkung der Beziehung zwischen den Sozialpartnern im Bildungsbereich auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene beitragen;</p> <ul style="list-style-type: none">- Erstellung einer praktischen Umsetzungsanleitung zu den multisektoralen Leitlinien zur Eindämmung der Gewalt durch Dritte für den Bildungssektor	
<p>Versuchsphase zur Einschätzung der Durchführbarkeit der Bildung eines Ausschusses für den Bildungssektor für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen auf europäischer Ebene (Sektorausschuss für Kompetenzen)</p> <p><u>Projektpartner:</u> EGBW EFEE</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 13 Monate 31.12.2011 – 30.12.2012 Eine Verlängerung bis zum 31. März 2013 wurde beantragt.</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 162. 248,94 €</p>	<p>Zweck dieses Projekts ist deshalb für die Sozialpartner im Bildungssektor (Europäischer Arbeitgeberverband Bildung (EFEE), der die Arbeitgeber vertritt, und das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung (EGBW), das die Arbeitnehmer vertritt)) eine technische Durchführbarkeitsstudie durchzuführen und den potenziellen, durch die Bildung eines Sektorausschuss für Kompetenzen für unseren Sektor (SCES) entstehenden Mehrwert zu beurteilen. Die Entscheidung zur Durchführung einer gemeinsamen Durchführbarkeitsstudie wurde im Anschluss an Diskussionen des Lenkungsausschusses des Europäischen Sectoralen Sozialen Dialogs Bildung (ESSDE) mit Bediensteten der GD Bildung und Kultur und der GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit im März 2011 getroffen. Die endgültige Entscheidung darüber, ob durch die Bildung eines SCES für unseren Sektor ausreichend Mehrwert geschaffen werden wird, wird von den Sozialpartnern getroffen werden.</p> <p>In erster Linie ist das Ziel des Projekts eine Ja/Nein-Antwort auf</p>	<p>4. Sitzung des Beratungsausschusses, die erste soll im April 2012 stattfinden; eintägiges Arbeitsseminar; Folgeseminar</p>



	<p>die Frage: - Sehen Interessenvertreter genügend Mehrwert, um einen europäischen Sektorrat für Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen auf europäischer Ebene (ESCES) zu bilden? Zweitens, ist die Antwort auf das erste Ziel „ja“, so ist das nächste Projektziel die Antwort auf die Frage: Welches Modell eines ESCES wird das beste Ergebnis liefern.</p>	
<p>Arbeitsbedingter Stress von Lehrkräften: Europaweite Umfrage - Bewertung, Vergleich und Evaluation der Auswirkungen psychosozialer Faktoren auf Lehrkräfte an ihrem Arbeitsplatz in der EU</p> <p><u>Projektpartner:</u> Läraryrbundet (Schweden), GEW (Deutschland) FENPROF (Portugal) SEB (Bulgarien) EFEE</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 14 Monate 01.11.2010 – 31.12.2011</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 196. 212,32 €</p>	<p>Ziel dieses Projekts ist die Fortsetzung der EGBW-Errungenschaften im Bereich des arbeitsbedingten Stresses sowie das Sammeln konkreter Daten zu den Auswirkungen psychosozialer Risiken (arbeitsbedingter Stress) auf Lehrer. Die Daten werden auf der Grundlage des bekannten psychosozialen Kopenhagener Fragebogens (COPSOQ) von Lehrkräften aus 500 weiterführenden Schulen in allen EU-/EFTA-Ländern erhoben werden. Die Studie wird vom Freiburger Forschungszentrum für Arbeits- und Sozialmedizin durchgeführt werden.</p> <p>Das <u>Gesamtziel des Projekts</u> ist die Erhebung detaillierterer und konkreter Fakten und Informationen über den arbeitsbedingten Stress von Lehrern an der Basis (Lehrerebene), um nationale Lehrergewerkschaften auch weiterhin bei der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans und der europäischen Rahmenvereinbarung über arbeitsbedingten Stress zu unterstützen.</p>	<p>Abschlussbericht des Berichts soll bis 30. März 2012 vorgelegt werden.</p>



	<p><u>Spezifische Projektziele:</u></p> <ul style="list-style-type: none">• Im Rahmen einer europaweiten Studie sollen konkrete und detaillierte Angaben darüber, wie arbeitsbedingter Stress Lehrkräfte an der Basis an ihrem Arbeitsplatz betrifft und wie Lehrer psychosoziale Risiken wahrnehmen, erhoben werden, um die Ergebnisse dann auf europäischer Ebene zu vergleichen und auszuwerten.• Die Aufnahme psychosozialer Risiken (mit Schwerpunkt auf arbeitsbedingtem Stress) in Kollektivvereinbarungen im Bildungssektor soll weiter gefördert werden;• Lehrgewerkschaften sollen dabei unterstützt werden, in ihren nationalen Sozialdialogstrukturen im Umgang mit und bei der Erstellung von Strategien für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Schulen proaktiver zu werden, insbesondere im Hinblick auf die Prävention und Bekämpfung von arbeitsbedingtem Stress und die Aufnahme psychosozialer Gefahren in die Risikobewertung in Schulen.• Die Debatte zu diesem Thema im Komitee des Europäischen Sektoralen Sozialen Dialogs Bildung soll vorbereitet werden und die Ergebnisse sollen mit dem Ziel, zu einer Vereinbarung auf europäischer Ebene zu gelangen, in die sektorübergreifende Debatte eingebracht werden.	
--	---	--



<p>Co-Reg-LLL: Transregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens unter Bildungsvertretern</p> <p><u>Projektpartner:</u> FNE (Portugal) OAJ (Finnland) EFEE OBESSU</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate (01.03.2010-28.02.2011)</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 119.809,00 €</p>	<p>Die allgemeine Schulbildung muss eine zentrale Rolle dabei spielen, junge Menschen auf ein LLL im Verlauf ihres gesamten Lebens vorzubereiten, indem sie sie mit den erforderlichen Kernkompetenzen, wie sie im Europäischen Referenzrahmen von 2006 definiert sind, ausstattet. Mit dem Co-Reg-LLL-Projekt sollen deshalb folgende Ziele erreicht werden:</p> <ul style="list-style-type: none">• Entwicklung transnationaler Zusammenarbeit und Austausch von Erfahrungen zwischen Lehrgewerkschaften, Schüler-/Studierendeverbänden, Arbeitgebern im Bildungsbereich und einzelstaatlichen Regierungen zur Umsetzung kohärenter und umfassender einzelstaatlicher LLL-Strategien.• Schaffung eines allgemeinen Verständnisses der nationalen LLL-Strategien unter den o.g. Interessenvertretern und Herbeiführung von mehr Kohärenz und Beteiligung bei der Umsetzung dieser Strategien auf nationaler Ebene.• Einschätzen, auf welche Weise die allgemeine Schulbildung zum Erlangen von Kernkompetenzen für lebenslanges Lernen (wie im europäischen Referenzrahmen vereinbart) beiträgt und anführen, wie der Beitrag der Schulbildung zur Verbesserung der Fähigkeit der Menschen zu lebenslangem Lernen (Erwerb von Kernkompetenzen, flexible Lernwege und lebenslange Berufsberatung) verbessert werden kann.	<p>Abschlussbericht an die EU-Kommission vorgesehen für April/Mai 2011.</p>
---	---	---



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>Bewertung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf sozialen Dialog im Bildungssektor</p> <p><u>Projektpartner:</u> FLC-CGII (Italien), OLME (Griechenland), ZNP (Polen), NUT (VK), ESTUS (Slowenien) und GEW (Deutschland)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 14 Monate 01.09.2009 - 30.10.2010 <u>Projektzuschuss:</u> +/- 145.000 €</p>	<p>Mit diesem Projekt soll Information gesammelt werden, um daraus ersehen zu können, wie sich die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Arbeitsbeziehungen im Bildungssektor in den EU-27-Ländern auswirkt. Das Projekt beinhaltet auch die Ausarbeitung gemeinsamer Arbeitsweisen für Sozialpartner im Bildungssektor dazu, wie der Sektor der Krise auf koordinierte Weise begegnen kann.</p>	<p>Abschlussbericht an die EU-Kommission vorgesehen für Januar 2011.</p>
<p>Verbesserung und Führung eines sektoralen sozialen Dialogs im Bildungswesen</p> <p>Projektpartner: EFEE</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 11 Monate 01.11.2009 – 31.09.2010</p>	<p>Verbesserung der Repräsentativität der Sozialpartner im Bildungsbereich sowohl auf europäischer als auch auf einzelstaatlicher Ebene mit dem allgemeinen Ziel eines vollständig repräsentativen Komitees im Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog Bildung.</p> <ul style="list-style-type: none">• Stärkung und Konsolidierung der strukturellen Verbindung zwischen dem nationalen sozialen Dialog Bildung und dem Komitee für den Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog Bildung	<p>Abschlussbericht an die EU-Kommission vorgesehen für Dezember 2010</p>



EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p><u>Projektzuschuss:</u> 104. 867,00 €</p>	<ul style="list-style-type: none">• Verbesserung der Repräsentativität des europäischen Dachverbands der Arbeitgeber im Bildungswesen in geographischen und/oder subsektoralen Bereichen, die derzeit nicht oder kaum einbezogen sind;• Verbesserung und Förderung der Beteiligung des Subsektors Hochschulbildung am Sozialdialog;• Bewertung des Ergebnisses des EGBW-Projekts „Stärkung des sozialen Dialogs Bildung“ III, IV und V.	
<p>Lehrergewerkschaften besorgt über Gewalt an Schulen II - Cyber-Mobbing</p> <p><u>Projektpartner:</u> OAJ (Finnland), GEW (Deutschland) NASWUT (VK) FECCOO (Spanien) OZPSaV (Slowakei)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.10.2009-30.09.2010</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 143.241,76 €</p>	<p>Mit dem Projekt wird folgendes Gesamtziel verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Unterstützung der Umsetzung der Rahmenvereinbarung zu Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz im Bildungssektor unter den EGBW-Mitgliedsorganisationen• Unterstützung der weiteren Umsetzung des EGBW-Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt an Schulen, insbesondere von Cyber-Mobbing an Schulen <p>Insbesondere geht es bei dem Projekt um:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sensibilisierung für Cyber-Mobbing an Schulen und wie es sich auf die Arbeitsbedingungen und Gesundheit von Lehrern auswirkt• Benennung und Förderung des Austausches guter Praktiken im Hinblick auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Cyber-Mobbing an Schulen• Identifizierung und Förderung der Beteiligung und	<p>Abschließende Lenkungsausschusssitzung: 24.09.2010 in Brüssel</p> <p>Abschlussbericht an die EU-Kommission vorgesehen für Dezember 2010</p>



	Einbeziehung von Lehrgewerkschaften in dieses Thema	
<p>„Förderung von Geschlechtergleichstellung in Lehrgewerkschaften und im Lehrberuf“</p> <p><u>Projektpartner:</u> FLC-CGIL (Italien), SEB (Bulgarien), LIZDA (Lettland), GEW (Deutschland), OLME (Griechenland) und SNES (Frankreich).</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 16 Monate 01.09.2008 – 31.12.2009</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 178 824.28 €</p>	<p>Die speziellen Ziele des Projekts sind folgende:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sensibilisierung der EGBW-Mitgliedsorganisationen für Gleichstellungsfragen und den Lehrberuf sowie auch für wichtige EU-Schwerpunkte, Strategien und Instrumente in diesem Bereich.• Analyse der derzeitigen Lage bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter im Bildungssektor und in den nationalen Lehrgewerkschaftsstrukturen in den EU-/EFTA- und Beitrittsländern.• Bewertung des EGB-UNICE/UEAPME-CEEP-Aktionsrahmens für Geschlechtergleichstellung und der EGB-Charta für Gender Mainstreaming in Gewerkschaften aus der Lehrerperspektive und Unterstützung der Lehrgewerkschaften bei der Implementierung und Überwachung dieser beiden Instrumente auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.	<p>Nach der Abschlusskonferenz im Oktober 2009 in Rom wurde ein Aktionsplan angenommen, der 2010 zur Annahme an den Vorstand geschickt werden wird. Das Projekt wurde abgeschlossen, Frist für abschließenden Projektbericht an die EU-Kommission ist der 31. März 2010.</p>



<p>ELFE 2 Europäisches E-Learning-Forum für Bildung 2 (European eLearning Forum for Education 2)</p> <p><u>Projektpartner:</u> GL (Dänemark), NUT (VK), LIZDA (Lettland), ESTUS (Slowenien) und ZNP (Polen).</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 24 Monate 01.01.2008 – 31.12.2009</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 267 426.00 €</p>	<p>Im Rahmen dieses Projekts werden die bei der Implementierung von ELFE 1 erzielten Ergebnisse nachverfolgt, wobei die neuen Ziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none">• Überprüfung der Projekterkenntnisse von ELFE I im Hinblick auf die Erfordernisse von Schulen und Lehrerbildungs-/fortbildungseinrichtungen in den 12 „neuen“ EU-Mitgliedstaaten.• Ausarbeitung von Empfehlungen für nationale Lehrergewerkschaften und Politikentscheider zu den drei in ELFE 1 benannten Schwerpunktbereichen (IKT und Lehrergewerkschaften, IKT und Schulverwaltung, IKT und strategischer Einsatz verfügbarer finanzieller Mittel) für einen erfolgreichen und innovativen Einsatz von IKT in Schulen.	<p>Die ELFE 2-Abschlusskonferenz fand im September 2009 in Bled statt - Schwerpunkt lag dabei auf der Annahme von Politikempfehlungen zum Thema IKT und Bildung für Lehrergewerkschaften, Politikentscheider und Bildungseinrichtungen. Der Abschluss des Projekts befindet sich in Vorbereitung.</p>
---	--	---



EGBW-Projektpartnerschaften

Name des Projekts	Beantragende Organisation	Zweck	Antragsstatus/ Anstehende Veranstaltungen
<p>GuidanceDialogue: Bessere Chancen in Bildung und Beruf durch Beratung (GuiDialog)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 24 Monate 01.02.2011 - 31.01.2013</p> <p><u>Projektzuschuss:</u> 202. 809,94 €</p> <p><u>Partner:</u> ÖGB ZNP ÖIFB - Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung bfw - Unternehmen für Bildung</p> <p><u>Assoziierte Partner:</u> EGBW BMUKK – Österreichisches Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur</p>	<p>GEW</p> <p>Projektkoordinator: Arnfried Gläser</p>	<p>Die Projektpartner streben die Erstellung von Leitlinien für Einzelne sowie unabhängige Berufsberatung und Beratung über berufliche Fortbildung an. Mit dem Projekt sollen Trends für die Entwicklung von Dienstleistungsangeboten für alle Menschen ungeachtet ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Lage gesetzt werden.</p> <p>Als assoziierter Partner stimmte das EGBW zu, die Ergebnisse des Projekts an unsere Partner/über unser Netzwerk und unsere Informationskanäle weiterzuleiten. EGBW ist ferner zur Teilnahme an einem Sachverständigenworkshop und einer Projektkonferenz eingeladen.</p> <p>http://www.guidance-dialogue.eu</p>	<p>Drei Sachverständigenworkshops in Heidelberg, Wien und Warschau.</p> <p>Zwei anstehende internationale Konferenzen:</p> <p>„Unternehmensbasierte Beratung“ in Wien 26.- 27.04.2012</p> <p>„Umsetzungsstrategie“ in Warschau 13.- 14.09.2012</p>



KOWEZIU - Zentraleinrichtung zur Berufs- und Fortbildung IG Metall Universität Duisburg-Essen nfb - Nationales Forum Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung			
<i>Selbstevaluation von Schulen und Lehrern als Instrument für die Bestimmung künftiger beruflicher Erfordernisse - Peer Learning- Erfahrungen</i> <u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.12.2011 - 30.11.2012	EFEE, Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen	Mit diesem vorgeschlagenen Projekt würden die europäischen Sozialpartner im Bildungswesen gerne die Arbeit der Sozialdialogsarbeitsgruppe für Qualität in der Bildung unter Berücksichtigung der Ergebnisse früherer Sitzungen und des Gedankenaustausches in diesem Bereich fortsetzen. Projektaktivitäten: 1. Eine Auswertung der Literatur zum Thema Selbstevaluation in der EU im Allgemeinen und mit besonderem Schwerpunkt auf den drei Ländern, in denen ein Peer-Learning-Besuch stattfindet. 2. Drei von EFEE- und EGBW- Mitgliedern ausgerichtete Peer- Learning-Besuche in drei verschiedenen Ländern (einige	Der antragstellenden Organisation wurde der Kommissionszuschuss bewilligt.



		<p>wurden bereits benannt: die Niederlande und Zypern) gefolgt von nationalen Berichten über die Erkenntnisse.</p> <p>3. Eine fragebogenbasierte Umfrage unter EFEE- und Gewerkschaftsmitgliedern (EGBW) über (Selbst-)Evaluation von Schulen, Verwaltung und Lehrern.</p> <p>4. Eine Konferenz zur Mitteilung der bei den drei Peer-Learning-Besuchen gewonnenen Erkenntnisse, um die Projektergebnisse mit allen Mitgliedern von EFEE, EGBW und anderen wichtigen Stakeholdern (GD EAC, GD EMPL und weiteren Organisationen) zu erörtern. All dies im Hinblick auf die Arbeit unserer ESSDE-Arbeitsgruppe und als Beitrag zum Sozialdialogprozess im Bildungssektor. Während dieser Konferenz werden wir um Beiträge anderer Sachverständiger aus dem Bereich der (Selbst-)Evaluation und von Bediensteten der oben genannten Generaldirektionen zu</p>	
--	--	---	--



		unseren Projektergebnissen bitten. 5. Ein Briefing bei der Plenarsitzung des ESSDE-Ausschusses	
<p>STRESSLESS – Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von Lehrern gegenüber Stress</p> <p>Projektlaufzeit: 24 Monate 28.10.2010 - 28.09.2012</p>	<p>Sociedade Portuguesa de Inovação (SPI). Die SPI ist ein auf Wissensmanagement ausgerichtetes Unternehmen, das das Ziel verfolgt, Projekte zu verwalten, die die Innovation vorantreiben und internationale Möglichkeiten fördern. SPI erbringt Dienstleistungen auf 3 Gebieten: Fortbildung, Beratung und FuE. SPI ist bei der Generaldirektion Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen (GD ERT) mit der anerkannten Fähigkeit,</p>	<p>Mit dem STRESSLESS-Projekt wird ein integrierter Ansatz, einschließlich der von EU-OSHA im Hinblick auf die Hauptergebnisse empfohlenen Lösungen (Bedarfsanalysebericht; Handbuch beste Praxis, Workshop und Ratgeber für Lehrer) verfolgt. Das Projekt liefert Lehrern Wege zur Verbesserung ihres Wissens und ihrer Kompetenz. Es gibt innovative Antworten auf altbekannte und größer werdende Probleme (einschließlich des Einsatzes von Online-Netzwerken zur Unterstützung von Wandel) und hat positive Auswirkungen auf die Qualität und Effizienz des Lehrens und Ausbildens: Bekämpfung des Stressproblems in Schulen; Förderung der Gesundheit von Lehrkräften (wodurch indirekt die Stressbewältigungsstrategien von Schülern und Lehrern verbessert</p>	<p>Der antragstellenden Organisation wurde der Kommissionszuschuss bewilligt.</p> <p>26./27. Oktober 2012, Abschlusskonferenz einschließlich eines Redners vom EGBW</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

	eine Reihe von Schulungsaktivitäten durchzuführen, akkreditiert.	werden); Stärkung ihrer Unterstützungsnetzwerke und Ausstattung derselben mit den erforderlichen Instrumenten, um ihrer Rolle in den „Schulen für das 21. Jahrhundert“ gerecht werden zu können. Die Aufgabe des EGBW: assoziierter Partner; Verbreitung des Projekts und Verwertung der Ergebnisse; Teilnahme eines EGBW-Vertreterers an einer transnationalen Sitzung in Brüssel im ersten Semester 2012.	
<p>Europäisches Politiknetzwerk über Leitung schulischer Einrichtungen</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 36 Monate/48 Monate 01.01.2011 - 31.12.2013 oder 2014</p> <p>Der derzeitige Projektvertrag bezieht sich lediglich auf das erste Jahr: 27.07.2011 – 26.06.2012 Der Folgevertrag wird gerade besprochen.</p>	<p>Forschungs- und Evaluationsgruppe 'Bildung' des Instituts für angewandte und computergestützte Mathematik, Kreta</p>	<p>Das Netzwerk umfasst Akademien für die Leitung schulischer Einrichtungen, Erziehungsministerien und weitere bildungspolitische Gremien/Forschungsgremien. Das Gesamtziel des Netzwerks ist die Unterstützung einzelstaatlicher Bildungsministerien bei ihren Überlegungen zur Festlegung einer Politik in Bezug auf die Leitung schulischer Einrichtungen.</p> <p>Geplante Tätigkeiten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. zielgerichtete Diskussionen mit der Sachverständigengruppe mit dem Ziel	<p>Ein E-Lernforum wird vom 26. März bis 4. Mai 2012 gestartet und betrieben werden.</p> <p>Das zweite Treffen der Projektpartner wird am 28.-29. Juni 2012 in Frankfurt stattfinden; weitere Projektmanagementsitzungen sind in Form von Video-Konferenzen geplant.</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

		<p>der Definition von Hauptlinien, die bei den politischen Weichenstellungen thematisiert werden müssen,</p> <ol style="list-style-type: none">2. Identifizierung 'guter Praktiken' einschließlich der Probleme und Herausforderungen der Erarbeitung oder Übertragung politischer Vorgaben an die Zielgruppe,3. Peer-Learning zwischen den Bildungsministerien (mit Beteiligung sowohl des EGBW als auch der Sachverständigen) wird beim Entwurf von Politikempfehlungen erforderlich sein (einzelstaatliche und EU-Perspektiven). <p>Die Rolle des EGBW: Beteiligung an den Peer-Learning-Aktivitäten aus der Identifikations-Perspektive sowie Besprechung kritischer Faktoren im Hinblick auf die Leitung schulischer Einrichtungen und Durchsicht der Dokumentation, die aus den Netzwerkaktivitäten hervorgeht.</p>	
LehrerInnen-Ausbildung:	Respect Network	Im Mittelpunkt dieses Comenius	Der Projektvorschlag wurde



<p>Berufsqualifizierende Ausbildungsphase von Lehrern am Arbeitsplatz Projektlaufzeit: 36 Monate 01.01.2013 - 30.12.2015</p> <p>Partner:</p> <ul style="list-style-type: none">- Gazi Universty, Türkei- Demirlibahçe İlköğretim Okulu (Türkische Grundschule)- Çağribey Anadou Lisesi- Professionshøjskolen University college Sydnddanmark, Dänemark- Escola Superior de Educação do Instituto Politecnio do Port, Portugal- Jyvâskulân Yliopisto, Finnland- Jyskän Koulu, Schule in Finnland- Mâkelânmäen Koulu, Schule in Finnland- Karlsstads Universitet, Schweden- Skivedskolan, Schule in Schweden- Kronoparkskolan, Schule in Schweden <p>27 assoziierte Partner von europäischen Universitäten und</p>	<p>Foundation</p>	<p>Entwicklungsprojekte stehen Lehramtsstudierende. Dabei wird die gemeinsame Verantwortung der Lehrerbildung und Schulen für die Lehrerausbildung, die berufsqualifizierende Ausbildungsphase am Arbeitsplatz und die berufliche Weiterentwicklung hervorgehoben. Im Rahmen des Projekts:</p> <p>a) werden Merkmale für eine persönliche, soziale und berufliche Befähigung junger Lehrer und künftiger junger Lehrer (z.B. Lehramtsstudierende) identifiziert werden, indem Programme für die berufsqualifizierende Ausbildungsphase am Arbeitsplatz entwickelt und umgesetzt werden;</p> <p>b) wird die Bedeutung von Kernkompetenzen für lebenslanges Lernen junger Menschen und der Rolle von Lehrern in dieser Hinsicht durch die Organisation von europäischen kulturübergreifenden Wochen des Austausches im Rahmen der Programme für berufsqualifizierende Ausbildungsphasen am Arbeitsplatz</p>	<p>der Europäischen Kommission unterbreitet. Die Bewilligung steht noch aus.</p>
---	-------------------	---	--



<p>Lehrerbildungseinrichtungen und OAJ und EGBW</p>		<p>gefördert; c) werden die Rollen und Zuständigkeiten für Lehrerausbilder, Schulleiter und Mentoren in Programmen für berufsqualifizierende Ausbildungsphasen am Arbeitsplatz identifiziert, indem ein fünftägiger Comenius In-Service-Kurs im Rahmen beruflicher Weiterentwicklung organisiert wird; d) Bildung einer Plattform zur Diskussion der Lehrerbildung, der berufsqualifizierenden Ausbildungsphase am Arbeitsplatz und der beruflichen Weiterentwicklung durch Bereitstellung jährlicher Comenius In-Service-Kurse, internationaler und nationaler Symposien, moderner Kommunikationstechnologie und von Publikationen. Die Rolle des EGBW: Als assoziierter Partner wird das EGBW an einschlägigen Sitzungen teilnehmen, um Feedback zu Plänen für die berufliche Einführung von Lehrern in den Lehrberuf zu geben und die Projektergebnisse zu verbreiten.</p>	
--	--	--	--



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>INSPIRE Innovation bei Dienstleistungen für die Öffentlichkeit in einem sich umstrukturierenden Europa (Innovation in Services to the Public in a Restructuring Europe)</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 36 Monate 01.01.2012 - 30.12.2014</p> <p>Partner:</p> <ul style="list-style-type: none">- Forschungs- und Beratungsstelle- Arbeitswelt (FORBA)- Österreich- Westfälische Wilhelms-Universität- Münster (WWM)- Deutschland- Universidad de Cantabria (UC)- Spanien- IRES Frankreich- Vereniging Voor Christelijk HOger- Onderwijs Wetenschapp (VUA)- Niederlande- Institut für Sozialwissenschaftliche- Forschung e.V. (ISF)- Deutschland- Viesoji Istaiga Viesosios Politikosir	<p>Prof Ursula Huws, University of Hertfordshire</p>	<p>Dies ist ein Forschungsprojekt über soziale Innovation öffentlicher Dienste, bei dem insbesondere die Auswirkungen dieser Neuerungen auf Beschäftigte im öffentlichen Sektor und die Beteiligung des dritten Sektors berücksichtigt wird (kurze Einführung siehe Anlage). Bei einem der Arbeitspakete wird es insbesondere um Strategien der Erwachsenenbildung gehen, wobei dieser strategische Bereich im Lichte eines steigenden Qualifikationsbedarfs, verkürzter Wissens-Lebenszyklen und einer alternden Arbeitnehmerschaft betrachtet wird.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Als assoziierter Partner wird das EGBW Rückmeldung und Kommentare zu den entwickelten Forschungsinstrumenten und dem Projektfortschritt geben. Das EGBW wird ein Mal pro Jahr zu einem <i>Policy Stakeholder Workshop</i> eingeladen werden, der in Verbindung mit der Generalversammlung und der Abschlusskonferenz abgehalten werden wird. Das EGBW wird zudem zur</p>	<p>Der Projektvorschlag wurde der Europäischen Kommission unterbreitet. Die Bewilligung steht noch aus.</p>
--	--	--	---



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<ul style="list-style-type: none">- Vadybos Institutas (VPVI)- Litauen- Uniwersytet Warszawski (ISUW) Polen- Universita Degli Studi Di Milano (UMIL) Italien- Lappeenranta Teknillinen Yliopisto(LUT) Finnland- Katholieke Universiteit Leuven (HIVA) Belgien- Universiteit Antwerpen (UA) Belgien- Universite de Lausanne (UNIL) <p>Stakeholder -Gruppe:</p> <ul style="list-style-type: none">- EGBW- Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD)- Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP)- Europäisches Netz zur Bekämpfung von Armut (EAPN)- Europäische Lobby der Frauen (EWL):- Rat der Gemeinden und Regionen		<p>Teilnahme am Schulungsworkshop für Feldforschung eingeladen sein, an dem alle Partner, die mit Fallstudienforschung zu tun haben, teilnehmen müssen, um nicht nur die Konsistenz und Vergleichbarkeit der Fallstudien, sondern auch ihre Relevanz für die Zwecke der Strategie-Stakeholder zu gewährleisten.</p>	
---	--	---	--



<p>Europas</p> <ul style="list-style-type: none"> - Europäische Arbeitgebervereinigung für Kliniken und Gesundheitswesen - Europäische Verbraucherschutzorganisation (BEUC) - Europäische Plattform älterer Menschen (AGE) - Europäisches Patientenforum 			
<p>REINVENT (Reflecting on Innovation policy and inclusiveness in education systems) Überlegungen zu innovativer Politik und Integration in Bildungssystemen</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 36 Monate 01.01.2012 - 30.12.2014</p> <p>28 Partner: EGBW, EFEE, Europäische Elternvereinigung, Prof. Woods, Universität Innsbruck, Universität Cambridge, einige der Ministerien, die Teil des Führungsnetzwerks sind, ein Forschungszentrum in Berlin, das</p>	<p>Forschungs- und Evaluationsgruppe 'Bildung' des Instituts für angewandte und computergestützte Mathematik, Kreta</p>	<p>REINVENT gründet auf der Schnittstelle zwischen den Anforderungen für schlaues und integratives Wachstum und den Vorkehrungen für das Lernangebot für Kinder und Jugendliche mit dem Ziel, sie mit Kompetenzen, Wissen und einer entsprechenden Einstellung auszustatten, so dass sie sich ausgehend von den Grundsätzen der Gerechtigkeit, Inklusivität, Nachhaltigkeit und Kohäsion erfolgreich im Kontext einer sich wandelnden Gesellschaft bewegen können.</p> <p>Im Rahmen des Projekts soll eine EU-weite Strategie zur Förderung der Implementierung von Kernkompetenzen</p>	<p>Der Projektvorschlag wurde der Europäischen Kommission unterbreitet. Die Bewilligung steht noch aus.</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>nationale Forschungszentrum in Italien, ein Partner aus Portugal, Prof. Moos, eine Gruppe von Schulen aus der Türkei, Tempus Agentur aus Ungarn, überwiegend akademische/Forschungseinrichtungen, aber nicht ausschließlich auf diese beschränkt.</p>		<p>in der Schulbildung entwickelt werden. Die Rolle des EGBW: Als vollständiger Projektpartner nimmt das EGBW an allen Sitzungen des Konsortiums teil und ist für die Organisation einer Stakeholder-Konferenz in der zweiten Hälfte der Projektlaufzeit zuständig.</p>	
<p>Umsetzung der multisektoralen Richtlinie zur Eindämmung der Gewalt durch Dritte</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.12.2010 - 31.11.2011</p> <p><u>Partner:</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD)- UNI EUROPA, Europäischer Gewerkschaftsverband für Dienstleistungen und Kommunikation- EGBW- HOSPEEM, Europäische Arbeitgebervereinigung für	<p>Eurocommerce (die europäische Arbeitgeberorganisation im Einzel-, Groß- und Außenhandel)</p>	<p>Ziel dieses Projekts ist die Umsetzung der multisektoralen Richtlinien zur Eindämmung der Gewalt durch Dritte, die in einem vorhergegangenen Projekt entwickelt wurden. Dieses Projekt umfasst drei Phasen: 1) Engagement für und Verbreitung der Richtlinien, 2) Sensibilisierung und 3) Überwachung und Nachverfolgung.</p> <p>Die Rolle des EGBW: vollumfängliche Partnerschaft, Mitglied der Lenkungsgruppe.</p>	<p>Der antragstellenden Organisation wurde der Kommissionszuschuss bewilligt.</p> <p>Anstehende Veranstaltungen: 3 Workshops (jeweils 60 TeilnehmerInnen - 6 vom EGBW):</p> <ol style="list-style-type: none">1. Workshop: 9. Mai 2011 in London für: UK, IE, SE, FIN, TR, BG, DK, LT, LV, EE;2. Workshop: am 14. Juni 2011 in Rom für: ES, IT, CY, MT, PT, RO, EL;3. Workshop am 6. September 2011 in Prag für BE, FR, LUX, RO, HU,



EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>Kliniken und Gesundheitswesen</p> <ul style="list-style-type: none">- CEMR, Rat der Gemeinden und Regionen Europas- EFEE, Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen- EUROCOMMERCE,- COESS, Zusammenschluss der europäischen Wach- und Sicherheitsdienste			<p>DE, AU, CZ, SK, SL; Abschlusskonferenz am 27. Oktober 2011 in Warschau (100 TeilnehmerInnen)</p>
<p>Leitung und Verwaltung schulischer Einrichtungen als Instrument zur Verbesserung der schulischen Ergebnisse der Schüler und für deren Vorbereitung auf lebenslanges Lernen</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.10.2010 - 01.10.2011</p>	<p>EFEE, Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen</p>	<p>Dieses Projekt wird eine vergleichende Studie der unterschiedlichen Ansätze für die Leitung und Verwaltung von Schulen in den verschiedenen EU- und Beitrittsländern sein.</p> <p>Das EGBW sagte seine Teilnahme an der Abschlusskonferenz des Projekts in Dublin im Oktober 2011 zu.</p>	<p>Abschlusskonferenz 18. - 19. Oktober 2011, Dublin.</p>
<p>Wandel im öffentlichen Dienst: Foren für die Verbesserung der Expertise auf dem Gebiet der Umstrukturierungen</p> <p><u>Projektlaufzeit:</u> 12 Monate 01.12.2010 - 31.01.2012</p> <p><u>Partner:</u></p>	<p>CEEP - Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft</p>	<p>Gesamtziel:</p> <ul style="list-style-type: none">- Förderung von Expertise, Austausch von Information und guten Praktiken unter öffentlichen Dienstleistungsanbietern- Entwicklung von Instrumenten für eine verbesserte Antizipation und eine bessere Bewältigung des	<p>Sitzung des Lenkungsausschusses am 29. September 2011</p> <p>Gemeinsames Seminar (2 beteiligte Sektoren) im Winter 2011</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<ul style="list-style-type: none"> - Services Eurelectric – Gewerkschaft der Elektrizitätswirtschaft - HOSPEEM, Europäische Arbeitgebervereinigung für Kliniken und Gesundheitswesen - CEMR - Rat der Gemeinden und Regionen Europas - EFEE - Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen - PostEurop – Gewerkschaft der öffentlichen Postdienstbetreiber - EGBW - EGB - Europäischer Gewerkschaftsbund 		<p>Wandels</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung einer Partnerschaft, um diese Angelegenheiten künftig besser bewältigen zu können. <p>Im Rahmen des Projekts werden neue Initiativen für öffentliche Dienste (Auswertung von Informationsquellen) erforscht und der Austausch von Informationen und guten Praktiken unter den am Projekt beteiligten Sozialpartnern gefördert (gemeinsame Seminare, jeweils 2).</p>	
<p>Leitung und Verwaltung schulischer Einrichtungen als Instrumente zur Verbesserung der schulischen Ergebnisse der Schüler und für deren Vorbereitung auf lebenslanges Lernen</p> <p>Projektlaufzeit: 12 Monate 01.10.2010 - 01.10.2011</p>	<p>EFEE, Europäischer Dachverband der Arbeitgeber im Bildungswesen</p>	<p>Dieses Projekt wird eine vergleichende Studie der unterschiedlichen Ansätze für Leitung und Verwaltung von Schulen in den verschiedenen EU- und Beitrittsländern sein.</p> <p>Das EGBW sagte seine Teilnahme an der Abschlusskonferenz des Projekts in Dublin im Oktober 2011 zu.</p>	<p>Der antragstellenden Organisation wurde der Kommissionszuschuss bewilligt.</p>
<p>Die europäische Jugendtagung 2010 – Bekämpfung von Armut und sozialem Ausschluss</p>	<p>Die gesetzgebende Versammlung der Region Emilia-Romagna</p>	<p>Die 6. Durchführung dieser Jugendveranstaltung wird vom 24.-27. November 2010 stattfinden und wurde</p>	<p>Konferenz: 24. - 27. November 2010</p>



EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

		<p>von der GD Beschäftigung, Soziales, Chancengleichheit der EU-Kommission als eine der wichtigsten kulturellen Veranstaltungen anerkannt.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Partner bei der europäischen Jugendtagung 2010 und Beiträge bei den Veranstaltungen vom 24. - 27. November 2010.</p>	
<p>„Stärkung der Gewerkschaftsverhandlungskultur in der Bildung“</p> <p>Projektlaufzeit: ein Jahr vom 1.12.09 bis 30.11.10.</p>	<p>FLC-CGIL (IT)- Der Verband der Wissensarbeiter</p>	<p>Gesamtziel des Projekts ist die Erzielung einer besseren Handlungseffizienz für Bildungsgewerkschaften in Anbetracht der sich wandelnden Steuerung (Governance) der Bildungssysteme.</p> <p>Die Rolle des EGBW: Mitglied des Lenkungsausschusses, Überwachung des Ablaufs und zentraler Ansprechpartner</p>	<p>Abschlusskonferenz: Rom, 25. - 26. Oktober</p>



12.10 EGBW-Arbeitsprogramms 2010-2012

Entwurf eines gemeinsamen EGBW-Arbeitsprogramms 2010-2012

Dieses Arbeitsprogramm ersetzt die getrennten BIE- und EGBW-Programme und stellt eine konsolidierte und koordinierte Fassung dar. Es umfasst allgemeine europäische sowie auch EU-spezifische Angelegenheiten, die im kommenden Zeitraum zu verfolgen sind. Weitere Tätigkeiten in Form von Sitzungen, Projekten usw. werden für beide gemeinsam aufgeführt, was zeigt, dass soweit möglich alle Gewerkschaften in Europa einbezogen werden.

Allgemeine europäische Angelegenheiten

EU-spezifische Angelegenheiten

BILDUNGSPOLITIK

ALLGEMEINE BILDUNG UND QUALITÄT IN DER BILDUNG / DER EU-2020-PROZESS

Aufmerksames Verfolgen der Arbeit des Europarats und der EU-Institutionen im Bereich der Bildungspolitik der Beitrittsländer und Nicht-EU-Länder.

Aufmerksames Verfolgen der Arbeit der EU-Institutionen und EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Bildungspolitik. Verfolgen von und Einflussnahme auf alle einschlägigen EU-Mitteilungen und Konsultationen.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

<p>Nachverfolgen der Entwicklung im Bereich der Erweiterung und insbesondere des Unterstützungsbedarfs von Ländern, die sich der EU annähern. Aufmerksame Verfolgen der bildungspolitischen Aspekte der europäischen Nachbarschaftspolitik und der Union der Mittelmeeranrainerstaaten.</p>	<p>Fortführung des Überwachens, Verfolgens und Beteiligens an der Umsetzung der EU 2020-Strategie und der 2020-Strategie für allgemeine und berufliche Bildung und Reaktion auf die Initiativen der Europäischen Kommission im Hinblick auf den Schutz der Bildung als öffentliches Gut mit freiem Zugang und hochwertigen Lehrern.</p> <ul style="list-style-type: none">• Optimierung der Einflussnahme auf „Allgemeine und berufliche Bildung 2020 (E&T 2020)“ und Arbeit im Hinblick auf dauerhafte einzelstaatliche Nachverfolgensstrukturen.• Fortführung der Vertretung in der „Koordinierungsgruppe für E&T 2020“ (ETCG).• Fortführung der Arbeit der Beratungsgruppe „Bildung“ bei der Überwachung von Initiativen in Bezug auf den E&T 2020-Prozess.• Nachverfolgen von und Einflussnahme auf die Arbeit der Kommission durch Vertretung in den Arbeitsgruppen der offenen Koordinierungsmethode.• Förderung der Beteiligung an den einmaligen kollegialen Lern- und/oder Studienbesuchen, die im Rahmen von E&T 2020 auf einzelstaatlicher Ebene organisiert werden.
<p>Überwachen der Arbeit der UNESCO und deren Auswirkungen auf das Bildungswesen in Europa sowie auch deren Arbeit, Umfragen in Verbindung mit Lehrern.</p>	<p>Verfolgen der EU-Entwicklungen auf dem Gebiet der Lernmobilität. Weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Kommissionspolitik durch Vertretung in der Arbeitsgruppe des LLP-Ausschusses</p>
<p>Verfolgen der Arbeit der OECD im Bildungsbereich und Ausarbeitung von Antworten auf OECD-Umfragen und -Berichte.</p>	<p>Weiteres Vorgehen im Hinblick auf die EU-Publikationen: EURYDICE, CEDEFOP, ETF</p>
<p>Überwachung der Umsetzung der PISA-Studie und Versuch, auf ihr Format und ihre Auswirkungen für Lehrer Einfluss zu nehmen.</p>	<p>Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem EGB im Bereich der Ausarbeitung/Verfolgen einer LLL-Politik</p>



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

	Nach Möglichkeiten für eine Beteiligung des EGBW an Sachverständigengruppen für künftige Indikatoren, wie etwa 'Lernen wie man lernt', 'Beschäftigungsfähigkeit' und 'Mobilität' suchen. Eine Beteiligung an der Sachverständigengruppe für den Indikator 'Lernen, wie man lernt' anstreben.
	Überwachung der Arbeit von und Prüfung der Möglichkeiten für Kontakte zur neuen Europäischen Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung.
	Nachverfolgen der Entwicklungen im Bereich der Lesekompetenz. Anstreben einer Beteiligung an der neuen hochrangigen Sachverständigengruppe für Lesekompetenz der Kommission.
	Bereitstellung einer Bildungspolitik im sozialen Dialog der EU
	Nachverfolgen neuer EU-Strategiepapiere: <ul style="list-style-type: none">• Mitteilung der Kommission über eine Initiative zu neuen Kompetenzen• Empfehlung zur Förderung und Validierung informellen und nicht formalen Lernens• Mitteilung und ein Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für politische Strategien zur Bekämpfung von frühzeitigem Schulabbruch, 2011• Mitteilung der Kommission über Chancengleichheit in Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Unterstützung des integrativen Wachstums in Europa, 2011• Schlussfolgerung des Rates zur Rolle allgemeiner und beruflicher Bildung im EU 2020-Prozess
	Follow-up zur EU-Politik auf dem Gebiet der Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Förderung der damit verbundenen EGBW-Politik innerhalb der Arbeitsgruppe des europäischen sektoralen Sozialdialogs für Qualität in der Bildung



Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Vertretung beim TUAC
- Sitzungen der Beratungsgruppe für Bildung
- Erkundung von Möglichkeiten für die Entwicklung eines EU-Projekts über öffentliche/private Bildung zusammen mit EFEE (2012)
- Teilnahme an Veranstaltungen von Kommission und EU-Vorsitz
- Vertretung im LLP-Ausschuss der Kommission
- Vertretung beim Europarat

KRISE, PRIVATISIERUNG, EINFLUSS VON UNTERNEHMEN

Kampagne gegen die Privatisierung von Bildung und Sammeln spezifischer Daten und Fallstudien über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Bildungssektor für Lehrer und Schüler/Studenten.

Kampagne gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Bildungswesen.

Verknüpfung mit der globalen Arbeit und Einflussnahme auf das Ergebnis der Arbeit der mit der globalen Bildung befassten G20-Gruppe

Einflussnahme auf die Position der EU und der Mitgliedstaaten bezüglich der Arbeit in der G8 und G20.

Verknüpfung mit der internationalen Arbeit und Einflussnahme auf das Ergebnis der Arbeit der WTO auf dem Gebiet der globalen Bildung

Forschungsarbeit, Beteiligung an und Einflussnahme auf die Initiativen der Kommission im Bereich Erziehung zu Unternehmertum und Kreativität

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Prüfung der Möglichkeiten einer Entwicklung eines EU-Projekts über öffentliche/private Bildung zusammen mit dem EFEE (2012)
- Antrag auf ein neues Kommissionsprojekt über den Beitrag der Bildung zu EU 2020 in einem Umfeld nach der Krise zusammen mit EFEE (2011)
- Antrag auf ein neues Kommissionsprojekt über die Arbeitsbedingungen von Lehrern - einschließlich einer Aktualisierung der Umfrage zum Arbeitsentgelt von Lehrern (2011)
- Vertretung bei 2-3 Unternehmensforen und Workshops der Kommission
- Fortsetzung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Richtlinien für Gewalt durch Dritte in einem sektorübergreifenden Projekt (2011-12)
- Fortsetzung der Lobbyarbeit bei EU-Kommission und beim Europäischen Rat, um Einfluss auf EU-Positionen zugunsten von öffentlichen Investitionen in Bildung und gegen Privatisierung im Rahmen bei den G8- und G20-Gipfeln und den WTO-Tagungen auszuüben.



FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Aktualisierung der EGBW-Politik auf dem Gebiet der frühkindlichen Bildung (FkB) in der FkB-Taskforce und Förderung der neuen europäischen Politik auf dem Gebiet der FkB durch Publikationen und Sitzungen.	Verfolgen der Arbeit der GD Bildung und Kultur auf dem Gebiet der FkB-Pädagogen und Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung der Studie über Kernkompetenzen für FkB-Beschäftigte durch NESSE.
Durchführung weiterer Studien über Organisation und Finanzierung von FkB in Mittel- und Osteuropa.	Überwachung des Starts erwarteter künftiger Initiativen zum frühen Spracherwerb und versuchen, durch Vertretung in der FBBE-Arbeitsgruppe der offenen Koordinierungsmethode Einfluss auszuüben: Früher Spracherwerb.
	Follow-up zur Kommissionsmitteilung über frühkindliche Bildung (2011)
Follow-up zu den EU-Publikationen über FkB: ETF (Europäische Stiftung für Berufsbildung)	Follow-up zu den EU-Publikationen: EURYDICE, CEDEFOP, ETF, Bericht mit Schlüsselzahlen: Lehrer und Schulleiter (Ende 2011)

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Sitzungen der Europäischen FkB-Taskforce und ein EGBW-Seminar über FkB
- Organisation eines Seminars / einer Konferenz (Herbst 2011 / Frühjahr 2012) über FkB in Europa

BERUFSBILDUNG

Erneuerung des EGBW-Strategiepapiers zu Berufsbildung, das eine umfassende Antwort auf die Entwicklung der Berufsbildung gibt. Bildung einer Arbeitsgruppe.	
Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem EGB im Hinblick auf die Vertretung beim CEDEFOP, beim Beratenden Ausschuss für Berufsbildung (ACVT) und beim Beratenden Ausschuss für den EQF. Nachverfolgen und Überwachung von Entwicklungen im Bereich EQF und NQF.	
Durchführung einer Studie über die zentralen Punkte in Bezug auf die Anerkennung von Lehrbefähigungen im Bereich der Berufsbildung, Integration von Berufsbildung und allgemeiner Bildung, Vergleichbarkeit von Berufsbildungsqualifikationen mit allgemeinen Bildungsqualifikationen, Anerkennung vorhergehender Erfahrung und Qualifikationen im Bereich der	In unserer Eigenschaft als Sozialpartner Überwachung und Beteiligung am Kopenhagen-Prozess, der Teil des 2020-Prozesses ist, und Follow-up zum Bordeaux-Kommuniqué.



Berufsbildung.	
	Verfolgen von und Information über die Forschungstätigkeit der EU-Kommission und die Ausarbeitung anleitender Materialien, mit denen darauf abgezielt wird, die nationalen Systeme in Beziehung zum EQF und zum Bolgogna-Rahmen zu setzen.
	Nachverfolgen der Umsetzung des ECVET auf einzelstaatlicher Ebene.
	Überwachung der und Information über die Ausarbeitung von Leitlinien zur Validierung nicht formalen und informellen Lernens.
	Ausarbeitung einer Politik zur Qualitätssicherung im Bereich der Berufsbildung als Nachverfolgungsmaßnahme zur Annahme des EQARF für die Berufsbildung.
	Nachverfolgen der Ergebnisse der Arbeit der Arbeitsgruppe „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ im Bereich der Verbesserung der Qualifikationen und der Vorhersage des Qualifikationsbedarfs und versuchen, Einfluss in der einmaligen Peer Learning-Aktivität (kollegiale Lernaktivität), die organisiert werden soll, auszuüben.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Durchführung einer Studie über die Kernanliegen in Bezug auf die Anerkennung von Lehrbefähigungen in der Berufsbildung (Herbst 2011/Frühjahr 2012)
- Durchführung einer Studie zur Finanzierung der Berufsbildung und insbesondere über die zunehmende Beteiligung privater Berufsbildungsanbieter (2012)
- Nach Möglichkeiten suchen und mit Mitgliedsorganisationen Ideen für ein neues Projekt für die berufliche Entwicklung von Berufsausbildern zusammen mit EFEE (2012)
- Organisation eines Seminars über Berufsbildung: „Berufsbildung im lebenslangen Lernen - die Rolle der Lehrgewerkschaften“ (2011)



HOCHSCHULBILDUNG UND FORSCHUNG

Bologna (BFUG) – Beteiligung an der Bologna-Follow-Up-Gruppe, an damit verbundenen Untergruppen und an Seminaren und Konferenzen (einschließlich an den Ministerkonferenzen in Bukarest im Jahr 2012).	
Gegebenenfalls Organisation von Tätigkeiten, Durchführung einer Umfrage über die Entwicklung der Lehrerausbildung im Rahmen der Reformen des Bologna-Prozesses.	
Sitzungen des 'ständigen Ausschusses für Hochschulbildung und Forschung'	
Beteiligung an einschlägigen und geeigneten Tätigkeiten mit der ESU.	Fortführung der Überwachung und Einflussnahme auf EU-Politiken im Bereich der Hochschulbildung und Forschung im Verlauf des 2020-Prozesses.
	Verfolgen von und Einflussnahme auf die Kommission im Hinblick auf EU-Aspekte des Bologna-Prozesses.
	Fortführung des Verfolgens von und Einflussnahme auf alle einschlägigen EU-Mitteilungen und Konsultationen.
	Fortführung der Vertretung in der Arbeitsgruppe der offenen Koordinierungsmethode der Kommission für die Modernisierung der Hochschulbildung.
	Stärkung der Hochschulbildung innerhalb des Prozesses „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ und Fortführung der Zusammenarbeit mit Partnern in dem Prozess.
	Überwachung und Bewertung von Entwicklungen im Europäischen Technologieinstitut.
	Agenda für Hochschulbildung in der EU.



Follow-up zu den EU-Strategiepapieren:

- Mitteilung über „Modernisierung der Hochschulbildung“, 3. Quartal, 2011
- Mitteilung über „Partnerschaften in Forschung und Innovation“
- Mitteilung über „Entwicklung von Arbeitsmarktintelligenz und Steuerung von Kompetenzen“: hin zu einem EU-Kompetenzen-Audit“; • Rahmenrichtlinie über den „europäischen Forschungsraum“ im Jahr 2012

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Ständiger Ausschuss (HERSC) – Einberufung von zwei Sitzungen pro Jahr
- Organisation einer Sitzung für Hochschulbildung und Forschung vor der EGBW-Konferenz im Jahr 2012
- Fortführung der Arbeit der Arbeitsgruppe „Hochschulbildung“ des sozialen Dialogs

HANDEL UND BILDUNG

Verfolgen der Entwicklungen auf EU-Ebene im Hinblick auf die Dienstleistungsrichtlinie

Verknüpfung mit der globalen Arbeit und Fortführung der Kampagne gegen GATS

Aufmerksame Verfolgen der Auswirkungen des neuen Abkommens in Bezug auf Entwicklungen beim GATS. Fortführung des Verfolgens einschlägiger Sitzungen bei der GD Handel

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Organisation von Lobbytätigkeiten bei europäischen Regierungen



LEBENSLANGES LERNEN

Unterstützung der Umsetzung der 'nationalen Strategien für lebenslanges Lernen' in Europa im Lichte der künftigen Wissensgesellschaft, z.B. durch europaweite Förderung und Umsetzung der im Rahmen des EGBW-Projekts für 'transregionale Zusammenarbeit zwischen Bildungsvertretern auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens' erstellten 'Leitlinien für lebenslanges Lernen'.

Nachverfolgen der Umfrage über lebenslanges Lernen und Umsetzung der Strategien in Europa	Aufmerksame Verfolgen der Planung einer neuen Generation von EU-Programmen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung nach 2013.
	Erzielung einer Vereinbarung mit dem EGB über die Arbeit im Bereich der einzelnen LLL-Angelegenheiten und Vertretung des EGB.
	Förderung des lebenslangen Lernens unter Gewerkschaften und auf einzelstaatlicher Ebene unter Verwendung der 'gemeinsamen Leitlinien zur transregionalen Zusammenarbeit für die Umsetzung der nationalen Strategien für lebenslanges Lernen'.
	Förderung der Bildung einzelstaatlicher Nachverfolgensstrukturen in Mitgliedstaaten und der Beteiligung von Mitgliedsorganisationen.
	Weitere Recherche und Forschung bezüglich der Umsetzung der 'nationalen Strategien für lebenslanges Lernen' (LLS) und der Einbeziehung von Lehrgewerkschaften in diesen Prozess.
	Ausloten der Möglichkeiten, die für lebenslange Berufsberatung auf EU-Ebene vorhanden sind und Beteiligung an der Arbeit des künftigen thematischen Netzwerks 'lebenslange Berufsberatung' der Kommission.
	Fortsetzung der Arbeit zum 'Aktionsrahmen für die lebenslange Entwicklung von Kompetenzen und Qualifikationen' in Bezug auf einen sektoralen Dialog Bildung.



Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Einbeziehung von LLL in ein Bildungsseminar für nationale Gewerkschaften

LEHRERBILDUNG UND QUALIFIKATIONEN

Verfolgen und Überwachen der Debatte über Lehrerbildung insbesondere bei der OECD und auf einschlägigen internationalen Foren.

Monitoring künftiger EU-Initiativen zur beruflichen Entwicklung von Lehrern und Ausbildern und insbesondere von politischen Richtlinien für die berufsqualifizierende Ausbildungsphase am Arbeitsplatz für Lehrkräfte, Auswahl von KandidatInnen für die Lehrerausbildung und neue Wege in den Lehrberuf.

	NachVerfolgen der Verbreitung und Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers zur Lehrerbildung in Europa.
	Fortführung der Vertretung in den Arbeitsgruppen der offenen Koordinierungsmethode.
	Förderung der EGBW-Politik auf dem Gebiet der Lehrerbildung im sektoralen sozialen Dialog.
	NachVerfolgen der Revision der Gesetzgebung zu den Berufsqualifikationen 2011-2012.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Erstellung eines Projekts für ein europäisches Lehrerbildungsinstitut und Vorschlag bei Kommission/ Parlament. Bildung einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedsorganisationen und relevanten Institutionen (2012)
- Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten für ein Projekt für Lehrerbildung und Mobilität in Europa (2012)
- Ausloten der Möglichkeiten für die Bildung eines EU-Skills Councils für den Bildungssektor mit EFEE, GD EAC und GD EMPL (2011)



NEUE TECHNOLOGIEN UND FERNUNTERRICHT

Herstellung einer Verbindung zur globalen Arbeit und Einbeziehung von Erfahrungen aus dem breiter gefassten Europa sowie auch aus anderen Teilen der Welt.	Überwachung und NachVerfolgen dazu, wie die ELFE 2-Empfehlungen von den Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene umgesetzt werden.
	Erkundung und Verfolgen der EU-Initiativen die mit der Verbesserung des Potenzials von IKT als Mittel zur Ermöglichung lebenslangen Lernens zusammenhängen, mit dem Ziel, eine digitale Kluft zu verhindern und die elektronische Inklusion im Lichte der digitalen Agenda für Europa zu gewährleisten.
	Fortführung von Recherche, Überwachung und Information zur Studie darüber, wie Fertigkeiten und Kompetenzen durch IKT unterstützt werden.
	Fortführung der EGBW-Vertretung in den Foren und Gruppen verschiedener Interessenvertreter und der EU-Kommission im Bereich der IKT-Bildung, der digitalen Kompetenzen usw.

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

- Ausloten von Finanzierungsmöglichkeiten für ein neues Projekt für IKT in der Bildung, mit dem in erster Linie Lehrerbildung und berufliche Entwicklung in Verbindung mit dem Erwerb digitaler Kompetenz und dem Einsatz von IKT im Lehr- und Lernprozess untersucht werden. Das Projekt sollte auf die Förderung der sozialen Inklusion jener Schüler, bei denen die Gefahr des Ausschlusses besteht, ausgerichtet sein, z.B. jene, bei denen die Gefahr eines frühzeitigen Schulabbruchs besteht, Mädchen aus Gruppen von Minderheiten usw. Zudem soll untersucht werden, wie der Einsatz von IKT beim Lehren und Lernen dazu beiträgt, sie motiviert wieder in die Schule zu gehen. Dies beinhaltet die Identifizierung der Praktiken nationaler Lehrgewerkschaften im Hinblick auf den Einsatz von IKT in der Bildung und deren mögliche Übertragbarkeit auf andere Länder (2011)



LEHRER: VERWALTUNG, ARBEITSBEDINGUNGEN, SOZIALSCHUTZ, GESUNDHEIT UND SICHERHEIT

Durchführung einer Studie über und Verfolgen der Entwicklungen auf dem Gebiet der Leitung schulischer Einrichtungen in Europa. Ausarbeitung einer EGBW-Politik für die Leitung schulischer Einrichtungen sowie einer Umsetzungsstrategie. Durchführung einer Studie über und Verfolgen der Entwicklungen auf dem Gebiet der Leitung schulischer Einrichtungen in Europa.	
Durchführung einer Umfrage zur Leitung schulischer Einrichtungen, um ein Mapping der Schulleitungsstrategien, Anliegen und Herausforderungen in Europa durchzuführen	Beeinflussung des neuen EU-Politikentwicklungsnetzwerks über die Leitung schulischer Einrichtungen sowie auch der Entwicklungspolitik für die Leitung schulischer Einrichtungen der Kommission
Fortführung und Belegung der EGBW-Website für Gesundheit und Arbeitsschutz, um auch Anliegen, wie arbeitsbedingten Stress, Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz aufzunehmen.	Verfolgen der Entwicklungen in der EU-Gesetzgebung zu: <ul style="list-style-type: none">• Arbeitszeit • Lohngleichheit• Elternurlaub• Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen• Chancengleichheit von Männern und Frauen• Vereinbarung von Familien-/Arbeitsleben
	Erörterung der Anliegen Stress, Gewalt und Belästigung mit dem EFEE im sektoralen Sozialdialogs Ausschuss wie im vereinbarten Arbeitsprogramm vorgesehen
	Verfolgen und Fortführung der Umsetzung des überarbeiteten EGBW-Aktionsplans zu arbeitsbedingtem Stress in der europaweiten COPSOQ-Studie über arbeitsbedingten Stress von Lehrern in 500 Schulen.
	Verfolgen und Follow-up der Umsetzung des aktualisierten EGBW-Aktionsplans für Gewalt und Belästigung an Schulen, der neue Gefahren, wie etwa Cyber-Mobbing, beinhaltet.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

	Fortführung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Umsetzung der Richtlinien für Gewalt durch Dritte im Rahmen eines sektorübergreifenden Projekts
	Recherche und Bericht über die konkreten Beziehungen zwischen beruflicher Laufbahnentwicklung und leistungsorientierten Vergütungssystemen in der EU. Ausarbeitung der politischen Position des EGBW.
	Verfolgen von und Einflussnahme auf den neuen „europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden“ 2011-2020
	Ausweitung der Partnerschaft mit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz im Rahmen der „Kampagne für gesunde Arbeitsplätze“ und von künftigen Kampagnen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
	Fortführung der EGBW-Website für Sicherheit und Gesundheitsschutz
Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen: <ul style="list-style-type: none">• Sitzungen der Arbeitsgruppe für die Leitung schulischer Einrichtungen• Organisation eines Seminars über die Leitung schulischer Einrichtungen (2012) - Durchführung einer Studie über Schulleitung (2011)• Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für ein Projekt über die Leitung von Schulen zur Förderung pädagogischer Führung und Teamleitung, Persönlichkeitsentwicklung und Unterstützung von Führungskräften, einschließlich Peer-Learning (2012)• Fortführung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz• Durchführung einer Umfrage zu Sozialschutzvorkehrungen und zusätzlichen	<ul style="list-style-type: none">• Antrag bei der Kommission auf ein gemeinsames EGBW/EFEE-Projekt über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise (2011)• Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für ein Projekt über die Umsetzung der Richtlinien für Gewalt durch Dritte im Bildungssektor in Europa (2011-12)



Tätigkeiten der Mitgliedsorganisationen / Vorkehrungen (z.B. Gruppenversicherungen) für Lehrer in der EU und dem breiter gefassten Europa in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen (2012)

- Unterstützung von Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Verhandlungen/Konflikte mit Regierungen/Arbeitgebern falls gewünscht.
- Fortsetzung der Vertretung in EGB-Arbeitsgruppen.

GLEICHSTELLUNGSFRAGEN

Überwachung

- der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans für Geschlechtergleichstellung und Recherche im Bereich der Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben.
- der Umsetzung der Lohngleichheit in Europa.
- und versuchen, Einfluss auf die Annahme gesetzlicher Rahmen durch einzelstaatliche Regierungen in Europa zur Förderung der Gleichheit in der Gesellschaft zu nehmen.
- der Wirksamkeit der Bestimmungen für die Vertretung von Frauen in den paneuropäischen Strukturen.

Befürwortung von Konjunkturprogrammen für Investition in Menschen und in soziale Infrastrukturen, durch die die Gleichstellung und das Empowerment von Frauen unterstützt werden.

Fortführung von Verfolgen und Lobbyarbeit bei der Europäischen Kommission in Bezug auf Nichtdiskriminierungsangelegenheiten und versuchen, Einfluss auf deren Arbeit zu nehmen, indem nach dem Vorbild der Mapping-Studie über gewerkschaftliche Antidiskriminierungs-Praktiken vorgegangen wird.

Bildung und Aufrechterhaltung des elektronischen Frauennetzwerks (ehemaliges PEWN) für weibliche Vertreterinnen in Mitgliedsorganisationen.

Überwachung

- künftiger Entwicklungen in Bezug auf den Vorschlag einer Richtlinie über Antidiskriminierung über die Beschäftigung hinaus sowie einer Mutterschaftsurlaubsrichtlinie und Information der Mitgliedsorganisationen



EGBW- Europäische Region der Bildungsinternationalen
2012 Regionalkonferenz



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

	<ul style="list-style-type: none"> • und Information über Entwicklungen auf EU-Ebene auf dem Gebiet der Bildungschancen für MigrantInnen, benachteiligte Kinder und Kinder ethnischer Minderheiten. • und Einflussnahme auf die Entwicklung einer neuen europäischen Agenda für Integration. <p>künftige Entwicklungen auf EU-Ebene im Hinblick auf eine Gesundheits- und Sicherheitspolitik bezüglich Gender Mainstreaming</p>
Organisation von Tätigkeiten mit Schwerpunkt auf den Rechten von Minderheiten und NachVerfolgen des europäischen Seminars für LGBT-Angelegenheiten in Europa	<p>Follow-up</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Mitteilung der Kommission und des Arbeitspapiers der Kommissionsdienststellen zur Strategie für die Gleichstellung von Mann und Frau 2010-15 • und Einflussnahme auf die Roma-Taskforce des EWSA in Bezug auf den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma • „Neue europäische Integrationsagenda“ für die religiösen und kulturellen Rechte von MigrantInnen
Auseinandersetzung mit den einschlägigen Problemen, mit denen die Kinder mit Migrationshintergrund konfrontiert sind.	<p>Fortführung</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Umsetzung des EGBW-Strategiepapiers über Antidiskriminierung • der Vertretung bei der Grundrechteplattform der EU-Agentur für Grundrechte
Sammeln und Verbreiten der von Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Geschlechterstereotypen im Bildungswesen gemeldeten guten Beispiele.	Aufbau von Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten „Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen“
Erleichterung der Weiterentwicklung unabhängiger demokratischer Lehrgewerkschaften in Mittel- und Osteuropa, indem nach Rücksprache mit Mitgliedsorganisationen geeignete Schulungsprogramme auf den Weg gebracht werden.	Fortsetzung der Zusammenarbeit in Fragen der Inklusion mit dem EGB



Förderung des Ziels „Bildung für alle“ (UNESCO) in Europa	
Stärkere Schwerpunktlegung auf Gewalt gegen Frauen bei der Arbeit im Bereich Menschen- und Gewerkschaftsrechte durch formellen Protest, Einsatz internationaler Monitoring-Mechanismen und dadurch, dass versucht wird, eine bessere Einhaltung der internationalen Standards zu erreichen.	
Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen: <ul style="list-style-type: none">• Veranstaltung einer jährlichen Sitzung des EGBW-Gleichstellungsausschusses• Organisation einer Sitzung des EGBW-Ausschusses für den Status von Frauen für die weiblichen Mitglieder des Regionalausschusses/Vorstands vor jeder Sitzung dieser Gremien• Veranstaltung von Sitzungen der Arbeitsgruppe für Gleichstellung• Abhaltung einer Gleichstellungssitzung vor der Konferenz/Generalversammlung im Jahr 2012• Vorbereitung einer Studie über Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz ausgehend von den von Mitgliedsorganisationen bereitgestellten Informationen und Daten (2009 Empfehlung) 2012• Prüfung neuer Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung eines neuen Projekts über nichtdiskriminierende hochwertige Bildung für Kinder von Roma, einschließlich eines Seminars über EU und Minderheiten (2011)• Prüfung von Möglichkeiten für einen neuen Projektantrag für die unterstützende Begleitung der Umsetzung des EGBW-Aktionsplans für Geschlechtergleichstellung. (2011)	
SOZIALER DIALOG	
	Mit EFEE arbeiten/verhandeln über mögliche Vereinbarungen, gemeinsame Texte, Instrumente und gemeinsame Projekte zur Unterstützung des EGBW-Arbeitsprogramms innerhalb des ESSDE



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Förderung des sozialen Dialogs Bildung auf einzelstaatlicher Ebene, Unterstützung der EGBW-Mitgliedsorganisationen im Hinblick auf ihre Bemühungen im Bereich sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen auf einzelstaatlicher Ebene	Förderung der einschlägigen EGBW-Strategien in den ESSDE-Arbeitsgruppen: - AG1 : Qualität in der Bildung - AG2 : Die demografischen Herausforderungen - AG3: Hochschulbildung und Forschung
Verfolgen der Entwicklungen im Bereich Arbeitsbeziehungen in der Bildung auf einzelstaatlicher Ebene	Veröffentlichung und Verbreitung der beiden Ergebnisse der 2. ESSDE-Plenarsitzung: - Gemeinsame Erklärung zu Investitionen in die Zukunft - Gemeinsame Leitlinien zu LLL
Aufmerksames Verfolgen der Entwicklungen der Arbeitsbeziehungen in anderen Sektoren und sektorübergreifend auf EU-Ebene durch das EGBW und das Verbindungsforum der EU-Kommission	
<p>Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ESSDE: Plenarsitzungen, Arbeitsgruppensitzungen, Sitzungen des Lenkungsausschusses • EU-Institutionen und Vorsitze: Verbindungsforum; sozialer Dialog und Sitzungen und Konferenzen zu den Arbeitsbeziehungen • Prüfung der Möglichkeiten für ein neues gemeinsames Projekt mit dem EFEE über den Beitrag der Bildung zu EU 2020 in einem Umfeld nach der Krise (2011) • Beteiligung am multisektoralen Projekt zur Umsetzung der multisektoralen Instrumente für Gewalt durch Dritte (im Verlauf 2011-12) 	
LEHRERMObILITÄT	
Fortführung der Arbeit auf dem Gebiet der Lehrermobilität in allen Bildungsbereichen zur Erlangung von Kompetenzen, durch Gewährleistung der Anerkennung der Qualifikationen und des Berufs	
	Weiterverfolgen der Frage, wie die nationalen Qualifikationsrahmen (NQF) künftig in Bezug zu den Europäischen Qualifikationsrahmen der EU (EQF) gesetzt werden.



	Monitoring der Ergebnisse des Grünbuchs der Kommission über Lernmobilität und deren Auswirkung auf die Mobilität von Lehrkräften und Lehramtsstudierenden.
	Weiterverfolgen der Umsetzung von EUROPASS.
	Weiterverfolgen und Bewertung der Auswirkung der Richtlinie über berufliche Qualifikationen. Vertretung in der Gruppe für die berufliche Qualifikationskarte, ESCO-Taxonomiegruppe, zur Verfolgung von Europass.
	Follow-up: Empfehlung des Rates: Förderung der Lernmobilität, 2011

Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

Prüfung von Möglichkeiten für den Vorschlag eines Projekts inkl. einer Umfrage über die Mobilität von Lehrkräften in der EU mit relevanten Partnern. (2011)

MENSCHEN- UND GEWERKSCHAFTSRECHTLICHE ANGELEGENHEITEN

Unterstützung von Gewerkschaften, die bedroht sind und behindert werden, ihrer normalen Gewerkschaftstätigkeit nachzugehen.

Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern, denen ihre Menschen- oder Gewerkschaftsrechte verweigert werden.

Unterstützung von Mitgliedsorganisationen beim Vorbringen von Beschwerden über EU, Europarat und ILO-Mechanismen im Hinblick auf Verstöße gegen Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

Aufrufe zu Eilaktionen im Namen von Gewerkschaften, denen die Gewerkschaftsrechte verweigert werden.



Sitzungen, Projekte und Studien / Befragungen:

Bereitstellung von Schulung für Mitgliedsorganisationen im Hinblick auf den Umgang mit Verstößen gegen Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

EUROPARAT

Verfolgen von und Auseinandersetzung mit dem sich verändernden Gleichgewicht zwischen Europarat und EU durch fortlaufende Vertretung.

Teilnahme an entsprechenden Tätigkeiten und Ausschüssen des Europarats.

Aufbau von Beziehungen zum Ständigen Bildungsausschuss des Europarats.

Aufbau von Beziehungen zum Ständigen Ausschuss für Hochschulbildung des Europarats.

Fortführung der Vertretung in einschlägigen Foren und bei der OING-Konferenz.

STEUERUNG, VERWALTUNG UND INFORMATION

Organisation einer EGBW-Konferenz im Jahr 2012

Abhaltung von zwei Sitzungen des EGBW-Ausschusses pro Jahr

Abhaltung von zwei Sitzungen des Büros zusätzlich zu den Sitzungen, die vor den Ausschuss-/Vorstandssitzungen abgehalten werden

Einberufung einer jährlichen Sitzung für Organisationen aus mittel- und osteuropäischen Ländern

Einberufung von Sitzungen der Sonderarbeitsgruppe für Strukturen, Bericht an Ausschuss und Konferenz 2012.

Veröffentlichung eines regelmäßig erscheinenden Newsletters und von Informationsbulletins und Berichten

Rundschreiben über allgemeine und berufliche Bildung 2010/20

Spezielle EGBW-Projektberichte und -Infoblätter



Aktualisierung der EGBW-Website

Aktualisierung der EGBW-Website für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

EU-PROJEKTE

Die zur Verwaltung der Projektfonds und zur Projektkoordination und Unterzeichnung der Projektanträge berechtigte juristische Person ist die EGBW-Stiftung. Das EGBW wird auch weiterhin Finanzierungsmöglichkeiten für die oben angeführten Tätigkeiten prüfen und Projekte zur Unterstützung der Umsetzung des EGBW-Aktionsprogramms in ganz Europa und gegebenenfalls und sofern zweckmäßig in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen von außerhalb Europas entwickeln. Verfolgen und Bereitstellung von Informationen für Mitgliedsorganisationen über die neue Generation von Programmen für 2007-2013 und neue Partnerschaftsmöglichkeiten für Nicht-EU-Länder in EU-finanzierten Projekten;

Bereitstellung von Informationen für Mitgliedsorganisationen über die erweiterten einzelstaatlichen Möglichkeiten für Bildungsprojekte, die vom europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden, Beratung im Hinblick auf Modelle der Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen Ministerien.

Bereitstellung von Informationen zur Stärkung der Verbindungen unter den Mitgliedsorganisationen und den nationalen Programmabwicklungsstellen.

Information über Finanzierungsmöglichkeiten durch Partnerschaftsabkommen mit der EU für Länder außerhalb der EU.



Europäische Region der Bildungsinternationale - EGBW

Tätigkeitsbericht

2010-2012



EUROPEAN TRADE UNION COMMITTEE FOR EDUCATION
COMITE SYNDICAL EUROPEEN DE L'EDUCATION

5, bd du Roi Albert II - 9^{ème}
B-1210 Brüssel, Belgien
Tel. +32-(0)2 224 06 91 / 92
secretariat@csee-etuice.org
www.csee-etuice.org



EDUCATION INTERNATIONALE
INTERNACIONAL DE LA EDUCACIÓN
INTERNACIONAL DE LA EDUCACIÓN

5, bd du Roi Albert II
1210 Brüssel, Belgien
Tel. +32-(0)2 224 06 11
Fax +32-(0)2 224 06 06
headoffice@ei-ie.org
www.ei-ie.org